

**BAND
172**

STATISTIK VON BADEN-WÜRTTEMBERG

**Das Gesundheitswesen
in Baden-Württemberg 1970**

**HERAUSGEGEBEN VOM STATISTISCHEN LANDESAMT BADEN-WÜRTTEMBERG
IN ZUSAMMENARBEIT MIT DEM INNENMINISTERIUM BADEN-WÜRTTEMBERG
STUTT GART 1971**

Vorwort

Vor über zwei Jahren wurde für Baden - Württemberg erstmals ein "Statistischer Bericht über das Gesundheitswesen" herausgegeben. In diesem Bericht waren für das Jahr 1967 die wichtigsten gesundheitsstatistischen Daten unseres Landes zusammengetragen, ausführlich dargestellt und erläutert. Der hier veröffentlichte Band der Schriftenreihe "Statistik von Baden - Württemberg" schließt sich zeitlich an den genannten Bericht an.

Der vorliegende Band gibt zunächst wieder Aufschluß über die demographische Situation, vermittelt dann einen Überblick über die gesundheitlichen Verhältnisse der Bevölkerung, über die Einrichtungen sowie Leistungen im Dienste der Gesundheit und bringt schließlich in einem neuen Abschnitt einige Angaben über die Kosten der Gesundheit. Von den Erweiterungen des früheren Statistischen Berichtes sind besonders folgende Abschnitte zu erwähnen: Bevölkerungsentwicklung nach Verdichtungsräumen, Wohnbevölkerung nach Erwerbstätigkeit, Ausländer nach der Staatsangehörigkeit, Haushalt und Familie, Ausstattung der Wohngebäude und der Wohnungen, Versicherungsschutz der Bevölkerung, Erkrankungen der Bevölkerung, verunglückte Personen, Sterbefälle von Ausländern, tödliche Unfälle im häuslichen Bereich, Unfallrettungswesen sowie Verkehr mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen.

Die statistischen Angaben stammen aus Erhebungen des Statistischen Landesamtes und des Innenministeriums Baden - Württemberg. Die auswertenden Texte wurden von Referenten des Innenministeriums und des Statistischen Landesamtes verfaßt.

Die Veröffentlichung, die in der von Regierungsdirektor Kaeser geleiteten Abteilung Bevölkerungs- und Kulturstatistik im Referat von Oberregierungsrat Steinki Bevölkerungsstand und -bewegung, Gesundheitswesen, Rechtspflege von Dipl. - Volkswirt Ruth Paulus zusammengestellt wurde, soll sowohl der Information als auch der Dokumentation dienen.

Stuttgart, im Februar 1971

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg

Professor Dr. Klaus Szameitat
Präsident

Das Gesundheitswesen in Baden-Württemberg 1970

Inhalt

	Seite
I. Demographische Übersicht	
Bevölkerungsentwicklung	7
Bevölkerungsentwicklung nach Verdichtungsräumen	12
Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung bis 1990	14
Fläche und Bevölkerung der Stadt- und Landkreise	19
Wohnbevölkerung nach Gemeindegrößenklassen	20
Wohnbevölkerung nach Altersjahren, Geburtsjahren und Geschlecht	21
Wohnbevölkerung und Erwerbstätigkeit	22
Ausländer am 30. September 1969	24
Haushalt und Familie	25
Ausstattung der Wohngebäude und Wohnungen	27
Versicherungsschutz der Bevölkerung	31
Erkrankungen der Bevölkerung	32
Bei Straßenverkehrsunfällen verunglückte Personen	36
Sterbefälle von Ausländern	40
Sterbefälle nach Todesursachen	40
II. Berufe und Einrichtungen des Gesundheitswesens	
Ärztliche und zahnärztliche Versorgung der Bevölkerung	50
Approbationen von Ärzten und Zahnärzten	52
Übrige Berufe des Gesundheitswesens	53
Apotheken und ihr Personal	54
Krankenhäuser	57
Krankentransport und Unfallrettungswesen	69
Gemeindepflegestationen	70
III. Hygiene, Seuchenverhütung und -bekämpfung	
Neuerkrankungen an meldepflichtigen übertragbaren Krankheiten	71
Tuberkulose	74
Röntgenreihenuntersuchungen	83
Impfungen	84
Dauerausscheider von Krankheitserregern	86
Infektionsquellenermittlung	87
Tuberkulinproben	88
Verkehr mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen	88
Unter Beobachtung stehende Geschlechtskranke	89
IV. Sozialhygiene	
Hebammenwesen	90
Mütterberatung	91
Schüleruntersuchungen	92
Körperbehinderte	94

V. Kosten des Gesundheitswesens	Seite
Kosten der Gesundheit	95
Einnahmen und Ausgaben des Staates für Einrichtungen des Gesundheitswesens nach den Staatshaushaltsplänen 1969 bis 1971 im Bereich der Innenverwaltung	96
Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden für die Einrichtungen des Gesundheitswesens in den Rechnungsjahren 1966 bis 1969	97
Sozialhilfe	97
Lastenausgleich - Krankenversorgung	99
Geschlechtskrankenfürsorge - Krankenversorgung	99
Öffentliche Jugendhilfe	100
Kriegsopferfürsorge - Erholungsfürsorge	100
Rentenversicherung der Arbeiter - Heilverfahren	100
Kosten der Heilbehandlung im Rahmen der Kriegsopferversorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz und Nebengesetzen	101
Krankenversicherung	103

I. Demographische Übersicht

Bevölkerungsentwicklung im Jahr 1969

Zu Beginn des Jahres 1970 lebten im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) 61,195 Millionen Menschen. Davon gehörten 8,910 Millionen oder 14,6% zur Wohnbevölkerung des Landes Baden-Württemberg. Zu diesem Zeitpunkt betrug die durchschnittliche Bevölkerungsdichte im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) 246 und in Baden-Württemberg 249 Einwohner je qkm. Von den Nachbarländern Baden-Württembergs ist Hessen (257) etwas dichter besiedelt, während Rheinland-Pfalz (185) und Bayern (150) eine wesentlich geringere Bevölkerungsdichte als unser Land aufweisen. Von der Wohnbevölkerung Baden-Württembergs zu Beginn des Jahres 1970 waren 4,297 Millionen Personen oder 48,2% männlich und 4,613 Millionen Personen oder 51,8% weiblich. Demnach kamen auf 1000 männliche 1073 weibliche Personen.

Höchste Bevölkerungszunahme seit Bestehen des Landes

Innerhalb des Jahres 1969 nahm die Bevölkerungszahl des Bundesgebietes um 732 000 Personen oder 1,2% zu. Die Zuwachsrate unseres Landes lag mit 2,25% im Vergleich mit den anderen Bundesländern wieder deutlich an der Spitze.

Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle Grundzahlen

Regierungsbezirk Land	Ehe- schlie- ßun- gen	Lebendgeborene				Tot- geborene	Gestorbene (ohne Totgeborene) 1)					Mehr Geborene als Ge- storbene	
		männlich	weiblich	zusammen	darunter nicht ehelich		männlich	weiblich	zusammen	darunter			
										in 1. Lebens- jahr	in den ersten 28 Lebens- tagen 2)		
1969													
Nordwürttemberg	24 239	28 284	26 789	55 073	2 277	543	18 354	17 629	35 983	1 206	981	19 090	
Nordbaden	13 845	14 351	13 426	27 777	1 588	274	11 131	11 005	22 136	647	496	5 641	
Südbaden	12 898	15 244	14 625	29 869	1 700	311	9 736	9 832	19 568	594	456	10 301	
SüdWürtt.-Hohenzollern	10 907	14 063	13 305	27 368	1 144	262	8 454	8 487	16 941	604	486	10 427	
Baden-Württemberg	61 889	71 942	68 145	140 087	6 709	1 390	47 675	46 953	94 628	3 051	2 419	45 459	
1968													
Nordwürttemberg	24 873	29 797	28 465	58 262	2 404	564	17 675	17 344	35 019	1 184	934	23 243	
Nordbaden	13 965	15 109	14 280	29 389	1 635	325	10 764	11 088	21 852	656	533	7 537	
Südbaden	12 781	16 218	15 638	31 856	1 624	325	9 778	9 590	19 368	591	442	12 488	
SüdWürtt.-Hohenzollern	10 906	14 556	13 898	28 454	1 181	276	8 519	8 505	17 024	606	484	11 430	
Baden-Württemberg	62 525	75 680	72 281	147 961	6 844	1 490	46 736	46 527	93 263	3 037	2 393	54 698	

Verhältniszahlen

Regierungsbezirk Land	Auf 1000 der Bevölkerung kamen								Auf 1000 Lebendgeborene kamen							
	Eheschließungen		Lebendgeborene		Gestorbene (ohne Totgeborene)		Mehr Geborene als Gestorbene		nicht ehelich Lebendgeborene		Gestorbene					
													im 1. Lebensjahr		in den ersten 28 Lebenstagen	
	1969	1968	1969	1968	1969	1968	1969	1968	1969	1968	1969	1968	1969	1968	1969	1968
Nordwürttemberg	7,0	7,4	16,0	17,3	10,4	10,4	5,5	6,9	41,3	41,3	21,7	20,2	17,8	16,0		
Nordbaden	7,3	7,5	14,7	15,8	11,7	11,7	3,0	4,0	57,2	55,6	23,1	22,1	17,9	18,9		
Südbaden	6,9	7,0	16,0	17,4	10,5	10,6	5,5	6,8	56,9	51,0	19,7	18,4	15,3	13,9		
SüdWürtt.-Hohenzollern	6,8	6,9	17,0	18,0	10,5	10,8	6,5	7,2	41,8	41,5	21,9	21,1	17,8	17,0		
Baden-Württemberg	7,0	7,2	15,9	17,1	10,7	10,8	5,2	6,3	47,9	46,3	21,6	20,4	17,3	16,2		

1) Ohne nachträglich beurkundete Kriegssterbefälle und ohne gerichtliche Todeserklärungen. - 2) Vor Vollendung des 28. Lebenstages.

1. Demographische Übersicht

Zu- und Fortzüge

Regierungsbezirk Land	Wanderungen innerhalb des Landes			Wanderungen über die Landesgrenze			Gesamtwanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	
	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungs- gewinn bzw. -verlust (-)	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungs- gewinn bzw. -verlust (-)	absolut	%
1969								
Nordwürttemberg	199 076	200 941	- 1 865	198 644	128 858	69 786	67 921	2,0
Nordbaden	81 491	79 980	1 511	91 374	63 829	27 545	29 056	1,5
Südbaden	109 299	109 015	284	85 581	56 596	28 985	29 269	1,6
Südwestfalen-Lippe	95 869	95 799	70	70 022	45 991	24 031	24 101	1,5
Baden-Württemberg	485 735	485 735	-	445 621	295 274	150 347	150 347	1,7
1968								
Nordwürttemberg	193 133	194 417	- 1 284	159 454	114 627	44 827	43 543	1,3
Nordbaden	76 670	75 739	931	74 799	57 182	17 617	18 548	1,0
Südbaden	108 292	108 362	- 70	69 613	52 897	16 716	16 646	0,9
Südwestfalen-Lippe	93 572	93 149	423	55 015	40 451	14 564	14 987	1,0
Baden-Württemberg	471 667	471 667	-	358 881	265 157	93 724	93 724	1,1

Ausländer vertreten. Auch an dem vorhin genannten Geburtenüberschuß von 45 500 Personen waren die Ausländer verhältnismäßig stark beteiligt. Bei 13 300 Geburten und 1400 Sterbefällen ergab sich für die Ausländer in Baden-Württemberg ein Geburtenüberschuß von 11 900 Personen. Das bedeutet, daß der Geburtenüberschuß der deutschen Bevölkerung nur 33 600 Personen umfaßte. Nimmt man beide Komponenten zusammen und betrachtet die gesamte Bevölkerungsentwicklung, so ergibt sich, daß der Bevölkerungszuwachs unseres Landes im Jahr 1969 fast zu Dreivierteln von Ausländern bewirkt wurde, denn er bestand aus 53 300 Deutschen und 142 500 Ausländern.

Einzelheiten über die natürliche Bevölkerungsbewegung und die Wanderungsbewegung vermitteln die Übersichten Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle sowie Zu- und Fortzüge in den Jahren 1969 und 1968.

Um die Möglichkeit zu bieten, das Bevölkerungswachstum des letzten Jahres auch im Rahmen der langfristigen Entwicklung zu sehen, folgt abschließend ein Überblick über die Bevölkerungsbewegung seit Bestehen des Landes Baden-Württemberg. Dieser Überblick wird getrennt für die beiden Komponenten vorgenommen, nämlich für die durch Geburt und Tod bestimmte natürliche Bevölkerungsbewegung sowie für die durch Zu- und Abwanderung ausgelöste räumliche Bevölkerungsbewegung.

Seit 1967 erheblicher Geburtenrückgang

Die natürliche Bevölkerungsbewegung nach dem Kriege ist dadurch gekennzeichnet, daß sie in ihrem Ergebnis, dem Geburtenüberschuß, bis auf die letzten Jahre verhältnismäßig konstant blieb, jedenfalls im Vergleich zu den doch recht beträchtlichen Schwankungen der jährlichen Wanderungssalden.

Jährliche Bevölkerungszunahme

Jahr	Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)				Geburtenüberschuß	Bevölkerungszunahme insgesamt
	Insgesamt	darunter				
		Bundesgebiet	Sowjetzone frühere Ostgebiete	Ausland		
in 1000						
1960	103,1	30,4	15,9	56,7	63,1	166,2
1961	107,2	33,0	15,8	58,2	73,3	180,5
1962	78,5	16,1	2,0	60,4	73,4	152,0
1963	44,9	15,3	4,9	24,4	72,8	117,7
1964	69,7	12,0	4,9	52,3	79,4	149,1
1965	96,0	9,7	4,1	81,9	72,8	168,8
1966	33,7	7,5	4,0	21,9	74,2	107,9
1967	37,0	18,4	3,1	58,8	68,3	31,4
1968	93,7	17,2	2,7	73,5	54,7	148,4
1969	150,3	11,7	2,8	135,4	45,5	195,8

I. Demographische Übersicht

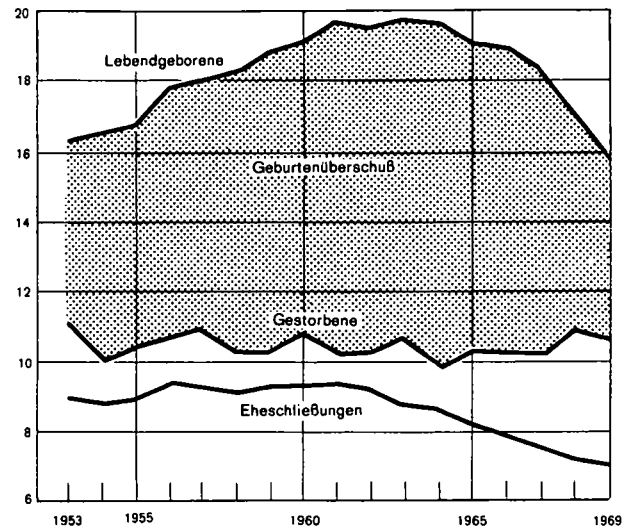
Vom Zeitpunkt der Bildung des Bundeslandes Baden-Württemberg erhöhte sich die Zahl der Lebendgeburten von Jahr zu Jahr bis 1964. Seit 1967 trat dann eine auffallende Abnahme der Geburtenzahlen ein; während es 1966 noch fast 161 000 Lebendgeburten waren, lag 1969 die Zahl bei 140 000. Bei dem Geburtenrückgang handelt es sich um eine allgemeine Erscheinung, die sich nicht auf Baden-Württemberg beschränkt, sondern die überall im Bundesgebiet auftritt. Eine wichtige Ursache dafür besteht darin, daß die Geburtsjahrgänge, die zur Zeit einen großen Teil der Eheschließenden und der gebärenden Mütter stellen, aus der Zeit vor und nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges stammen und im Vergleich zu anderen Jahrgängen außerordentlich schwach besetzt sind. Mindestens zur Hälfte scheint aber der Geburtenrückgang der letzten Zeit auf ein verändertes Fortpflanzungsverhalten zurückzuführen zu sein.

In der Sterblichkeit traten seit Bildung des Landes keine größeren Schwankungen auf, sieht man davon ab, daß in einzelnen Jahren eine Grippeepidemie einen kurzfristigen Anstieg der Sterblichkeit auslöste.

Zwei Phasen der Wanderungsbewegung

Die Wanderungsbewegung nach dem Kriege ist in zwei verschiedenen Phasen verlaufen. Der bis zum Jahr 1959 reichende Abschnitt ist gekennzeichnet durch die gelenkte Umsiedlung Heimatvertriebener aus den Bundesländern an der Zonengrenze nach Baden-Württemberg und anderen Aufnahmeländern. In ähnlichem Umfang sind Sowjetzonenflüchtlinge und Aussiedler aus den ehemaligen Ostgebieten zugewandert. In den Jahren 1953 bis 1959 sind 1 730 800 Personen zugezogen, 1 079 700 Personen haben das Land verlassen, so daß sich in dieser Zeit ein Zuwan-

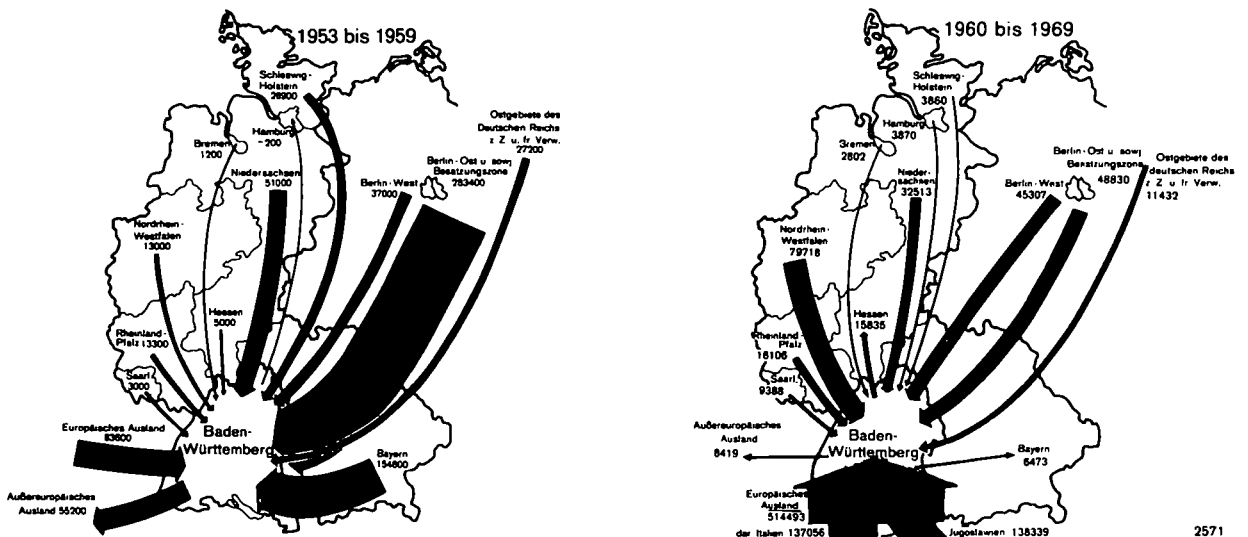
Eheschließungen, Lebendgeborene und Gestorbene 1953 bis 1969 in Baden-Württemberg



2071

derungsüberschuß von 651 000 Personen ergab. Mit der Errichtung der Berliner Mauer hat der Wanderungsstrom aus der Sowjetzone und dem Sowjetsektor von Berlin stark nachgelassen. Der Wanderungsgewinn gegenüber den übrigen Bundesländern ist in den letzten Jahren kleiner geworden und hat sich in seiner Zusammensetzung verändert. Der stärker werdende Arbeitskräftemangel wurde durch die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte teilweise ausgeglichen. Von 1960 bis 1969 kamen 3 520 500 Personen nach Baden-Württemberg und 2 780 300 Personen zogen weg. Der Wanderungsgewinn in dieser Zeit umfaßte 740 200 Personen.

Wanderungsbilanz von Baden-Württemberg



2571

I. Demographische Übersicht

Natürliche Bevölkerungsbewegung Grundzahlen

Jahres- durch- schnitt Jahr	Ehe- schlie- ßungen	Lebendgeborene				Totgeborene		Gestorbene					Gebur- ten- über- schuß
		männlich	weiblich	insgesamt	darunter unehelich	insgesamt	darunter unehelich	männlich	weiblich	insgesamt	darunter		
											im ersten Lebensjahr	in den ersten 28 Le- benstagen	
1936/38	49 952	54 492	51 359	105 851	7 317	2 245	195	31 636	30 834	62 470	5 934	3 409	43 381
1946	48 129	48 007	44 541	92 548	15 958	2 062	473	36 592	34 130	70 722	7 981	4 142	21 826
1948	60 322	53 511	49 717	103 228	10 922	2 051	276	33 903	33 437	67 340	6 522	3 751	35 888
1950	65 151	55 033	52 189	107 222	10 315	2 289	313	33 535	33 818	67 353	5 458	3 465	39 869
1952	61 592	56 229	52 692	108 921	10 047	2 048	292	35 039	34 293	69 332	4 820	3 278	39 589
1954	61 160	58 882	55 684	114 566	10 332	2 303	300	35 644	34 464	70 108	4 460	2 950	44 458
1956	66 177	64 725	61 216	125 941	9 765	2 188	235	38 641	37 143	75 784	4 296	2 976	50 157
1958	67 209	69 061	64 745	133 806	9 468	2 005	185	37 892	36 934	74 826	4 460	3 106	58 980
1960	71 412	74 577	70 776	145 353	9 273	2 144	200	41 749	40 502	82 251	4 400	3 178	63 102
1961	72 132	78 196	74 291	152 487	9 323	2 094	172	40 603	38 594	79 197	4 393	3 226	73 290
1962	72 503	79 231	74 816	154 047	8 879	2 107	184	41 570	39 070	80 640	4 114	3 040	73 407
1963	70 293	81 395	77 355	158 750	8 321	1 917	163	43 935	42 040	85 975	4 044	3 018	72 775
1964	70 799	82 785	78 203	160 988	7 981	1 919	143	41 886	39 729	81 615	3 785	2 894	79 373
1965	67 699	81 765	76 977	158 742	7 404	1 861	146	43 824	42 117	85 941	3 687	2 895	72 801
1966	66 553	82 629	78 173	160 802	7 170	1 759	124	44 017	42 583	86 600	3 498	2 761	74 202
1967	64 226	79 887	75 730	155 617	6 953	1 629	119	43 933	43 343	87 276	3 219	2 509	68 341
1968	62 525	75 680	72 281	147 961	6 844	1 490	93	46 736	46 527	93 263	3 037	2 393	54 698
1969	61 889	71 942	68 145	140 087	6 709	1 390	105	47 675	46 953	94 628	3 051	2 419	45 459

Verhältniszahlen

Jahres- durch- schnitt Jahr	Ehe- schlie- ßungen	Lebend- geborene insgesamt	Gestorbene			Geburten- überschuß	Unehelich Lebend- geborene	Gestorbene		Totgeborene auf 1000 Lebend- und Totgeborene	Knaben auf 1000 Lebend- geborene Mädchen
			männlich	weiblich	insgesamt			im ersten Lebensjahr	in den ersten 28 Le- benstagen		
auf 1000 der mittleren Bevölkerung						auf 1000 Lebendgeborene					
1936/38	9,4	19,8	12,2	11,2	11,7	8,1	69,1	56,1	32,2	20,8	1 061
1946	8,5	16,4	14,6	10,8	12,5	3,9	172,4	86,2	44,8	21,8	1 078
1948	9,8	16,8	12,1	9,9	10,9	5,9	105,8	63,2	36,3	19,5	1 076
1950	10,1	16,7	11,3	9,8	10,5	6,2	96,2	50,9	32,3	20,9	1 054
1952	9,3	16,4	11,3	9,7	10,4	6,0	92,2	44,3	30,1	18,5	1 067
1954	8,8	16,5	11,0	9,3	10,1	6,4	90,2	38,9	25,7	19,7	1 057
1956	9,3	17,8	11,6	9,8	10,7	7,1	77,5	34,1	23,6	17,1	1 057
1958	9,1	18,2	11,0	9,5	10,2	8,0	70,8	33,3	23,2	14,8	1 067
1960	9,3	19,0	11,5	10,1	10,8	8,2	63,8	30,3	21,9	14,5	1 054
1961	9,3	19,7	11,1	9,5	10,2	9,5	61,1	29,0	21,2	13,5	1 053
1962	9,2	19,4	11,0	9,4	10,2	9,3	57,6	26,7	19,7	13,5	1 059
1963	8,7	19,7	11,4	10,0	10,7	9,0	52,4	25,5	19,0	11,9	1 052
1964	8,6	19,6	10,7	9,3	9,9	9,7	49,6	23,5	18,0	11,8	1 059
1965	8,1	19,0	10,9	9,7	10,3	8,7	46,6	23,2	18,2	11,6	1 062
1966	7,8	18,9	10,8	9,6	10,2	8,7	44,6	21,8	17,2	10,8	1 057
1967	7,5	18,2	10,7	9,7	10,2	8,0	44,7	20,7	16,1	10,4	1 055
1968	7,2	17,1	11,3	10,3	10,8	6,3	46,3	20,5	16,2	10,0	1 047
1969	7,0	15,9	11,2	10,3	10,7	5,2	47,9	21,6	17,3	9,8	1 056

I. Demographische Übersicht

Im ersten Lebensjahr gestorbene Kinder nach Alter in Tagen und Monaten sowie nach Legitimität 1969

Alter	Im ersten Lebensjahr gestorbene Säuglinge			Davon			
				ehelich		unehelich	
	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Tage							
0 Tag (= 1. Lebenstag)							
am Tag der Geburt gestorbene	606	459	1 065	522	402	84	57
1 Tag (= 2. Lebenstag)							
weniger als 24 Std. alt	190	146	336	174	128	16	18
mehr als 24. Std. alt	119	76	195	109	68	10	8
ohne Stundenangabe	-	-	-	-	-	-	-
2 Tage (= 3. Lebenstag)	155	92	247	138	88	17	4
3 Tage (= 4. ")	87	53	140	79	50	8	3
4 Tage (= 5. ")	49	37	86	46	31	3	6
5 Tage (= 6. ")	31	32	63	27	28	4	4
6 Tage (= 7. ")	26	26	52	24	26	2	-
7 Tage (= 8. ")	18	16	34	16	15	2	1
8 Tage (= 9. ")	14	16	30	13	16	1	-
9 Tage (= 10. ")	13	5	18	13	4	-	1
10 Tage (= 11. ")	6	3	9	5	3	1	-
11 Tage (= 12. ")	8	4	12	7	3	1	1
12 Tage (= 13. ")	8	6	14	7	6	1	-
13 Tage (= 14. ")	11	7	18	11	6	-	1
14 bis 20 Tage (= 15 bis 21. Lebenstag)	38	24	62	36	23	2	1
21 " 27 " (= 22. " 28. ")	22	16	38	22	16	-	-
0 " 27 " (= 1. " 28. ")	1 401	1 018	2 419	1 249	913	152	105
in Anstalten gestorben	1 348	986	2 334	1 208	885	140	101
Monate							
0 bis unter 1 (= 1. Lebensmonat)	1 404	1 021	2 425	1 252	916	152	105
1 " " 2 (= 2. ")	58	39	97	53	34	5	5
2 " " 3 (= 3. ")	46	39	85	40	35	6	4
3 " " 4 (= 4. ")	36	31	67	31	28	5	3
4 " " 5 (= 5. ")	34	27	61	32	26	2	1
5 " " 6 (= 6. ")	35	22	57	31	20	4	2
6 " " 7 (= 7. ")	34	19	53	33	19	1	-
7 " " 8 (= 8. ")	25	25	50	24	24	1	1
8 " " 9 (= 9. ")	31	22	53	31	20	-	2
9 " " 10 (= 10. ")	24	20	44	20	18	4	2
10 " " 11 (= 11. ")	20	16	36	19	14	1	2
11 " " 12 (= 12. ")	13	10	23	12	10	1	-
0 bis unter 12 Monate (im 1. Lebensjahr)							
insgesamt	1 760	1 291	3 051	1 578	1 164	182	127
Davon Geborene) im Berichtsjahr	1 588	1 163	2 751	1 419	1 044	169	119
) im Vorjahr	172	128	300	159	120	13	8
in Anstalten gestorbene	1 555	1 143	2 698	1 398	1 030	157	113

Gestorbene nach Altersgruppen, Geschlecht und Familienstand 1969

Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren	Männlich						Weiblich					
	Gestorbene insgesamt		davon				Gestorbene insgesamt		davon			
			ledig	verhei- ratet	verwitwet	ge- schieden			ledig	verhei- ratet	verwitwet	ge- schieden
	Anzahl	%				unbe- kannter Familien- stand	Anzahl	%				unbe- kannter Familien- stand
0 - 1	1 760	3,7	1 760	-	-	-	1 291	2,7	1 291	-	-	-
1 - 5	336	0,7	336	-	-	-	264	0,6	264	-	-	-
5 - 10	199	0,4	199	-	-	-	141	0,3	141	-	-	-
10 - 15	145	0,3	145	-	-	-	81	0,2	81	-	-	-
15 - 20	431	0,9	430	1	-	-	144	0,3	135	9	-	-
20 - 25	405	0,8	351	50	2	2	158	0,3	95	58	2	3
25 - 30	508	1,1	271	217	1	19	196	0,4	56	127	5	8
30 - 35	670	1,4	207	420	6	36	267	0,6	43	204	6	14
35 - 40	731	1,5	149	526	11	45	374	0,8	66	279	8	21
40 - 45	942	2,0	123	745	11	61	636	1,4	113	468	24	31
45 - 50	1 293	2,7	126	1 079	19	69	1 011	2,2	173	710	89	39
50 - 55	1 288	2,7	96	1 104	38	49	1 022	2,2	172	637	169	44
55 - 60	3 336	7,0	223	2 831	133	149	2 267	4,8	299	1 305	560	103
60 - 65	5 314	11,1	297	4 482	362	172	3 537	7,5	446	1 868	1 103	120
65 - 70	7 602	15,9	394	6 101	931	176	5 358	11,4	798	2 228	2 144	188
70 - 75	7 361	15,4	317	5 509	1 397	138	7 326	15,6	1 014	2 280	3 829	202
75 - 80	6 421	13,5	293	4 096	1 942	90	8 556	18,2	1 223	1 611	5 510	212
80 - 85	4 996	10,5	201	2 422	2 309	63	7 787	16,6	959	793	5 899	136
85 - 90	2 926	6,1	99	986	1 804	37	4 588	9,8	569	207	3 746	66
90 - 95	905	1,9	34	170	690	11	1 680	3,6	206	23	1 426	25
95 - 100	104	0,2	3	15	85	1	259	0,6	40	1	217	1
100 und älter	2	0,0	-	-	2	-	10	0,0	1	-	8	1
Insgesamt	47 675	.	6 054	30 754	9 743	1 118	6 46	953	8 185	12 808	24 745	1 214
%	.	100	12,7	64,5	20,4	2,3	0,0	100	17,4	27,3	52,7	2,6

I. Demographische Übersicht

Bevölkerungsentwicklung nach Verdichtungs- räumen

Die Ministerkonferenz für Raumordnung bestimmte im November 1968 die Gebiete, die nach bundeseinheitlichen Kriterien als Verdichtungs-
räume gelten. Voraussetzung für die Einbeziehung in solche Räume waren bestimmte Schwellen-
werte von Merkmalen, die bei den dazuzuzählenden Gemeinden erreicht oder überschritten waren. Bei den Merkmalen wurden sowohl statistische Elemente als auch dynamische Komponenten durch Ansatz der bestehenden Einwohner-
Arbeitsplatz-Dichte und gegebenenfalls zusätzlich der überdurchschnittlichen Bevölkerungszunahme berücksichtigt.

Nach dem Beschluß der Ministerkonferenz für Raumordnung gibt es innerhalb des Landes Baden-Württemberg die vier Verdichtungsräume Mittlerer Neckar, Karlsruhe, Rhein-Neckar und Freiburg.

Zum Verdichtungsraum am Mittleren Neckar gehören die Stadtkreise Stuttgart und Heilbronn sowie eine Anzahl von Gemeinden der Landkreise Böblingen, Esslingen, Göppingen, Heilbronn, Leonberg, Ludwigsburg, Nürtingen, Waiblingen, Reutlingen und Tübingen. Der Verdichtungsraum um Karlsruhe umfaßt außer der Stadt verschiedene Gemeinden des Landkreises Karlsruhe und ebenso der Verdichtungsraum Rhein-Neckar außer den Städten Heidelberg und Mannheim einzelne Gemeinden der gleichnamigen Landkreise. Der Verdichtungsraum Freiburg wird von der Stadt und vier Gemeinden des Landkreises Freiburg gebildet.

In den vier Verdichtungsräumen wohnen zur Zeit über 3,2 Millionen Menschen, das sind 37% der Bevölkerung des Landes. Mehr als 2 Millionen Einwohner zählt der Verdichtungsraum am Mittleren Neckar, während das kleinste Gebiet, der Verdichtungsraum um Freiburg, nur knapp 176 000 Einwohner aufweist. Die gegenwärtige Bevölkerungsdichte in den vier Räumen liegt

durchschnittlich bei 1226 Menschen je qkm. In dem nicht zu den Verdichtungsräumen gehörenden Gebiet des Landes beträgt die Dichte heute 165 Einwohner je qkm.

Die Bevölkerungsentwicklung in den Verdichtungsräumen verlief im letzten Jahrzehnt anders, als allgemein angenommen wurde. Nach der Bildung des Landes im Jahre 1952 war die Bevölkerung bis 1956 in den heutigen Verdichtungsräumen um 12,6% gewachsen, in den anderen Gebieten aber nur um 5,9%. In den folgenden Jahren bis 1961 war der Unterschied allerdings nicht mehr so groß gewesen, denn das Bevölkerungswachstum hatte in den Verdichtungsräumen 11,1% und in den nicht dazugehörenden Gemeinden 7,4% betragen. Ein ganz anderes Bild aber ergab sich in der folgenden Zeit. Der von 1961 bis Anfang 1969 ermittelte Landesdurchschnitt der Bevölkerungszunahme von 12,3% wurde in den Verdichtungsräumen überraschenderweise nicht mehr erreicht. Dort machte die Zunahme nämlich nur 10,2% aus, während sie in den nicht zu den Verdichtungsräumen zählenden Gemeinden des Landes 13,6% betrug.

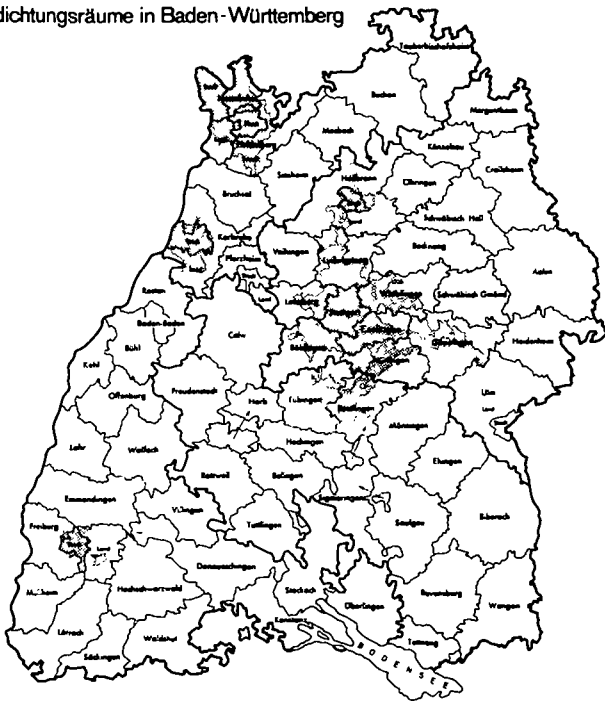
Das für die Verdichtungsräume geltende Ergebnis ist in erster Linie auf die Abschwächung des Bevölkerungswachstums in den größeren Städten zurückzuführen. Das zeigen in aller Deutlichkeit die für die sogenannten Stadtregionen aufgestellten Zahlen, wo innerhalb jeder Stadtregion vom Mittelpunkt ausgehend bis zum Rand des Gebietes vier Zonen oder Kreise (Kernstadt, Ergänzungsgebiet, Verstädterte Zone, Randzone) unterschieden werden. Das ursprünglich in den städtischen Zentren am stärksten in Erscheinung tretende Wachstum verlagerte sich immer mehr nach außen, bis nach 1961 der Schwerpunkt in den Verstädterten Zonen und teilweise sogar in den Randzonen zu finden war. Obwohl 1969 die Stadtregionen 0,9 Millionen Einwohner mehr als die Verdichtungsräume und damit sogar fast die Hälfte der Gesamtbevölkerung des Landes (47%) umfassen, blieb von 1961 bis Anfang 1969 auch die Zunahmequote der Stadtregionen mit 11,5% unter dem genannten Landesdurchschnitt von 12,3%.

Bevölkerungsentwicklung nach Verdichtungsräumen

Verdichtungsraum	Wohnbevölkerung				Zunahme			
	1. Januar 1952	25. September 1956	6. Juni 1961	1. Januar 1969	1956/ 1952	1961/ 1956	1969/ 1961	1969/ 1952
	in 1000				in %			
Am mittleren Neckar	1 428	1 647	1 849	2 054	15,3	12,3	11,1	43,8
Karlsruhe	250	272	297	322	8,8	9,4	8,2	28,8
Rhein-Neckar	550	596	645	695	8,4	8,2	7,7	26,3
Freiburg	126	136	155	176	8,4	13,9	13,3	39,8
Verdichtungsräume								
Zusammen	2 354	2 651	2 946	3 246	12,6	11,1	10,2	37,9
übriges								
Baden-Württemberg	4 233	4 482	4 813	5 468	5,9	7,4	13,6	29,2
Insgesamt	6 587	7 133	7 759	8 714	8,3	8,8	12,3	32,3

I. Demographische Übersicht

Verdichtungsräume in Baden-Württemberg



Stadtregionen in Baden-Württemberg



Bevölkerungsentwicklung nach Stadtregionen

Stadtregionen	Wohnbevölkerung 1)				zu- bzw. Abnahme (-)				Stadtregionen	Wohnbevölkerung 1)				zu- bzw. Abnahme (-)			
	1. Jan. 1952	25. Sept. 1956	6. Juni 1961	1. Jan. 1969	1956/1952	1961/1956	1969/1961	1969/1952		1. Jan. 1952	25. Sept. 1956	6. Juni 1961	1. Jan. 1969	1956/1952	1961/1956	1969/1961	1969/1952
	1000				%					1000				%			
Freiburg im Breisgau	163	176	198	229	7,6	12,9	15,6	40,3	Pforzheim	156	177	198	220	14,1	10,2	12,8	41,9
davon:									davon:								
Kernstädte	119	128	145	161	7,9	12,9	11,3	35,7	Kernstädte	56	72	83	89	27,7	15,1	7,9	58,7
Ergänzungsgebiet	2	2	2	3	18,7	25,6	22,0	81,7	Ergänzungsgebiet	34	37	41	47	10,4	10,6	13,6	38,8
Verstädterte Zone	16	18	22	31	14,5	19,2	42,3	94,3	Verstädterte Zone	50	52	54	64	4,1	4,3	18,5	28,7
Randzone	27	27	29	34	1,2	7,4	16,0	28,2	Randzone	15	16	17	20	5,1	6,1	16,5	29,8
Göppingen	115	127	137	148	10,2	7,8	8,2	28,6	Reutlingen	104	120	133	153	15,4	10,9	15,1	47,2
davon:									davon:								
Kernstädte	41	46	49	47	13,1	5,5	4,5	13,9	Kernstädte	49	60	67	76	22,3	11,5	13,0	54,1
Ergänzungsgebiet	38	42	46	52	10,0	9,9	13,1	36,8	Ergänzungsgebiet	13	14	15	18	10,0	9,7	18,0	42,4
Verstädterte Zone	31	33	36	42	8,4	8,6	16,6	37,3	Verstädterte Zone	31	33	36	42	8,2	9,5	16,3	37,8
Randzone	5	5	5	6	-1,6	6,8	26,1	32,5	Randzone	11	13	14	17	10,4	13,3	18,1	47,8
Heidelberg	216	224	239	262	3,8	6,5	9,9	21,5	Stuttgart	1 128	1 300	1 469	1 655	15,3	13,0	12,7	46,8
davon:									davon:								
Kernstädte	119	122	125	121	2,4	2,8	3,0	2,0	Kernstädte	522	601	638	617	15,2	6,1	-3,1	18,3
Ergänzungsgebiet	50	54	61	76	7,2	12,6	25,1	51,0	Ergänzungsgebiet	350	412	490	579	17,7	19,0	18,2	66,6
Verstädterte Zone	39	41	45	56	4,8	10,0	24,5	43,5	Verstädterte Zone	200	227	274	372	13,8	20,6	35,8	86,6
Randzone	7	7	8	9	-0,7	3,5	16,8	20,1	Randzone	57	60	67	86	5,9	12,0	28,4	52,3
Heidenheim	74	82	91	100	10,4	10,8	9,9	34,3	Ulm	118	138	144	151	16,8	4,5	4,7	27,7
davon:									davon:								
Kernstädte	42	46	49	50	10,1	6,7	1,5	19,2	Kernstädte	74	91	93	90	22,5	2,4	-2,4	22,4
Ergänzungsgebiet	7	8	11	14	15,1	33,4	29,7	99,2	Ergänzungsgebiet	4	4	5	6	14,3	15,0	31,7	73,2
Verstädterte Zone	18	21	24	28	15,6	13,9	18,4	56,0	Verstädterte Zone	18	21	23	27	15,6	11,8	18,4	53,1
Randzone	8	7	7	8	-4,7	2,4	8,0	5,4	Randzone	23	23	24	27	-0,2	4,2	13,9	18,5
Heilbronn	175	196	214	246	12,0	8,9	15,2	40,5	Lörrach	64	73	83	93	13,3	14,1	12,1	44,9
davon:									davon:								
Kernstädte	68	79	89	97	17,1	12,1	9,4	43,6	Kernstädte	-	-	-	-	-	-	-	-
Ergänzungsgebiet	18	22	24	28	24,9	8,6	16,4	57,9	Ergänzungsgebiet	42	48	56	61	16,6	15,3	9,6	47,4
Verstädterte Zone	60	65	70	84	8,3	6,9	20,2	39,2	Verstädterte Zone	18	18	20	24	8,1	13,6	19,5	46,7
Randzone	30	30	31	37	0,1	5,1	19,6	25,8	Randzone	6	7	7	8	4,8	6,9	10,1	23,4
Karlsruhe	341	368	401	445	7,8	9,2	10,9	30,6	Stadtregionen insges.	3 004	3 368	3 727	4 156	12,1	10,6	11,5	38,4
davon:									davon:								
Kernstädte	205	222	242	256	8,6	8,9	5,7	25,0	Kernstädte	1 551	1 755	1 893	1 932	13,2	7,9	2,0	24,6
Ergänzungsgebiet	37	41	45	52	10,5	10,5	13,7	38,9	Ergänzungsgebiet	639	735	851	1 000	15,0	15,8	17,5	56,5
Verstädterte Zone	79	83	91	111	5,4	10,0	21,6	40,9	Verstädterte Zone	598	655	742	937	9,5	13,3	26,2	86,6
Randzone	21	21	23	27	4,5	6,8	18,2	32,0	Randzone	216	223	240	288	3,2	7,9	19,8	33,5
Mannheim	349	387	422	453	10,8	9,1	7,3	29,7	Übrige Bevölkerung außerhalb der Stadtregionen	3 584	3 765	4 033	4 557	5,1	7,1	13,0	27,2
davon:																	
Kernstädte	256	287	314	326	12,1	9,3	4,0	27,3									
Ergänzungsgebiet	46	50	54	64	10,1	7,9	17,3	39,4									
Verstädterte Zone	41	43	47	55	3,9	9,2	17,0	32,7									
Randzone	6	7	7	8	9,6	9,7	12,4	35,1									

1) Gebietsstand 31. Dezember 1966.

I. Demographische Übersicht

Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung bis 1990

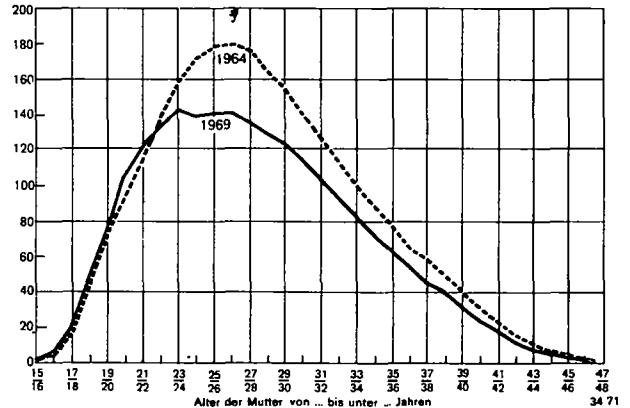
Für die gesundheitlichen Verhältnisse in den kommenden Jahren, für den Bedarf etwa an Ärzten, Krankenhäusern oder Altenheimen sind die voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerungszahl und ihre Struktur von großer Bedeutung. Bevölkerungsvorausschätzungen basieren meist auf einer Fortrechnung oder Weiterführung der im Basiszeitpunkt der Vorausschätzung erkennbaren Daten und Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung. Daher bedürfen Bevölkerungsvorausschätzungen einer steten Überprüfung und - falls erforderlich - einer Anpassung an die geänderten Grunddaten.

Verminderte Fruchtbarkeit

Die Bevölkerungszahl des Landes Baden-Württemberg stieg im Jahr 1969 um 196 000 Personen an und belief sich Anfang 1970 auf 8,91 Millionen Personen. Dieser seit Bestehen des Landes Baden-Württemberg höchste Jahreszuwachs der Bevölkerung ging jedoch nur zu 23% auf Geburtenüberschüsse, dagegen zu 77% auf Wanderungsgewinne zurück. Zum Vergleich sei erwähnt, daß im Mittel der Jahre 1953 bis 1968 die Bevölkerungszunahmen des Landes zu 44% aus Geburtenüberschüssen und zu 56% aus Wanderungsgewinnen resultierten.

Der Geburtenüberschuß des Landes Baden-Württemberg war seit 1953 relativ stetig angestiegen und hatte im Jahr 1964 mit 79 000 Personen seinen höchsten Stand erreicht. Von da an fiel er zunächst langsam, dann aber immer rascher bis auf 45 000 Personen im Jahr 1969 ab. Diese Entwicklung war nicht auf Baden-Württemberg beschränkt, sondern ist - mit gewissen Modifikationen - auch in den übrigen Bundesländern und in anderen Ländern Mitteleuropas zu beobachten.

Lebendgeborene auf 1000 der weiblichen Bevölkerung nach Alter der Mutter 1964 und 1969



Nun war ein Rückgang der Geburtenzahlen, die bei einigermaßen gleichmäßigem Verlauf der Sterbefälle für die Geburtenüberschüsse maßgebend sind, bereits aus der Altersgliederung der Bevölkerung zu erwarten. Mit dem Aufrücken der schwach besetzten Geburtsjahrgänge der Kriegs- und Nachkriegsjahre um 1945 in das Alter, aus dem die Mehrzahl der Geburten zu erwarten ist, mußten sich die Geburtenzahlen vermindern. Es zeigte sich jedoch, daß der tatsächliche Rückgang der Geburten viel stärker war, als allein auf Grund der veränderten Altersgliederung der Bevölkerung zu erwarten gewesen wäre, woraus sich ergab, daß die Fruchtbarkeit in den letzten Jahren echt zurückgegangen ist.

Dies wird durch die im Schaubild dargestellte Entwicklung der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern sehr deutlich bestätigt. Nur bei den Frauen im Alter bis zu 22 Jahren liegt, wohl im Zusammenhang mit dem allgemein früheren Heiratsalter, die Fruchtbarkeit im Jahr 1969 über der im Jahr 1964. Dagegen ist bei allen höheren Altersgruppen die Fruchtbarkeit im Jahr 1969

Bevölkerungsstand und jährliche Bevölkerungsveränderung

Jahr	Bevölkerungsstand am Jahresanfang	Natürliche Bevölkerungsbewegung			Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)			Bevölkerungszunahme insgesamt
		Lebendgeborene	Sterbefälle	Geburtenüberschuß	Deutsche	Ausländer	insgesamt	
1953	6 696 756	110 634	75 631	35 003	-	-	131 453	166 456
1954	6 863 212	114 566	70 108	44 458	-	-	100 469	144 927
1955	7 008 139	118 015	73 643	44 372	-	-	104 147	148 519
1956	7 156 658	125 941	75 784	50 157	-	-	93 062	143 219
1957	7 164 733	130 302	79 417	50 885	-	-	86 307	137 192
1958	7 301 925	133 806	74 826	58 980	-	-	72 102	131 082
1959	7 433 007	140 842	76 640	64 202	-	-	63 489	127 691
1960	7 560 698	145 353	82 251	63 102	-	-	103 059	166 161
1961	7 726 859	152 487	79 197	73 290	-	-	107 200	180 490
1962	7 838 682	154 047	80 640	73 407	-	-	78 549	151 956
1963	7 990 638	158 750	85 975	72 775	-	-	44 922	117 697
1964	8 108 335	160 988	81 615	79 373	14 090	55 599	69 689	149 062
1965	8 257 397	158 742	85 941	72 801	19 168	76 836	96 004	168 805
1966	8 426 202	160 802	86 600	74 202	16 223	17 479	33 702	107 904
1967	8 534 106	155 617	87 276	68 341	20 487	-57 449	-36 962	31 379
1968	8 565 471	147 961	93 263	54 698	18 614	75 110	93 724	148 422
1969	8 713 893	140 087	94 628	45 459	19 696	130 651	150 347	195 806
1970	8 909 699	.	.	.	-	-	-	-

1) In den Jahren 1956 und 1961 wurden die fortgeschriebenen Bevölkerungszahlen nach den Ergebnissen der Bevölkerungszählung dieser Jahre berichtigt. - 2) Gebietsabtretung an die Schweiz (14 Personen).

I. Demographische Übersicht

gegenüber 1964 zurückgegangen. Im Bereich der Altersjahre 24 bis unter 30, aus dem an sich eine besonders große Zahl von Geburten zu erwarten ist, beläuft sich dieser Rückgang auf über 20%.

Es ist noch nicht abzusehen, ob dieser Rückgang der Fruchtbarkeit inzwischen seinen tiefsten Punkt erreicht hat oder ob sich auf Dauer die Fruchtbarkeit vielleicht auf einem Niveau stabilisiert, das über dem des Jahres 1969 liegt. Für die neue Vorausschätzung wurden daher bezüglich der Fruchtbarkeit zwei Ansätze durchgerechnet: eine pessimistische Variante mit den Geburtenziffern 1969 und eine optimistische Variante mit den etwas günstigeren Geburtenziffern des Mittels der Jahre 1968/69. Allerdings ist es, insbesondere bei Berücksichtigung der Entwicklung in den ersten Monaten des Jahres 1970, nicht ausgeschlossen, daß die Fruchtbarkeit mindestens vorübergehend auch noch unter das Niveau des Jahres 1969 absinkt.

Der Wanderungsansatz

Im Jahr 1969 belief sich, wie die Tabelle zeigt, der Wanderungsgewinn Baden-Württembergs auf 19 700 Deutsche und 130 700 Ausländer. Zwar muß man davon ausgehen, daß die Zuwanderung im Jahr 1969, bedingt durch die günstige wirtschaftliche Lage, außergewöhnlich hoch lag, doch wies das Land Baden-Württemberg auch im sechsjährigen Mittel 1964/69 einen jährlichen Wanderungsgewinn von über 18 000 Deutschen und 49 700 Ausländern, zusammen also fast 67 800 Personen auf.

Wanderungsansätze für die Bevölkerungs-
vorausschätzung
Basis 1.1.1970

Bezeichnung	Personen
Durchschnittlicher jährlicher Wanderungsgewinn	
im Mittel der Jahre 1964/69	
Deutsche	18 046
Ausländer	49 704
Zusammen	67 750
im Mittel der Jahre 1968/69	
Deutsche	19 155
Ausländer	102 881
Zusammen	122 036
Wanderungsansätze für die Vorausschätzung	
Optimistische Variante jährlich	
Deutsche	19 155
Ausländer	30 000
Zusammen	49 155
Pessimistische Variante jährlich	
Deutsche	15 000
Ausländer	10 000
Zusammen	25 000

Auch bezüglich des Wanderungsansatzes wird die neue Vorausschätzung Basis 1. 1. 1970 in eine optimistische und eine pessimistische Variante getrennt. In der pessimistischen Variante wurde ein jährlicher Wanderungsgewinn von 15 000 Deutschen und 10 000 Ausländern, zusammen also von 25 000 Personen, in der optimistischen Variante dagegen von 19 155 Deutschen (entsprechend dem Mittel 1968/69) und 30 000 Ausländern, zusammen also von 49 155 Personen, eingerechnet. In allen Fällen liegt den Wanderungsansätzen die Alters- und Geschlechtsstruktur des Mittels der Jahre 1968/69 zugrunde, das zahlenmäßig durch Multiplikation mit konstanten Faktoren in allen Altersjahren auf die jeweils gewünschte Höhe eingerichtet wurde.

Kenndaten der Vorausschätzung

Nachfolgend sollen zur besseren Übersicht und um den Benutzern die Unterscheidung von anderen und früheren Vorausschätzungen zweifelsfrei zu ermöglichen, die Kenndaten der neuen Vorausschätzung zusammengestellt werden.

Bevölkerungs- und Erwerbspersonenvorausschätzung für Baden-Württemberg, Basis 1.1. 1970, Laufzeit 1970 bis 1990. Die Vorausschätzung gliedert sich in eine optimistische und eine pessimistische Variante.

Optimistische Variante:

Geburtenziffern 1968/69:

Wanderungsansatz: jährlicher Wanderungsgewinn von 19 155 Deutschen und 30 000 Ausländern.

Pessimistische Variante:

Geburtenziffern 1969:

Wanderungsansatz: jährlicher Wanderungsgewinn von 15 000 Deutschen und 10 000 Ausländern.

Beiden Varianten gemeinsam sind folgende Eingabedaten:

Basisbevölkerung Stand 1.1. 1970;

Sterbeziffern und Überlebenswahrscheinlichkeiten der Neugeborenen 1968/69;

Erwerbsquoten: Stand 1970.

Es wurde bewußt darauf verzichtet, eine Vorausschätzung ohne Wanderungsansatz durchzurechnen, da diese lediglich Modellcharakter hätte und somit nicht geeignet wäre, die voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung Baden-Württembergs wiederzugeben.

Bei den Bezeichnungen optimistische und pessimistische Variante handelt es sich um bei Bevölkerungsvorausschätzungen eingebürgerte Benennungen, mit denen allgemein Annahmen gekennzeichnet werden, die zu höheren beziehungsweise niederen Bevölkerungszahlen führen,

I. Demographische Übersicht

durch die aber selbstverständlich kein Werturteil in dem Sinne, daß eine Entwicklung nun mehr oder weniger erwünscht wäre, zum Ausdruck gebracht werden soll.

Stetige weitere Bevölkerungszunahme

Die Bevölkerungsvorausschätzung weist eine stetige weitere Zunahme der Einwohnerzahl des Landes Baden-Württemberg auf. Ausgehend von der für beide Varianten gleichen Basisbevölkerung von 8,91 Millionen Einwohnern Anfang 1970 wird bis Anfang 1990, also binnen zwanzig Jahren, nach der optimistischen Variante die Bevölkerung um 1,95 Millionen Personen oder 21,9% auf 10,86 Millionen Einwohner zunehmen, was einer durchschnittlichen jährlichen Bevölkerungszunahme um 0,99% entspricht. Nach der pessimistischen Variante wird sie dagegen im gleichen Zeitraum um 1,25 Millionen Personen oder 14,0% auf 10,16 Millionen Einwohner anwachsen, was einem durchschnittlichen jährlichen Bevölkerungsanstieg um 0,66% gleichkommen würde.

Wie schon als Ergebnis früherer Vorausschätzungen festgestellt, wird sich der jetzige Frauenüberschuß der Bevölkerung durch den Knabenüberschuß bei den Geburten und den Männerüberschuß bei den zuwandernden Personen, insbesondere bei den Ausländern, weiter vermindern. Entfielen Anfang 1970 auf 100 Männer noch 107 Frauen, so werden es 1980 vermutlich noch 104 bis 105 und 1990 etwa 100 bis 102 sein. Das bedeutet, daß erst bis 1990 und damit 45 Jahre nach Beendigung des letzten Krieges der Frauenüberschuß der Gesamtbevölkerung weitgehend abgebaut sein dürfte. Zwar wird auch dann noch, insbesondere in den höheren Altersgruppen, ein erheblicher und durch die höhere Lebenserwartung der Frauen bedingter Frauenüberschuß festzustellen sein, doch wird dieser durch Männerüberschuß in den jüngeren Altersgruppen ausgeglichen.

Der Geburtenüberschuß, der als Differenz zwischen den Geburten und Sterbefällen jeweils eines Jahres ermittelt wird, dürfte nach vorliegender Vorausschätzung noch weiter absinken und im Jahr 1977 nach optimistischer Variante mit 43 000, nach pessimistischer Variante mit 33 000 Personen seinen niedersten Wert erreichen. Für die Jahre nach 1977 wäre mit einem langsamen Wiederanstieg zu rechnen.

Das aber würde bedeuten, daß der Geburtenüberschuß auf 1000 der mittleren Bevölkerung, der sich im Jahre 1966 noch auf 8,7, im Jahre 1968 auf 6,3 und im Jahr 1969 auf 5,2 belief, bis zum Jahr 1977 auf 4,5 bis 3,5 absinken dürfte.

Zur Klarstellung sei nochmals darauf hingewiesen, daß in dieser Vorausschätzung die Gebur-

ten- und Sterbeziffern im gesamten Vorausschätzungszeitraum konstant gehalten werden, so daß die Veränderungen des Geburtenüberschusses nicht auf Veränderungen der echten Fruchtbarkeit oder Sterblichkeit, sondern nur auf Verschiebungen der Altersgliederung zurückgehen können. Wenn jedoch auch anzunehmen ist, daß sich die tatsächliche Sterblichkeit in den kommenden Jahren noch etwas verbessert, so ist andererseits, insbesondere nach den bisher vorliegenden Daten für 1970, zumindest für einige Zeit eher noch mit einem weiteren Absinken der Fruchtbarkeit zu rechnen. Die für 1977 aus der Vorausschätzung ermittelten Daten eines absoluten Geburtenüberschusses von 33 000 bis 43 000 Personen und eines relativen Geburtenüberschusses von 3,5 bis auf 4,5 auf 1000 der mittleren Bevölkerung erscheinen demnach als nicht unrealistisch. Es steht außer Zweifel, daß ein derartiger weiterer Rückgang des Geburtenüberschusses zu bemerkenswerten Konsequenzen führen muß.

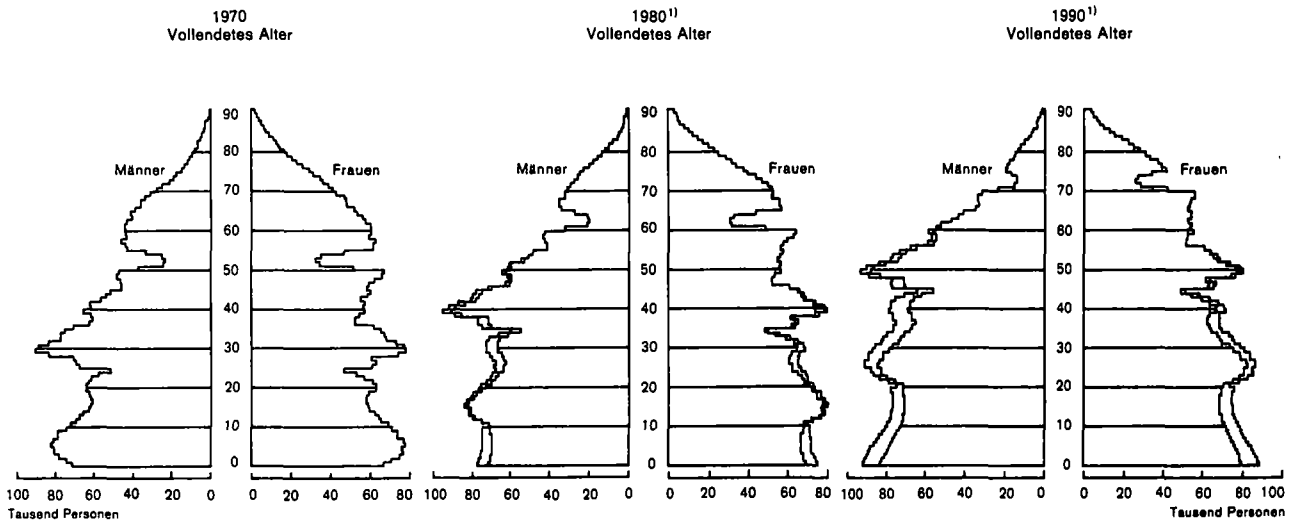
Zunächst Anstieg, dann Rückgang des Anteils der Rentner

Die durch Kriegsverluste und Geburtenausfall entstandenen Lücken und Unregelmäßigkeiten in der Altersgliederung der Wohnbevölkerung Baden-Württembergs werden zwar von Jahr zu Jahr um eine Altersstufe weiterrücken, aber im gesamten Vorausschätzungszeitraum noch sichtbar und wirksam bleiben.

Besonders aus dem Schaubild, in dem die Altersgliederung der Bevölkerung Anfang 1970 und die voraussichtlichen Altersgliederungen 1980 und 1990 dargestellt wurden, ist klar zu entnehmen, daß die besonders markanten Ausbuchtungen und Einschnürungen der Altersgliederung zwar langsam nach oben rücken, aber erst in den höheren Altersstufen unter dem Einfluß der hier hohen Sterblichkeit zusammenschmelzen. Dabei erweist sich auch die in der Demographie bekannte Tatsache, daß nämlich starke Unregelmäßigkeiten sich in allerdings abgeschwächter Form in gewissem Sinne fortpflanzen; so haben sich mit dem Aufrücken der besonders schwach besetzten Geburtsjahrgänge um 1945 in das Alter, aus dem erfahrungsgemäß die Mehrzahl der Kinder zu erwarten ist, nun wiederum um den Jahrgang 1970 schwächere Geburtsjahrgänge ergeben - eine Erscheinung, die durch den zu beobachtenden Rückgang der Fruchtbarkeit noch verstärkt worden ist. Ganz allgemein gesehen führen die Unregelmäßigkeiten der Altersgliederung, die sich in sehr unterschiedlichen Stärken oft nahezu benachbarter Geburtsjahrgänge äußern, im Verlauf des Vorausschätzungszeitraums dazu, daß sich die Besetzung bestimmter Altersgruppen und ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung oft binnen kurzer Zeit erheblich verändern.

I. Demographische Übersicht

Voraussichtliche Altersgliederung der Bevölkerung 1980 und 1990 im Vergleich zu 1970



1) Äußere Umrißlinie der Alterspyramide: Optimistische Variante; innere Umrißlinie: Pessimistische Variante der Vorausschätzung

36 71

Dies kommt selbst bei den ausgewiesenen sehr großen Bevölkerungsgruppen noch deutlich zum Ausdruck. So wird, bedingt durch die niedrigeren Geburtenziffern, bis zum Jahr 1990 der Anteil der noch nicht erwerbsfähigen Personen im Alter bis zu 15 Jahren von über 24% der Gesamtbevölkerung heute auf 22% und damit erheblich stärker, als nach früheren Vorausschätzungen anzunehmen war, zurückgehen. Der Anteil der Personen im Alter zwischen 15 und 40 Jahren dürfte im gesamten Vorausschätzungszeitraum etwa den momentanen Stand von 36% halten, obwohl innerhalb dieser Altersgruppe beachtliche Verschiebungen zu beobachten sind. Dagegen wird der Anteil der Personen im Alter zwischen 40 und 65 Jahren vom jetzigen Stand von 28% zunächst bis 1975 auf 27% zurückgehen, von da an aber kontinuierlich bis auf 31% im Jahr 1990 ansteigen. Bemerkenswert ist die Entwicklung bei den Personen im Rentenalter von 65 Jahren und älter, deren Anteil in der Gesamtbevölkerung von zur Zeit 11,5% auf 13% im Jahr 1980 ansteigen wird, da bis dahin die stark besetzten Jahrgänge aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg in das Rentenalter aufsteigen. Mit dem Nachrücken der schwach besetzten Geburtsjahrgänge aus dem ersten Weltkrieg, die auf der Männerseite im zweiten Weltkrieg nochmals dezimiert wurden, wird der Anteil der Personen im Rentenalter jedoch bis 1985 wieder auf 11% zurückgehen und bis 1990 auf dieser Höhe stehenbleiben.

Bezieht man die Personen im noch nicht erwerbsfähigen Alter unter 15 und im nicht mehr erwerbsfähigen Alter von über 65 Jahren auf jeweils 100 im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren stehende Personen, so erhält man - von der Altersgliederung der Bevölkerung her gesehen, nicht von der tatsächlichen Erwerbsbeteiligung - die sogenannte Belastungsquote. Diese Quote, die demnach aussagt, wieviele nicht im erwerbsfähigen Alter stehenden Personen von jeweils 100 im erwerbsfähigen Alter stehenden sozusagen getragen werden müssen, wird nach vorliegender Vorausschätzung von 56 im Jahr 1970 auf 57 im Jahr 1975 ansteigen. Beeinflusst durch die wegen der niederen Fruchtbarkeit kleineren künftigen Geburtsjahrgänge und ab 1980 den erwähnten Rückgang der Rentnerzahl wird die Quote auf 55 im Jahr 1980 und 50 im Jahr 1985 absinken, um dann bis 1990 zwischen 50 und 51 zu verharren.

Die auf der Basis 1.1.1970 neu erstellte Vorausschätzung der Bevölkerung und der Erwerbspersonen brachte gegenüber früheren Vorausschätzungen Veränderungen in den absoluten Zahlen. Dagegen wurden die nach früheren Vorausschätzungen zu erwartenden Strukturveränderungen abgesehen von wenigen Punkten, wie etwa den im Vorausschätzungszeitraum geborenen Jahrgänge, durch die neuen Ergebnisse bestätigt.

I. Demographische Übersicht

Voraussichtliche Gliederung der Bevölkerung nach Altersgruppen

Altersgruppe von ... bis unter Jahren	1.1.1970	1.1.1975		1.1.1980		1.1.1985		1.1.1990	
		Optim. Variante	Pessim. Variante	Optim. Variante	Pessim. Variante	Optim. Variante	Pessim. Variante	Optim. Variante	Pessim. Variante

in 1000 Personen

Männliche Bevölkerung

0 - 15	1 112	1 156	1 131	1 151	1 096	1 181	1 090	1 259	1 144
15 - 40	1 696	1 801	1 746	1 871	1 769	1 937	1 798	2 040	1 862
40 - 65	1 090	1 171	1 159	1 358	1 325	1 607	1 543	1 724	1 613
65 und älter	398	442	440	460	457	402	398	414	408
Zusammen	4 297	4 569	4 476	4 839	4 647	5 127	4 829	5 436	5 028

Weibliche Bevölkerung

0 - 15	1 060	1 102	1 079	1 099	1 047	1 129	1 043	1 203	1 095
15 - 40	1 536	1 635	1 604	1 713	1 653	1 793	1 705	1 903	1 776
40 - 65	1 386	1 359	1 352	1 407	1 391	1 548	1 519	1 546	1 497
65 und älter	632	722	720	791	786	739	731	772	761
Zusammen	4 613	4 819	4 755	5 011	4 876	5 029	4 997	5 424	5 130

Gesamtbevölkerung

0 - 15	2 172	2 258	2 210	2 250	2 143	2 309	2 132	2 462	2 240
15 - 40	3 232	3 436	3 350	3 584	3 422	3 730	3 503	3 942	3 638
40 - 65	2 476	2 530	2 511	2 765	2 717	3 155	3 062	3 269	3 110
65 und älter	1 030	1 164	1 160	1 251	1 243	1 141	1 129	1 186	1 169
Zusammen	8 910	9 388	9 232	9 850	9 524	10 335	9 826	10 860	10 158

in %

Gesamtbevölkerung

0 - 15	24,4	24,0	23,9	22,8	22,5	22,4	21,7	22,7	22,1
15 - 40	36,3	36,6	36,3	36,4	35,9	36,1	35,6	36,3	35,8
40 - 65	27,8	27,0	27,2	28,1	28,5	30,5	31,2	30,1	30,6
65 und älter	11,5	12,4	12,6	12,7	13,1	11,0	11,5	10,9	11,5
Zusammen	100	100	100	100	100	100	100	100	100

I. Demographische Übersicht

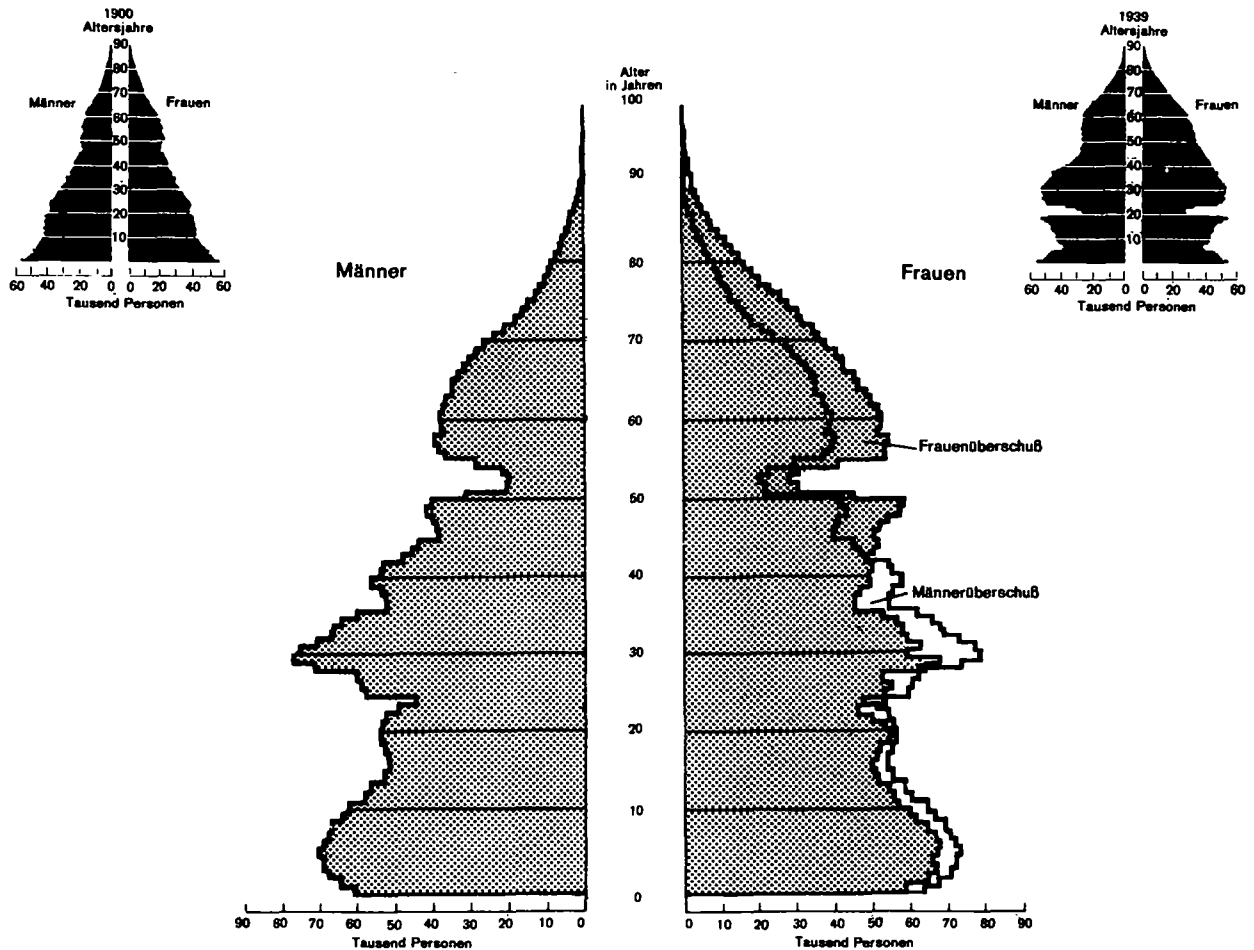
Fläche und Bevölkerung der Stadt- und Landkreise

Stadtkreis/Landkreis Regierungsbezirk Land	Zahl der Gemeinden	Fläche qkm	Wohnbevölkerung ¹⁾ am			Fortgeschriebene Wohnbevölkerung am 31.12.1969			Bevölkerungs- dichte am 31.12. 1969 (Einwohner auf 1qkm)
			17.5.1959	13.9.1950	6.6.1961				
						insgesamt	männlich	weiblich	
am 31.12.1969									
Stadtkreise									
Stuttgart	1	207,18	496 490	497 677	637 539	628 412	303 175	325 237	3 033,2
Heilbronn	1	61,33	77 569	64 643	89 097	99 440	47 144	52 296	1 621,4
Ulm	1	49,78	74 390	71 136	92 705	92 486	45 016	47 470	1 857,9
Landkreise									
Aalen	65	1 079,16	85 059	125 929	142 132	157 883	76 672	81 211	146,3
Backnang	49	589,18	53 990	76 063	89 362	108 561	53 108	55 453	184,3
Böblingen	39	451,27	69 553	93 694	145 616	207 821	104 473	103 348	460,5
Crailsheim	58	766,42	51 435	62 290	63 325	68 284	32 697	35 587	89,1
Esslingen	30	253,11	101 565	145 189	198 579	248 047	124 764	123 283	980,0
Göppingen	61	610,63	121 832	169 845	201 977	223 898	109 236	114 662	366,7
Heidenheim	40	623,98	62 482	91 847	113 453	126 703	60 454	66 249	203,1
Heilbronn	99	875,18	110 554	144 133	162 698	196 084	96 427	99 657	224,0
Künzelsau	41	342,05	21 867	30 432	30 948	33 938	16 600	17 338	99,2
Leonberg	27	289,57	44 995	65 275	99 219	133 536	66 336	67 200	461,2
Ludwigsburg	49	424,06	135 351	186 007	243 849	305 769	152 909	152 860	721,1
Mergentheim	51	473,93	31 165	41 819	40 349	42 636	19 872	22 764	90,0
Nürtingen	48	380,06	73 572	107 535	131 620	158 529	77 206	81 323	417,1
Öhringen	51	397,61	30 247	42 021	43 587	48 477	23 176	25 301	121,9
Schwäbisch Gmünd	34	454,95	60 744	88 159	100 341	111 464	53 232	58 232	245,0
Schwäbisch Hall	46	568,44	42 980	56 674	59 273	64 082	30 545	33 537	112,7
Ulm	81	861,02	52 846	74 823	82 922	96 412	47 406	49 006	112,0
Vaihingen	42	384,75	46 487	63 455	75 392	91 918	45 464	46 454	238,9
Waiblingen	61	437,45	100 422	141 480	193 832	243 084	117 265	125 819	555,7
Nordwürttemberg	975	10 581,11	1 945 595	2 440 126	3 037 815	3 487 464	1 703 177	1 784 287	329,6
Stadtkreise									
Karlsruhe	1	122,83	190 081	198 842	241 929	257 144	119 759	137 385	2 093,5
Heidelberg	1	94,27	86 467	116 488	125 264	121 929	55 025	66 904	1 293,4
Mannheim	1	144,95	285 753	245 634	313 890	330 920	161 512	169 408	2 283,0
Pforzheim	1	55,63	79 017	54 155	82 532	90 780	42 004	48 776	1 631,9
Landkreise									
Bruchsal	38	455,45	91 387	104 344	119 009	139 358	68 091	71 267	306,0
Buchen	82	827,49	45 162	65 861	62 073	67 868	32 404	35 464	82,0
Heidelberg	52	487,00	90 538	127 283	146 816	184 765	89 808	94 957	379,4
Karlsruhe	58	581,78	109 372	141 654	166 468	201 224	97 949	103 275	345,9
Mannheim	27	313,37	102 675	136 335	158 860	191 028	92 725	98 303	609,6
Mosbach	58	453,77	40 034	61 704	64 430	77 400	37 453	39 947	170,6
Pforzheim	34	278,88	43 067	55 930	63 080	75 835	36 300	39 535	271,9
Sinsheim	52	528,63	51 550	79 015	76 202	87 939	41 761	46 178	166,4
Tauberbischofsheim	84	776,66	56 650	80 491	76 436	83 213	40 551	42 662	107,1
Nordbaden	489	5 120,71	1 271 753	1 467 736	1 696 989	1 909 403	915 342	994 061	372,9
Stadtkreise									
Freiburg im Breisgau	1	79,90	110 110	109 702	145 027	165 960	74 926	91 034	2 077,1
Baden-Baden	1	91,19	33 166	36 582	40 029	38 852	16 348	22 504	426,1
Landkreise									
Bühl	39	379,42	68 402	72 532	79 859	92 346	43 792	48 554	243,4
Donauessingen	59	766,14	51 169	54 277	66 519	76 396	37 780	38 616	99,7
Emmendingen	58	666,05	80 938	87 877	102 345	119 056	56 660	62 396	178,7
Freiburg	77	658,42	59 214	64 442	76 879	96 660	47 659	49 001	146,8
Hochschwarzwald	49	717,50	33 299	39 701	41 997	48 583	23 104	25 479	67,7
Kehl	35	310,09	50 883	42 039	53 222	60 845	29 220	31 625	196,2
Konstanz	66	519,68	105 972	123 245	158 387	189 949	91 682	98 267	365,5
Lahr	42	444,51	66 727	72 251	80 301	88 519	41 965	46 554	199,1
Lörrach	83	638,48	95 353	107 101	136 333	154 848	74 819	80 029	242,5
Müllheim	49	433,27	42 622	47 068	54 471	62 917	29 656	33 261	145,2
Offenburg	46	467,48	74 375	84 232	98 555	113 684	53 394	60 290	243,2
Rastatt	45	545,20	92 210	93 027	119 131	142 378	68 652	73 726	261,1
Säckingen	53	375,10	43 649	50 263	65 797	75 972	36 983	38 989	202,5
Stockach	59	612,79	36 216	40 793	47 219	54 031	26 774	27 257	88,2
Überlingen	65	565,88	43 102	50 839	58 595	75 357	36 507	38 850	133,2
Villingen	37	451,38	53 960	60 840	83 312	98 527	47 083	51 444	218,3
Waldshut	81	590,12	46 070	54 407	65 266	73 024	35 412	37 612	123,7
Wolfach	30	641,24	42 126	47 199	52 742	57 426	27 286	30 140	89,6
Südbaden	975	9 953,84	1 229 563	1 338 417	1 625 986	1 885 330	899 702	985 628	189,4
Landkreise									
Balingen	45	478,12	70 315	82 320	98 127	111 488	52 871	58 617	233,2
Biberach	87	1 024,54	74 553	89 397	100 043	114 485	55 364	59 121	111,7
Calw	104	882,45	88 845	100 484	117 745	146 002	70 245	75 757	165,5
Ehingen	62	508,11	32 616	39 469	43 432	50 149	24 189	25 960	98,7
Freudenstadt	50	612,52	46 052	50 759	58 409	66 888	30 638	36 250	109,2
Hechingen	46	412,08	37 341	43 271	50 096	58 480	27 897	30 583	141,9
Horb	49	358,43	35 525	38 838	42 168	48 228	23 154	25 074	134,6
Münsingen	59	699,51	33 452	37 091	38 809	43 364	20 843	22 521	62,0
Ravensburg	38	713,58	77 233	91 083	104 690	122 223	58 824	63 399	171,3
Reutlingen	37	441,71	103 539	121 261	159 772	187 786	88 385	99 401	425,1
Rottweil	53	558,86	97 932	104 212	124 177	139 016	64 841	74 175	248,7
Saulgau	88	743,26	51 168	61 393	65 899	72 148	34 958	37 190	97,1
Sigmaringen	72	710,01	35 106	41 295	47 623	55 494	26 649	28 845	78,2
Tettnang	13	260,45	52 269	52 368	74 132	89 796	44 251	45 545	344,8
Tübingen	54	481,96	84 098	100 583	123 854	150 388	73 588	76 800	312,0
Tuttlingen	37	454,54	55 633	64 479	77 923	90 574	42 760	47 814	199,3
Wangen	42	753,81	53 794	65 631	71 451	80 993	39 104	41 889	107,4
Südwestfalen-Lippe	936	10 093,94	1 029 471	1 183 934	1 398 350	1 627 502	778 561	848 941	161,2
Hessen	3 375	35 749,60	5 476 382	6 430 213	7 759 140	8 909 699	4 296 782	4 612 917	249,2

1) Gebietsstand 31.12.1969. - 2) Einschließlich ein bewohntes gemeindefreies Gebiet mit 326 Einwohnern.

I. Demographische Übersicht

Altersaufbau der Wohnbevölkerung Baden - Württembergs am 31. Dezember 1969
nach Altersjahren, Geburtsjahren und Geschlecht



5271

Wohnbevölkerung nach Gemeindegrößenklassen am 31. Dezember 1969

Gemeindegrößenklasse (von ... bis unter ... Einwohner)	Baden-Württemberg		Regierungsbezirk							
			Nordwürttemberg		Nordbaden		Südbaden		Südwestfalen-Hohenzollern	
	Gemeinden	Wohnbevölkerung	Gemeinden	Wohnbevölkerung	Gemeinden	Wohnbevölkerung	Gemeinden	Wohnbevölkerung	Gemeinden	Wohnbevölkerung
unter - 100	16	1 179	2	171	7	464	1	79	6	465
100 - 200	158	24 621	25	4 119	21	3 002	49	7 628	63	9 872
200 - 300	240 ¹⁾	59 963	49	12 232	21	5 058	85	21 289	85 ¹⁾	21 384
300 - 400	271	94 538	55	19 253	39	13 509	96	33 516	81	28 310
400 - 500	268	120 495	78	35 146	36	16 187	67	29 890	87	39 272
500 - 1 000	848	610 994	211	151 558	97	70 176	269	193 401	271	195 859
1 000 - 2 000	750	1 056 713	246	345 500	110	159 355	208	294 465	186	257 393
2 000 - 3 000	287	695 463	96	234 991	45	105 149	81	196 130	65	159 193
3 000 - 4 000	156	529 080	60	203 455	35	119 081	41	138 960	20	67 584
4 000 - 5 000	97	436 485	42	188 366	18	81 401	22	99 867	15	66 851
5 000 - 10 000	169	1 170 242	64	444 849	41	297 935	34	226 800	30	200 658
10 000 - 15 000	52	633 334	21	254 761	9	109 981	8	95 874	14	172 718
15 000 - 20 000	17	295 217	4	71 835	3	49 343	5	83 934	5	90 105
20 000 - 25 000	7	155 997	5	112 651	1	21 342	-	-	1	22 004
25 000 - 50 000	25	826 574	11	372 034	2	56 647	7	235 920	5	161 973
50 000 - 100 000	9	694 389	5	408 131	1	90 780	1	61 617	2	133 861
100 000 - 200 000	2	287 889	-	-	1	121 929	1	165 960	-	-
200 000 - 500 000	2	588 064	-	-	2	588 064	-	-	-	-
500 000 und mehr	1	628 412	1	628 412	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	3 375 ¹⁾	8 909 699	975	3 487 464	489	1 909 403	975	1 885 330	936 ¹⁾	1 627 502

1) Einschließlich ein bewohntes gemeindefreies Gebiet mit 326 Einwohnern.

I. Demographische Übersicht

Wohnbevölkerung nach Altersjahren, Geburtsjahren und Geschlecht am 31. Dezember 1969

Alter von ... bis unter Jahren	Ge- burts- jahr	Wohnbevölkerung 31. Dezember 1969			Alter von ... bis unter Jahren	Ge- burts- jahr	Wohnbevölkerung 31. Dezember 1969		
		insgesamt	männlich	weiblich			insgesamt	männlich	weiblich
unter 1	1969	137 724	70 548	67 176	45 - 46	1924	102 252	44 638	57 614
1 - 2	1968	145 746	74 375	71 371	46 - 47	1923	104 375	44 909	59 466
2 - 3	1967	152 890	78 261	74 629	47 - 48	1922	108 021	46 086	61 935
3 - 4	1966	157 063	80 384	76 679	48 - 49	1921	114 153	48 210	65 943
4 - 5	1965	156 148	80 221	75 927	49 - 50	1920	114 265	47 338	66 927
Zusammen		749 571	383 789	365 782	Zusammen		543 066	231 181	311 885
5 - 6	1964	159 468	81 853	77 615	50 - 51	1919	88 311	36 987	51 324
6 - 7	1963	157 491	80 658	76 833	51 - 52	1918	57 525	23 829	33 696
7 - 8	1962	152 744	78 400	74 344	52 - 53	1917	54 936	23 059	31 877
8 - 9	1961	151 737	77 502	74 235	53 - 54	1916	59 609	24 846	34 763
9 - 10	1960	145 375	74 445	70 930	54 - 55	1915	79 958	33 356	46 602
Zusammen		766 815	392 858	373 957	Zusammen		340 339	142 077	198 262
10 - 11	1959	141 375	72 371	69 004	55 - 56	1914	103 754	42 694	61 060
11 - 12	1958	134 103	68 970	65 133	56 - 57	1913	105 703	44 324	61 379
12 - 13	1957	131 271	67 224	64 047	57 - 58	1912	107 925	45 868	62 057
13 - 14	1956	127 904	65 412	62 492	58 - 59	1911	102 111	43 287	58 824
14 - 15	1955	120 978	61 750	59 228	59 - 60	1910	104 334	44 005	60 329
Zusammen		655 631	335 727	319 904	Zusammen		523 827	220 178	303 649
15 - 16	1954	120 016	61 407	58 609	60 - 61	1909	104 736	44 376	60 360
16 - 17	1953	117 282	59 531	57 751	61 - 62	1908	103 211	43 511	59 700
17 - 18	1952	119 354	60 993	58 361	62 - 63	1907	100 065	42 795	57 270
18 - 19	1951	120 693	61 524	59 169	63 - 64	1906	96 182	40 434	55 748
19 - 20	1950	125 650	63 021	62 629	64 - 65	1905	93 601	40 626	52 975
Zusammen		602 995	306 476	296 519	Zusammen		497 795	211 742	286 053
20 - 21	1949	125 474	62 670	62 804	65 - 66	1904	90 654	39 150	51 504
21 - 22	1948	123 088	62 349	60 739	66 - 67	1903	84 806	36 452	48 354
22 - 23	1947	118 398	61 044	57 354	67 - 68	1902	83 834	35 610	48 224
23 - 24	1946	109 987	57 340	52 647	68 - 69	1901	80 615	33 835	46 780
24 - 25	1945	98 020	51 472	46 548	69 - 70	1900	73 934	30 818	43 116
Zusammen		574 967	294 875	280 092	Zusammen		413 843	175 865	237 978
25 - 26	1944	128 206	67 135	61 071	70 - 71	1899	69 216	28 058	41 158
26 - 27	1943	131 569	68 998	62 571	71 - 72	1898	63 671	24 625	39 046
27 - 28	1942	130 114	69 879	60 235	72 - 73	1897	57 296	21 428	35 868
28 - 29	1941	156 420	82 869	73 551	73 - 74	1896	54 278	19 452	34 826
29 - 30	1940	167 784	89 549	78 235	74 - 75	1895	48 879	17 600	31 279
Zusammen		714 093	378 430	335 663	Zusammen		293 340	111 163	182 177
30 - 31	1939	164 419	87 576	76 843	75 - 76	1894	43 911	14 900	29 011
31 - 32	1938	155 219	82 709	72 510	76 - 77	1893	39 807	13 809	25 998
32 - 33	1937	145 108	77 301	67 807	77 - 78	1892	35 834	12 415	23 419
33 - 34	1936	143 986	77 005	66 981	78 - 79	1891	32 863	11 430	21 433
34 - 35	1935	139 681	74 857	64 824	79 - 80	1890	28 175	9 695	18 480
Zusammen		748 413	399 448	348 965	Zusammen		180 590	62 249	118 341
35 - 36	1934	130 496	69 933	60 563	80 - 81	1889	25 540	8 754	16 786
36 - 37	1933	112 618	60 787	51 831	81 - 82	1888	21 801	7 480	14 321
37 - 38	1932	112 131	60 153	51 978	82 - 83	1887	19 377	6 809	12 568
38 - 39	1931	114 909	61 248	53 661	83 - 84	1886	16 153	5 553	10 600
39 - 40	1930	121 866	65 081	56 785	84 - 85	1885	13 419	4 664	8 755
Zusammen		592 020	317 202	274 818	Zusammen		96 290	33 260	63 030
40 - 41	1929	118 293	62 389	55 904	85 - 86	1884	10 999	3 795	7 204
41 - 42	1928	119 018	61 913	57 105	86 - 87	1883	8 739	2 998	5 741
42 - 43	1927	111 465	56 131	55 334	87 - 88	1882	7 101	2 513	4 588
43 - 44	1926	111 075	53 183	57 892	88 - 89	1881	5 548	1 892	3 656
44 - 45	1925	110 650	51 117	59 533	89 - 90	1880	4 127	1 398	2 729
Zusammen		570 501	284 733	285 768	Zusammen		36 514	12 596	23 918
					90 und älter	1879 und früher	9 089	2 933	6 156
					Insgesamt		8909 699 4296 782	4612 917	

I. Demographische Übersicht

Wohnbevölkerung nach Altersgruppen und Geschlecht in den Regierungsbezirken
am 31. Dezember 1969

Alter von ... bis unter ... Jahren	Wohnbevölkerung						Alter von ... bis unter ... Jahren	Wohnbevölkerung																			
	insgesamt		männlich		weiblich			insgesamt		männlich		weiblich															
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%		Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%														
Nordwürttemberg														Südbaden													
unter 1	54 018	1,5	27 670	1,6	26 348	1,5	unter 1	29 569	1,6	15 059	1,7	14 510	1,5														
1 - 6	298 184	8,6	152 887	9,0	145 297	8,1	1 - 6	169 669	9,0	86 835	9,7	82 834	8,4														
6 - 14	430 837	12,4	221 316	13,0	209 521	11,7	6 - 14	257 600	13,7	132 061	14,7	125 539	12,7														
14 - 15	44 749	1,3	22 740	1,3	22 009	1,2	14 - 15	27 821	1,5	14 359	1,6	13 462	1,4														
15 - 18	131 904	3,8	67 643	4,0	64 261	3,6	15 - 18	82 547	4,4	42 010	4,7	40 537	4,1														
18 - 20	91 667	2,6	46 574	2,7	45 093	2,5	18 - 20	55 894	3,0	28 281	3,1	27 613	2,8														
20 - 25	223 454	6,4	114 985	6,8	108 469	6,1	20 - 25	119 481	6,3	60 645	6,7	58 836	6,0														
25 - 30	292 960	8,4	157 851	9,3	135 109	7,6	25 - 30	142 438	7,6	73 025	8,1	69 413	7,0														
30 - 35	305 507	8,8	166 347	9,8	139 160	7,8	30 - 35	151 823	8,1	79 014	8,8	72 809	7,4														
35 - 40	242 065	6,9	132 729	7,8	109 336	6,1	35 - 40	120 958	6,4	63 699	7,1	57 259	5,8														
40 - 45	226 908	6,5	115 512	6,8	111 396	6,2	40 - 45	118 311	6,3	58 326	6,5	59 985	6,1														
45 - 50	213 313	6,1	92 371	5,4	120 942	6,8	45 - 50	112 620	6,0	46 929	5,2	65 691	6,7														
50 - 55	137 729	3,9	58 380	3,4	79 349	4,4	50 - 55	67 877	3,6	27 932	3,1	39 945	4,1														
55 - 60	209 491	6,0	90 485	5,3	119 006	6,7	55 - 60	105 647	5,6	43 192	4,8	62 455	6,3														
60 - 65	193 391	5,5	83 987	4,9	109 404	6,1	60 - 65	103 574	5,5	43 192	4,8	60 382	6,1														
65 und mehr	391 287	11,2	151 700	8,9	239 587	13,4	65 und mehr	219 501	11,6	85 143	9,5	134 358	13,6														
Insgesamt	3487 464		100 1703 177		100 1784 287	100	Insgesamt	1885 330	100	899 702	100	985 628	100														
Nordbaden														Südwürttemberg-Hohenzollern													
unter 1	27 200	1,4	14 023	1,5	13 177	1,3	unter 1	26 937	1,7	13 796	1,8	13 141	1,5														
1 - 6	152 659	8,0	78 257	8,5	74 402	7,5	1 - 6	150 803	9,3	77 115	9,9	73 688	8,7														
6 - 14	230 583	12,1	117 998	12,9	112 585	11,3	6 - 14	222 980	13,7	113 607	14,6	109 373	12,9														
14 - 15	24 832	1,3	12 755	1,4	12 077	1,2	14 - 15	23 576	1,4	11 896	1,5	11 680	1,4														
15 - 18	73 315	3,8	37 361	4,1	35 954	3,6	15 - 18	68 886	4,2	34 917	4,5	33 969	4,0														
18 - 20	52 650	2,8	26 514	2,9	26 136	2,6	18 - 20	46 132	2,8	23 176	3,0	22 956	2,7														
20 - 25	129 475	6,8	66 815	7,3	62 660	6,3	20 - 25	102 537	6,3	52 430	6,7	50 127	5,9														
25 - 30	155 817	8,2	83 417	9,1	72 400	7,3	25 - 30	122 878	7,6	64 137	8,2	58 741	6,9														
30 - 35	157 924	8,3	84 343	9,2	73 581	7,4	30 - 35	133 159	8,2	69 744	9,0	63 415	7,5														
35 - 40	124 580	6,5	65 929	7,2	58 651	5,9	35 - 40	104 417	6,4	54 845	7,0	49 572	5,8														
40 - 45	125 035	6,5	61 929	6,8	63 106	6,3	40 - 45	100 247	6,2	48 966	6,3	51 281	6,0														
45 - 50	123 395	6,5	53 088	5,8	70 307	7,1	45 - 50	93 738	5,8	38 793	5,0	54 945	6,5														
50 - 55	74 786	3,9	31 495	3,4	43 291	4,4	50 - 55	59 947	3,7	24 270	3,1	35 677	4,2														
55 - 60	114 706	6,0	47 733	5,2	66 973	6,7	55 - 60	93 983	5,8	38 768	5,0	55 215	6,5														
60 - 65	111 301	5,8	46 339	5,1	64 962	6,5	60 - 65	89 529	5,5	38 224	4,9	51 305	6,0														
65 und mehr	231 145	12,1	87 346	9,5	143 799	14,5	65 und mehr	187 733	11,5	73 877	9,5	113 856	13,4														
Insgesamt	1909 403		100 915 342		100 994 061	100	Insgesamt	1627 502	100	778 561	100	848 941	100														

Wohnbevölkerung und Erwerbstätigkeit

Rechtsgrundlage des Mikrozensus ist das Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 21. Dezember 1962 (BGBl. I S. 767). In diese Erhebung wird 1% der Wohnbevölkerung einbezogen. Dabei werden in ausgewählten Zählbezirken alle Haushalte durch Interviewer befragt. Die Auswahl der Zählbezirke erfolgt nach dem Prinzip der Flächenstichprobe. Stichtag der Befragung war der 23. April 1969.

Im April 1969 betrug die Wohnbevölkerung Baden-Württembergs 8,75 Millionen; 4 082 000 Personen, also knapp die Hälfte, waren Erwerbspersonen (einschließlich Erwerbslose). Unter den Nichterwerbspersonen sind erwartungsgemäß die Angehörigen mit einem Anteil von drei Vierteln recht hoch.

Als erwerbstätig wurden 4 053 000 Personen gezählt, 46% der Wohnbevölkerung. Die Tätigkeitsquote unterschied sich bei beiden Geschlechtern; beim männlichen Geschlecht stellte sie sich auf 59%, beim weiblichen machte sie hingegen nur 35% aus. Von den Erwerbstätigen standen 95% im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre). Dieser Anteil ist bei beiden Geschlechtern gleich groß.

Etwa die Hälfte der Erwerbstätigen arbeitete im produzierenden Gewerbe, 14% im Wirtschaftsbereich Handel und Verkehr und ein Zehntel in der Landwirtschaft. Bei der Gliederung nach der Stellung im Beruf stehen die Arbeiter mit fast der Hälfte an der Spitze; gut ein Viertel kam auf die Angestellten sowie ein Zehntel auf die Selbständigen.

Die unterschiedliche Entwicklung seit 1961 geht aus dem Schaubild hervor.

I. Demographische Übersicht

Wohnbevölkerung nach Beteiligung am Erwerbsleben und nach überwiegendem Lebensunterhalt April 1969

Überwiegender Lebensunterhalt durch . . .	Wohnbevölkerung ¹⁾			Erwerbspersonen			Nichterwerbspersonen		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Anzahl in 1000									
Erwerbstätigkeit	3 695	2 321	1 374	3 695	2 321	1 374	-	-	-
Rente, Pensionen u. dgl. ²⁾	1 235	499	736	128	67	61	1 107	432	675
Angehörige	3 815	1 366	2 450	259	89	170	3 556	1 277	2 279
Zusammen	8 745	4 185	4 560	4 082	2 477	1 605	4 663	1 709	2 955
Verteilung nach dem Erwerbskonzept in %									
Erwerbstätigkeit	100	100	100	100	100	100	-	-	-
Rente, Pensionen u. dgl. ²⁾	100	100	100	10	13	8	90	87	92
Angehörige	100	100	100	7	6	7	93	94	93
Zusammen	100	100	100	47	59	35	53	41	65
Verteilung nach dem Unterhaltskonzept in %									
Erwerbstätigkeit	42	55	30	91	94	86	-	-	-
Rente, Pensionen u. dgl. ²⁾	14	12	16	3	3	4	24	25	23
Angehörige	44	33	54	6	4	11	76	75	77
Zusammen	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Verteilung nach der Wohnbevölkerung insgesamt in %									
Erwerbstätigkeit	42	55	30	42	55	30	-	-	-
Rente, Pensionen u. dgl. ²⁾	14	12	16	1	2	1	13	10	15
Angehörige	44	33	54	3	2	4	41	31	50
Zusammen	100	100	100	47	59	35	53	41	65

Anmerkung: Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

1) Ohne Soldaten. - 2) Einschließlich 5900 Personen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Arbeitslosengeld.

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen und nach der Stellung im Beruf April 1969

Wirtschaftsbereich Stellung im Beruf	Erwerbstätige ¹⁾ insgesamt		davon				Frauen- anteil
			männlich		weiblich		
	1000	%	1000	%	1000	%	
Wirtschaftsbereiche							
Land- und Forstwirtschaft	423	10	183	7	240	15	57
Produzierendes Gewerbe	2 208	54	1 555	63	653	41	30
Handel und Verkehr	550	14	319	13	231	15	42
Sonstige Wirtschaftsbereiche ²⁾	873	22	404	16	469	29	54
Insgesamt	4 053	100	2 461	100	1 592	100	39
Stellung im Beruf							
Selbständige	442	11	347	14	95	6	21
Mithelfende Familienangehörige	317	8	44	2	273	17	86
Beamte	198	5	169	7	29	2	15
Angestellte	1 063	26	545	22	518	33	49
Arbeiter	1 892	47	1 261	51	631	40	33
Lehrlinge	142	4	95	4	47	3	33
Insgesamt	4 053	100	2 461	100	1 592	100	39

Anmerkung: Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

1) Ohne Soldaten. - 2) Dienstleistungsgewerbe.

I. Demographische Übersicht

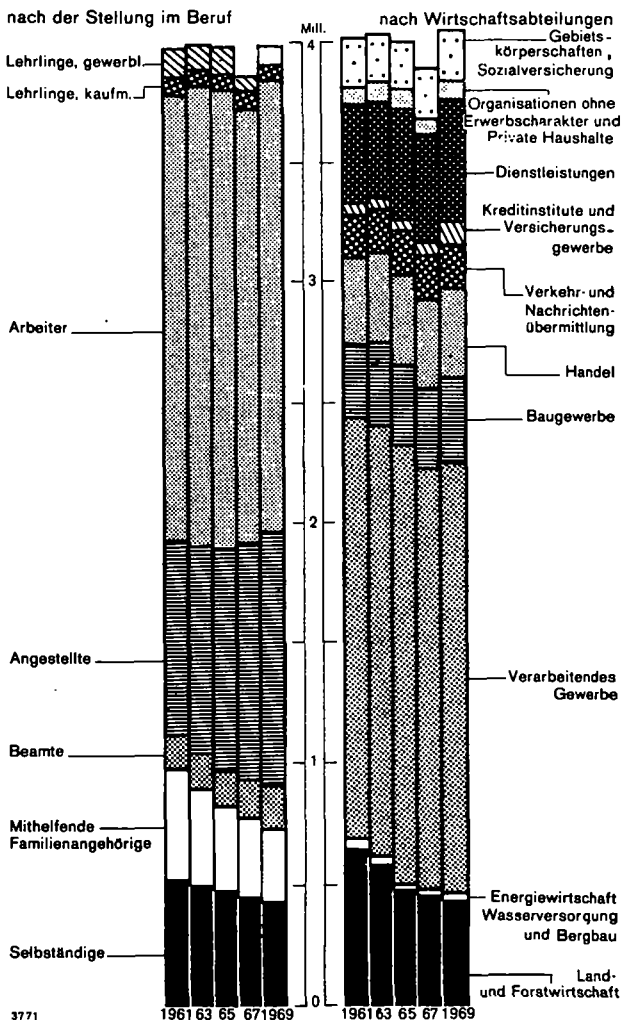
Erwerbstätige nach Altersgruppen April 1969

Alter von ... bis unter ... Jahren ¹⁾	Erwerbstätige ¹⁾			Tätigkeitsquote ³⁾		Erwerbstätige ²⁾			Davon im Wirtschaftsbereich							
	insgesamt	männlich	weiblich	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	Land- und Forst- wirtschaft		Produ- zierendes Gewerbe		Handel und Verkehr		Sonstiger Wirtschaf- tsbereich ⁴⁾	
									männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
1000			%													
15 - 20	307	164	143	54	52	8	7	9	5	3	8	9	7	14	3	10
20 - 25	366	176	190	79	73	9	7	12	3	2	8	13	7	12	5	15
25 - 30	488	200	188	90	57	12	12	12	4	5	13	14	12	11	12	13
30 - 35	550	373	177	98	50	14	15	11	9	9	16	13	15	10	14	10
35 - 40	456	311	146	99	53	11	13	9	10	9	14	10	13	9	10	8
40 - 45	437	275	162	99	56	11	11	10	9	12	11	11	11	9	12	9
45 - 50	406	224	183	97	58	10	9	12	8	13	9	11	9	12	11	11
50 - 55	246	143	103	95	52	6	6	7	5	7	5	6	7	6	8	7
55 - 60	340	203	137	93	45	8	8	9	9	11	7	8	10	9	11	8
60 - 65	263	177	87	81	29	7	7	5	11	11	6	4	6	5	9	5
65 und älter	192	115	77	27	12	5	5	5	27	17	2	2	4	4	5	4
5) Insgesamt, 4 053 2 461 1 592 59 35 100 100 100 100 100 100 100 100 100 100 100 100																

Anmerkung: Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

1) Differenz zwischen Berichts- und Geburtsjahr. - 2) Ohne Soldaten. - 3) Erwerbstätige in % der Wohnbevölkerung. - 4) Dienstleistungsgewerbe. - 5) Einschließlich der unter 15 Jahre alten Erwerbstätigen.

Erwerbstätige in Baden-Württemberg April 1969



Ausländer am 30. September 1969

In Baden-Württemberg waren am 30. September 1969 bei den Ausländerbehörden 588 626 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit registriert. Darunter befanden sich 168 628 (28,6%) Frauen und 84 070 (14,3%) Kinder unter 16 Jahren. Nicht aufgeführt sind Deutsche, die zugleich eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen, dagegen aber Ausländer mit mehrfacher oder ungeklärter Staatsangehörigkeit sowie Staatenlose.

Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der Ausländer um 126 726, das ist eine Zunahme um 27,4%. Die Ausländerdichte - Ausländer auf 1000 der Bevölkerung - erhöhte sich gleichzeitig von 53,2 auf 66,3. Diese Dichte war in den vier Regierungsbezirken recht verschieden. Die höchsten Werte ergaben sich in den beiden stark industrialisierten Regierungsbezirken Nordwürttemberg (84,2) und Nordbaden (60,0), die niedrigste in Südbaden (48,4); im Regierungsbezirk Südwürttemberg - Hohenzollern belief sie sich auf 56,1.

Gegenüber 1959 ist die Zahl der Ausländer auf etwas mehr als das Sechsfache gestiegen. In diesem Jahr waren am 30. September bei den Ausländerbehörden 94 064 Personen gemeldet.

Nach der Staatsangehörigkeit betrachtet, stellten die Italiener 1969 mit 178 233 (30,3%) Personen weiterhin das Hauptkontingent. Es folgten Jugoslawen mit 114 942 (19,5%), Griechen mit 72 778 (12,4%), Türken mit 70 134 (11,9%) und Spanier mit 40 406 (6,9%) Personen; rund 81% der Ausländer in Baden-Württemberg waren Angehörige dieser fünf Staaten.

I. Demographische Übersicht

Ausländer nach der Staatsangehörigkeit am 30. September 1969

Staatsangehörigkeit	Ausländer							
	Baden-Württemberg				Regierungsbezirk			
	Insgesamt	Frauen	Kinder unter 16 J.	Heimatl. Ausl. 1)	Württemberg	Nordbaden	Südbaden	Südwestfalen-Rheinland
Europa insgesamt	560 012	160 141	78 964	14 888	281 662	104 908	86 003	87 439
darunter								
Italien	178 233	41 317	29 681	-	84 016	29 406	36 333	28 478
Jugoslawien	114 942	37 106	6 417	911	57 672	18 764	15 335	23 171
Griechenland	72 778	25 402	12 754	10	52 060	8 738	2 340	9 640
Türkei	70 134	14 971	9 145	3	37 803	15 223	6 872	10 236
Spanien	40 406	11 891	6 961	2	16 665	13 025	6 581	4 135
Österreich	24 381	8 851	4 862	-	11 378	4 475	3 966	4 562
Frankreich	11 153	4 148	2 016	-	1 922	2 300	5 192	1 739
Afrika insgesamt	2 800	338	502	5	1 163	798	509	330
darunter								
VAR (Ägypten)	735	78	149	4	411	198	71	55
Algerien	501	23	170	1	128	133	175	65
Amerika insgesamt	12 108	4 730	2 558	-	4 527	4 258	1 893	1 430
darunter								
USA	9 028	3 737	1 932	-	3 437	3 354	1 203	1 034
Kanada	1 071	350	314	-	371	324	270	106
Asien insgesamt	8 304	1 766	1 139	23	3 169	2 962	1 283	890
darunter								
Iran	1 699	180	296	-	584	695	267	153
Indien	1 475	605	160	-	457	414	400	204
Australien und Ozeanien insgesamt	594	271	96	-	308	143	76	67
darunter								
Australien	558	253	93	-	291	138	71	58
Staatenlose	3 219	955	498	1 116	1 063	768	843	545
Übrige 2)	1 589	427	313	369	612	309	314	354
Insgesamt	588 626	168 628	84 070	16 401	292 504	114 146	90 921	91 055

1) Einschl. ausländischer Flüchtlinge (Asylberechtigte). - 2) Ausländer mit mehrfacher und ungeklärter Staatsangehörigkeit.

Haushalt und Familie

Die Zahl der Haushalte belief sich nach den Ergebnissen des Mikrozensus von April 1969 auf 3 158 000; sie verteilte sich zu 39% auf die Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren und zu 61% auf Haushalte ohne Kinder unter 18 Jahren. Der größere Teil der Haushalte mit Kindern (42%) hatte ein Kind, 34% zwei Kinder und der Rest drei Kinder und mehr.

Bei der Aufgliederung der Haushalte nach der Zahl der Kinder wurden die Gruppen "Kinder von 6 bis unter 15 Jahren" und "unter 6 Jahren"

ausgewiesen. Es ist darauf zu achten, daß diese Haushalte noch Kinder im anderen Alter haben können, zum Beispiel über 15 Jahre oder unter bzw. über 6 Jahre. Dasselbe gilt für die Tabelle "Mütter nach Zahl der Kinder in der Familie und Stellung zum Erwerbsleben".

Von den Müttern mit Kindern unter 18 Jahren waren etwa zwei Fünftel erwerbstätig, in der Hauptsache hatten sie nur ein Kind. Mit steigender Kinderzahl nimmt die Erwerbsquote ab. Die Erwerbstätigkeit der Mütter wird erwartungsgemäß auch durch das Alter der Kinder beeinflusst.

I. Demographische Übersicht

Haushalte nach Haushaltsgröße und Zahl der Kinder unter 18 Jahren April 1969

Kinderzahl in der Familie	Haushalte insgesamt ¹⁾	Darunter Mehrpersonenhaushalte mit Personen im Haushalt				
		2 Personen	3 Personen	4 Personen	5 und mehr Personen	
					Haushalte	Personen
1000						
Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren						
zusammen	1 228	39	380	427	380	2 168
davon mit 1 Kind	520	37	361	86	33	172
" 2 Kindern	420	-	18	332	69	367
" 3 " und mehr	288	-	-	(9)	278	1 629
darunter						
Haushalte mit Kindern						
von 6 bis unter 15 Jahren						
zusammen	779	18	145	285	330	1 901
davon mit 1 Kind	445	18	138	182	107	571
" 2 Kindern	235	-	(8)	101	126	702
" 3 " und mehr	99	-	-	(.)	97	628
unter 6 Jahren						
zusammen	604	11	183	201	210	1 221
davon mit 1 Kind	429	10	181	116	122	699
" 2 Kindern	149	-	(.)	85	62	366
" 3 " und mehr	26	-	-	(.)	26	156
Haushalte ohne Kinder unter 18 Jahren	1 930	799	220	64	15	78
Insgesamt	3 158	837	601	491	395	2 245

Anmerkung: Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
1) Einschließlich Soldaten, aber ohne Anstaltsbevölkerung.

Mütter nach Zahl der Kinder in der Familie und Stellung zum Erwerbsleben April 1969

Kinderzahl in der Familie	Mütter insgesamt	Davon					
		Erwerbstätige im Wirtschaftsbereich				Nichterwerbs- personen zusammen	
		zusammen	Erwerbs- quote 1)	Land- und Forstwirtschaft	übrige Wirtschafts- bereiche zusammen		
		1000	%	1000	% 2)	1000	% 2)
Mütter mit Kindern unter 18 Jahren							
Insgesamt	1 210	525	43	112	21	413	79
davon mit 1 Kind	512	253	49	31	12	222	88
" 2 Kindern	414	164	40	37	23	126	77
" 3 " und mehr	284	109	38	44	40	65	60
davon Mütter mit Kindern							
von 15 bis unter 18 Jahren zusammen	292	147	50	42	28	105	72
davon mit 1 Kind	255	129	51	35	27	94	73
" 2 Kindern	35	17	49	(7)	(40)	10	60
" 3 " und mehr	(.)	(.)	(.)	(.)	(.)	(.)	(.)
von 6 bis unter 15 Jahren zusammen	766	330	43	81	24	249	76
davon mit 1 Kind	437	194	44	38	19	156	81
" 2 Kindern	231	98	42	26	27	71	73
" 3 " und mehr	98	38	39	17	44	22	56
unter 6 Jahren zusammen	598	223	37	49	22	174	78
davon mit 1 Kind	425	170	40	29	17	141	83
" 2 Kindern	147	46	31	16	34	30	66
" 3 " und mehr	26	(7)	(29)	(.)	(.)	(.)	(.)

Anmerkung: Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
1) % der Mütter insgesamt. - 2) % der erwerbstätigen Mütter.

I. Demographische Übersicht

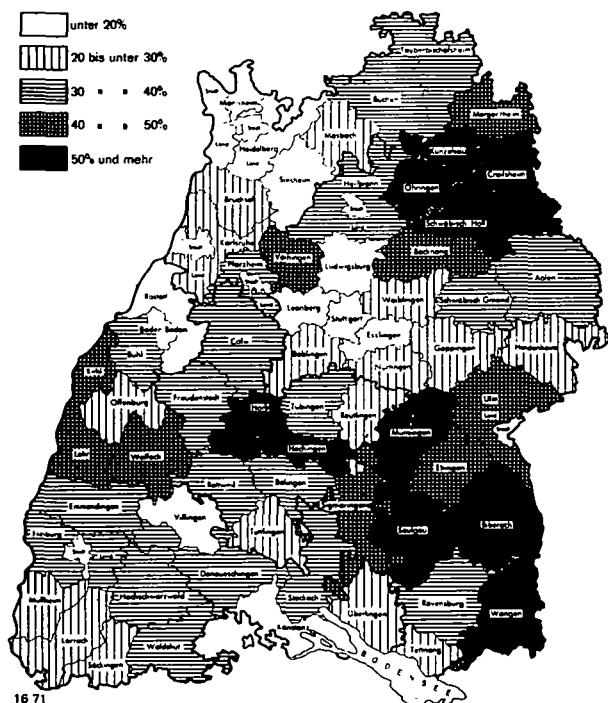
Ausstattung der Wohngebäude und Wohnungen

Die Gebäude- und Wohnungszählung fand am 25. Oktober 1968 aufgrund des "Gesetzes über die Gebäude- und Wohnungszählung 1968" (Wohnungszählungsgesetz 1968) vom 18. März 1968 (BGBl. I, S. 225) statt.

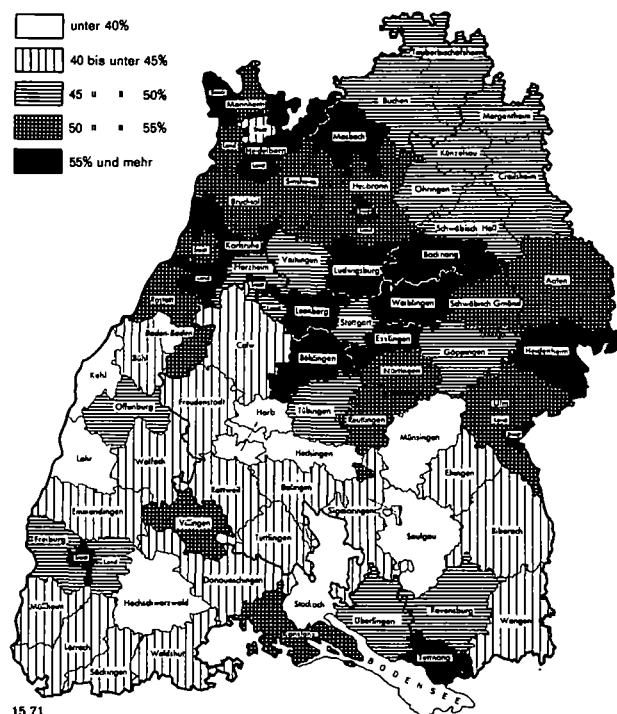
Um einen Überblick über die qualitative Zusammensetzung des Gebäudebestandes zu erhalten, wurde unter anderem auch die Art der Wasserversorgung und der Schmutzwasser- und Fäkalienbeseitigung der Gebäude erfaßt. Unter "Anschluß an Wassernetz" ist dabei nur der Anschluß an ein öffentliches, genossenschaftliches oder werkseigenes Wassernetz zu verstehen. Unter "Anschluß an Kanalisation" sind nur Wohngebäude mit einem Anschluß an ein öffentliches Netz zur Beseitigung von Fäkalien und Abwasser enthalten. Als "Eigene Wasserversorgungsanlage" wurden nur solche Anlagen berücksichtigt, die mit einer mechanisch betriebenen Pumpe und mit mindestens einer Wasserzapfstelle im Gebäude ausgestattet sind. Als "Hauskläranlage" zählen sowohl biologische als auch mechanische Kläranlagen (zum Beispiel Senk- oder Sickergruben).

Am 25. Oktober 1968 wurden in Baden-Württemberg 2 729 199 Wohnungen (einschließlich Wochenend- und Ferienhäuser) gezählt. Gegenüber 1961 hat sich damit der Gesamtwohnungs-

Anteile der Wohngebäude mit unzureichender Schmutzwasser- und Fäkalienbeseitigung am Wohngebäudebestand in den Stadt- und Landkreisen



Anteile der Neubauwohnungen am Wohnungsbestand in den Stadt- und Landkreisen 1968



bestand um fast 500 000 Wohnungen oder um 22% erhöht. Rund 96% aller Wohnungen lagen in Wohngebäuden. Etwa die Hälfte der Wohnungen war in Gebäuden, die 1949 und später erbaut wurden. Ein Viertel der Wohnungen lag in Gebäuden, die vor der Jahrhundertwende errichtet wurden.

Ungefähr 60% der Wohnungen waren mit Bad und WC ausgestattet, ein Viertel aller Wohnungen besaß dazu noch eine Zentralheizung. Etwa 15% der Wohnungen hatten zwar ein WC in der Wohnung, jedoch kein Bad. Die Anteile der gut ausgestatteten Wohnungen sind bei den Neubauten (nach 1948 erbaut) besonders hoch.

Etwas mehr als ein Viertel aller Wohnungen wurden mit Zentralheizung, 30% mit Einzel- und Mehrraumöfen für Öl, Gas oder Strom und etwa 43% mit Holz-Kohle-Ofen beheizt. Wie bei der sanitären Ausstattung sind die Quoten der Wohnungen mit Zentral- und Fernheizung bei den Neubauten mit etwa 40% merklich höher als bei den älteren Wohnungen.

Über 90% der Wohngebäude und der Wohnungen waren an das Wassernetz angeschlossen. Der Anteil war je nach der Gebäudeart verschieden.

Einen Anschluß an die Kanalisation hatten über die Hälfte der Wohngebäude und gut zwei Drittel der Wohnungen. Hier ergaben sich hinsichtlich der Gebäudeart beträchtliche Unterschiede. In verhältnismäßig geringem Umfang waren die landwirtschaftlichen Wohngebäude an der Kanalisation beteiligt.

I. Demographische Übersicht

Wohngebäude nach Art der Wasserversorgung, der Abwasser- und Fäkalienbeseitigung am 25. Oktober 1968

Gebäudeart	Wohngebäude 1)			Davon						
				Anschluß an Wassernetz			Eigene Wasserversorgungsanlage			
	insgesamt	Wohnungen	Personen	Gebäude	Wohnungen	Personen	Gebäude	Wohnungen	Personen	
										%
Regierungsbezirk										
Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude mit einer oder zwei Wohnungen	347 355	494 756	1 557 816	99,0	99,1	99,2	0,7	0,6	0,6	
Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude mit drei oder mehr Wohnungen	99 617	469 792	1 320 323	99,7	99,7	99,7	0,3	0,3	0,3	
Landwirtschaftliche Wohngebäude	55 135	71 449	279 996	95,7	96,0	95,5	3,6	3,4	3,9	
Wohngebäude zusammen	502 107	1 035 997	3 158 135	98,8	99,1	99,0	0,9	0,7	0,8	
Regierungsbezirk										
Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude mit einer oder zwei Wohnungen	185 784	265 435	823 379	97,5	97,8	97,7	2,0	1,8	2,0	
Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude mit drei oder mehr Wohnungen	55 958	309 658	820 080	99,5	99,6	99,6	0,5	0,4	0,4	
Landwirtschaftliche Wohngebäude	22 996	30 785	119 889	95,7	95,7	95,7	3,7	3,7	3,7	
Wohngebäude zusammen	264 738	605 878	1 763 348	97,8	98,6	98,5	1,8	1,2	1,3	
Regierungsbezirk										
Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude mit einer oder zwei Wohnungen	178 850	248 475	821 986	94,5	94,9	94,9	3,4	3,3	3,4	
Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude mit drei oder mehr Wohnungen	44 445	214 539	611 269	98,8	99,1	99,1	0,9	0,7	0,7	
Landwirtschaftliche Wohngebäude	52 078	64 755	281 744	80,3	81,4	79,2	9,7	9,5	10,3	
Wohngebäude zusammen	275 373	527 769	1 714 999	92,5	95,0	93,8	4,2	3,0	3,6	
Regierungsbezirk										
Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude mit einer oder zwei Wohnungen	209 330	274 538	863 905	98,2	98,3	98,4	1,2	1,2	1,2	
Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude mit drei oder mehr Wohnungen	29 550	124 790	356 830	99,3	99,3	99,3	0,6	0,6	0,6	
Landwirtschaftliche Wohngebäude	52 589	62 275	252 939	92,7	93,2	92,1	5,7	5,3	6,2	
Wohngebäude zusammen	291 469	461 603	1 473 674	97,3	97,9	97,5	2,0	1,6	1,9	
Land										
Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude mit einer oder zwei Wohnungen	921 319	1 283 204	4 067 086	97,6	97,9	97,8	1,6	1,5	1,6	
Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude mit drei oder mehr Wohnungen	229 570	1 118 779	3 108 502	99,4	99,5	99,5	0,5	0,4	0,4	
Landwirtschaftliche Wohngebäude	182 798	229 264	934 568	90,5	91,1	89,7	5,9	5,7	6,4	
Wohngebäude zusammen	1 333 687	2 631 247	8 110 156	97,0	98,0	97,5	2,0	1,4	1,7	

1) Ohne Wochenend- und Ferienhäuser mit 50 oder mehr qm.

I. Demographische Übersicht

Davon												Gebäudeart
Sonstige sowie keine Wasserversorgung in Gebäude			Anschluß an Kanalisation			Hauskläranlage			Sonstige Fäkalien und Schmutzwasserbeseitigung (Abfuhr)			
Gebäude	Wohnungen	Personen	Gebäude	Wohnungen	Personen	Gebäude	Wohnungen	Personen	Gebäude	Wohnungen	Personen	
%												

Nordwürttemberg

0,3	0,3	0,2	63,7	65,2	65,4	12,1	12,0	12,7	24,2	22,8	21,9	Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude mit einer oder zwei Wohnungen
0,0	0,0	0,0	88,0	90,4	90,2	6,3	5,3	5,5	5,7	4,3	4,3	Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude mit drei oder mehr Wohnungen
0,7	0,6	0,6	21,3	24,4	22,1	8,6	8,9	9,3	70,1	66,7	68,6	Landwirtschaftliche Wohngebäude
0,3	0,2	0,2	63,9	73,9	71,9	10,5	8,7	9,4	25,6	17,4	18,7	Wohngebäude zusammen

Nordbaden

0,5	0,4	0,3	63,5	64,4	64,3	22,3	22,4	23,3	14,2	13,2	12,4	Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude mit einer oder zwei Wohnungen
0,0	0,0	0,0	87,9	91,9	91,3	9,0	6,4	6,7	3,1	2,0	2,0	Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude mit drei oder mehr Wohnungen
0,6	0,6	0,6	30,9	33,6	31,5	20,4	20,5	21,5	48,7	45,9	47,0	Landwirtschaftliche Wohngebäude
0,4	0,2	0,2	65,8	76,7	74,7	19,3	14,1	15,4	14,9	9,2	9,9	Wohngebäude zusammen

Südbaden

2,1	1,8	1,7	48,4	49,3	49,6	31,0	31,4	32,3	20,6	19,3	18,1	Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude mit einer oder zwei Wohnungen
0,3	0,2	0,2	72,9	77,1	77,0	20,1	17,1	17,4	7,0	5,8	5,6	Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude mit drei oder mehr Wohnungen
10,0	9,1	10,5	15,1	16,7	15,2	18,8	19,9	20,0	66,1	63,4	64,8	Landwirtschaftliche Wohngebäude
3,3	2,0	2,6	46,0	56,6	53,7	26,9	24,2	25,0	27,1	19,2	21,3	Wohngebäude zusammen

Südwürttemberg-Hohenzollern

0,6	0,5	0,4	45,8	47,5	48,0	18,2	18,2	19,4	36,0	34,3	32,6	Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude mit einer oder zwei Wohnungen
0,1	0,1	0,1	73,2	76,0	75,9	14,5	13,3	13,5	12,3	10,7	10,6	Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude mit drei oder mehr Wohnungen
1,6	1,5	1,7	12,9	14,0	13,0	8,0	8,4	8,6	79,1	77,6	78,4	Landwirtschaftliche Wohngebäude
0,7	0,5	0,6	42,6	50,7	48,8	16,0	15,5	16,1	41,4	33,8	35,1	Wohngebäude zusammen

Baden-Württemberg

0,8	0,6	0,6	56,6	58,2	58,3	19,2	19,2	20,2	24,2	22,6	21,5	Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude mit einer oder zwei Wohnungen
0,1	0,1	0,1	83,2	86,6	86,2	10,6	8,7	9,1	6,2	4,7	4,7	Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude mit drei oder mehr Wohnungen
3,6	3,2	3,9	18,3	20,6	18,8	12,8	13,5	13,9	68,9	65,9	67,3	Landwirtschaftliche Wohngebäude
1,0	0,6	0,8	55,9	67,0	64,5	16,9	14,3	15,2	27,2	18,7	20,3	Wohngebäude zusammen

I. Demographische Übersicht

Wohnungen nach Gebäudeart, Baujahr und Ausstattung am 25. Oktober 1968

Gebäudeart Baujahr	Wohnungen insgesamt	Wohnungen nach der Ausstattung							Wohnungen nach der Beheizung				
		mit Bad und WC		ohne Bad		Sonstige			Fern- heizung	Zentral- etagen- heizung	Einzel- oder Mehr- raumofenheizung mit		
		mit	ohne	mit WC in der Wohnung	mit WC in Gebäude	Wohnungen	dar. ohne Bad und WC				Öl, Gas, Strom	Kohle, Holz, Torf	
							mit Wasser- kapfelle und Ausguss i. d. Küche/ Kochnische	übrige					
													%
Nordwürttemberg													
Wohnungen insgesamt	1 072 672	22,9	38,4	17,7	4,6	16,4	10,1	0,3	1,7	23,2	32,0	43,1	
darunter													
Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude mit einer oder zwei Wohnungen	494 756	22,6	36,5	15,7	3,9	21,3	13,1	0,4	0,5	24,4	32,9	42,2	
Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude mit drei oder mehr Wohnungen	469 792	24,6	44,4	21,1	5,2	4,7	2,9	0,9	3,2	22,8	33,7	40,3	
landwirtschaftliche Wohn- gebäude	71 449	7,9	18,6	9,4	3,3	60,8	38,4	0,8	0,1	10,9	14,0	75,0	
davon													
bis 1900	223 132	4,4	21,5	20,6	11,0	42,5	29,3	1,1	0,2	6,1	28,6	65,1	
1901 bis 1948	271 213	12,4	34,9	30,0	5,9	16,8	10,3	0,2	0,2	14,8	37,1	47,9	
1949 oder später	578 327	34,9	46,6	10,8	1,6	6,1	2,5	0,0	3,0	33,8	30,8	32,4	
Nordbaden													
Wohnungen insgesamt	622 913	27,3	41,9	11,9	7,1	11,8	7,5	0,3	3,5	25,4	31,0	40,1	
darunter													
Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude mit einer oder zwei Wohnungen	265 435	26,7	40,4	11,1	5,0	16,8	11,3	0,5	0,7	27,8	31,8	39,7	
Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude mit drei oder mehr Wohnungen	309 658	29,0	45,1	13,0	9,0	3,9	2,1	0,1	6,2	24,0	31,7	38,1	
landwirtschaftliche Wohn- gebäude	30 785	8,8	29,4	8,2	4,8	48,8	30,9	0,9	0,1	10,8	18,9	70,2	
davon													
bis 1900	130 551	6,4	28,1	14,8	17,2	33,5	23,1	1,1	0,3	7,9	29,9	61,9	
1901 bis 1948	161 037	15,3	40,3	20,7	10,2	13,5	7,9	0,4	1,0	16,7	34,8	47,5	
1949 oder später	331 325	41,3	48,0	6,5	1,7	2,5	1,1	0,0	6,0	36,6	29,6	27,8	
Südbaden													
Wohnungen insgesamt	549 233	28,0	35,0	12,2	6,1	18,7	13,2	0,4	1,1	29,3	26,6	43,0	
darunter													
Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude mit einer oder zwei Wohnungen	248 475	29,6	34,6	12,1	4,0	19,7	14,4	0,5	0,1	31,8	26,7	41,4	
Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude mit drei oder mehr Wohnungen	214 539	31,1	40,2	13,4	8,4	6,9	4,7	0,1	2,6	30,2	31,1	36,1	
landwirtschaftliche Wohn- gebäude	64 755	8,4	22,4	8,9	4,4	55,9	40,0	1,1	0,1	11,3	11,3	77,3	
davon													
bis 1900	169 125	8,6	24,4	12,9	11,6	42,5	31,2	1,1	0,1	11,3	23,4	65,2	
1901 bis 1948	129 773	17,0	33,6	22,9	7,9	18,6	12,7	0,3	0,2	20,4	30,7	48,7	
1949 oder später	250 335	46,8	42,9	6,4	1,3	2,6	1,3	0,0	2,3	46,0	26,6	25,1	
Südwestfalen-Lippe													
Wohnungen insgesamt	482 359	21,7	31,6	14,5	4,4	27,8	18,9	0,6	1,5	22,8	29,5	46,2	
darunter													
Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude mit einer oder zwei Wohnungen	274 538	23,4	31,8	13,9	2,9	28,0	19,0	0,8	0,8	25,2	31,3	42,7	
Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude mit drei oder mehr Wohnungen	124 790	24,4	39,1	18,3	7,7	10,5	7,3	0,2	3,9	22,3	34,1	39,7	
landwirtschaftliche Wohn- gebäude	62 275	5,5	18,0	9,3	2,2	65,0	44,9	1,1	0,0	7,9	12,3	79,8	
davon													
bis 1900	154 585	5,4	19,6	14,1	7,9	53,0	37,9	1,6	0,1	7,7	24,7	67,5	
1901 bis 1948	114 450	12,7	27,3	23,0	5,6	31,4	21,1	0,4	0,1	16,5	33,9	49,5	
1949 oder später	213 324	38,4	42,6	10,2	1,1	7,7	3,9	0,0	3,3	37,2	30,6	28,9	
Baden-Württemberg													
Wohnungen insgesamt	2 727 177	24,7	37,3	14,7	5,5	17,8	11,7	0,4	2,0	24,9	30,2	42,9	
darunter													
Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude mit einer oder zwei Wohnungen	1 283 204	25,0	35,9	13,7	3,9	21,5	14,2	0,6	0,5	26,7	31,1	41,7	
Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude mit drei oder mehr Wohnungen	1 118 779	27,0	43,2	17,1	7,1	5,6	3,5	0,1	4,0	24,5	32,7	38,8	
landwirtschaftliche Wohn- gebäude	229 264	7,5	20,9	9,1	3,5	59,0	39,6	1,0	0,1	10,2	13,4	76,3	
davon													
bis 1900	677 393	6,1	23,1	16,1	11,6	43,1	30,5	1,2	0,2	8,1	26,7	65,0	
1901 bis 1948	676 473	14,0	34,7	25,2	7,3	18,8	12,0	0,3	0,4	16,6	34,8	48,2	
1949 oder später	1 373 311	39,1	45,7	8,9	1,5	4,8	2,2	0,0	3,6	37,3	29,7	29,4	

1) Ohne Wochenend- und Ferienhäuser mit 50 oder mehr qm.

1. Demographische Übersicht

Versicherungsschutz der Bevölkerung

Im Rahmen des Mikrozensus wurde die Bevölkerung über ihre Zugehörigkeit zu einer Krankenversicherung befragt. Nach den Ergebnissen waren im April 1969 insgesamt 8,6 Millionen Personen gegen Krankheit versichert, 99% der Wohnbevölkerung, die 8,75 Millionen betrug. Der Anteil der Pflichtversicherten (ohne Familienmitglieder) stellte sich auf 30%. Der größte Teil aller Versicherten (70%) war Mitglied einer RVO-Kasse (Allgemeine Orts-, Betriebs-, Innungskrankenkasse und ähnliche); rund 18% kamen auf die Ersatzkassen und 10% auf die Privatkassen.

Die gesamte Zahl der freiwillig Versicherten verteilte sich zu etwa je einem Drittel auf die drei Kassenarten. Dabei war im einzelnen die Quote der Angestellten bei den Ersatzkassen recht hoch, bei den Privatkassen war es die der Selbständigen.

Die Rentner waren in der Hauptsache Mitglieder der RVO-Kassen.

In der sozialen Rentenversicherung waren 3,9 Millionen Personen pflichtversichert, etwa zwei Drittel bei der Rentenversicherung der Arbeiter und ein Drittel bei der Rentenversicherung der Angestellten. Der Anteil der Erwerbstätigen machte 86% aus.

Die Krankenversicherung der Wohnbevölkerung nach Versicherungs- und Kassenart April 1969

Versicherungsart	Alle Kassen	Darunter			Alle Kassen	Darunter			Alle Kassen	Darunter			
		RVO-Kassen	Ersatz-Kassen	Privat-Kassen		RVO-Kassen	Ersatz-Kassen	Privat-Kassen		RVO-Kassen	Ersatz-Kassen	Privat-Kassen	
	1000					% der Versicherungsart				% der Kassenart			
Insgesamt													
Alle Versicherten ¹⁾	8 630	6 076	1 571	863	100	70	18	10	100	100	100	100	
Pflichtversicherte zusammen	2 556	2 144	411	-	100	84	16	-	30	35	26	-	
darunter													
Angestellte ²⁾	627	244	383	-	100	39	61	-	7	4	24	-	
Arbeiter ³⁾	1 917	1 889	28	-	100	99	1	-	22	31	2	-	
freiwillig Versicherte zusammen	1 422	465	412	490	100	33	29	34	16	8	26	57	
darunter													
Selbständige	335	143	51	140	100	43	15	42	4	2	3	16	
Mithelfende Familienangehörige	76	38	(7)	31	100	50	(9)	41	1	1	(1)	4	
Beamte	182	80	25	76	100	44	14	42	2	1	2	9	
Angestellte ²⁾	452	103	275	73	100	23	61	16	5	2	17	8	
als Rentner versichert	992	909	83	-	100	92	8	-	11	15	5	-	
als Familienmitglied mitversichert	3 593	2 556	664	373	100	71	18	10	42	42	42	43	
Männlich													
Alle Versicherten ¹⁾	4 133	2 956	678	433	100	72	16	10	100	100	100	100	
Pflichtversicherte zusammen	1 529	1 396	134	-	100	91	9	-	37	47	20	-	
darunter													
Angestellte ²⁾	204	89	115	-	100	44	56	-	5	3	17	-	
Arbeiter ³⁾	1 316	1 297	18	-	100	99	1	-	32	44	3	-	
freiwillig Versicherte zusammen	979	341	289	307	100	35	30	31	24	12	43	71	
darunter													
Selbständige	294	130	43	121	100	44	15	41	7	4	6	28	
Mithelfende Familienangehörige	22	13	(.)	(9)	100	56	(.)	(39)	1	1	(.)	(2)	
Beamte	155	75	21	60	100	48	13	39	4	3	3	14	
Angestellte ²⁾	351	85	209	57	100	24	59	16	9	3	31	13	
als Rentner versichert	377	347	30	-	100	92	8	-	9	12	4	-	
als Familienmitglied mitversichert	1 223	872	225	126	100	71	18	10	30	29	33	29	
Weiblich													
Alle Versicherten	4 497	3 120	893	430	100	69	20	10	100	100	100	100	
Pflichtversicherte zusammen	1 026	749	278	-	100	73	27	-	23	24	31	-	
darunter													
Angestellte ²⁾	423	155	268	-	100	37	63	-	9	5	30	-	
Arbeiter ³⁾	601	592	(9)	-	100	98	(2)	-	13	19	(1)	-	
freiwillig Versicherte zusammen	443	124	123	182	100	28	28	41	10	4	14	42	
darunter													
Selbständige	42	14	(8)	20	100	33	(20)	47	1	1	(1)	5	
Mithelfende Familienangehörige	53	25	(5)	23	100	48	(10)	42	1	1	(1)	5	
Beamte	26	(5)	(.)	16	100	(21)	(.)	61	1	(0)	(.)	4	
Angestellte ²⁾	100	18	66	16	100	18	66	16	2	1	7	4	
als Rentner versichert	614	562	53	-	100	91	9	-	14	18	6	-	
als Familienmitglied mitversichert	2 370	1 684	438	247	100	71	18	10	53	54	49	57	

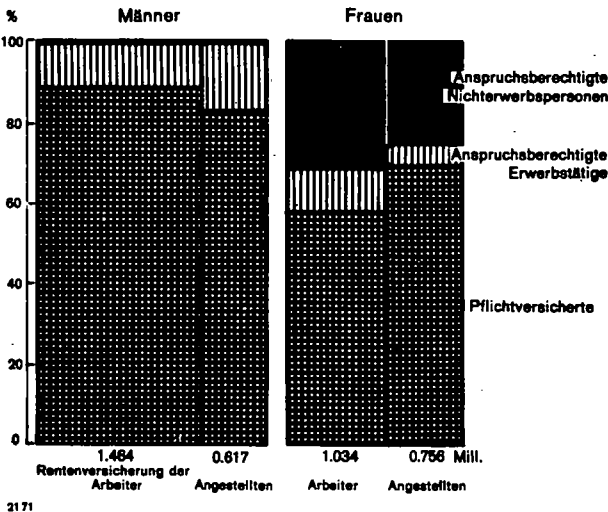
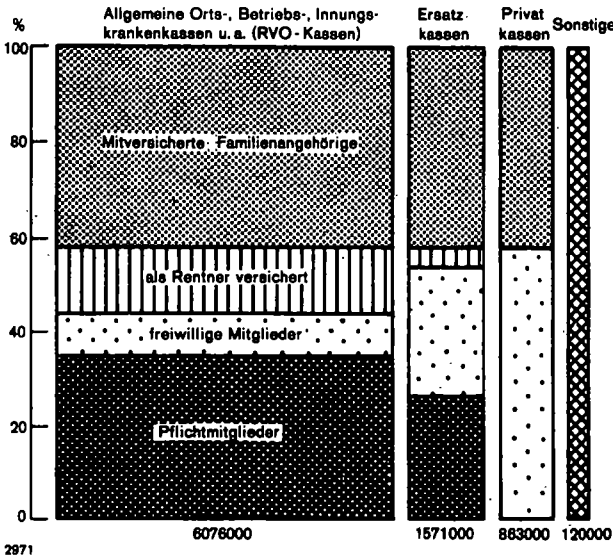
Anmerkung: Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

1) Ohne Soldaten. - 2) Einschließlich kaufmännische Lehrlinge. - 3) Einschließlich gewerbliche Lehrlinge.

I. Demographische Übersicht

Die Krankenversicherung der Wohnbevölkerung (ohne Soldaten) nach Kassen- und Versicherungsart 1969

In der Sozialen Rentenversicherung pflichtversicherte und anspruchsberechtigte Personen April 1969



In der Sozialen Rentenversicherung pflichtversicherte und anspruchsberechtigte Personen April 1969

Bezeichnung	Insgesamt ¹⁾			Darunter					
				Rentenversicherung der Arbeiter			Rentenversicherung der Angestellten		
	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
1000									
Insgesamt	3 908	2 110	1 797	2 499	1 464	1 034	1 373	617	756
Erwerbstätige ¹⁾	3 362	2 090	1 272	2 161	1 451	709	1 169	610	559
darunter									
Pflichtversicherte	2 807	1 802	1 105	1 885	1 293	592	1 020	508	513
darunter									
Angestellte ²⁾	1 023	507	516	(9)	(.)	(.)	1 014	503	511
Arbeiter ³⁾	1 869	1 282	587	1 867	1 280	587	-	-	-
Anspruchsberechtigte	455	288	168	276	158	118	149	102	47
darunter									
Selbständige	216	177	39	121	99	22	67	52	15
Mithelfende Familienangehörige	95	(7)	88	74	(6)	68	20	(.)	19
Angestellte ²⁾	39	32	(7)	(.)	(.)	(.)	36	30	(6)
Nichterwerbspersonen	545	20	525	338	13	325	204	(7)	197

Anmerkung: Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
1) Ohne Soldaten. - 2) Einschließlich kaufmännische Lehrlinge. - 3) Einschließlich gewerbliche Lehrlinge.

Erkrankungen der Bevölkerung

Eine allgemeine Morbiditätsstatistik wird bis jetzt noch nicht durchgeführt. Zwar wird überall anerkannt, daß die Aufnahme einer solchen Statistik unbedingt notwendig sei, doch ist ihre Durchführung äußerst schwierig. Um wenigstens einen allgemeinen Überblick über die Erkrankungen der Bevölkerung zu erhalten, wurde im Rahmen des Mikrozensus in einer 0,5% Stichprobe im April 1966 eine "Zusatzerhebung über Erkrankungen und Unfälle" durchgeführt.

Fast 700 000 Erkrankte

Im April 1966 waren 676 000 Personen erkrankt, das sind 8% der Wohnbevölkerung. Von diesen werden 135 000 noch im April und 206 000 im Mai 1966 und später wieder gesund. Im April selbst erkrankten 335 000 Personen, von denen 229 000 auch im April wieder gesund wurden. 106 000 von ihnen blieben jedoch über Ende April hinaus krank, so daß Ende April 312 000 Erkrankte zu verzeichnen waren.

I. Demographische Übersicht

Aus diesen auf den Monatsbeginn bezogenen Daten läßt sich eine Krankheitsquote für den 1. April von 4% berechnen. Von den als erkrankt bezeichneten 676 000 Personen waren im April 1966 195 000 (29%) an Grippe¹⁾ erkrankt; von ihnen wurden rund 2000 im Krankenhaus behandelt und 179 000 waren bettlägerig. Der Anteil war bei den Männern und Frauen gleich groß. Besonders stark war der Anteil bei den 15- bis unter 20jährigen Erkrankten (44%) sowie bei den 20 bis unter 40 Jahre alten Personen (34%).

Läßt man die an Grippe erkrankten Personen außer Betracht, so waren noch 481 000 Personen erkrankt. Die meisten von ihnen (21%) litten an Krankheiten der Atmungsorgane, 19% an Krankheiten des Kreislaufsystems und 15% an Krankheiten der Verdauungsorgane. Bei Männern und Frauen sind unterschiedliche Schwerpunkte der Krankheitsarten festzustellen. Während bei den Männern die Krankheiten der Atmungsorgane mit 22% eindeutig den stärksten Anteil ausmachen und die Krankheiten der Verdauungsorgane mit einem Anteil von 18% noch etwas stärker als die Krankheiten des Kreislaufsystems (17%) vertreten sind, kommt bei den Frauen den Krankheiten der Atmungsorgane und denen des Kreislaufsystems mit jeweils 20% die gleiche Bedeutung zu. Erst an dritter Stelle folgen bei den Frauen die Krankheiten der Verdauungsorgane.

In der Gliederung nach dem Alter sind infektiöse und parasitäre Krankheiten sowie die Krankheiten der Atmungsorgane besonders bei Jugendlichen unter 15 Jahren vertreten. Während die übrigen Krankheitsgruppen besonders im Lebensalter von über 40 Jahren zu verzeichnen sind.

Von den 481 000 Personen, die an anderen Krankheiten als Grippe erkrankt waren, mußten 105 000 (22%) zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit das Krankenhaus aufsuchen. Die in die Krankenhäuser eingewiesenen Kranken zeigen ein wesentlich anderes Krankheitsbild als alle Erkrankten. So sind hier mit 29% die Krankheiten der Verdauungsorgane besonders stark vertreten, wogegen nur 15% der Erkrankten wegen Krankheiten des Kreislaufsystems und jeweils 14% wegen Krankheiten der Atmungsorgane sowie Krankheiten der Haut, Harn- und Geschlechtsorgane in ein Krankenhaus eingeliefert wurden. Bei den Männern überwiegen mit 36% die Krankheiten der Verdauungsorgane, während bei den Frauen die Krankheiten der Verdauungsorgane mit 22% sowie die der Haut, Harn- und Geschlechtsorgane mit 21% bei der Krankenhausbehandlung die größte Bedeutung haben.

Ein weiteres Indiz für die Bedeutung und Schwere einer Krankheit ist die Mitteilung der Auskunft-

1) Grippeartige Erkrankungen, grippale Infekte.

pflichtigen, daß der Erkrankte bettlägerig war. Insgesamt mußten von den an anderen Krankheiten außer an Grippe erkrankten Personen 236 000 (49%) das Bett hüten. Damit umfaßt diese Personengruppe, deren Erkrankung im allgemeinen besonders ernstzunehmen ist, da sie im Krankenhaus behandelt werden mußte, bzw. der Patient bettlägerig war, 71% aller erkrankten Personen.

Unter den Krankheiten, die bei bettlägerigen Patienten behandelt wurden, waren die Krankheiten der Atmungsorgane mit 29% am stärksten vertreten. Es folgen mit 17% die infektiösen und parasitären Krankheiten, unter denen besonders Jugendliche unter 15 Jahren zu leiden hatten. An dritter Stelle stehen ebenfalls mit 17% die Krankheiten des Kreislaufsystems. Die Krankheitsgruppen sind bei Männern und Frauen in ähnlicher Weise vertreten wie bei allen bettlägerig Kranken, jedoch kommt den Krankheiten des Kreislaufsystems bei Frauen mit 20% ein stärkeres Gewicht zu als bei den Männern mit 14%.

Unter den bettlägerig Kranken ist der Anteil der unter 15 Jahre alten Kranken mit 30% besonders hoch.

450 000 Personen in ständiger ärztlicher Behandlung

Im Vergleich zu den erkrankten Personen im engeren Sinne, die sich entsprechend der Bevölkerungsstruktur zu 48% auf Männer und zu 52% auf Frauen verteilen, sind von den 451 000 Personen, die regelmäßig ärztlich betreut werden, 63% weiblichen Geschlechts. Insgesamt suchen 5% der Wohnbevölkerung, und zwar 4% der Männer und 6% der Frauen regelmäßig zu ihrer gesundheitlichen Überwachung und Betreuung den Arzt auf.

Das hauptsächlichste Leiden, dessentwegen die Bevölkerung in regelmäßiger ärztlicher Betreuung steht, sind Krankheiten des Kreislaufsystems (40%).

Von den Personen, die in regelmäßiger ärztlicher Betreuung stehen, sind sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen 85% bis 90% über 40 Jahre alt. Dies gilt auch für die meisten der dargestellten Krankheitsgruppen. Allerdings sind bei den Psychosen, Psychoneurosen und Krankheiten des Nervensystems die 30- bis unter 40jährigen schon mit bemerkenswerten Anteilen vertreten; bei den Krankheiten der Haut, Harn- und Geschlechtsorgane sogar schon die 20- bis unter 30jährigen. Die Verhältnisse sind bei den Männern und Frauen ähnlich, nur daß die ärztlich betreuten Männer an den Krankheiten der Verdauungsorgane schon im Alter von 30 bis unter 40 Jahren in beachtlichem Maße beteiligt sind.

I. Demographische Übersicht

Erkrankte, ärztlich Behandelte und Unfälle

Alter von ... bis unter ... Jahren Geschlecht	Wohn- bevöl- kerung	Er- werbs- tätige	Nicht- er- werbs- tätige	Erkrankte			Regelmäßig ärztlich Behandelte			Unfälle im Februar, März, April 1966		
				in April 1966								
				Wohn- bevöl- kerung	Er- werbs- tätige	Nicht- erwerbs- tätige 1)	Wohn- bevöl- kerung	Er- werbs- tätige	Nicht- erwerbs- tätige 1)	Wohn- bevöl- kerung	Er- werbs- tätige	Nicht- erwerbs- tätige 1)
				1000			%					
unter 15	2 007	(.)	2 004	8	(.)	8	(.)	-	(.)	(1)	-	(1)
15 - 20	549	368	181	4	(5)	(.)	(.)	(.)	(.)	(.)	(.)	(.)
20 - 30	1 206	922	283	7	7	(6)	(1)	(.)	(.)	2	(2)	(.)
30 - 40	1 199	915	284	7	8	(6)	2	(2)	(4)	2	3	(.)
40 - 65	2 469	1 677	792	9	9	9	8	5	15	2	2	(.)
65 und mehr	1 018	191	827	11	11	11	19	(9)	21	(1)	(.)	(1)
Insgesamt	8 448	4 076	4 372	8	8	8	5	3	7	2	2	1
Männlich	4 048	2 471	1 577	8	8	8	4	3	6	2	3	(1)
Weiblich	4 400	1 605	2 795	8	9	8	7	4	8	1	(1)	1

Anzahl in 1000

Insgesamt	8 448	4 076	4 372	676	323	353	451	127	324	125	84	41
Männlich	4 048	2 471	1 577	319	187	133	166	66	100	85	68	(18)
Weiblich	4 400	1 605	2 795	356	136	220	285	61	223	39	(16)	24

Anmerkung: Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

1) Einschließlich Erwerbslose.

Dauer der Erkrankungen

Geschlecht	Erkrankte insgesamt	Erkrankung in April beendet ¹⁾				über 30. April hinaus			
		Zusammen ²⁾	Dauer (mehr als ... bis einschl. ...)				Zusammen	Dauer	
			bis 2 Wochen	2 bis 3 Wochen	3 bis 4 Wochen	über 4 Wochen		bis 4 Wochen	über 4 Wochen
%									

Alle erkrankten Personen

Männlich	319	57	36	10	(3)	7	43	15	26
Weiblich	356	51	35	8	(3)	6	49	17	28
Zusammen	676	54	35	9	(3)	6	46	16	27

darunter Erwerbstätige

Männlich	187	54	32	(10)	(.)	(8)	46	17	26
Weiblich	136	50	31	(8)	(.)	(7)	50	21	25
Zusammen	323	53	32	9	(4)	7	47	19	26

darunter arbeitsunfähige Erwerbstätige

Männlich	163	64	38	(11)	(.)	(9)	36	17	19
Weiblich	114	64	38	(10)	(.)	(8)	36	20	15
Zusammen	277	64	38	10	(4)	9	36	18	17

1) Bis zum 30. April 1966. - 2) Einschließlich ohne Angabe.

I. Demographische Übersicht

Erkrankte Personen nach Krankheitsgruppen, Krankenhausaufenthalt und Bettlägerigkeit April 1966

Systematik Nr. 1)	Krankheitsgruppe	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
		1000	%	1000	%	1000	%
Erkrankte Personen							
01-19+891	Infektiöse und parasitäre Krankheiten	50	11	28	12	23	9
32-35	Stoffwechsel- und Ernährungskrankheiten	(10)	(2)	(.)	(.)	(.)	(.)
36, 38-39	Psychosen, Psychoneurosen, Krankheiten des Nervensystems	23	5	(12)	(5)	(11)	(5)
37,40-49+894	Krankheiten des Kreislaufsystems	90	19	40	17	50	20
30,50-57+895, ohne 52	Krankheiten der Atmungsorgane	102	22	51	22	51	20
60-69+896	Krankheiten der Verdauungsorgane	74	15	41	18	33	13
70-79+897	Krankheiten der Haut, der Harn- und Geschlechtsorgane usw.	42	9	(13)	(6)	29	12
80-82	Krankheiten der Knochen und Bewegungsorgane	40	8	20	9	20	8
00,20-29,31,83-89+892 893, 898, 899, 890	Übrige Krankheitsgruppen	49	10	22	10	28	11
	Zusammen	481	100	228	100	252	100
52	Außerdem Grippe und grippeartige Erkrankungen	195	29	91	29	104	29

darunter in stationärer Behandlung

37,40-49+894	Krankheiten des Kreislaufsystems	(15)	(15)	(.)	(.)	(.)	(.)
30,50-57+895, ohne 52	Krankheiten der Atmungsorgane	(15)	(14)	(.)	(.)	(.)	(.)
60-69+896	Krankheiten der Verdauungsorgane	30	29	(18)	(36)	(12)	(22)
70-79+897	Krankheiten der Haut, der Harn- und Geschlechtsorgane usw.	(15)	(14)	(.)	(.)	(12)	(21)
00,20-29,31,83-89+892 893, 898, 899, 890	Übrige Krankheitsgruppen	(13)	(12)	(.)	(.)	(.)	(.)
	Zusammen	105	100	49	100	56	100

Bettlägerig 3)

01-19+891	Infektiöse und parasitäre Krankheiten	41	17	22	19	(19)	(16)
37, 40-49+894	Krankheiten des Kreislaufsystems	40	17	(16)	(14)	24	20
30,50-57+895, ohne 52	Krankheiten der Atmungsorgane	69	29	36	31	33	28
60-69+896	Krankheiten der Verdauungsorgane	24	10	(13)	(11)	(11)	(9)
70-79+897	Krankheiten der Haut, der Harn- und Geschlechtsorgane usw.	(16)	(7)	(.)	(.)	(11)	(9)
80-82	Krankheiten der Knochen und Bewegungsorgane	(16)	(7)	(.)	(.)	(.)	(.)
00,20-29,31,83-89+892 893, 898, 899, 890	Übrige Krankheitsgruppen	21	9	(10)	(9)	(10)	(9)
	Zusammen	236	100	115	100	121	100
52	Außerdem Grippe und grippeartige Erkrankungen	179	43	83	42	96	44

Anmerkung: Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

1) Nr. der Deutschen Systematik der Krankheiten, Gesundheitsschädigungen und Todesursachen für die Statistik der Sozialversicherungsträger 1962. - 2) % aller Erkrankten dieser Gruppe. - 3) Ohne Krankheitsfälle.

I. Demographische Übersicht

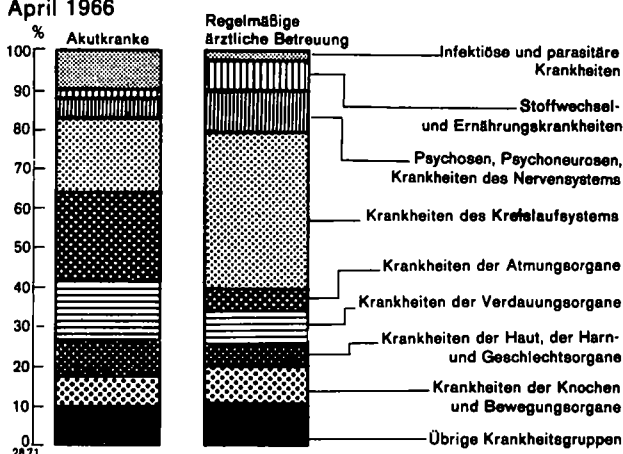
Personen in regelmäßiger ärztlicher Behandlung April 1966

Systematik Nr. ¹⁾	Krankheitsgruppe	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
		1000	%	1000	%	1000	%
1-19+891	Infektiöse und parasitäre Krankheiten Stoffwechsel- und Ernährungskrankheiten Psychosen, Psychoneurosen, Krankheiten des Nervensystems	(6)	(.)	(.)	(.)	(.)	(.)
32-35		32	7	(10)	(6)	22	8
36, 38-39		51	11	26	15	25	9
37, 40-49+894		179	40	61	37	119	42
30, 50-57+895 ohne 52		24	5	(13)	(8)	(11)	(4)
60-69+896	Krankheiten der Verdauungsorgane Krankheiten der Haut, der Harn- und Geschlechtsorgane usw.	42	9	(17)	(10)	26	9
70-79+897		20	5	(.)	(.)	(14)	(5)
80-82		46	10	(12)	(8)	33	12
00, 20-29, 31, 83-89 +892, 893, 898, 899, 890	Übrige Krankheitsgruppen	49	11	(17)	(11)	32	11
	Zusammen	450	100	166	100	284	100
52	Außerdem Grippe und grippearartige Erkrankungen	(.)	(.)	(.)	(.)	(.)	(.)

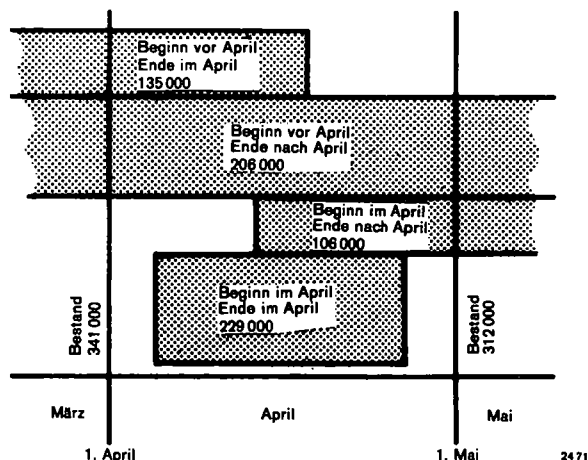
Anmerkung: Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

1) Nr. der Deutschen Systematik der Krankheiten, Gesundheitsschädigungen und Todesursachen für die Statistik der Sozialversicherungsträger 1962.

Akutranke und Personen in regelmäßiger ärztlicher Betreuung nach Krankheitsgruppen (ohne Grippe) April 1966



Beginn und Ende der Erkrankungen im April 1966



Bei Straßenverkehrsunfällen verunglückte Personen

Nach den Ergebnissen der Straßenverkehrsunfallstatistik verunglückten 1969 in Baden-Württemberg 66 897 Personen. Damit wurde die Gesamtzahl der bei Verkehrsunfällen verunglückten Personen der vergangenen Jahre überschritten und ein neuer Höchststand erreicht. Die Hauptmasse der verunglückten Personen stellen nun schon seit einer Reihe von Jahren die Insassen von Personenkraftwagen und nicht, wie vielfach angenommen wird, Fußgänger, Rad- und Krafttradfahrer. So waren im Jahr 1969 unter den bei Straßenverkehrsunfällen verunglückten Personen 43 800 oder 65,5% Personen, die auf Personen- einschließlich Kombinationskraftwagen verunglückt sind, und zwar 23 475 als Fahrer und 20 325 als Mitfahrer. Auch

unter den getöteten Personen stehen heute Fahrer und Mitfahrer von Personenkraftwagen vor Fußgängern, Rad- bzw. Mopedfahrern an erster Stelle. Rund 60% der getöteten Personen kamen bei Verkehrsunfällen ums Leben, die sich in Bereichen außerhalb geschlossener Ortschaften, in der Regel bei relativ hohen Fahrgeschwindigkeiten, ereignet haben, 40% sind innerhalb geschlossener Ortschaften tödlich verunglückt. Von den schwerverletzten Personen sind 51% innerhalb und 49% außerhalb von Ortschaften, von den Leichtverletzten 57,9% im Innerortsverkehr und 42,1% auf freien Strecken, außerhalb der Bereiche geschlossener Ortschaften, verunglückt.

Rund zwei Drittel der insgesamt im Jahr 1969 bei Straßenverkehrsunfällen verunglückten Personen waren Leichtverletzte, ein Drittel Getötete und Schwerverletzte. Diese Verteilung ver-

I. Demographische Übersicht

Bei Straßenverkehrsunfällen verunglückte Personen nach der Art der Verletzung sowie nach der Art ihrer Verkehrsbeteiligung und nach Straßenarten 1969

Verunglückt	Getötete	Schwerverletzte	Leichtverletzte	Verunglückte insgesamt		Veränderung %
				1969	dagegen 1968	
Innerhalb von Ortschaften						
auf Krafträdern insgesamt	43	957	1 627	2 627	2 644	- 0,6
Kraftwagen insgesamt	287	4 088	15 845	20 220	19 848	+ 1,9
Personenkraftwagen	258	3 856	15 104	19 218	18 817	+ 2,1
als Fahrer	151	2 012	8 227	10 390	10 265	+ 1,2
als Mitfahrer	107	1 844	6 877	8 828	8 552	+ 3,2
Kraftomnibussen	1	40	214	255	237	+ 7,6
Lastkraftwagen ¹⁾	15	142	438	595	619	- 3,9
Zugmaschinen	13	50	89	152	175	- 13,1
auf Fahrrädern insgesamt	181	1 881	3 608	5 670	6 033	- 6,0
Fahrrädern	126	1 288	2 433	3 847	4 051	- 5,0
Mofas	16	168	350	534	386	+ 38,3
Mopeds	39	425	825	1 289	1 596	- 19,2
als Fußgänger insgesamt	434	3 438	4 290	8 162	8 095	+ 0,8
bis unter 15 Jahre	99	1 688	2 040	3 827	3 815	+ 0,3
65 und mehr Jahre	206	548	482	1 236	1 191	+ 3,8
auf andere Art	3	31	261	295	314	- 6,1
Insgesamt	948	10 395	25 631	36 974	36 934	+ 0,1
Außerhalb von Ortschaften						
auf Krafträdern insgesamt	66	491	505	1 062	1 056	+ 0,6
Kraftwagen insgesamt	959	8 185	17 046	26 190	25 210	+ 3,9
Personenkraftwagen	872	7 793	15 917	24 582	23 655	+ 5,1
als Fahrer	542	4 033	8 510	13 085	12 537	+ 4,4
als Mitfahrer	330	3 760	7 407	11 497	11 118	+ 3,4
Kraftomnibussen	1	44	195	240	175	+ 37,1
Lastkraftwagen ¹⁾	41	233	699	973	1 022	- 4,8
Zugmaschinen	45	115	235	395	358	+ 10,3
auf Fahrrädern insgesamt	137	643	599	1 379	1 477	- 6,4
Fahrrädern	90	386	337	813	881	- 7,7
Mofas	10	71	69	150	121	+ 24,0
Mopeds	37	186	193	416	475	- 12,4
als Fußgänger insgesamt	230	561	438	1 229	1 105	+ 11,2
bis unter 15 Jahre	31	160	116	307	280	+ 9,6
65 und mehr Jahre	67	72	39	178	165	+ 7,9
auf andere Art	2	17	44	63	60	+ 5,0
Insgesamt	1 394	9 897	18 632	29 923	28 908	+ 3,5
Zusammen						
auf Krafträdern insgesamt	109	1 448	2 132	3 689	3 700	- 0,3
Kraftwagen insgesamt	1 246	12 273	32 891	46 410	45 058	+ 3,0
Personenkraftwagen	1 130	11 649	31 021	43 800	42 472	+ 3,1
als Fahrer	693	6 045	16 737	23 475	22 802	+ 3,0
als Mitfahrer	437	5 604	14 284	20 325	19 670	+ 3,3
Kraftomnibussen	2	84	409	495	412	+ 20,1
Lastkraftwagen ¹⁾	56	375	1 137	1 568	1 641	- 4,4
Zugmaschinen	58	165	324	547	533	+ 2,6
auf Fahrrädern insgesamt	318	2 524	4 207	7 049	7 510	- 6,1
Fahrrädern	216	1 674	2 770	4 660	4 932	- 5,5
Mofas	26	239	419	684	507	+ 34,9
Mopeds	76	611	1 018	1 705	2 071	- 17,7
als Fußgänger insgesamt	664	3 999	4 728	9 391	9 200	+ 2,1
bis unter 15 Jahre	130	1 848	2 156	4 134	4 095	+ 1,0
65 und mehr Jahre	273	620	521	1 414	1 356	+ 4,3
auf andere Art	5	48	305	358	374	- 4,3
Insgesamt	2 342	20 292	44 263	66 897	65 842	+ 1,6
davon auf						
Bundesautobahnen	131	1 012	2 878	4 021	3 896	+ 3,2
Bundesstraßen	899	6 542	13 256	20 697	20 433	+ 1,3
Landesstraßen	591	5 106	9 211	14 908	15 042	- 0,9
Kreisstraßen	167	1 266	2 292	3 725	3 470	+ 7,3
andere Straßen	554	6 366	13 626	23 546	23 001	+ 2,4

1) Einschließlich sonstiger Kraftfahrzeuge.

I. Demographische Übersicht

ändert sich von Jahr zu Jahr nur wenig und hält nun schon seit 1959 an. In den Jahren zuvor war der Anteil der Getöteten und Schwerverletzten stets höher, der der Leichtverletzten niedriger. So gab es im Jahr 1953 unter jeweils 100 Verunglückten 44 Getötete bzw. Schwerverletzte und 56 Leichtverletzte, 1969 aber 34 Tote bzw. Schwerverletzte und 66 Leichtverletzte. Die Veränderungen in den Verteilungen haben sich innerhalb kurzer Zeit, während der Jahre 1957 bis 1959, vollzogen. Sie wurden durch Wandlungen in der Verkehrsstruktur ausgelöst. Bis zum Jahr 1957 war der Anteil der Krafträder an der Gesamtzahl der unfallbeteiligten Verkehrsteilnehmer höher als der der Personenkraftwagen. Seit 1958 nimmt der Anteil der Krafträder ab, der der Personenkraftwagen jedoch zu. Die Benutzer von Krafträdern sind aber bei Straßenverkehrsunfällen stärker gefährdet als die Insassen von Personenkraftwagen, so daß sich das Verhältnis der Zahlen der Getöteten bzw. Schwerverletzten zugunsten der Leichtverletzten verschoben hat.

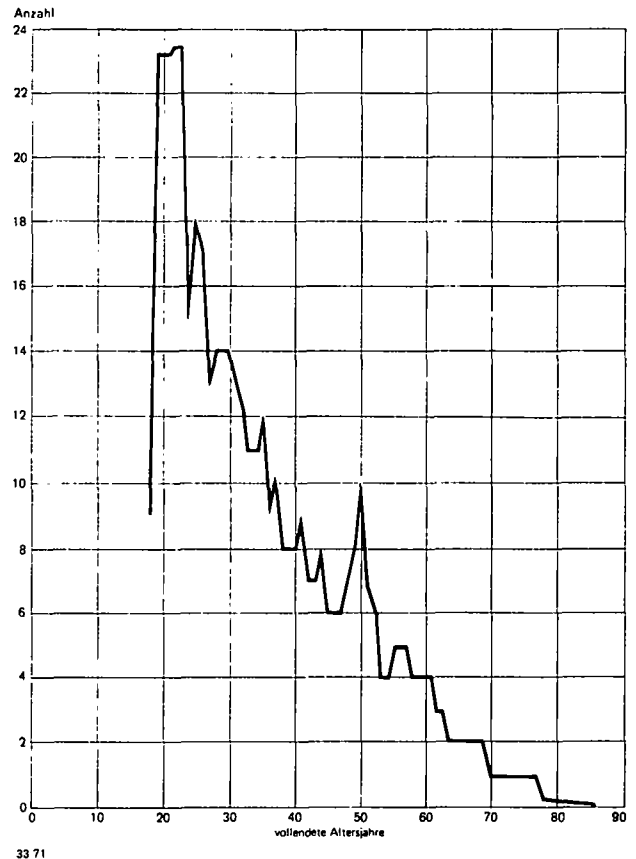
Für die bedeutendsten Verkehrsteilnehmerarten, die Gruppe der Personenkraftwagen, auf die heute mehr als zwei Drittel der Gesamtzahl aller unfallbeteiligten Verkehrsteilnehmer entfallen, sowie für die Gruppe der Fußgänger, die im Straßenverkehr zweifellos am meisten gefährdet sind, soll eine zusätzliche Aufgliederung der Zahlen weitere Erkenntnisse vermitteln. Die Gliederung der unfallbeteiligten Personenkraftwagen soll nach einzelnen Altersjahren ihrer Fahrzeugführer, die der beteiligten Fußgänger nach ihrem Lebensalter erfolgen.

Dabei zeigt sich, daß die an Unfällen mit Personenschaden beteiligten Personenkraftwagen in der Hauptsache von Fahrern jüngerer Jahrgänge gesteuert wurden. Das besagt zunächst, daß Angehörige jüngerer Jahrgänge offensichtlich in stärkerem Maße aktiv als Pkw-Fahrer am Verkehr teilnehmen als ältere Personen. Die Kurve in dem Schaubild läßt aber auch den Schluß zu, daß es diesen Jugendlichen, man kann die amtliche Fahrerlaubnis zum Führen eines Personenkraftwagens in der Regel erst mit 18 Jahren erwerben, noch an der erforderlichen Umsicht und Fahrpraxis fehlt, was durch eingehende Untersuchungen schon bestätigt worden ist. Mit zunehmendem Alter nehmen die Zahlen für die unfallbeteiligten Fahrer von Personenkraftwagen kontinuierlich ab. Die Kurve zeigt auch, daß heute noch Fahrzeugführer von Personenkraftwagen mit einem recht beachtlichen Alter von 70 ja sogar 80 Jahren gelegentlich in Unfälle verwickelt werden.

Besondere Bedeutung unter den an Unfällen mit Personenschaden beteiligten Verkehrsteilnehmern kommt den Fußgängern zu. Sie nehmen im Straßenverkehr im Vergleich zum Fahrverkehr zweifellos eine Sonderstellung ein. Das kommt

Die Fahrzeugführer der an Unfällen mit Personenschaden beteiligten Personenkraftwagen nach Altersjahren 1969

auf 1000 der Bevölkerung



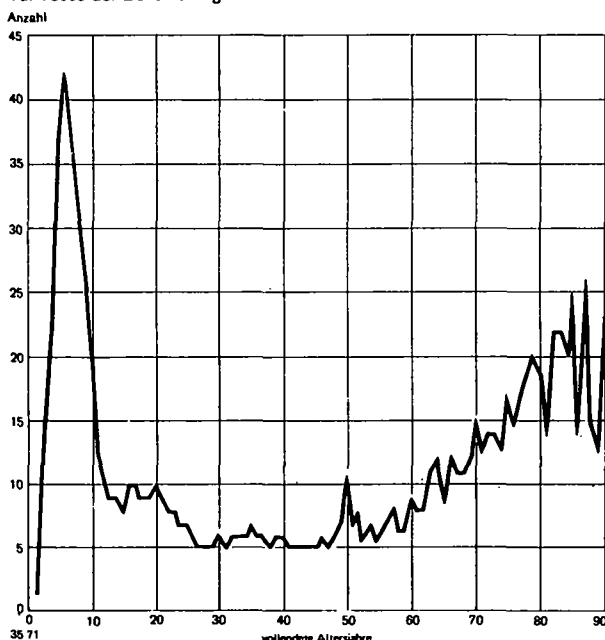
schon allein darin zum Ausdruck, daß die weit- aus größere Anzahl der verschiedenen Vor- schriften zur Ordnung im Straßenverkehr den Fahrzeugverkehr betreffen. Dem Fußgänger sind demgegenüber nur verhältnismäßig wenig Pflichten für sein Verhalten im Straßenverkehr auferlegt. Mit der fortschreitenden Motorisie- rung und dem immer dichter werdenden Ver- kehr auf unseren Straßen erschwert sich zwei- fellos die Lage der Fußgänger ständig. So ist es eigentlich verwunderlich, daß sich die Zahl der an Unfällen mit Personenschaden beteiligten Fußgänger, die sich für Baden-Württemberg im Jahre 1969 auf 9509 belief, schon durch eine Reihe von Jahren, wenn man von geringfügigen Schwankungen absieht, kaum verändert. Unab- hängig vom Wandel in der Struktur des Fahrver- kehrs bewegten sich die Anteile der Fußgänger an den jeweiligen Gesamtzahlen aller unfallbe- teiligten Verkehrsteilnehmer seit 1960 zwischen zehn und zwölf Prozent. Gliedert man die Zahl der unfallbeteiligten Fußgänger nach der Art auf, in der sie die Straße benützten, so zeigt sich, daß von jeweils 100 Fußgängern 77 beim Überqueren der Fahrbahn, neun im Längsverkehr auf der Fahrbahn, vier auf dem Gehweg, dem für Fuß- gänger bestimmten Straßenteil, und zehn auf an- dere Art, überwiegend als spielende Kinder auf der Fahrbahn, in Unfälle verwickelt wurden.

I. Demographische Übersicht

Von den 9509 unfallbeteiligten Fußgängern waren 5595 männlichen und 3914 weiblichen Geschlechts. Als spielende Kinder wurden vor allem Knaben in Straßenverkehrsunfälle verwickelt. Von den an Unfällen mit Personenschaden beteiligten männlichen Fußgängern hatten 52,7% den Unfall durch Fehlverhalten hauptsächlich verursacht. Bei den Frauen liegt der entsprechende Anteil mit 43,7% erheblich niedriger. Offensichtlich verhalten sich männliche Fußgänger im Straßenverkehr weniger vorsichtig und setzen sich damit häufiger drohenden Unfallgefahren aus als Frauen. Kleinkinder, Kinder im vorschulpflichtigen Alter und Schulkinder bis etwa zum 10. Lebensjahr sind besonders gefährdet. Ihnen fehlt es noch an der notwendigen Erfahrung, die ein sicheres Bewegen im Straßenverkehr voraussetzt. Bessere Vertrautheit mit dem Straßenverkehr und die Maßnahmen zur Verkehrserziehung führen dazu, daß etwa vom erreichten zehnten Lebensjahr ab die Zahlen für die unfallbeteiligten Fußgänger, auf 10 000 der Bevölkerung bezogen, wieder abnehmen. Für ältere, über 60 Jahre alte Fußgänger, bei denen richtige und schnelle Reaktionsfähigkeit mitunter schon fehlen und die deshalb den Anforderungen des modernen Verkehrs nicht mehr voll gewachsen sind, ergibt sich dann wieder eine stärkere Unfallbeteiligung als für Fußgänger mittlerer Altersklassen.

Es liegt nahe, die Ergebnisse der Todesursachenstatistik den Zahlen aus der amtlichen Straßenverkehrsunfallstatistik gegenüberzustellen. Dabei zeigt sich, daß die Daten aus den beiden Erhebungen infolge der verschiedenen methodischen Voraussetzungen nicht übereinstimmen

An Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden beteiligte Fußgänger 1969 nach Altersjahren auf 10000 der Bevölkerung



und deshalb nur bei erheblichen Einschränkungen verglichen werden können. So werden die als Folge von Verkehrsunfällen gestorbenen Personen in der Todesursachenstatistik an ihrem letzten Wohnort, in der Straßenverkehrsunfallstatistik aber am Ereignisort des Unfalles gezählt. Ferner werden in der Straßenverkehrsunfallstatistik nur solche Personen als Getötete gezählt, die am Unfallort oder aber noch innerhalb von 30 Tagen nach dem Unfallereignis an den Folgen des Unfalles verstorben sind. Bei einer Gegenüberstellung dieser auf verschiedenen Erhebungswegen gewonnenen Zahlen ergibt sich anhand der Daten des abgelaufenen Jahres 1969 für Baden-Württemberg das folgende Bild:

Alter von ... bis unter ... Jahren	Im Straßenverkehr getötete Personen nach der	
	Todes- ursachen- statistik ¹⁾	Straßenver- kehrsunfall- statistik
0 - 15	244	245
15 - 45	1 103	1 168
45 - 65	470	464
65 und mehr	487	465
Getötete insgesamt	2 309	2 342

1) Positionsnummern 810 - 819, 825 - 827 der ICD 1968

Zwar ergeben sich im ganzen nur geringfügige Unterschiede zwischen den Ergebnissen der beiden Statistiken, bei den einzelnen Altersgruppen zeigen sich indessen zum Teil merkbliche Verschiedenheiten. So ist die Zahl der Toten im Alter von 15 bis unter 45 Jahren nach den polizeilichen Meldungen zur Straßenverkehrsunfallstatistik höher als nach der Todesursachenstatistik, bei den über 45jährigen ist es umgekehrt. In Baden - Württemberg, einem Fremdenverkehrsland und Grenzland, ist sowohl der Kraftfahrzeugverkehr im Lande als auch der grenzüberschreitende Verkehr, insbesondere während der Urlaubszeit sehr rege. Dadurch erklärt sich im wesentlichen die höhere Totenzahl der 15-bis 45jährigen nach der Straßenverkehrsunfallstatistik. Unter den in der Todesursachenstatistik aufgeführten Verunglückten befinden sich auch solche Personen, die erst längere Zeit nach dem Unfall an dessen Folgen verstorben sind. Dies dürfte sich besonders bei den über 45jährigen auswirken.

I. Demographische Übersicht

Sterbefälle von Ausländern

Im Jahr 1969 starben in Baden - Württemberg 1394 Ausländer (einschließlich Staatenlose). Unter ihnen waren 335 Kinder im ersten Lebensjahr. Bezieht man diese gestorbenen Kinder auf 1000 Lebendgeborene ausländischer Nationalität, so errechnet sich eine Sterbeziffer von 25,2. Die Sterbeziffer aller im Alter unter einem Jahr gestorbenen Kinder stellte sich hingegen bei der Gesamtbevölkerung auf 21,8. Da die Säuglingssterbefälle erstmals in diesem Jahr nach der Staatsangehörigkeit ausgezählt wurden, sind Vergleiche mit früheren Jahren nicht möglich. Die absolute Zahl der gestorbenen ausländischen Säuglinge war nicht groß und insofern kann der Feststellung, daß die ausländischen Kinder eine höhere Sterbeziffer aufwiesen, nur eine beschränkte Aussagekraft beigemessen werden.

Etwa die Hälfte der Gestorbenen entfiel auf die Altersgruppen von 15 bis unter 60 Jahren. Bei den in diesem Alter Gestorbenen dürfte es sich zu einem großen Teil um Arbeitskräfte handeln. Auf die Altersgruppe 60 und darüber kamen 28,8% der Gestorbenen; unter ihnen waren viele Staatenlose, die vornehmlich aus Osteuropa stammten (Polen, Letten, Russen usw.), während des Zweiten Weltkrieges nach Deutschland kamen und nicht mehr zurückkehren konnten.

Insgesamt 259 Menschen, 18,6% der Toten, starben an den Folgen eines Unfalls. Der Anteil dieser Todesursache war in den beiden Altersgruppen 15 bis unter 30 und 30 bis unter 45 Jahren mit 54,4% und 45,2%, also jeweils etwa der Hälfte der in diesem Alter Gestorbenen, recht hoch.

Sterbefälle von Ausländern 1969

Regierungsbezirk Land	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					
		0 - 1	1 - 15	15 - 30	30 - 45	45 - 60	60 und mehr
Nordwürttemberg	607	164	24	75	112	85	147
Nordbaden	285	71	11	36	40	46	81
Südbaden	279	42	6	39	42	43	107
Südwestfalen-Hohenzollern	223	58	8	32	27	32	66
Baden-Württemberg	1 394	335	49	182	221	206	401
darunter durch Unfälle	259	5	13	99	100	31	11

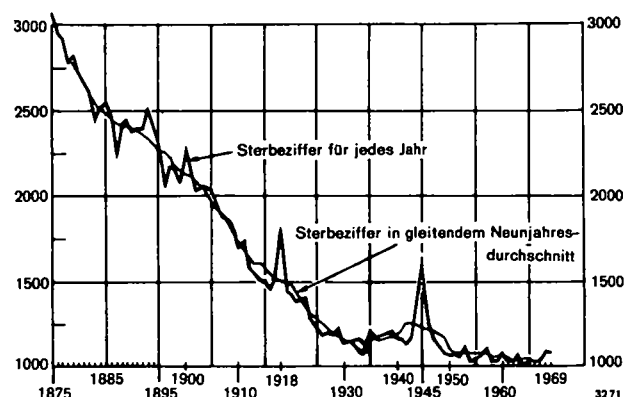
Sterbefälle nach Todesursachen Überblick

Im Zeitraum von etwa 70 Jahren hat sich die Sterblichkeit der Bevölkerung im Gebiet des Landes Baden-Württemberg auf etwa die Hälfte reduziert. Betrug der Sterbekoeffizient aller Gestorbenen im Jahr 1900 noch 2285,0, so waren es 1969 nur noch 1073,2 auf 100 000 der mittleren Bevölkerung. Die starken Schwankungen der Mortalität haben verschiedene Ursachen. Einmal machen sich besonders Grippejahre bemerkbar, die in gewissen Zeitabständen auftreten, oftmals mitbedingt durch die Witterung. Heute sind davon namentlich ältere Menschen betroffen, früher waren es auch anfällige jüngere Menschen und Kinder. Ferner ist die Sterblichkeit in Notjahren besonders hoch, hier sei an die Jahre 1918 bis 1923, 1945 und 1946 erinnert.

Der Rückgang der Sterblichkeit betraf vor allem die unter einem Jahr alten Kinder. Waren doch von den im Jahr 1900 Gestorbenen über ein Drittel Säuglinge, 1969 bezifferte sich ihr Anteil nur noch auf 3,2%. Dadurch erhöhte sich die durchschnittliche Lebenserwartung eines männlichen neugeborenen Kindes im Bundesgebiet von

44,82 Jahren (1901/10) auf 67,62 Jahre (1965/67), die eines weiblichen von 48,33 auf 73,57 Jahre, also um etwa 25 Jahre. Auch die Sterblichkeit der über einem Jahr alten Kinder konnte beträchtlich gesenkt werden. Seit Ende der 30er Jahre läßt sich ferner eine merkliche Verringerung der Mortalität im jüngeren und mittleren Lebensabschnitt verfolgen. Daß sich die gesamte Sterblichkeit in den Jahren 1968 und 1969 wieder in etwas stärkerem Umfang erhöht hat, ist

Sterblichkeit in Baden - Württemberg 1875 bis 1969
Gestorbene insgesamt auf 100 000 der Bevölkerung



I. Demographische Übersicht

auf zwei Grippeepidemien zurückzuführen, und zwar anfangs 1968 und Ende 1969/Anfang 1970; sie wirkte sich mit ihren Folgeerscheinungen recht ungünstig auf die mittleren und höheren Altersabschnitte aus.

Auffallend ist jedoch, daß die Sterblichkeit des männlichen Geschlechtes schon um die Jahrhundertwende größer war als die des weiblichen, also zu einer Zeit, wo nicht nur die Müttersterblichkeit noch recht hoch war, sondern auch die Frauen in jüngeren Altersgruppen durch Tuberkulose mehr gefährdet waren als die Männer. Immerhin hat sich aber die Sterbeziffer des weiblichen Geschlechtes in größerem Ausmaß verringert als die des männlichen. Dadurch ist die Lebenserwartung der Frauen im Vergleich zu der der Männer allgemein günstiger geworden. Der relative Anteil der Frauen an der Bevölkerung ist infolgedessen, wie auch wegen der Kriegsssterbefälle der Männer in den höheren Lebensaltern, gestiegen; er betrug bei den über 65jährigen in %:

Geschlecht	1900	1939	1967	1969
Männlich	4,9	7,1	9,2	9,3
Weiblich	5,6	7,8	13,4	13,7

Dank den medizinischen Erkenntnissen, den hygienischen Fortschritten und der neuzeitlichen Therapie führen viele Krankheiten heute überhaupt nicht mehr oder nur noch selten zum Tode. Dies sind vor allem infektiöse und parasitäre Krankheiten. Das größte Gewicht hatte dabei die Tuberkulose, die als Volkskrankheit auftrat und sich besonders bei den mittleren und jüngeren Jahrgängen auswirkte. Außerdem sind Krankheiten der Verdauungsorgane und der Atmungsorgane zu erwähnen, die hauptsächlich Säuglinge und Kleinkinder bedrohten. Dadurch hat sich das Gewicht der einzelnen Todesursachen gewandelt. Vereint zu Anfang unseres Jahrhunderts die Gruppen infektiöse und parasitäre Krankheiten, Krankheiten der Verdauungsorgane und der Atmungsorgane etwa die Hälfte der Sterbefälle auf sich, so hatten diese Gruppen 1969 mit rund einem Zehntel bei weitem nicht mehr diese Bedeutung. Andere Krankheiten sind heute an Stelle der genannten Gruppen getreten, und zwar nicht nur die, die in der Regel ältere Menschen befallen, sondern auch solche, die mit der Lebensweise der Menschen in der heutigen Zeit in Verbindung gebracht werden. Dazu gehören in erster Linie die Erkrankungen der Herzkranzgefäße, eine große Gefahr für die Männer im mittleren Alter, sowie die Leberzirrhose. Hingegen stehen andere Herz-, Gefäß- und Kreislaufkrankheiten und hier vor

Sterbefälle nach häufigen Todesursachen

Todesursachen	1910		1933		1958		1969	
	Anzahl	auf 100 000 der Bevölkerung	Anzahl	auf 100 000 der Bevölkerung	Anzahl	auf 100 000 der Bevölkerung	Anzahl	auf 100 000 der Bevölkerung
Krankheiten des Kreislaufsystems ¹⁾	16 145	347,1	14 339	276,7	18 895	350,6	43 429 ²⁾	492,5
Herzkrankheiten	.	.	6 119	118,1	8 818	163,6	22 152	251,2
Bösartige Neubildungen	4 842	104,1	6 848	132,1	8 181	151,8	16 958	192,3
Infektiöse und parasitäre Krankheiten	12 582	270,5	4 907	94,7	4 717	87,5	1 287	14,6
Tuberkulose	8 743	188,0	3 629	70,0	3 245	60,2	809	9,2
Krankheiten der Atmungsorgane	11 650	250,5	6 561	126,6	6 874	127,6	5 539	62,8
Lungenentzündung	6 629	142,5	3 763	72,6	3 941	73,1	1 784	20,2
Grippe und grippeartige Erkrankungen	685	14,7	1 175	22,7	1 031	19,1	1 187	13,5
Krankheiten der Verdauungsorgane	12 394	266,5	3 341	64,5	4 058	75,3	6 359	72,1
Leberzirrhose	.	.	380	7,3	497	9,2	2 653	30,1
Altersschwäche	7 282	156,6	6 292	121,4	6 516	120,9	1 842	20,9
Übrige natürliche Todesursachen	11 188	240,5	10 209	197,0	10 324	191,6	12 683	143,8
Diabetes mellitus	.	.	573	11,1	795	14,8	1 235	14,0
Unfälle, Vergiftungen u. Gewalteinwirkungen	2 615	56,2	3 075	59,3	4 012 ³⁾	74,4	6 531	74,1
Kraftfahrzeugunfälle	.	.	457	8,8	705	13,1	2 276	25,8
Selbstmord	919	19,8	1 223	23,6	1 382	25,6	1 660	18,8
Zusammen	78 698	1 691,9	55 572	1 072,3	63 577	1 179,8	94 628	1 073,2

1) Infolge Änderungen der Systematik sind die Ergebnisse der einzelnen Jahre nur bedingt vergleichbar. - 2) Nr. 410-429 der ICD 1968. - 3) Nach der Straßenverkehrsunfallstatistik.

I. Demographische Übersicht

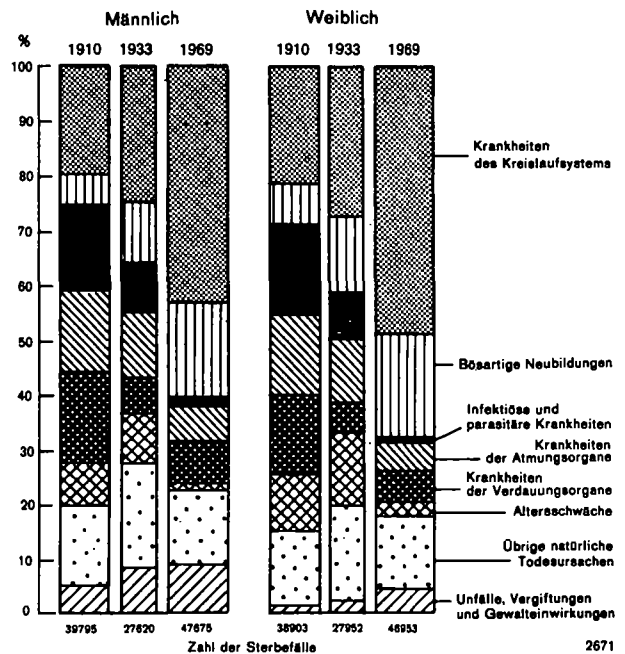
allein die Gefäßstörungen des Zentralnervensystems sowie die bösartigen Neubildungen im Zusammenhang mit dem höheren Alter. Unter den unnatürlichen Todesursachen ist die steigende Tendenz der tödlichen Verkehrsunfälle hervorzuheben. Von ihnen, wie auch von den Arbeitsunfällen, sind gerade jüngere Menschen stärker betroffen. So kamen 1969 fast drei Viertel aller Sterbefälle auf die drei Gruppen Krankheiten des Kreislaufsystems, bösartige Neubildungen sowie Unfälle, Vergiftungen und Gewalteinwirkungen, die damit die wichtigsten Gruppen der Todesursachen geworden sind; im Jahr 1933 waren diese Gruppen nur zu 43,7%, also knapp die Hälfte, an allen Sterbefällen beteiligt.

Natürliche Todesursachen

Im Jahr 1969 entfiel fast die Hälfte aller Sterbefälle auf die Gruppe Krankheiten des Kreislaufsystems. Die Sterbeziffer erhöhte sich im Durchschnitt beider Geschlechter auf 492,5. Dabei war die Sterbeziffer des weiblichen Geschlechtes höher als die des männlichen. Infolge der höheren Lebenserwartung der Frauen haben die ausgesprochen altersphysiologisch bedingten Krankheiten, wie die Hirngefäßkrankheiten, eine größere Bedeutung als bei den Männern. Umgekehrt verhält es sich bei den Herzkrankheiten. Unter ihnen kommt den ischämischen Herzkrankheiten und zwar vor allem dem Herzinfarkt die größte Bedeutung zu. Von ihm ist das männliche Geschlecht weit mehr betroffen als das weibliche, so machte der Herzinfarkt an allen Sterbefällen infolge Herzkrankheiten im Jahr 1969 bei den Männern zwei Fünftel und bei den Frauen nur ein Fünftel aus. Der Herzinfarkt ist eine große Gefahr namentlich für die Männer im mittleren Lebensabschnitt. So standen von den an einem Herzinfarkt gestorbenen Männern ein Viertel im Alter unter 60 Jahren. Allerdings ist der Herzinfarkt auch bei den älteren Männern noch recht häufig, auf die Altersgruppe 60 bis unter 75 Jahren entfiel rund die Hälfte der infolge eines Infarktes gestorbenen.

Wie in den letzten Jahren nahm die Gruppe bösartige Neubildungen (ohne Neubildungen der lymphatischen und blutbildenden Organe) mit 16 958 Todesfällen, etwa ein Fünftel der Gestorbenen, die zweite Stelle ein. Dabei war der Anteil der an Krebs gestorbenen Frauen etwas größer als der entsprechende der Männer. Gegenüber 1968 verringerte sich der Sterbekoeffizient bei beiden Geschlechtern geringfügig. Mit Ausnahme des Lungenkarzinoms ist Krebs eine Krankheit, die im allgemeinen erst im fortgeschrittenen Lebensalter zum Ausdruck kommt. Dabei setzt die Sterblichkeit bei den Frauen etwas früher ein als bei den Männern, was auf die Karzinome der Geschlechtsorgane und der Brustdrüse zurückzuführen ist.

Anteil ausgewählter Todesursachen an sämtlichen Sterbefällen in Baden-Württemberg

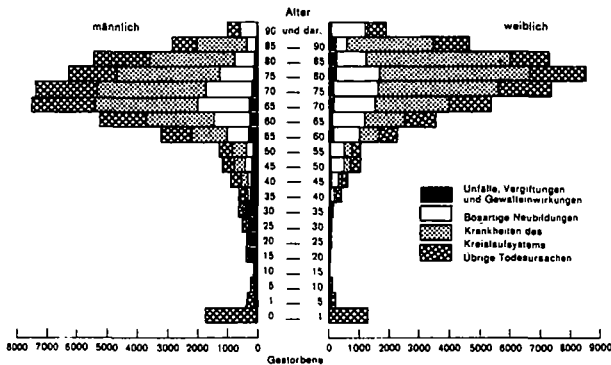


Unter den übrigen natürlichen Todesursachen sollen die Krankheiten der Verdauungsorgane und der Atmungsorgane herausgegriffen werden. Auch bei den Krankheiten der Verdauungsorgane steigerte sich die Sterblichkeit 1969 gegenüber dem Vorjahr geringfügig. Diese Krankheiten sind bei den Männern mehr verbreitet als bei den Frauen. Dies trifft vor allem für die Leberzirrhose zu. Die Sterblichkeitsrate der Männer an ihr war etwa dreimal so hoch wie die der Frauen.

In den Jahren 1969 und 1968 war die Sterblichkeit infolge Krankheiten der Atmungsorgane verhältnismäßig hoch. Durch die beiden Grippeepidemien steigerte sich nicht nur die Zahl der tödlich verlaufenen Erkrankungen an Grippe, sondern auch an Bronchitis und Pneumonie. Die Mortalitätsziffer infolge Grippe war in beiden Jahren etwa dreimal so hoch wie im Jahr 1967, in dem keine Grippeepidemie zu verzeichnen war. Da die letzte Grippeepidemie sich noch im Januar 1970 auswirkte, ist es zweckmäßig, die Toten im Dezember 1969 und im Januar 1970 zusammenzufassen. Danach starben in diesen beiden Monaten 2126 Menschen an Grippe, 9,4% aller Toten dieser beiden Monate. Diese Gestorbenen wurden nach weiteren Krankheiten, die auf den Leichenschauzeichen angegeben waren, ausgezählt. Danach hatte ein knappes Drittel außer Grippe Bronchitis und Lungenentzündung, bei einem guten Drittel kamen noch Krankheiten des Kreislaufsystems hinzu, zum Teil in Verbindung mit Bronchitis und Pneumonie. Beim restlichen Drittel war lediglich Grippe als Todesursache angegeben.

I. Demographische Übersicht

Sterbefälle nach Alter, Geschlecht und häufigen Todesursachen
in Baden-Württemberg 1969



38 71

Unfälle, Vergiftungen und Gewalteinwirkungen

Auf die Gruppe Unfälle, Vergiftungen und Gewalteinwirkungen kamen 1969 insgesamt 6,9% aller Sterbefälle. Allein 4693 Menschen starben infolge von Unfällen. Unter ihnen sind vor allem die tödlich endenden Kraftfahrzeugunfälle zu erwähnen. Sie waren zu 48,5% an den tödlichen Unfällen beteiligt. Die Sterbeziffer des männlichen Geschlechtes, die im Vorjahr geringfügig zurückgegangen war, steigerte sich wieder, während die des weiblichen Geschlechtes etwas kleiner wurde. Doch ist die Sterbequote des männlichen Geschlechtes fast viermal so hoch wie die des weiblichen. Hier macht sich die stärkere Teilnahme der Männer am Straßenverkehr geltend.

Gliedert man die bei Kraftfahrzeugunfällen tödlich Verunglückten nach dem Alter, so zeigt sich, daß rund die Hälfte der Männer im Alter von 15 bis unter 45 Jahren starb; dabei entfiel fast ein Viertel auf die Altersgruppe 20 bis unter 30 Jahren. Bei den Frauen kam hingegen lediglich ein gutes Viertel auf die 15- bis unter 45jährigen.

Ein Viertel der tödlich Verunglückten starb 1969 infolge von häuslichen Unfällen, und zwar insgesamt 1186 Personen; etwa zwei Drittel (63,1%) von ihnen war weiblichen Geschlechtes. Dieser hohe Anteil ist nicht überraschend, da die Frau durch ihre Tätigkeit als Hausfrau in diesem Bereich durch Unfälle mehr gefährdet ist. Gegenüber dem Vorjahr ist die gesamte Zahl der Verunglückten nahezu gleichgeblieben, allerdings war 1968 die Quote des männlichen Geschlechtes etwas größer, die des weiblichen Geschlechtes entsprechend kleiner.

Die Sterbeziffer - bezogen auf 100 000 der Bevölkerung - stellte sich im Durchschnitt beider Geschlechter auf 13,5 und war damit etwa halb so hoch wie die der Kraftfahrzeugunfälle.

Verglichen mit anderen Todesursachen haben freilich die häuslichen Unfälle ein geringeres Gewicht, doch kommt auch ihnen stärkere Aufmerksamkeit zu, da mancher Unfall vermieden werden könnte. Hier ist neben eigener Vorsicht der Betroffenen unter anderem an die zweckmäßige Konstruktion von Haushaltsgegenständen und Arbeitsgeräten zu denken oder an die Herstellung von rutschhemmenden Fußbodenbelägen.

Tödliche Unfälle im häuslichen Bereich 1969

Unfallursache	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren														
	Insgesamt			unter 5			5 - 20			20 - 60			60 und mehr		
	männl.	weibl.	insg.	männl.	weibl.	insg.	männl.	weibl.	insg.	männl.	weibl.	insg.	männl.	weibl.	insg.
Stürze insgesamt	325	665	990	13	3	16	3	2	5	46	27	73	263	633	896
Sturz aus der Höhe	147	157	304	12	3	15	2	2	4	34	17	51	99	135	234
Sturz auf gleicher Ebene	178	508	686	1	-	1	1	-	1	12	10	22	164	498	662
Brand, Feuer	17	15	32	3	2	5	-	-	-	6	3	9	8	10	18
Verbrühen	2	9	11	1	3	4	-	-	-	-	3	3	1	3	4
Vergiftung durch Koch- und Leuchtgas	4	3	7	-	-	-	1	-	1	2	2	4	1	1	2
Elektrischer Strom	8	7	15	1	-	1	1	1	2	4	4	8	2	2	4
Mech. Erstickten	53	33	86	49	27	76	2	1	3	2	3	5	-	2	2
Ertrinken	10	8	18	8	2	10	1	3	4	1	1	2	-	2	2
Sonstige Unfälle	19	8	27	5	4	9	5	-	5	8	1	9	1	3	4
Insgesamt	438	748	1186	80	41	121	13	7	20	69	44	113	276	656	932
dagegen															
1968	404	780	1184	57	49	106	13	3	16	47	37	84	287	691	978

I. Demographische Übersicht

Etwa drei Viertel der tödlich Verunglückten war 60 Jahre und älter. Unter ihnen war die Quote der Frauen mit 70,4% besonders hoch. In der Hauptsache war Sturz auf gleicher Ebene (71,0%) die Todesursache. Im Alter von 20 bis unter 60 Jahren verunglückten 113 Menschen im häuslichen Bereich tödlich, bei ihnen war der Anteil der Männer mit fast zwei Dritteln wesentlich höher als der der Frauen. Auch sie starben in erster Linie infolge von Stürzen, jedoch handelte es sich im wesentlichen um Stürze aus der Höhe. Unter fünf Jahre alt waren 80 Jungen und 41 Mädchen, sie starben vor allem durch Erstickten, Stürze aus der Höhe und Ertrinken.

Durch Selbstmord starben 1660 Menschen, 1104 Männer und 556 Frauen. Die Sterbeziffer der Männer (26,0) war etwa doppelt so hoch wie die der Frauen (12,2). Nicht nur hinsichtlich der Selbstmordhäufigkeit bestehen zwischen den Geschlechtern Verschiedenheiten, sondern auch in der Wahl der zur Ausführung notwendigen Mittel. Die Selbstmordart Erhängen und Erdrosseln steht zwar bei den Männern und Frauen an der Spitze, sie war aber bei den Männern häufiger als bei den Frauen. Diese wählten öfters als die Männer den Freitod durch Einnehmen einer

Überdosis von Schlaf- und schmerzstillenden Mitteln, durch Ertrinken und durch Sturz aus der Höhe.

Säuglingssterblichkeit

Im Jahr 1969 starben in Baden - Württemberg 3051 Kinder im Alter unter einem Jahr. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich diese Zahl um 14 (0,5%). Diese geringfügige Steigerung dürfte in erster Linie mit der Grippeepidemie im Dezember zusammenhängen, da in diesem Monat die Säuglingssterblichkeit mit einer Sterbeziffer - bezogen auf 1000 Lebendgeborene - von 26,0 besonders hoch war. Der Sterbekoeffizient für das ganze Jahr 1969 belief sich hingegen auf 21,8 und entsprach damit dem des Jahres 1966.

Etwa die Hälfte (45,7%) der Säuglinge starb am ersten Lebenstag. Die häufigsten Todesursachen waren wie seit Jahren Frühgeburt (21,9%), angeborene Mißbildungen (18,6%) und Geburtsverletzungen der Neugeborenen (12,5%). Wie seither war die Sterblichkeit der Jungen mit einer Quote von 24,5 auf 1000 Lebendgeborene größer als die der Mädchen (18,9).

Säuglingssterblichkeit

Jahr	Insgesamt	Säuglingssterbefälle																	
		davon		Frühgeburt		angeborene Lebensschwäche		angeborene Mißbildungen		Geburtsverletzungen der Neugeborenen		Lungenentzündung		Infektionskrankheiten		Darmerkrankungen, Ernährungsstörungen		alle übrigen Todesursachen	
		m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w
Grundzahlen																			
1938	5 930	3 439	2 491	617	480	774	586	257	186	199	125	432	293	224	157	395	288	541	376
1950	5 458	3 185	2 273	954	766	388	259	323	228	214	94	394	269	138	125	289	178	485	354
1954	4 460	2 545	1 915	653	515	301	250	335	268	242	138	313	253	48	42	183	111	470	338
1958	4 460	2 500	1 960	724	565	107	86	384	320	246	167	243	207	26	20	33	31	737	564
1959	4 274	2 438	1 836	671	549	74	70	360	276	318	159	219	168	31	26	89	82	676	506
1960	4 400	2 483	1 917	625	512	64	52	367	309	301	174	188	152	24	41	109	69	805	608
1961	4 393	2 517	1 876	672	535	67	49	437	323	337	214	198	144	22	23	76	51	708	537
1962	4 114	2 384	1 730	639	501	60	43	378	335	319	188	154	125	17	18	71	41	746	479
1963	4 044	2 364	1 680	586	463	41	32	381	295	336	189	131	82	20	20	59	38	810	561
1964	3 785	2 146	1 639	479	361	36	32	322	292	282	186	107	90	23	22	57	37	840	619
1965	3 687	2 161	1 526	521	398	50	28	392	284	342	171	117	77	15	14	38	43	686	511
1966	3 498	2 016	1 482	545	426	7	4	331	254	259	151	69	45	13	7	53	28	739	567
1967	3 219	1 881	1 338	448	358	3	2	298	236	208	108	61	43	10	11	47	30	806	550
1968	3 037	1 750	1 287	426	302	3	1	297	275	237	139	64	55	37	26	24	13	662	476
1969	3 051	1 760	1 291	363	304	1	1	303	264	231	150	66	28	32	23	34	15	724	506
Davon bis 24 Std.	1 395	792	603	208	220	1	1	78	72	107	78	7	1	-	-	-	-	311	231
24 Std. bis 7 Tage	783	467	316	61	68	-	-	76	57	111	57	13	5	4	3	-	-	202	126
7 bis 28 Tage	235	138	97	10	14	-	-	51	38	11	12	7	2	6	1	1	-	52	30
28 Tage bis 1 Jahr	638	363	275	4	2	-	-	98	97	2	3	39	20	28	19	33	15	159	119

Auf 1000 Lebendgeborene

1958	33,3	36,2	30,3	10,5	8,7	1,5	1,3	5,6	4,9	3,6	2,6	3,5	3,2	0,4	0,3	0,5	0,5	10,7	8,7
1959	30,3	33,7	26,8	9,3	8,0	1,0	1,0	5,0	4,0	4,4	2,3	3,0	2,5	0,4	0,4	1,2	1,2	9,3	7,4
1960	30,3	33,3	27,1	8,4	7,2	0,9	0,7	4,9	4,4	4,0	2,5	2,5	2,1	0,3	0,6	1,5	1,0	10,8	8,6
1961	28,8	32,2	25,3	8,6	7,2	0,9	0,7	5,6	4,3	4,3	2,9	2,5	1,9	0,3	0,3	1,0	0,7	9,1	7,2
1962	26,7	30,1	23,1	8,1	6,7	0,8	0,6	4,8	4,5	4,0	2,5	1,9	1,7	0,2	0,2	0,9	0,5	9,4	6,4
1963	25,5	29,0	21,7	7,2	6,0	0,5	0,4	4,7	3,8	4,1	2,4	1,6	1,1	0,2	0,3	0,7	0,5	10,0	7,3
1964	23,5	25,9	21,0	5,8	4,6	0,4	0,4	3,9	3,7	3,4	2,4	1,3	1,2	0,3	0,3	0,7	0,5	10,1	7,9
1965	23,2	26,4	19,8	6,4	5,1	0,6	0,4	4,5	3,7	4,2	2,2	1,4	1,0	0,2	0,2	0,5	0,6	8,4	6,6
1966	21,8	24,4	19,0	6,6	5,4	0,1	0,1	4,0	3,2	3,1	1,9	0,8	0,6	0,2	0,1	0,6	0,4	8,9	7,3
1967	20,7	23,5	17,7	5,6	4,7	0,0	0,0	3,7	3,1	2,6	1,4	0,8	0,6	0,1	0,1	0,6	0,4	10,1	7,3
1968	20,5	23,1	17,8	5,6	4,2	0,0	0,0	3,9	3,8	3,1	1,9	0,8	0,8	0,5	0,4	0,3	0,2	8,7	6,6
1969	21,8	24,5	18,9	5,0	4,5	0,0	0,0	4,2	3,9	3,2	2,2	0,9	0,4	0,5	0,3	0,5	0,2	10,1	7,4

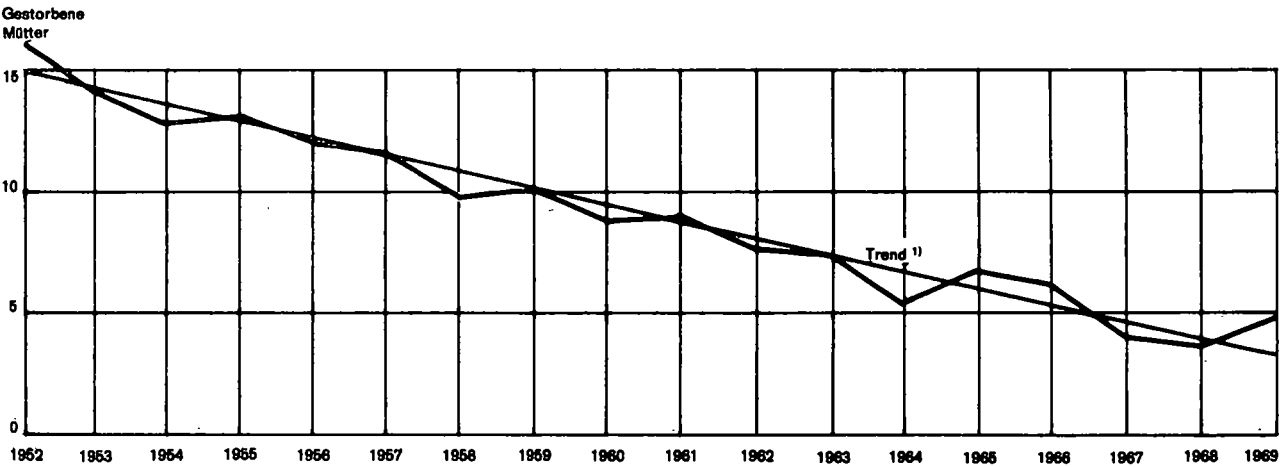
I. Demographische Übersicht

Müttersterblichkeit

Im Jahr 1969 starben 69 Frauen infolge von Komplikationen in der Schwangerschaft, während der Entbindung und im Wochenbett; auf 10 000 Lebendgeborene waren dies fünf gestorbene Mütter. Die Müttersterblichkeit hat sich zwar gegenüber den beiden Vorjahren absolut und relativ etwas erhöht, sie war aber geringer als im Jahr 1966.

Verfolgt man die Müttersterblichkeit in den letzten 15 Jahren, so läßt sich eine unterschiedliche Entwicklung beobachten, die aber auf Grund der kleinen Zahlen mehr oder weniger zufallsbedingt ist. Im großen ganzen kann von einem stetigen Rückgang gesprochen werden. Dies geht auch aus der Trendberechnung hervor. Unter den heutigen Umständen wird die sinkende Tendenz weiterhin anhalten.

Müttersterblichkeit in Baden - Württemberg auf 10000 Lebendgeborene 1952 bis 1969



1) errechnet nach der Methode der kleinsten Quadrate

Müttersterblichkeit

Jahr	Müttersterbefälle							
	Anzahl				auf 10 000 Lebendgeborene			
	insgesamt	Komplikationen in der Schwangerschaft	Fehlgeburt	Komplikationen bei Entbindung u. in Wochenbett	insgesamt	Komplikationen in der Schwangerschaft	Fehlgeburt	Komplikationen bei Entbindung u. in Wochenbett
1938	314	80	49	185	28,4	7,2	4,4	16,7
1950	202	52	40	110	18,8	4,8	3,7	10,3
1954	149	47	15	87	13,0	4,1	1,3	7,6
1958	133	29	19	85	9,9	2,2	1,4	6,4
1959	144	42	24	78	10,2	3,0	1,7	5,5
1960	129	40	12	77	8,9	2,8	0,8	5,3
1961	137	33	15	89	9,0	2,2	1,0	5,8
1962	119	28	17	74	7,7	1,8	1,1	4,8
1963	119	22	18	79	7,5	1,4	1,1	5,0
1964	89	20	9	60	5,5	1,2	0,6	3,7
1965	108	18	16	74	6,8	1,1	1,0	4,7
1966	102	25	14	63	6,3	1,6	0,9	3,9
1967	64	13	14	37	4,1	0,8	0,9	2,4
1968	55	15 ¹⁾	14	26	3,7	1,0	0,9	1,8
1969	69	24 ²⁾	6	39	4,9	1,7	0,4	2,8

1) Darunter 7 durch Infektionen der Harnorgane und Toxikosen in der Schwangerschaft und im Wochenbett. - 2) Darunter 11 durch Infektionen der Harnorgane und Toxikosen in der Schwangerschaft und im Wochenbett.

I. Demographische Übersicht

Sterbefälle ¹⁾ nach Todesursachen, Geschlecht und Altersgruppen 1969

Pos.-Nr. der ICD 1968	Todesursache (Pos.-Nr. der ICD 1968)	Sterbe- fälle insgesamt	Männliche				
			insgesamt	im Alter			
				0 - 1	1 - 5	5 - 15	15 - 30
000-136	Infektiöse und parasitäre Krankheiten darunter: Tuberkulose der Atmungsorgane (010-012) Tuberkulose sonstiger Organe (013-018) Spätfolgen der Tuberkulose (019)	1 287 659 63 87	802 486 32 57	41 - - -	21 - 2 -	8 - - -	19 5 1 -
140-199	Bösartige Neubildungen. darunter: des Magens (151) der Atmungsorgane (160-163) der Brustdrüse (174) der Gebärmutter (180-182) der Prostata (185)	16 958 3 215 2 350 1 434 730 780	8 218 1 698 2 002 12 - 780	- - - - - -	8 - 1 - - -	15 - - - - -	51 2 3 - - -
200-209	Neubildungen der lymphatischen und blutbildenden Organe	1 053	566	-	28	25	36
210-239	Gutartige Neubildungen u. Neubildungen unbekannten Charakters	1 201	527	1	5	9	16
240-279	Störungen der Drüsen mit innerer Sekretion, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten darunter: Diabetes mellitus (250)	1 566 1 235	566 433	24 -	9 -	6 3	5 2
280-289	Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe	194	73	1	5	2	-
290-389	Seelische Störungen, Krankheiten des Nervensystems und der Sinnesorgane darunter: senile und präsenile Demenz (290)	1 747 172	842 51	35 -	37 -	33 -	42 -
390-458	Krankheiten des Kreislaufsystems darunter: akuter Herzmuskelinfarkt (410) sonstige ischämische Herzkrankheiten (411-414) chronische nicht-rheumatische Herzmuskelkrankheiten (425, 428) mangelhaft bezeichnete Herzkrankheiten (429) Hirngefäßkrankheiten (430-438, 400.2)	43 429 6 934 2 509 10 059 370 15 741	20 436 4 620 1 343 4 228 152 6 054	3 - - - - -	1 - - 1 1 -	5 - - 1 - 1	73 11 3 6 - 15
460-519	Krankheiten der Atmungsorgane darunter: Grippe (470-474) Pneumonie (480-486) Bronchitis (466, 490, 491)	5 539 1 187 1 784 946	3 095 596 865 652	92 5 66 7	43 8 17 5	19 2 4 1	37 5 16 4
520-577	Krankheiten der Verdauungsorgane darunter: Magen- und Zwölffingerdarmgeschwür (531, 532) ausschl. Ulcus pepticum o.n.A. Darmverschluß ohne Angabe eines Eingeweidebruchs (560) Leberzirrhose (571) sonstige Krankheiten der Leber, Gallenblase und der Gallengänge (570, 572-576) Krankheiten der Bauchspeicheldrüse (577)	6 359 529 481 2 653 1 238 193	3 741 395 192 1 911 492 105	41 - 7 1 - -	19 1 3 1 - -	6 - 2 1 - -	38 3 2 10 5 5
580-629	Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane darunter: Nephritis und Nephrose (580-584) Prostatahypertrophie (600)	2 178 376 737	1 404 184 737	- - -	1 - -	2 - -	20 13 -
630-678	Komplikationen in der Schwangerschaft, bei Entbindung und im Wochenbett darunter: Fehlgeburt (640-645)	69 6	- -	- -	- -	- -	- -
680-738	Krankheiten d. Haut u. des Unterhautzellgewebes, des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes	248	64	1	-	-	1
740-759	Angeborene Mißbildungen	734	386	303	39	18	13
760-779	Bestimmte Ursachen der perinatalen Sterblichkeit	1 959	1 133	1 133	-	-	-
780-796	Symptome und mangelhaft bezeichnete Todesursachen darunter: Alterschwäche ohne Angabe von Psychose (794)	3 576 1 842	1 550 593	23 -	7 -	1 -	21 -
E800-949	Unfälle und Vergiftungen darunter: Kraftfahrzeugunfälle innerhalb und außerhalb des Verkehrs (810-823) sonstige Fahrzeugunfälle innerhalb u. außerhalb des Verkehrs (800-807, 825-845) Vergiftungen (850-877) Unfälle durch Sturz (880-887)	4 693 2 276 116 70 1 491	3 047 1 728 83 45 613	53 - - - 4	106 38 - 6 11	186 116 7 2 6	750 603 12 15 29
E950-959	Selbstmord und Selbstbeschädigung	1 660	1 104	-	-	7	193
E960-969	Mord und Totschlag	103	65	6	7	2	13
E970-999	Sonstige Gewalteinwirkungen	75	56	3	-	-	14
000-999	Sterbefälle insgesamt	94 628	47 675	1 760	336	344	1 344

1) Ohne Totgeborene, nachträglich beurkundete Kriegsterbefälle und gerichtliche Todeserklärungen.

I. Demographische Übersicht

Personen					Weibliche Personen										Pos.-Nr. der ICD 1968	
von ... bis unter ... Jahren					insgesamt	im Alter von ... bis unter ... Jahren										
30 - 45	45 - 60	60 - 65	65 - 70	70 und mehr		0 - 1	1 - 5	5 - 15	15-30	30 - 45	45 - 60	60 - 65	65 - 70	70 und mehr		
64	167	123	136	223	485	27	23	12	5	38	77	45	53	205	000-136	
40	120	81	96	144	173	-	-	-	1	18	38	19	16	81		
4	9	5	6	5	31	-	-	-	-	6	5	4	1	15		
3	14	11	14	15	30	-	-	1	-	1	3	4	4	17		
228 1	190 1	214 1	748 1	764 3	740 8	1	8	11	37	366 1	628 1	1078 1	1342 1	269 4	140-199	
30	237	219	334	876	517 1	-	-	-	1	26	144	124	209	1 013		
32	364	402	510	690	348	-	-	-	3	12	64	50	66	153		
-	1	2	3	6	422 1	-	-	1	4	107	380	208	210	512		
-	-	-	-	-	730	-	-	-	6	63	226	110	97	228	200-209	
-	17	65	137	561	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
55	116	70	84	152	487	2	19	22	21	53	93	64	71	142		
34	85	78	71	228	674	1	10	8	9	34	105	62	91	354		
24	57	56	116	269	1 000	12	10	6	7	14	92	95	164	600	240-279	
14	41	46	96	231	802	-	-	1	5	5	61	75	132	523		
4	10	4	12	35	121	3	3	2	2	5	11	12	20	63	280-289	
116	149	90	115	225	905	22	16	19	29	62	166	101	119	371	290-389	
-	3	3	6	39	121	-	-	-	-	-	3	7	12	99		
442 2	094 2	268 2	3425 3	12125 12	993 22	4	6	6	40	227 1	112 1	1339 1	2475 2	784 17	390-458	
192	955	834	969	1 659	314 2	-	-	1	5	33	226	247	393	1 409		
13	107	138	236	846	1 166	-	-	-	-	2	34	39	124	967	460-519	
43	224	337	622	2 995	831 5	-	-	1	3	20	166	253	510	4 878		
7	12	23	26	83	218	-	1	-	3	5	16	13	32	148		
68	397	519	1 034	4 620	9 087	2	3	1	11	63	312	449	914	7 332		
82	279	327	587	1 629	2 444	50	36	15	23	62	178	175	290	1 615	520-577	
33	72	55	122	294	591	6	5	3	7	19	41	45	98	367		
18	54	66	115	509	919	28	11	6	5	15	49	43	92	670		
4	47	69	136	379	294	3	6	1	1	-	11	23	29	220		
284	757	567	679	1 350	2 618	25	15	12	40	114	314	280	338	1 480	580-629	
33	78	57	92	131	134	-	-	-	1	6	12	8	14	93		
8	21	20	28	101	289	4	2	3	8	8	17	21	34	192		
164	466	341	370	557	742	1	1	1	5	40	121	116	118	339		
25	68	62	95	236	746	1	-	1	9	34	90	80	95	436	630-678	
21	32	14	12	21	88	-	1	-	3	4	15	8	13	44		
34	111	96	163	977	774	-	2	3	8	40	108	88	113	412		
19	47	21	28	56	192	-	1	3	4	9	27	30	31	87		
-	6	26	66	639	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	740-759	
-	-	-	-	-	69	-	-	-	35	33	1	-	-	-		
-	-	-	-	-	6	-	-	-	2	4	-	-	-	-		
2	5	9	10	36	184	3	1	-	2	8	14	11	31	114		
9	2	2	-	-	348	264	44	11	14	6	8	1	-	-	760-779	
-	-	-	-	-	826	826	-	-	-	-	-	-	-	-		
54	146	118	154	1 026	2 026	15	5	8	9	24	60	51	90	1 764		
-	-	1	4	588	1 249	-	-	-	-	-	-	-	7	1 242		
566	444	184	205	553	1 646	32	64	83	135	71	141	70	101	949	E800-949	
344	250	88	114	175	548	1	26	62	114	52	79	43	42	129		
15	18	13	6	12	33	-	-	1	4	2	3	5	3	15		
10	5	1	1	5	25	1	5	2	1	3	6	2	1	4		
63	78	51	56	315	878	1	3	5	1	4	32	11	48	773	E950-959	
310	287	101	93	113	556	-	-	1	71	105	182	60	55	82		
18	6	2	2	7	38	4	2	2	8	14	3	2	2	1		
17	12	5	2	3	19	-	-	1	3	1	7	3	3	1		
2 343	5 917	5 314	7 602	22 715	46 953	1 291	264	222	498	1 277	4 300	3 537	5 358	30 206	000-999	

I. Demographische Übersicht

Sterbefälle ¹⁾ nach Todesursachen, Geschlecht und Altersgruppen 1969
Auf 100 000 der jeweiligen mittleren Bevölkerung

Pos.-Nr. der ICD 1968	Todesursache (Pos.-Nr. der ICD 1968)	Insgesamt	Männliche				
			insgesamt	in Alter von			
				0-1 ²⁾	1-5	5-15	15-30
000-136	Infektiöse und parasitäre Krankheiten	14,6	18,9	0,6	6,6	1,1	2,0
	darunter: Tuberkulose der Atmungsorgane (010-012)	7,5	11,4	-	-	-	0,5
	Tuberkulose sonstiger Organe (013-018)	0,7	0,8	-	0,6	-	0,1
	Spätfolgen der Tuberkulose (019)	1,0	1,3	-	-	-	-
140-199	Bösartige Neubildungen	192,3	193,6	-	2,5	2,1	5,3
	darunter: des Magens (151)	36,5	40,0	-	-	-	0,2
	der Atmungsorgane (160-163)	26,7	47,2	-	0,3	-	0,3
	der Brustdrüse (174)	16,3	0,3	-	-	-	-
	der Gebärmutter (180-182)	8,3	-	-	-	-	-
	der Prostata (185)	8,8	18,4	-	-	-	-
200-209	Neubildungen der lymphatischen und blutbildenden Organe	11,9	13,3	-	8,9	3,5	3,7
210-239	Gutartige Neubildungen und Neubildungen unbekannten Charakters	13,6	12,4	0,01	1,6	1,3	1,6
240-279	Störungen der Drüsen mit innerer Sekretion, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	17,8	13,3	0,3	2,8	0,8	0,5
	darunter: Diabetes mellitus (250)	14,0	10,2	-	-	0,4	0,2
280-289	Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe	2,2	1,7	0,01	1,6	0,3	-
290-389	Seelische Störungen, Krankheiten des Nervensystems und der Sinnesorgane	19,8	19,8	0,5	11,7	4,6	4,3
	darunter: senile und präsenile Demenz (290)	2,0	1,2	-	-	-	-
390-458	Krankheiten des Kreislaufsystems	492,5	481,4	0,04	0,3	0,7	7,5
	darunter: akuter Herzmuskelinfarkt (410)	78,6	108,8	-	-	-	1,1
	sonstige ischämische Herzkrankheiten (411-414)	28,5	31,6	-	-	-	0,3
	chronische nichtrheumatische Herzmuskelkrankheiten (425, 428)	114,1	99,6	-	-	0,1	0,6
	mangelhaft bezeichnete Herzkrankheiten (429)	4,2	3,6	-	0,3	-	-
	Hirngefäßkrankheiten (430-438, 400.2)	178,5	156,8	-	-	0,1	1,5
460-519	Krankheiten der Atmungsorgane	62,8	72,9	1,3	13,6	2,7	3,8
	darunter: Grippe (470-474)	13,5	14,0	0,07	2,5	0,3	0,5
	Pneumonie (480-486)	20,2	20,4	0,9	5,4	0,6	1,6
	Bronchitis (466, 490, 491)	10,7	15,4	0,1	1,6	0,1	0,4
520-577	Krankheiten der Verdauungsorgane	72,1	88,1	0,6	6,0	0,8	3,9
	darunter: Magen- und Zwölffingerdarmgeschwür (531, 532)	6,0	9,3	-	0,3	-	0,3
	ausschließlich Ulcus pepticum o.n.A.						
	Darmverschluß ohne Angabe eines Eingeweidebruchs (560)	5,5	4,5	0,1	0,9	0,3	0,2
	Leberzirrhose (571)	30,1	45,0	0,01	0,3	0,1	1,0
	sonstige Krankheiten der Leber, Gallenblase und der Gallengänge (570, 572-576)	14,0	11,6	-	0,3	-	0,5
	Krankheiten der Bauchspeicheldrüse (577)	2,2	2,5	-	-	-	0,5
580-629	Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane	24,7	33,1	-	0,3	0,3	2,1
	darunter: Nephritis und Nephrose (580-584)	4,3	4,3	-	-	-	1,3
	Prostatahypertrophie (600)	8,4	17,4	-	-	-	-
630-678	Komplikationen in der Schwangerschaft, bei Entbindung und im Wochenbett ³⁾	4,9	-	-	-	-	-
	darunter: Fehlgeburt (640-645) ³⁾	0,4	-	-	-	-	-
680-738	Krankheiten der Haut und des Unterhautzellgewebes, des Skeletts der Muskeln und des Bindegewebes	2,8	1,5	0,01	-	-	0,1
740-759	Angeborene Mißbildungen	8,3	9,1	4,2	12,3	2,5	1,3
760-779	Bestimmte Ursachen der perinatalen Sterblichkeit	22,2	26,7	15,7	-	-	-
780-796	Symptome und mangelhaft bezeichnete Todesursachen	40,6	36,5	0,3	2,2	0,1	2,2
	darunter: Altersschwäche ohne Angabe von Psychose (794)	20,9	14,0	-	-	-	-
E800-949	Unfälle und Vergiftungen	53,2	71,8	0,7	33,5	26,0	77,3
	darunter: Kraftfahrzeugunfälle innerhalb und außerhalb des Verkehrs (810-823)	25,8	40,7	-	12,0	16,2	62,2
	sonstige Fahrzeugunfälle innerhalb und außerhalb des Verkehrs (800-807, 825-845)	1,3	2,0	-	-	1,0	1,2
	Vergiftungen (850-877)	0,8	1,1	-	1,9	0,3	1,5
	Unfälle durch Sturz (880-887)	16,9	14,4	0,06	3,5	0,8	3,0
E950-959	Selbstmord und Selbstbeschädigung	18,8	26,0	-	-	1,0	19,9
E960-969	Mord und Totschlag	1,2	1,5	0,08	2,2	0,3	1,5
E970-999	Sonstige Gewalteinwirkungen	0,9	1,3	0,04	-	-	1,4
000-999	Sterbefälle insgesamt	1 073,2	1 123,1	24,5	106,2	48,0	138,6

1) Ohne Totgeborene, nachträglich beurkundete Kriegsterbefälle und gerichtliche Todeserklärungen. - 2) Auf 1000 Lebendgeborene (Säuglingssterblichkeit). - 3) Auf 10 000 Lebendgeborene (Müttersterblichkeit).

I. Demographische Übersicht

Personen						Weibliche Personen										Pos.-Nr. der ICD 1968
... bis unter ... Jahren					insgesamt	im Alter von ... bis unter ... Jahren										
30 - 45	45 - 60	60 - 65	65 - 70	70 und mehr		0-1 ²⁾	1 - 5	5 - 15	15 - 30	30 - 45	45 - 60	60 - 65	65 - 70	70 und mehr		
6,6	28,0	58,0	78,1	101,8	10,6	0,4	7,7	1,8	0,6	4,2	9,4	15,9	22,5	52,9	000-136	
4,1	20,1	38,2	55,1	65,7	3,8	-	-	-	0,1	2,0	4,7	6,7	6,8	20,9		
0,4	1,5	2,4	3,4	2,3	0,7	-	-	-	-	0,7	0,6	1,4	0,4	3,9		
0,3	2,3	5,2	8,0	6,8	0,7	-	-	0,1	-	0,1	0,4	1,4	1,7	4,4		
23,5	199,7	572,5	1 004,1	1 717,7	191,1	0,01	2,7	1,6	4,1	40,9	199,5	381,2	570,8	1 102,2	140-199	
3,1	39,8	103,3	191,9	399,8	33,2	-	-	-	0,1	2,9	17,6	43,8	88,9	261,6		
3,3	61,1	189,6	293,0	314,9	7,6	-	-	-	0,3	1,3	7,8	17,7	28,1	39,5		
-	0,2	0,9	1,7	2,7	31,1	-	-	0,1	0,4	12,0	46,6	73,5	89,3	132,2		
-	-	-	-	-	16,0	-	-	-	0,7	7,0	27,7	38,9	41,3	58,9		
-	2,9	30,7	78,7	256,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
5,7	19,5	33,0	48,3	69,4	10,6	0,03	6,3	3,2	2,3	5,9	11,4	22,6	30,2	36,7	200-209	
3,5	14,3	36,8	40,8	104,0	14,7	0,01	3,3	1,2	1,0	3,8	12,9	21,9	38,7	91,4	210-239	
2,5	9,6	26,4	66,6	122,8	21,9	0,2	3,3	0,9	0,8	1,6	11,3	33,6	69,8	154,9	240-279	
1,4	6,9	21,7	55,1	105,4	17,5	-	-	0,1	0,6	0,6	7,5	26,5	56,1	135,0		
0,4	1,7	1,9	6,9	16,0	2,6	0,04	1,0	0,3	0,2	0,6	1,3	4,2	8,5	16,3	280-289	
12,0	25,0	42,4	66,1	102,7	19,8	0,3	5,3	2,8	3,2	6,9	20,3	35,7	50,6	95,8	290-389	
-	0,5	1,4	3,4	17,8	2,6	-	-	-	-	-	0,4	2,5	5,1	25,6		
45,6	351,4	1 069,6	1 967,5	5 533,1	502,8	0,06	2,0	0,9	4,4	25,4	136,3	473,5	1 052,8	4 591,8	390-458	
19,8	160,3	393,3	556,6	757,1	50,6	-	-	0,1	0,6	3,7	27,7	87,3	167,2	363,8		
1,3	18,0	65,1	135,6	386,1	25,5	-	-	-	-	0,2	4,2	13,8	52,7	249,7		
4,4	37,6	158,9	357,3	1 366,7	127,5	-	-	0,1	0,3	2,2	20,3	89,5	216,9	1 259,5		
0,7	2,0	10,8	14,9	37,9	4,8	-	0,3	-	0,3	0,6	2,0	4,6	13,6	38,2		
7,0	66,6	244,8	594,0	2 108,3	198,7	0,03	1,0	0,1	1,2	7,0	38,2	158,8	388,8	1 893,1		
8,5	46,8	154,2	337,2	743,4	53,4	0,7	12,0	2,2	2,5	6,9	21,8	61,9	123,4	417,0	460-519	
3,4	12,1	25,9	70,1	134,2	12,9	0,09	1,7	0,4	0,8	2,1	5,0	15,9	41,7	94,8		
1,9	9,1	31,1	66,1	232,3	20,1	0,4	3,7	0,9	0,6	1,7	6,0	15,2	39,1	173,0		
0,4	7,9	32,5	78,1	173,0	6,4	0,04	2,0	0,1	0,1	-	1,3	8,1	12,3	56,8		
29,3	127,0	267,4	390,0	616,1	57,2	0,4	5,0	1,8	4,4	12,7	38,5	99,0	143,8	382,1	520-577	
3,4	13,1	26,9	52,8	59,8	2,9	-	-	-	0,1	0,7	1,5	2,8	6,0	24,0		
0,8	3,5	9,4	16,1	46,1	6,3	0,06	0,7	0,4	0,9	0,9	2,1	7,4	14,5	49,6		
16,9	78,2	160,8	212,5	254,2	16,2	0,01	0,3	0,1	0,6	4,5	14,8	41,0	50,2	87,5		
2,6	11,4	29,2	54,6	107,7	16,3	0,01	-	0,1	1,0	3,8	11,0	28,3	40,4	112,6		
2,2	5,4	6,6	6,9	9,6	1,9	-	0,3	-	0,3	0,4	1,8	2,8	5,5	11,4		
3,5	18,6	45,3	93,6	445,8	16,9	-	0,7	0,4	0,9	4,5	13,2	31,1	48,1	106,4	580-629	
2,0	7,9	9,9	16,1	25,6	4,2	-	0,3	0,4	0,4	1,0	3,3	10,6	13,2	22,5		
-	1,0	12,3	37,9	291,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
-	-	-	-	-	4,9	-	-	-	3,7	7,3	43,7	-	-	-	630-678	
-	-	-	-	-	0,4	-	-	-	0,2	0,9	-	-	-	-		
0,2	0,8	4,2	5,7	16,4	4,0	0,04	0,3	-	0,2	0,9	1,7	3,9	13,2	29,4	680-738	
0,9	0,3	0,9	-	-	7,6	3,9	14,6	1,6	1,5	0,7	1,0	0,4	-	-	740-759	
-	-	-	-	-	18,1	12,1	-	-	-	-	-	-	-	-	760-779	
5,6	24,5	55,6	88,5	468,2	44,3	0,2	1,7	1,2	1,0	2,7	7,4	18,0	38,3	455,5	780-796	
-	-	0,5	2,3	268,3	27,3	-	-	-	-	-	-	-	3,0	320,7		
58,4	74,5	86,8	117,8	252,4	36,0	0,5	21,3	12,2	14,9	7,9	17,3	24,8	43,0	245,0	E800-949	
35,5	42,0	41,5	65,5	79,9	12,0	0,01	8,6	9,1	12,6	5,8	9,7	15,2	17,9	33,3		
1,5	3,0	6,1	3,4	5,5	0,7	-	-	0,1	0,4	0,2	0,4	1,8	1,3	3,9		
1,0	0,8	0,5	0,6	2,3	0,5	0,01	1,7	0,3	0,1	0,3	0,7	0,7	0,4	1,0		
6,5	13,1	24,1	32,2	143,7	19,2	0,01	1,0	0,7	0,1	0,4	3,9	3,9	20,4	199,6		
32,0	48,2	47,6	53,4	51,6	12,2	-	-	0,1	7,8	11,7	22,3	21,2	23,4	21,2	E950-959	
1,9	1,0	0,9	1,1	3,2	0,8	0,06	0,7	0,3	0,9	1,6	0,4	0,7	0,9	0,3	E960-969	
1,8	2,0	2,4	1,1	1,4	0,4	-	-	0,1	0,3	0,1	0,9	1,1	1,3	0,3	E970-999	
241,9	993,0	2 506,1	4 366,9	10 365,7	1 026,8	18,9	87,8	32,6	55,0	142,7	527,0	1 250,6	2 279,1	7 799,1	000-999	

II. Berufe und Einrichtungen des Gesundheitswesens

Ärztliche und zahnärztliche Versorgung der Bevölkerung

Ärzte, Medizinalassistenten und Zahnärzte

Die seit Jahren steigende Zahl der Ärzte erhöhte sich 1969 weiterhin. Nach den Meldungen der Gesundheitsämter¹ waren am 31. Dezember 1969 in Baden-Württemberg 14 120 Ärzte berufstätig, 4,0% mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Damit erhöhte sich der Ärztestand gegenüber 31. Dezember 1959 - also vor zehn Jahren - um über ein Viertel (28,9%). Da dieser Zuwachs wesentlich höher war als der der Bevölkerung (17,8%), nahm auch die Ärztedichte beachtlich zu. Während 1959 ein Arzt im Durchschnitt 690 Personen zu versorgen hatte, waren es 1969 nur noch 631. Um die Jahrhundertwende waren es sogar 2054 Personen.

Am gesamten Ärztestand waren 1969 die Ärztinnen etwa zu einem Fünftel beteiligt. Diese Quote hat sich in den letzten Jahrzehnten erheblich gesteigert; in der Vorkriegszeit (1938) betrug sie lediglich etwa ein Zehntel.

Bei dem heutigen Stand der Medizin ist in zunehmendem Maß eine Spezialisierung erforderlich. Auffallend ist dabei, daß bei den Männern der Anteil der Fachärzte höher ist als bei den Frauen; von den Ärzten hatte sich nahezu die Hälfte spezialisiert, von den Frauen nur ein gutes Drittel.

Zwar verteilte sich ihre Zahl noch zu 56,0% auf die praktischen Ärzte und zu 44,0% auf die Fachärzte, 1959 belief sich dagegen die Quote der praktischen Ärzte noch auf 64,7%. Die fachärztliche Versorgung hat sich sonach erheblich verbessert, demgegenüber hat sich die auf einen praktischen Arzt entfallende Einwohnerzahl im Landesdurchschnitt beträchtlich vergrößert. Der seitherige praktische Arzt kann in

Zukunft die Bezeichnung Allgemeinarzt oder Arzt für Allgemeinmedizin führen, wenn er dafür die Anerkennung der Ärztekammer besitzt. Unter den freipraktizierenden Fachärzten dominierten die Internisten, mit Abstand folgten die Fachärzte für Gynäkologie und Geburtshilfe, Pädiatrie, Augenkrankheiten und Hals-, Nasen-, Ohrenkrankheiten.

Im März 1970 trat in Baden-Württemberg eine neue Weiterbildungsordnung für die Ärzte (Berufsordnung der Landesärztekammer Baden-Württemberg, II. Teil Weiterbildungsordnung) in Kraft, die in der Vollversammlung der Landesärztekammer Baden-Württemberg am 30. November 1968 beschlossen und vom Innenministerium Baden-Württemberg am 21. Januar 1970 mit Erlaß Nr. X 4423/199 genehmigt wurde. Danach werden in Zukunft weitere Facharztbezeichnungen anerkannt².

In Krankenhäusern waren 5234 Ärzte hauptamtlich beschäftigt, gut ein Drittel der gemeldeten Ärzte. Etwa ein Zehntel der Ärzte stand in Verwaltung und Forschung.

Außer den approbierten Ärzten waren 1378 Medizinalassistenten tätig. Der Zugang gegenüber dem Vorjahr bezifferte sich auf 1,7%. Etwa ein Drittel von ihnen waren Frauen.

Die Zahl der Zahnärzte betrug 4911; sie veränderte sich gegenüber dem Vorjahr nur unwesentlich. Im Vergleich zum Jahresende 1959 ergab sich ein Zuwachs um 1,3%. Der Frauenanteil stellte sich 1969 auf 14,9% und war damit niedriger als der der Ärztinnen. Eine freie Praxis übten 96,0% der Zahnärzte aus.

Im Verlauf der letzten zehn Jahre hat sich die Zahnärztdichte merklich verringert, Ende 1959 hatte ein Zahnarzt im Durchschnitt 1559 Personen zu betreuen, jedoch 1969 bereits 1814 Personen.

¹ Die Meldungen erfolgen gemäß § 1 Abs. 1 der 3.DVO v.30.März 1935 zum Gesetz über die Vereinheitl. des Gesundheitswesens v. 3.Juli 1934.

² Ärzteblatt Baden-Württemberg H.3, 1970.

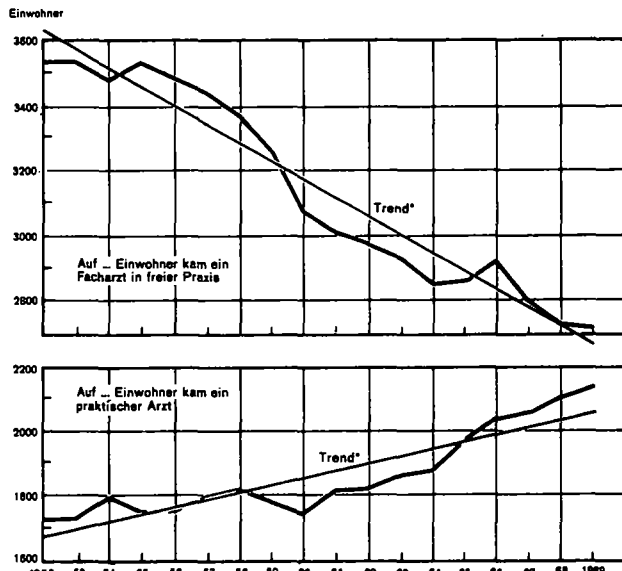
Berufstätige Ärzte, Medizinalassistenten und Zahnärzte

Jahr 1) Regierungsbezirk	Ärzte					Medizinal- assistenten	Zahnärzte	
	Anzahl	darunter					Anzahl	darunter in freier 2) Praxis tätig
		Fachärzte	in freier Praxis tätig 2)					
			insgesamt	als praktischer Arzt				
1953	9 575	3 366	5 889	3 948	-	4 242	4 162	
1959	10 951	4 299	6 545	4 235	398	4 849	4 747	
1961	11 591	4 749	6 910	4 319	603	4 931	4 825	
1966	12 552	5 485	7 081	4 175	1 054	4 886	4 723	
1967	13 004	5 642	7 204	4 157	1 218	4 843	4 679	
1968	13 576	5 880	7 303	4 128	1 355	4 916	4 707	
1969	14 120	6 082	7 412	4 150	1 378	4 911	4 713	
davon								
Nordwürttemberg	4 817	2 162	2 756	1 466	392	1 859	1 822	
Nordbaden	3 635	1 580	1 878	979	428	1 077	1 021	
Südbaden	3 273	1 365	1 632	970	311	1 126	1 085	
Südwestfalen-Hohenzollern	2 395	975	1 146	735	247	849	785	

1) Jeweils am 31. Dezember. -2) Einschließlich Assistenten.

II. Berufe und Einrichtungen des Gesundheitswesens

Arztdichte in Baden-Württemberg



*berechnet nach der Methode der kleinsten Quadrate
8571

Strukturdaten zur gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung

Jahr 1) Regierungsbezirk	Auf ... Einwohner kam am Jahresende			
	ein Arzt	ein Fach- arzt	ein praktischer Arzt 2)	ein Zahn- arzt 2)
1953	717	2 039	1 738	1 649
1959	690	1 759	1 785	1 593
1961	676	1 651	1 815	1 625
1966	680	1 556	2 044	1 807
1967	659	1 518	2 061	1 831
1968	642	1 482	2 111	1 851
1969	631	1 465	2 147	1 890
davon				
Nordwürttemberg	724	1 613	2 379	1 914
Nordbaden	525	1 208	1 950	1 870
Südbaden	576	1 381	1 944	1 738
Südwestfalen-Lippe	680	1 669	2 214	2 073

1) Jeweils am 31. Dezember. - 2) In freier Praxis.

Berufstätige Ärzte nach Fachgebieten *)

Fachgebiet	1969				1968				1967				1966			
	männlich		weiblich		insgesamt											
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Ärzte insgesamt	11 358	100	2 762	100	14 120	100	13 576	100	13 004	100	12 552	100				
Ärzte für Allgemeinmedizin	6 264	55,2	1 774	64,2	8 038	56,9	7 696	56,7	7 362	56,6	7 067	56,3				
Fachärzte insgesamt	5 094	100	988	100	6 082	100	5 880	100	5 642	100	5 485	100				
davon für																
Chirurgie	673	13,2	33	3,3	706	11,6	686	11,7	693	12,3	682	12,4				
Innere Medizin	1 387	27,2	208	21,1	1 595	26,2	1 524	25,9	1 431	25,4	1 389	25,3				
Lungenkrankheiten	272	5,3	47	4,8	319	5,2	309	5,3	325	5,8	319	5,8				
Frauenkrankheiten und Geburtshilfe	539	10,6	87	8,8	626	10,3	589	10,0	560	9,9	550	10,0				
Kinderkrankheiten	281	5,5	229	23,2	510	8,4	511	8,7	510	9,0	480	8,8				
Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten	304	6,0	27	2,7	331	5,4	329	5,6	324	5,7	303	5,5				
Augenkrankheiten	262	5,2	73	7,4	335	5,5	314	5,3	308	5,5	307	5,6				
Haut- und Geschlechtskrankheiten	208	4,1	41	4,2	249	4,1	247	4,2	245	4,3	255	4,7				
Nerven- und Gemütskrankheiten	372	7,3	119	12,0	491	8,1	490	8,3	452	8,0	439	8,0				
Röntgen- und Strahlenheilkunde	241	4,7	13	1,3	254	4,2	251	4,3	241	4,3	230	4,2				
Orthopädie	206	4,1	23	2,3	229	3,8	222	3,8	204	3,6	213	3,9				
Urologie	113	2,2	1	0,1	114	1,9	119	2,0	111	2,0	103	1,9				
Mund- und Kieferkrankheiten	83	1,6	22	2,2	105	1,7	94	1,6	90	1,6	77	1,4				
Sonstige Gebiete	153	3,0	65	6,6	218	3,6	195	3,3	148	2,6	138	2,5				

*) Jeweils am 31. Dezember.

II. Berufe und Einrichtungen des Gesundheitswesens

Approbationen - Bestellungen - von Ärzten und Zahnärzten; Erlaubniserteilung an Ausländer

Die Approbationen (Bestellungen) werden vom Innenministerium erteilt. Gleiches gilt bei der Erlaubnis für Ausländer zur Ausübung des ärztlichen oder zahnärztlichen Berufs.

Ärzte

Die Zahl der Approbationen ist in den Jahren 1953 bis 1958 erheblich gesunken. Dies beruht vor allem auf einer Verlängerung der Studienzzeit, auf Zulassungsbeschränkungen zum Studium sowie darauf, daß die Approbation erst nach Ableistung der zweijährigen Medizinalassistentenzeit erteilt worden ist. Die letztgenannte Änderung hat sich erst in den Jahren 1957 und 1958 ausgewirkt. Seitdem ist die Zahl der Approbationen ununterbrochen gestiegen. Sie wird sich im Jahre 1970 voraussichtlich gegenüber dem Jahre 1969 verdoppeln, da durch

die Verkürzung der Medizinalassistentenzeit auf ein Jahr gleichzeitig zwei Jahrgänge die Approbation erhalten können.

Zahnärzte

Die hohe Zahl von Bestellungen im Jahre 1953 und in den folgenden Jahren beruht darauf, daß Dentisten nach erfolgreichem Abschluß eines Lehrgangs die Bestellung als Zahnarzt erhalten konnten.

Ausländische Ärzte und Zahnärzte

Ausländern kann nach § 10 der Bundesärzteordnung eine Erlaubnis zur vorübergehenden Ausübung des ärztlichen Berufs erteilt werden. Gleiches gilt für Zahnärzte nach § 13 des Zahnheilkundengesetzes. Die Zahl dieser Ärzte und Zahnärzte sowie ihre Herkunft ergeben sich aus nachstehenden Übersichten. Dabei sind die Länder hervorgehoben, aus denen die meisten Ausländer stammen. Aufschlußreich ist der hohe Anteil der Ärzte und Zahnärzte aus der CSSR in den Jahren 1968 und 1969.

Ausländische Ärzte

Jahr	Ärzte	Aus europäischen Staaten					Aus übrigen Staaten			
		Europa insgesamt	darunter				Übrige Staaten insgesamt	darunter		
			Jugoslawien	Spanien	Griechenland	CSSR		Türkei	Iran	Syrien
1966	548	252	94	34	38	.	296	117	75	18
1967	696	312	125	29	47	.	384	134	92	28
1968	532	256	80	13	41	48	276	79	62	27
1969	583	292	80	15	43	84	291	56	76	35

Ausländische Zahnärzte

Jahr	Zahnärzte	Aus europäischen Staaten					Aus übrigen Staaten				
		insgesamt	darunter				insgesamt	darunter			
			Jugoslawien	Griechenland	Frankreich	CSSR		Türkei	Chile	Indonesien	Iran
1968	50	25	10	4	3	2	25	14	3	3	3
1969	55	35	11	7	2	6	20	10	3	1	3

Approbationen von Ärzten und Zahnärzten

Jahr	Erteilte Approbationen an					
	Ärzte			Zahnärzte		
	insgesamt	darunter an Frauen	nach abgeschlossenem Hochschulstudium	als ehemalige Dentisten	insgesamt	darunter an Frauen
			insgesamt	insgesamt		
1953	719	.	98	2 664	2 762	.
1954	467	127	73	152	225	31
1955	328	92	107	146	253	36
1956	215	40	77	121	198	29
1957	63	15	63	93	156	33
1958	73	20	42	78	120	28
1959	191	68	30	66	96	25
1960	237	83	30	43	73	17
1961	277	93	45	8	53	26
1962	396	121	64	7	71	25
1963	436	143	58	2	60	16
1964	463	175	102	-	102	42
1965	502	188	96	3	99	26
1966	579	187	82	-	82	24
1967	709	265	79	2	81	23
1968	913	297	130	-	130	30
1969	997	353	107	2	109	22

II. Berufe und Einrichtungen des Gesundheitswesens

Übrige Berufe des Gesundheitswesens

Die Gesamtzahl der Pflegepersonen erhöhte sich 1969 nach den Meldungen der Gesundheitsämter gegenüber dem Vorjahr um 4,0% auf 35 019. Dabei nahm die Zahl der Krankenschwestern und Krankenpfleger (ohne Gemeindeschwestern) um 3,1% und die der Kinderkrankenschwestern um 2,6% zu; die der Krankenpflegehelfer und Krankenpflegehelferinnen steigerte sich dagegen um 12,8%. Dieser Beruf erfreut sich zunehmender Beliebtheit.

Wenn auch die Zahl der Pflegepersonen angestiegen ist, so besteht nach wie vor Personal-mangel. Deshalb ist die Entwicklung der Zahl der in Ausbildung stehenden Pflegekräfte besonders wichtig. Auch diese vergrößerte sich bei den drei Berufsgruppen, wobei die Steigerung bei den künftigen Kinderkrankenschwestern am stärksten war (10,8%). Bei den Kranken-schwesternschülerinnen und Krankenpflegeschü-

lern nahm die Zahl nur um 2,1% zu, bei den in Ausbildung stehenden Krankenpflegehelfern und Krankenpflegehelferinnen blieb sie nahezu unverändert.

Der seit Jahren beobachtete Rückgang der Zahl der Gemeindeschwestern setzte sich auch 1969 mit einer Abnahme um 5,2% gegenüber 1968 fort.

Unter den übrigen im Gesundheitswesen tätigen Personen werden hier nur die zahlenmäßig wichtigsten erwähnt. Die Zahl der Krankengymnasten und Krankengymnastinnen erhöhte sich um 3,9%, die der Masseure und medizinische Bademeister bzw. Masseusen und Bademeisterinnen um insgesamt 2,7% und die der medizinisch-technischen Assistenten und Assistentinnen ebenfalls um 2,7%. Etwas verringert hat sich die gesamte Zahl der Fürsorger, Sozialarbeiter, Gesundheitspfleger, der Fürsorgerinnen, Sozialarbeiterinnen und Gesundheitspflegerinnen, und zwar um 0,3%.

Übrige Berufe des Gesundheitswesens *)

Berufsgruppe	1969			1968	1967	1966
	männlich	weiblich	insgesamt			
Krankenpflegepersonen insgesamt	3 466	31 553	35 019	33 662	32 851	31 103
davon						
Krankenschwestern und -pfleger	1 792	17 725	19 517	19 172	19 143	18 758
Krankenschwesterschülerinnen und -pflegeschüler	352	3 776	4 128	4 042	3 730	3 081
Krankenpflegehelfer	383	1 427	1 810	1 604	1 226	1 034
Krankenpflegehelferschüler	56	541	597	594	636	393
Kinderkrankenschwestern	-	3 299	3 299	3 216	3 119	3 092
Kinderkrankenschwesterschülerinnen	-	1 267	1 267	1 144	1 106	1 022
Wochepflegerinnen	-	288	288	264	237	262
Sonstige Pflegekräfte ohne staatl.Prüfung	883	3 230	4 113	3 626	3 654	3 461
Heilpraktiker	387	124	511	518	498	492
Hebammen	-	1 260	1 260	1 338	1 399	1 459
Hebammenschülerinnen	-	156	156	155	152	142
Krankengymnasten	18	1 317	1 335	1 285	1 211	1 195
Masseure	545	957	1 502	1 527	1 504	1 464
Masseure und med.Bademeister ¹⁾	409	392	801	730	682	635
Med.Bademeister, soweit nicht vorherige Position	96	133	229	209	191	155
Sozialarbeiter, Fürsorger-, Wohlfahrtspfleger, Gesundheitspfleger	264	988	1 252	1 256	1 220	1 218
Medizinisch-technische Assistenten	54	2 711	2 765	2 693	2 397	2 322
Diätküchenleiter, Diätassistenten	56	335	391	401	395	365
Gesundheitsaufseher	79	-	79	80	81	74
Desinfektoren	330	10	340	344	340	332

*) Jeweils am 31. Dezember.

1) Masseure, Masseusen und med. Bademeister (-innen) sind Personen, die nach staatlicher Anerkennung als Masseur zusätzlich eine halbjährige Tätigkeit in der Massage nachgewiesen haben.

Krankenpflegepersonen in den Regierungsbezirken am 31. Dezember 1969

Berufsgruppe	Nord-württemberg	Nordbaden	Südbaden	Südwestfalen-Hohenzollern	Baden-Württemberg
Krankenpflegepersonen insgesamt	14 194	8 364	6 816	5 645	35 019
darunter					
Krankenschwestern und -pfleger	7 903	4 581	4 090	2 943	19 517
Krankenschwesterschülerinnen und -pflegeschüler	1 728	1 150	624	626	4 128
Krankenpflegehelfer	587	507	267	449	1 810
Krankenpflegehelferschüler	218	192	43	144	597
Kinderkrankenschwestern	1 869	620	452	358	3 299
Kinderkrankenschwesterschülerinnen	514	324	260	169	1 267

II. Berufe und Einrichtungen des Gesundheitswesens

Apotheken und ihr Personal

Am Jahresende 1969 gab es nach den Meldungen der Gesundheitsämter 1606 Apotheken. Unter ihnen vergrößerte sich die Zahl der Vollapotheken gegenüber dem Vorjahresstand um 47 auf 1565, während sich der Bestand der Zweigapotheken um drei auf sieben verkleinerte. Außerdem waren 34 Krankenhausapotheken in Betrieb.

Eine Apotheke hatte Ende 1969 im Durchschnitt 5548 Einwohner mit Arzneimitteln zu versorgen, vor zehn Jahren waren es noch 6254. So hat sich die Versorgung der Bevölkerung mit Apotheken gebessert. Allerdings ist die Nachfrage nach Medikamenten und sonstigen Apothekenwaren in den letzten Jahren ständig größer geworden. Zu dieser Entwicklung hat nicht zuletzt die infolge der höheren Lebenserwartung gestiegene Zahl der älteren Menschen beigetragen, diese brauchen im allgemeinen mehr Arzneimittel als jüngere.

Im Vergleich mit dem Vorjahr nahm 1969 die Anzahl der Apotheker um 2,9% zu. Steigerungen ließen sich ferner bei den Kandidaten der Pharmazie (8,4%) und bei den Apothekerpraktikanten (28,6%) feststellen, wogegen die Zahl der vorgeprüften Apothekeranwärter um 4,8% zurückging. Die Zahl der in den Apotheken tätigen pharmazeutisch-technischen Assistenten stieg ebenfalls an. Dieser Beruf wurde auf Grund des Gesetzes über den Beruf des pharmazeutisch-technischen Assistenten vom 18. März 1968 (BGBl. I S. 288 f.) geschaffen. Die Ausbildungszeit beträgt zweieinhalb Jahre. Vorgeprüften Apothekeranwärtern konnte aber nach § 11 Abs. 1 des Gesetzes sofort die Erlaubnis gegeben werden, diese Berufsbezeichnung zu führen.

Die Frauen waren an der Zahl der Apotheker zu 47,2% beteiligt. Bei den Kandidaten der Pharmazie machte der Frauenanteil 61,1%, bei den vorgeprüften Apothekeranwärtern 76,9% und bei den Apothekerpraktikanten 58,2% aus. Auch der Beruf des pharmazeutisch-technischen Assistenten wird vornehmlich von Frauen ergriffen (89,5%).

An Apotheker wurden 1969 vom Innenministerium 243 Approbationen ausgesprochen. Diese Zahl blieb gegenüber dem Vorjahr nahezu gleich, gegenüber 1959 steigerte sie sich um 29,9%. Der Frauenanteil betrug 64,7%.

Apotheker und Apothekerinnen in den Regierungsbezirken am 31. Dezember 1969

Regierungsbezirk Land	Apotheker und Apothekerinnen in			
	Voll-	Zweig-	Krankenhaus-	sämtlichen
		apotheken	apotheken	apotheken
Nordwürttemberg	1 256	7	29	1 292
Nordbaden	620	-	27	647
Südbaden	635	-	13	648
Südwestfalen-				
Hohenzollern	455	3	8	466
Baden-Württemberg	2 966	10	77	3 053

Apotheken

Jahr 1) Regierungsbezirk	Voll-	Zweig-	Kranken- haus -	Apo- theken zu- sammen	Auf...Ein- wohner kam eine Apotheke
	apotheken				
1953	902	28	25	955	7 187
1959	1 157	24	28	1 209	6 254
1961	1 266	21	30	1 317	5 952
1966	1 438	14	33	1 485	5 747
1967	1 473	10	34	1 517	5 646
1968	1 518	10	34	1 562	5 579
1969	1 565	7	34	1 606	5 548
davon					
Nordwürttemberg	586	4	14	604	5 774
Nordbaden	369	-	10	379	5 038
Südbaden	352	-	7	359	5 252
Südwestfalen- Hohenzollern	258	3	3	264	6 165

1) Jeweils 31. Dezember.

Personal der Apotheken *)

Berufsgruppe	1969		1968	1967	1966
	männ- lich	weib- lich	insgesamt		
Apotheker	1 612	1 441	3 053	2 968	2 721
Kandidaten der Pharmazie	166	261	427	394	377
Vorgeprüfte Apothekeran- wärter	146	487	633	665	641
Apothekerprak- tikanten	428	597	1 025	797	737
Phar. tech. Assistenten	14	119	133	53	.
Sonstiges Personal	88	3 539	3 627	3 584	3 361
				2 985	

*) Jeweils 31. Dezember.

Approbationen von Apothekern

Jahr	Erteilte Approbationen		Jahr	Erteilte Approbationen	
	insgesamt	darunter an Frauen		insgesamt	darunter an Frauen
1953	194	-	1962	198	121
1954	149	76	1963	230	152
1955	141	66	1964	254	170
1956	180	103	1965	245	147
1957	194	111	1966	236	144
1958	219	133	1967	236	157
1959	187	118	1968	241	150
1960	216	130	1969	243	156
1961	219	141			

II. Berufe und Einrichtungen des Gesundheitswesens

Personal der Gesundheitsämter

In Baden - Württemberg gibt es 64 staatliche und ein kommunales Gesundheitsamt (Stadtkreis Stuttgart), bei den sieben gleichnamigen Stadt- und Landkreisen umfaßt der Gesundheitsamtsbezirk jeweils Stadt- und Landkreis.

In jedem Gesundheitsamt gibt es eine Tuberkulosefürsorgestelle. Diesen Fürsorgestellen sind 33 Fürsorgeaußenstellen und 14 Fürsorgeeinheiten angeschlossen.

Am Jahresende 1969 waren in den 65 Gesundheitsämtern 280 Ärzte und 51 Schulzahnärzte vollbeschäftigt; als teilbeschäftigte Ärzte taten 143 Ärzte und 62 Schulzahnärzte ihren Dienst. Von den hauptamtlichen Ärzten waren drei Vier-

tel (74,6%) beamtet, von den Schulzahnärzten etwa die Hälfte. Aus der Zahl der Schulzahnärzte geht hervor, daß nicht alle Gesundheitsämter über einen eigenen Schulzahnarzt verfügen. In den Tuberkulosefürsorgestellen arbeiteten 65 Ärzte teils als hauptamtliche (54), teils als nebenamtliche Ärzte (9). Von ihnen hatten 62 eine Facharztanerkennung für Lungenkrankheiten.

Außerdem waren in den Gesundheitsämtern 364 Fürsorgerinnen bzw. Sozialarbeiterinnen und sechs Fürsorger tätig. Von den Fürsorgerinnen standen 60 ausschließlich und 230 teilweise in der Tuberkulosefürsorge. Hier waren auch 55 medizinisch-technische Assistentinnen ganz und 27 teilweise eingesetzt.

Personal der Gesundheitsämter am 31. Dezember 1969

Ärzte und Zahnärzte

Berufsgruppe	Insgesamt	darunter mit Amtsarztstellen	männlich	weiblich
Arzte	65	65	58	7
Sonstige hauptamtliche Ärzte	215	120	114	101
darunter beamtet	144	99	98	46
Ärzte nicht vollbeschäftigt	143	5	100	43
Schulzahnärzte hauptamtlich	51	-	34	17
darunter beamtet	23	-	15	8
Schulzahnärzte nicht vollbeschäftigt	62	-	50	12

Übrige im Gesundheitswesen tätige Personen

Berufsgruppe	Insgesamt	männlich	weiblich
Sozialarbeiter, Fürsorger, Wohlfahrtspfleger und Gesundheitspfleger	370	6	364
darunter ohne staatliche Anerkennung	101	2	99
Medizinisch-technische Assistenten	72	-	72
Sonstiges medizinisch-technisches Personal	54	1	53
Gesundheitsaufseher	79	79	-
Desinfektoren, soweit nicht Gesundheitsaufseher	10	10	-
Sonstige im Gesundheitswesen tätige Personen	88	12	76

Verwaltungs- und Wirtschaftspersonal

Berufsgruppe	Insgesamt	und zwar		männlich	weiblich
		beamtet	nicht vollbeschäftigt		
Verwaltungspersonal	568	32	39	51	517
Wirtschaftspersonal (z.B. Heizer, Pförtner, Reinigungspersonal)	224	-	161	35	189

II. Berufe und Einrichtungen des Gesundheitswesens

Zahl der Tuberkulosefürsorgestellen am 31. Dezember 1969

Bezeichnung	Nord- württemberg	Nord- baden	Südbaden	Südwürttemberg- Hohenzollern	Baden- Württemberg
Fürsorgehauptstelle	20	9	19	17	65
Fürsorgeaußenstelle	5	1	13	14	33
Fürsorgenebenstelle	4	2	3	5	14

Personal der Tuberkulosefürsorgestellen Ärzte

Tuberkulosefürsorgearzt	Nord- württem- berg	Nord- baden	Süd- baden	Süd- württemberg- Hohenzollern	Baden- Württem- berg	Davon		
						Facharzt für Lungen- krank- heiten	innere Krank- heiten	Sonstiger Arzt
Hauptamtlich ausschließlich als Tuberkulose-Fürsorgearzt	16	11	14	11	52	50	-	2
nicht ausschließlich als Tuberkulose-Fürsorgearzt	3	-	-	1	4	4	-	-
Nebenamtlich hauptberuflich in freier Praxis	2	1	1	1	5	4	1	-
hauptberuflich in Krankenhäusern	3	-	-	1	4	4	-	-

Sonstiges Personal

Personal	Nordwürttemberg	Nordbaden	Südbaden	Südwürttemberg- Hohenzollern	Baden- Württemberg
Fürsorgerinnen	159	37	29	65	290
Medizinisch-technische Assistenten	37	19	16	10	82
Schreibkräfte	48	22	22	25	117

Leistungen der Fürsorgestellen 1969

Art der Leistungen	Nordwürttemberg	Nordbaden	Südbaden	Südwürttemberg- Hohenzollern	Baden- Württemberg
--------------------	-----------------	-----------	----------	---------------------------------	-----------------------

Röntgenleistungen

Durchleuchtungen	51 911	30 020	27 775	21 496	131 202
Großaufnahmen einschl. Teilaufnahmen	20 527	11 196	10 992	5 895	48 710
Schirmbildaufnahmen	204 591	88 654	85 243	77 006	455 494
Schichtbildserien	1 989	1 609	956	112	4 666

Laboruntersuchungen

Sputum	8 796	1 161	964	1 327	12 248
davon mittels Ausstrich	5 515	1 161	801	527	8 004
Kultur	3 250	-	156	790	4 196
Tierversuch	31	-	7	10	48
Kehlkopfabstriche	1 415	3	-	1	1 419
Magensaftuntersuchungen	188	2	43	-	233
Urinuntersuchungen	3 447	2 027	332	387	6 193
Sonstiges Material	11	-	-	16	27
Blutsenkungsproben	5 877	2 509	2 071	4 042	14 499
Blutbilder	590	405	190	95	1 280
Tuberkulinproben - perkutan	16 400	1 296	3 742	27 352	48 790
intrakutan	1 827	121	1 121	971	4 040

II. Berufe und Einrichtungen des Gesundheitswesens

Krankenhäuser

Die Statistik der Krankenhäuser beruht auf den Meldungen der Krankenhäuser. In der Statistik werden alle Krankenhäuser und Entbindungsheime erfaßt. Sie gibt Aufschluß über die Zahl der Häuser, ihre Fachabteilungen, die Krankenbewegung, die Zahl der geborenen Kinder, die Zahl der Ärzte und des übrigen Personals.

Am 31. Dezember 1969 gab es in Baden-Württemberg 690 Krankenhäuser mit 99 456 planmäßigen und 1786 zusätzlich aufgestellten Betten. Weitaus der größte Teil der planmäßigen Betten, nahezu zwei Drittel, stand in den öffentlichen Krankenhäusern. Rechtsträger dieser Anstalten sind Gebietskörperschaften (Zweckverbände) oder Sozialversicherungsträger. Die freigemeinnützigen Krankenhäuser, deren Träger Stiftungen, kirchliche Verbände, das Deutsche Rote Kreuz und ähnliche Institutionen sind, verfügten über ein Fünftel des Bettenbestandes; die privaten Krankenhäuser hatten nur zu einem Siebtel am Bettenbestand teil.

Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich die Zahl der Krankenhäuser um zwei, während die Zahl der planmäßigen Betten um 1,1% zunahm. Beim Vergleich mit dem Stand von 1959 ergab sich eine Steigerung der Zahl der Häuser um 14%, der Bestand der planmäßigen Betten vergrößerte sich indessen in etwas stärkerem Maß, nämlich um fast ein Fünftel (19,9%).

Die Versorgung der Bevölkerung mit Krankenvbetten hat sich in den letzten zehn Jahren nur unwesentlich verändert. Am Jahresende 1969 kamen 111,6 planmäßige Betten auf 10 000 Einwohner, 1959 waren es 109,8.

Gliedert man die Krankenhäuser nach der Zahl der Betten, so zeigt sich, daß die seit langem beobachtete Tendenz zum größeren Krankenhaus weiterhin besteht. Beim gegenwärtigen Stand der Medizin werden neue und sehr teure technische Einrichtungen in steigendem Umfang nötig, die nur in größeren Krankenhäusern rationell ausgenutzt werden können. Auch kann das Krankenhauspersonal in den größeren und moderneren Krankenhäusern besser eingesetzt werden. Zwar entfielen auf die Krankenhäuser der Größenklasse 50 bis 300 Betten wie seither etwa die Hälfte der Betten, aber der Anteil der Krankenhäuser mit 50 bis 150 Betten ging von 25,6% (1959) auf 23,3% (1969) zurück, während die Quoten der Häuser mit 150 bis 300 Betten von 22,7% auf 23,9% und die der Häuser mit 300 bis 500 Betten von 16,2% auf 19,4% stiegen.

Am Jahresende 1969 waren 61 082 Betten, das sind 61,4% aller planmäßigen Betten für die Aufnahme von Akutkranken bestimmt. Weitaus der größte Teil der Betten (68,3%) befand sich in den Krankenhäusern mit mindestens einer abgegrenzten Fachabteilung, wogegen auf die Kran-

kenhäuser ohne abgegrenzte Fachabteilungen nur 7,5% kamen. Unter den Fachkrankenhäusern verfügten die Krankenhäuser für innere Krankheiten und die Chirurgische Krankenhäuser über die höchste Bettenzahl. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Bettenzahl für Akutkranke nur um 0,9%, gegenüber 1959 bezifferte sich der Zuwachs jedoch auf 12,8%. Da aber die Bevölkerung im gleichen Zeitraum stärker zunahm (17,8%), verringerte sich die auf 10 000 Einwohner entfallende Bettenzahl von 71,7 (1959) auf 68,6.

Unter den Sonderkrankenhäusern fällt besonders die beachtliche Steigerung der Bettenzahl in den Kurkrankenhäusern auf; sie hat sich im Verlauf der letzten zehn Jahre fast verdreifacht. Der Bettenbestand in den Tuberkulosekrankenhäusern verkleinerte sich hingegen um 11,6%. Diese Abnahme dürfte im wesentlichen mit dem Rückgang der Tuberkuloseerkrankungen zusammenhängen.

Während des Jahres 1969 wurden in sämtlichen Krankenhäusern 1 347 487 Patienten stationär behandelt, das waren 3,7% mehr als im Jahr zuvor. Die Zahl der Verpflegungstage belief sich auf 31 482 929, sie stieg um 0,5%. Im Durchschnitt verweilten die Kranken 24,5 Tage im Krankenhaus, 1959 waren es 29,7 Tage.

In den Krankenhäusern für Akutkranke waren 1 127 378 Kranke während 18 976 503 Verpflegungstagen in stationärer Behandlung; ihre Zahl nahm um 3,8% gegenüber 1968 zu. Im Durchschnitt hatte sich sonach jeder achte Bewohner des Landes in stationäre Krankenhausbehandlung begeben müssen. Auf 1000 Einwohner kamen 128 Kranke, 1961 waren es 120 Kranke (für 1959 liegen keine Abgaben vor). Zwischen den verschiedenen Kostenträgern ergaben sich im Hinblick auf die Aufenthaltsdauer der Patienten keine nennenswerten Verschiedenheiten; am höchsten war sie in den privaten Krankenhäusern (18,6), am niedrigsten in den öffentlichen Krankenhäusern (17,3), in den freigemeinnützigen stellte sie sich auf 17,6. Die Bettenausnutzung war bei den freigemeinnützigen Krankenhäusern mit 89,3% am größten, für die öffentlichen und privaten Krankenhäuser ergaben sich Werte von 83,9% und 86,4%. Im Durchschnitt aller Krankenhäuser bezifferte sich der Ausnutzungsgrad auf 85,1%, 1961 waren es 87,9%.

Im Jahr 1969 kamen 128 747 Frauen zur Entbindung in ein Krankenhaus oder in ein Entbindungsheim. Insgesamt wurden 129 997 Kinder geboren, das waren 4,7% weniger als 1966, dem seitherigen Höchststand, jedoch 43,3% mehr als 1959. Hier macht sich die immer stärker werdende Bevorzugung der Anstaltsentbindung geltend. Nach der Landesamtsstatistik nahm die Zahl der Geborenen in den letzten zehn Jahren um 0,5% ab. Der Anteil der Anstaltsgeburten erhöhte sich aber von 63,8% (1959) auf 92,5%

II. Berufe und Einrichtungen des Gesundheitswesens

im Jahr 1969. Nach der Krankenhausstatistik verminderte sich der Anteil der Totgeborenen an den in Krankenhäusern Geborenen von 1,8% auf 1%.

Am Jahresende 1969 waren in den Krankenhäusern 6202 Ärzte beschäftigt, 6,7% mehr als am Ende des Vorjahres. Im Vergleich mit 1959 stieg die Ärztezahl um fast zwei Fünftel (38,7%). Als hauptamtliche Ärzte waren 5227 und als Belegärzte 858 tätig. Die Ärztinnen hatten an der Zahl der hauptamtlichen Ärzte zu 20,1% teil, von den Belegärzten waren dagegen nur 7,7% weiblichen Geschlechts.

Etwa die Hälfte aller Ärzte (49,4%) hatte eine Facharztanerkennung. Dieser Anteil hat sich in den vergangenen Jahren etwas verringert, 1959 betrug er 54,4%. Die meisten Fachärzte waren Internisten und Chirurgen, es folgten die Gynäkologen sowie die Fachärzte für Nerven- und Gemütskrankheiten sowie Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten. Der Anteil der Belegärzte war bei den Fachärzten für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten und bei den Frauenärzten beachtlich. Die Fachärztinnen waren bei den Disziplinen Kinderkrankheiten, Nerven- und Gemütskrankheiten, innere Krankheiten, Gynäkologie und Anästhesie recht zahlreich. Auf diese Fachrichtungen kamen etwa drei Viertel aller Fachärztinnen.

In den Krankenhäusern arbeiteten 509 ausländische Ärzte, die vom Innenministerium Baden-Württemberg die widerrufliche und befristete Erlaubnis zur Ausübung des ärztlichen Berufes nach § 10 der Bundesärzteordnung hatten. Unter ihnen befanden sich 140 Fachärzte. Außerdem standen 1293 Medizinalassistenten im Krankenhausdienst, von ihnen hatten 77 eine fremde Staatsangehörigkeit. Die Frauenquote machte bei den Medizinalassistenten 29,9% aus. Unter den 56 Zahnärzten, die in den Krankenhäusern beschäftigt waren, waren 13 Frauen und vier Ausländer.

Die Zahl der Pflegekräfte (ohne Hebammen) nahm im ganzen gegenüber dem Vorjahr um 6% zu. Bei den einzelnen Berufsgruppen ergaben sich mehr oder weniger starke Erhöhungen. Dabei ist die Steigerung der Zahl der Krankenschwestern um 5,2% und der Kinderkrankenschwestern um 4,7% besonders zu erwähnen. Unter den Hebammen stieg die Zahl der festangestellten Hebammen (+ 6,2%), während die der freiberufstätigen Hebammen merklich zurückging (- 17%), so daß sich im gesamten eine Abnahme um 4,7% feststellen ließ.

Weitaus der größte Teil der Ärzte und der Pflegepersonen war in den Krankenhäusern für Akutkranke eingesetzt.

Krankenhäuser

Jahr ¹⁾	Krankenhäuser insgesamt	mit planmäßigen Betten	auf 10 000 Einwohner	Krankenhäuser für Akutkranke	mit planmäßigen Betten	auf 10 000 Einwohner
	Anzahl			Anzahl		
1953	531	72 913	106,2	410	50 450	73,5
1959	605	82 982	109,8	424	54 178	71,7
1961	627	85 938	109,6	434	55 792	71,2
1966	674	95 021	111,3	429	58 656	68,7
1967	681	96 286	112,4	435	59 594	69,6
1968	688	98 359	112,9	439	60 537	69,5
1969	690	99 456	111,6	436	61 082	68,6

1) Jeweils am 31. Dezember.

II. Berufe und Einrichtungen des Gesundheitswesens

Krankenhäuser nach Trägern und Größenklassen am 31.Dezember 1969

Krankenhäuser insgesamt

Größenklasse (von bis unter Betten)	Insgesamt			Öffentliche			Freigemeinnützige			Private		
	Kranken- häuser	planmäßige Betten		Kranken- häuser	planmäßige Betten		Kranken- häuser	planmäßige Betten		Kranken- häuser	planmäßige Betten	
	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%
unter 25	95	1 366	1,4	22	390	0,6	8	130	0,6	65	846	5,5
25 - 50	137	5 020	5,0	42	1 589	2,5	20	805	3,7	75	2 626	17,4
50 - 100	156	10 834	10,9	70	4 871	7,8	31	2 248	10,3	55	3 715	24,6
100 - 150	102	12 294	12,4	57	6 929	11,1	23	2 676	12,2	22	2 689	17,8
150 - 200	58	9 690	9,7	35	5 878	9,4	11	1 820	8,3	12	1 992	13,2
200 - 300	60	14 073	14,1	41	9 552	15,3	15	3 485	16,0	4	1 036	6,9
300 - 400	34	11 507	11,6	24	8 144	13,0	9	3 063	14,0	1	300	2,0
400 - 500	18	7 825	7,9	13	5 698	9,1	5	2 127	9,7	-	-	-
500 - 600	7	3 862	3,9	4	2 288	3,7	1	504	2,3	2	1 070	7,1
600 - 800	5	3 603	3,6	2	1 491	2,4	3	2 112	9,7	-	-	-
800 - 1000	12	10 620	10,7	9	8 005	12,8	2	1 790	8,2	1	825	5,5
1000 und mehr	6	8 762	8,8	5	7 672	12,3	1	1 090	5,0	-	-	-
Insgesamt	690	99 456	100	324	62 507	100	129	21 850	100	237	15 099	100
darunter												
Belegkrankenhäuser	106	9 784	9,8	61	6 180	10,0	27	2 495	11,4	18	1 109	7,3

Krankenhäuser für Akutkranke

unter 25	78	1 075	1,8	19	336	0,8	4	71	0,6	55	668	15,4
25 - 50	81	3 027	5,0	33	1 256	2,8	13	533	4,5	35	1 238	28,6
50 - 100	85	5 806	9,5	56	3 806	8,5	15	1 090	9,1	14	910	21,0
100 - 150	55	6 713	11,0	44	5 439	12,1	8	916	7,7	3	358	8,3
150 - 200	38	6 327	10,4	28	4 647	10,4	8	1 345	11,3	2	335	7,7
200 - 300	45	10 529	17,2	33	7 699	17,2	10	2 307	19,3	2	523	12,1
300 - 400	24	8 009	13,1	19	6 375	14,2	4	1 334	11,2	1	300	6,9
400 - 500	14	6 174	10,1	10	4 447	9,9	4	1 727	14,5	-	-	-
500 - 600	5	2 792	4,6	4	2 288	5,1	1	504	4,2	-	-	-
600 - 800	5	3 603	5,9	2	1 491	3,3	3	2 112	17,7	-	-	-
800 - 1000	4	3 605	5,9	4	3 605	8,0	-	-	-	-	-	-
1000 und mehr	2	3 422	5,6	2	3 422	7,6	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	436	61 082	100	254	44 811	100	70	11 939	100	112	4 332	100
darunter												
Belegkrankenhäuser	97	4 043	6,6	59	2 351	5,2	24	1 298	10,9	14	394	9,1

II. Berufe und Einrichtungen des Gesundheitswesens

Krankenhäuser nach Rechtsträgern in den Regierungsbezirken am 31.Dezember 1969

Art des Krankenhauses	Krankenhäuser		Planmäßige Betten		Zusätzlich aufgestellte Betten
	insgesamt	darunter Belegkran- kenhäuser	Anzahl	auf 10 000 Einwohner	
Nordwürttemberg					
Öffentlich	88	12	19 542	56,0	165
darunter kommunal	69	12	15 056	43,2	132
Freigemeinnützig	35	13	6 659	19,1	104
Privat	55	8	2 801	8,0	112
Insgesamt	178	33	29 002	83,2	381
Nordbaden					
Öffentlich	48	12	12 440	65,2	197
darunter kommunal	28	12	7 321	38,3	197
Freigemeinnützig	23	5	5 031	26,3	225
Privat	26	4	1 404	7,4	24
Insgesamt	97	21	18 875	98,9	446
Südbaden					
Öffentlich	109	27	16 516	87,6	285
darunter kommunal	77	27	9 642	51,1	173
Freigemeinnützig	41	5	5 106	27,1	95
Privat	98	6	7 043	37,4	109
Insgesamt	248	38	28 665	152,0	489
Südwürttemberg-Hohenzollern					
Öffentlich	79	10	14 009	86,1	276
darunter kommunal	53	10	7 949	48,8	215
Freigemeinnützig	30	4	5 054	31,1	50
Privat	58	-	3 851	23,7	144
Insgesamt	167	14	22 914	140,8	470
Baden-Württemberg					
Öffentlich	324	61	62 507	70,2	923
darunter kommunal	227	61	39 968	44,9	717
Freigemeinnützig	129	27	21 850	24,5	474
Privat	237	18	15 099	16,9	389
Insgesamt	690	106	99 456	111,6	1 786

Fachkrankenhäuser und Fachabteilungen am 31.Dezember 1969

Fachrichtung	Fachkrankenhäuser		Universitäts- krankenhäuser		Fachabteilungen in						Plan- mäßige Betten zu- sammen	
					Allgemeinen Krankenhäusern		Fachkrankenhäusern		Universitäts- krankenhäusern			
	Kranken- häuser	planmäßige Betten	Kranken- häuser	planmäßige Betten	Fachab- teilungen	planmäßige Betten	Fachab- teilungen	planmäßige Betten	Fachab- teilungen	planmäßige Betten		
Fachkrankenhäuser bzw. Fachabteilungen für Akut-Kranke												
Innere Krankheiten	30	2 421	8	1 417	137	12 700	8	561	1	60	17 159	
Infektionskrankheiten	-	-	-	-	32	780	8	185	3	223	1 188	
Säuglings- und Kinderkrankheiten	17	953	4	819	28	2 083	2	191	-	-	4 046	
Chirurgie (einschl.für Unfallverletzte)	21	1 235	3	1 207	144	13 832	3	177	1	57	16 508	
Orthopädie	5	320	3	475	13	394	5	355	-	-	1 544	
Urologie	6	162	-	-	31	1 028	3	34	-	-	1 224	
Neurochirurgie	-	-	1	49	2	100	1	30	-	-	179	
Zahn- und Kieferkrankheiten	-	-	3	135	7	178	1	5	-	-	318	
Gynäkologie und Geburtshilfe	39	1 541	4	775	127	5 388	6	56	-	-	7 760	
Entbindungsheim	14	115	-	-	1	14	-	-	-	-	129	
Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten	8	134	3	365	96	1 922	9	73	-	-	2 494	
Augenkrankheiten	7	489	3	410	44	624	1	2	-	-	1 525	
Haut- und Geschlechtskrankheiten	1	138	3	391	11	371	-	-	-	-	900	
Röntgen- und Strahlenheilkunde	1	10	3	166	11	232	-	-	-	-	408	
Zusammen	149	7 518	38	6 209	684	39 646	47	1 669	5	340	55 382	
Sonderkrankenhäuser												
Tuberkulose	66	7 686	2	62	12	513	6	121	-	-	8 382	
Psychiatrie (einschl.Heil- u.Pflegeanst.)	19	11 411	3	567	3	347	3	1 138	-	-	13 463	
Neurologie	5	816	4	250	5	217	3	132	-	-	1 415	
Chronisch Kranke sowie geriatrische Klinik	11	1 633	-	-	3	379	1	40	-	-	2 052	
Sonstige Fachrichtungen	144	12 905	-	-	3	54	3	444	-	-	13 403	
Zusammen	245	34 451	9	879	26	1 510	16	1 875	-	-	38 715	
Insgesamt	394	41 969	47	7 088	710	41 156	63	3 544	5	340	94 097	

1) Außerdem 5359 Betten außerhalb abgegrenzter Fachabteilungen.

II. Berufe und Einrichtungen des Gesundheitswesens

Krankenhäuser nach ihrer Zweckbestimmung in den Regierungsbezirken am 31. Dezember 1969

Zweckbestimmung der Krankenhäuser 1)	Nordwürttemberg		Nordbaden		Südbaden		SüdWürtt.-Hohenzollern		Baden-Württemberg			
	Kranken- häuser	planmäßige Betten	Kranken- häuser	planmäßige Betten	Kranken- häuser	planmäßige Betten	Kranken- häuser	planmäßige Betten	Kranken- häuser	Planmäßige Betten		
										Anzahl	Auf 10 000 Einwohner	
Krankenhäuser für Akutkranke												
Allgemeine Krankenhäuser ohne abgegrenzte Fachabt.	24	1 139	11	559	33	1 852	18	1 043	86	4 593	5,2	
Allgemeine Krankenhäuser mit abgegrenzten Fachabt.	53	16 927	29	9 899	47	8 227	34	6 639	163	41 692	46,8	
Krankenhäuser für innere Krankheiten	6	873	8	855	18	1 621	6	651	38	4 000	4,5	
Säuglings- und Kinder- Krankenhäuser	7	542	1	360	9	806	4	481	21	2 189	2,5	
Chirurgische Krankenhäuser 2)	13	1 002	8	916	9	709	4	554	34	3 181	3,6	
Orthopädische Krankenhäuser	3	276	1	404	1	48	3	124	8	852	1,0	
Gynäkologisch-geburtshilf- liche Krankenhäuser	20	1 002	11	628	9	489	3	236	43	2 355	12,9 3)	
Entbindungsheim	3	19	3	31	2	19	6	46	14	115	0,6 3)	
Krankenhäuser für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten	2	43	3	136	4	179	2	143	11	501	0,6	
Krankenhäuser für Augen- krankheiten	4	102	1	120	3	488	2	189	10	899	1,0	
Krankheiten für Haut- und Geschlechtskrankheiten	1	138	1	150	1	79	1	162	4	529	0,6	
Krankenhäuser für Röntgen- und Strahlenheilkunde	-	-	1	106	1	- 4)	2	70	4	176	0,2	
Zusammen	136	22 063	78	14 164	137	14 517	85	10 338	436	61 082	68,6	
Sonderkrankenhäuser												
Tuberkulose-Krankenhäuser für Erwachsene	5	920	3	759	24	2 848	29	2 404	61	6 931	7,8	
Tuberkulose-Krankenhäuser für Kinder	-	-	-	-	3	388	4	658	7	1 046	1,2	
Krankenhäuser für Psychiatrie und Neurologie (einschl. Heil- und Pflegeanstalten)	9	3 520	3	2 045	9	3 415	10	4 094	31	13 074	14,7	
Krankenhäuser für Suchtkranke	-	-	-	-	2	110	2	105	4	215	0,2	
Rheuma-Krankenhäuser	-	-	1	110	3	468	5	685	9	1 263	1,4	
Rehabilitationskrankenhäuser	-	-	2	404	2	138	2	130	6	672	0,8	
Krankenhäuser für chronisch Kranke	2	205	2	704	4	864	3	1 128	11	2 901	3,3	
Kurkrankenhäuser	21	1 698	6	654	63	5 895	25	3 227	115	11 474	12,9	
Krankenhäuser bzw. Kranken- abteilungen in der Justiz- vollzugsanstalt	3	420	2	35	1	22	-	-	6	477	0,5	
Sonstige Fachkrankenhäuser	2	176	-	-	-	-	2	145	4	321	0,4	
Zusammen	42	6 939	19	4 711	111	14 148	82	12 576	254	38 374	43,1	
Insgesamt	178	29 002	97	18 875	248	28 665	167	22 914	690	99 456	111,6	

1) Die Erfassung der Krankenhäuser erfolgt nach der Wirtschaftseinheit. - 2) Einschl. Unfallkrankenhäuser, Urologie, Neuro-, Zahn- und Kieferchirurgie. - 3) Auf 10 000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren. - 4) In Bau.

II. Berufe und Einrichtungen des Gesundheitswesens

Stationär behandelte Kranke und Pflage tage

Jahr	Stationär behandelte Kranke				Pflegetage
	männlich	weiblich	insgesamt	auf 10 000 Einwohner	
Insgesamt					
1953	357 872	478 163	836 035	1 233,1	24 034 834
1959	443 781	553 189	996 970	1 318,6	27 753 805
1961	455 464	585 224	1 040 688	1 342,0	28 255 509
1966	530 830	685 876	1 216 706	1 430,2	30 667 339
1967	545 618	711 673	1 257 291	1 470,8	31 061 160
1968	562 452	737 263	1 299 715	1 505,2	31 318 178
1969	591 992	755 495	1 347 487	1 528,2	31 482 929
darunter Krankenhäuser für Akut-Kranke					
1961	394 922	534 841	929 763	1 199,0	19 428 899
1966	418 828	596 260	1 015 088	1 193,2	18 595 531
1967	430 840	617 990	1 048 830	1 227,0	18 743 483
1968	446 368	639 851	1 086 219	1 258,0	18 934 533
1969	470 759	656 619	1 127 378	1 278,5	18 976 503

Bettenausnutzung und Verweildauer

Jahr	Krankenhäuser			
	insgesamt	öffentliche	freigemeinnützige	private
Grad der Bettenausnutzung je Tag in % ¹⁾				
insgesamt				
1953	90,3	90,0	93,0	86,1
1959	91,6	92,1	92,7	86,7
1961	90,1	91,8	91,2	79,0
1966	88,4	88,5	90,5	84,9
1967	88,4	88,0	90,0	87,5
1968	87,0	87,3	87,6	84,9
1969	86,7	86,3	89,3	84,8
darunter Krankenhäuser für Akut-Kranke				
1961	87,9	88,9	90,7	71,9
1966	86,9	85,7	91,8	85,6
1967	86,2	85,0	90,2	87,4
1968	85,5	84,4	89,0	86,8
1969	85,1	83,9	89,3	86,4
Durchschnittliche Verweildauer ²⁾ der stationär behandelten Kranken in Tagen				
insgesamt				
1953	30,7	29,9	33,4	31,2
1959	29,7	28,3	32,1	34,6
1961	28,9	27,9	31,0	31,3
1966	26,6	25,0	28,6	31,9
1967	26,0	24,5	27,7	31,7
1968	25,3	23,7	27,3	30,8
1969	24,5	22,8	26,8	30,0
darunter Krankenhäuser für Akut-Kranke				
1961	21,9	21,0	25,5	20,0
1966	19,0	18,8	19,2	20,6
1967	18,5	18,4	18,5	20,1
1968	18,1	17,9	18,2	19,2
1969	17,4	17,3	17,6	18,6

1) Nur planmäßige Betten. - 2) Errechnet nach der Formel: $\frac{\text{Pflage tage} \times 2}{\text{Zugang} + \text{Abgang}}$.

II. Berufe und Einrichtungen des Gesundheitswesens

Krankenzugang in den Krankenhäusern nach der Zweckbestimmung 1969

Zweckbestimmung der Krankenhäuser	Kranken- bestand am 1. Januar	Kranken- zugang	Krankenabgang		Kranken- bestand am 31. Dezember	stationär behandelte Kranke	Verpfle- gungs- tage	Durch- schnitt- liche Ver- weildauer in Tagen 1)
			insgesamt	darunter gestorben				
Krankenhäuser für Akut-Kranke								
Allgemeine Krankenhäuser ohne abgegrenzte Fachabteilungen	2 845	71 073	70 655	2 858	3 263	73 918	1 354 470	19,1
Allgemeine Krankenhäuser mit abgegrenzte Fachabteilungen	26 882	766 695	764 722	32 671	28 855	793 577	13 144 295	17,2
Krankenhäuser für innere Krankheiten	2 465	54 059	53 727	2 683	2 797	56 524	1 277 677	23,7
Säuglings- und Kinderkranken- häuser	1 343	28 187	28 107	966	1 423	29 530	605 251	21,5
Chirurgische Krankenhäuser 2)	1 681	59 612	59 605	1 796	1 688	61 293	1 003 223	16,8
Orthopädische Krankenhäuser	426	9 332	9 364	26	394	9 758	247 510	26,5
Gynäkologisch-geburtshilfliche Krankenhäuser	1 152	63 913	63 884	211	1 181	65 065	712 233	11,1
Entbindungsheime	34	1 931	1 935	-	30	1 965	17 839	9,2
Krankenhäuser für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten	187	15 457	15 445	21	199	15 644	148 207	9,6
Krankenhäuser für Augen- krankheiten	359	10 739	10 733	9	365	11 098	257 896	24,0
Krankenhäuser für Haut- und Geschlechtskrankheiten	255	6 789	6 769	21	275	7 044	151 247	22,3
Krankenhäuser für Röntgen- und Strahlenheilkunde	73	1 889	1 863	116	99	1 962	56 655	30,2
Zusammen	37 702	1 089 676	1 086 809	41 378	40 569	1 127 378	18 976 503	17,4
Sonderkrankenhäuser								
Tuberkulose-Krankenhäuser für Erwachsene	5 260	18 916	19 234	530	4 942	24 176	2 184 319	114,5
Tuberkulose-Krankenhäuser für Kinder	705	3 144	3 178	1	671	3 849	329 495	104,2
Krankenhäuser für Psychiatrie und Neurologie (einschl. Heil- und Pflegeanstalten)	12 298	32 847	32 985	1 996	12 160	45 145	4 649 406	3)
Krankenhäuser für Suchtkranke	175	472	456	1	191	647	72 760	156,8
Rheuma-Krankenhäuser	249	13 489	13 395	2	343	13 738	400 515	29,8
Rehabilitationskrankenhäuser	209	6 105	6 006	239	308	6 314	197 520	32,6
Krankenhäuser für chronisch Kranke	2 792	522	516	350	2 798	3 314	1 053 462	3)
Kurkrankenhäuser	2 035	112 875	112 803	34	2 107	114 910	3 391 053	30,1
Krankenhäuser bzw. Krankenab- teilung in der Justizvollzugs- anstalt	359	3 135	3 052	4	442	3 494	129 014	41,7
Sonstige Fachkrankenhäuser	162	4 360	4 396	1	126	4 522	98 882	22,6
Zusammen	24 244	195 865	196 021	3 158	24 088	220 109	12 506 426	63,8
Insgesamt	61 946	1 285 541	1 282 830	44 536	64 657	1 347 487	31 482 929	24,5

1) Errechnet nach der Formel: $\frac{\text{Pflegezeit} \times 2}{\text{Zugang} + \text{Abgang}}$. - 2) Einschl. Unfallkrankenhäuser, Urologie, Neuro-, Zahn- und Kieferchirurgie. - 3) Die Errechnung der Verweildauer ergibt bei Kranken mit mehrjähriger Aufenthaltsdauer ungenaue Werte.

II. Berufe und Einrichtungen des Gesundheitswesens

Krankenzugang in den Regierungsbezirken 1969

Regierungsbezirk Land	Kranken- bestand am 1. Januar	Kranken- zugang	Krankenabgang		Kranken- bestand am 31. Dezember	Stationär behandelte Kranke	Verpfle- gungs- tage
			insgesamt	darunter gestorben			
Insgesamt							
Nordwürttemberg	18 808	429 201	428 087	15 985	19 922	448 009	9 113 903
Nordbaden	12 236	281 931	281 143	11 645	13 024	294 167	6 123 429
Südbaden	16 596	323 533	322 848	9 562	17 281	340 129	9 000 797
Südwestfalen-Hohenzollern	14 306	250 876	250 752	7 344	14 430	265 182	7 244 800
Baden-Württemberg	61 946	1 285 541	1 282 830	44 536	64 657	1 347 487	31 482 929
davon in							
Öffentlichen Krankenhäusern	41 514	863 772	861 796	35 397	43 490	905 286	19 690 194
Freigemeinnützigen Kranken- häuser	14 024	266 113	265 355	8 330	14 782	280 137	7 119 168
Privaten Krankenhäusern	6 408	155 656	155 679	809	6 385	162 064	4 673 567
darunter Krankenhäuser für Akut-Kranke							
Nordwürttemberg	13 622	398 117	397 079	15 343	14 660	411 739	6 831 168
Nordbaden	8 861	260 345	259 557	10 606	9 649	269 206	4 515 432
Südbaden	8 928	238 526	237 860	8 793	9 594	247 454	4 515 092
Südwestfalen-Hohenzollern	6 291	192 688	192 313	6 636	6 666	198 979	3 114 811
Baden-Württemberg	37 702	1 089 676	1 086 809	41 378	40 569	1 127 378	18 976 503
davon in							
Öffentlichen Krankenhäusern	27 446	794 621	792 499	33 183	29 568	822 067	13 719 173
Freigemeinnützigen Kranken- häusern	7 866	221 615	220 952	7 556	8 529	229 481	3 890 887
Privaten Krankenhäusern	2 390	73 440	73 358	639	2 472	75 830	1 366 443

Ärzte und Medizinalassistenten in Krankenhäusern *)

Bezeichnung	1953	1959	1961	1966	1967	1968	1969
Leitende Ärzte	585	706	756	833	873	922	956
Nachgeordnete Ärzte	2 632	2 864	2 868	3 403	3 670	3 912	4 271
Belegärzte	734	867	890	885	865	853	858
Sonstige Ärzte	290	36	42	123	141	124	117
Ärzte insgesamt	4 241	4 473	4 556	5 244	5 549	5 811	6 202
darunter Fachärzte	2 571	2 434	2 541	2 845	2 887	2 935	3 064
Medizinalassistenten	-	395	588	1 041	1 213	1 336	1 293

*) Jeweils am 31. Dezember.

II. Berufe und Einrichtungen des Gesundheitswesens

Ärzte in den Krankenhäusern nach der funktionellen Stellung am 31. Dezember 1969

Beruf Fachgebiet	Insgesamt			Hauptamtliche Ärzte						Belegärzte		Sonstige Ärzte	
	insgesamt	und zwar		Leitende Ärzte		Nachgeordnete Ärzte				zu- sammen	darunter weiblich	zu- sammen	darunter weiblich
		weiblich	Aus- länder	zu- sammen	darunter weiblich	Oberärzte		Assistenzärzte					
						zusammen	darunter weiblich	zusammen	darunter weiblich				
Tätige Fachärzte	3 064	405	140	878	42	814	111	679	206	636	38	57	8
davon für													
Chirurgie	532	23	42	176	-	195	14	95	6	65	3	1	-
Innere Krankheiten	669	93	26	249	5	231	38	142	47	41	2	6	1
Lungenkrankheiten	158	24	15	56	2	42	2	47	19	4	-	9	1
Frauenkrankheiten und Geburtshilfe	406	32	18	94	2	73	5	44	7	189	16	6	2
Kinderkrankheiten	162	57	3	39	7	47	17	62	30	11	2	3	1
Hals-, Nasen- und Ohren- krankheiten	231	13	4	19	1	13	2	16	2	179	8	4	-
Augenkrankheiten	118	8	3	16	1	12	1	15	3	71	3	4	-
Haut- und Geschlechts- krankheiten	50	9	2	7	-	12	1	18	7	12	1	1	-
Nerven- und Gemütskrankhei- ten	272	69	5	49	1	72	13	138	53	1	-	12	2
Neurochirurgie	19	4	1	5	-	7	1	7	3	-	-	-	-
Röntgen- und Strahlenheil- kunde	113	7	6	52	-	39	3	20	3	2	1	-	-
Orthopädie	74	8	4	15	1	15	1	18	6	22	-	4	-
Urologie oder Krankheiten der Harnwege	68	1	2	20	-	15	1	6	-	26	-	1	-
Mund- und Kieferkrankheiten	32	1	1	7	-	8	-	7	-	10	1	-	-
Anästhesie	130	52	7	55	20	28	12	38	18	3	1	6	1
Laboratoriumsdiagnostik	30	4	1	19	2	5	-	6	2	-	-	-	-
Ärzte ohne Facharztstätigkeit einschl. Bakteriologen, Patholo- gen, Serologen u.ä.	3 138	742	369	78	7	67	10	2 711	677	222	28	60	20
Ärzte insgesamt	6 202	1 147	509	956	49	881	121	3 390	883	858	66	117	28

Ärzte, Medizinalassistenten und Zahnärzte nach den Trägern der Krankenhäuser sowie nach Fachgebieten am 31. Dezember 1969

Beruf Fachgebiet	Insgesamt	Davon in Krankenhäusern			Und zwar in	
		öffentlichen	freigemeinnützigen	privaten	Krankenhäusern für Akut-Kranke	Universitäts- Krankenhäusern
Tätige Fachärzte	3 064	2 010	602	452	2 481	519
davon für						
Chirurgie	532	397	98	37	519	61
Innere Krankheiten	669	428	125	116	528	104
Lungenkrankheiten	158	77	32	49	13	6
Frauenkrankheiten und Geburtshilfe	406	208	108	90	401	44
Kinderkrankheiten	162	107	47	8	148	46
Hals-, Nasen- und Ohren- krankheiten	231	135	56	40	230	19
Augenkrankheiten	118	83	19	16	116	24
Haut- und Geschlechtskrank- heiten	50	49	1	-	48	27
Nerven- und Gemütskrankheiten	272	194	39	39	33	56
Neurochirurgie	19	17	1	1	18	14
Röntgen- und Strahlenheilkunde	113	91	16	6	106	34
Orthopädie	74	34	22	18	66	15
Urologie oder Krankheiten der Harnwege	68	40	9	19	66	11
Mund- und Kieferkrankheiten	32	26	5	1	32	19
Anästhesie	130	98	20	12	129	34
Laboratoriumsdiagnostik	30	26	4	-	28	5
Ärzte ohne Facharztstätigkeit einschl. Bakteriologen, Pathologen, Serologen u.ä.	3 138	2 529	431	178	2 790	920
Ärzte insgesamt	6 202	4 539	1 033	630	5 271	1 439
Medizinalassistenten	1 293	1 037	216	40	1 235	315
Zahnärzte	56	53	2	1	54	39

II. Berufe und Einrichtungen des Gesundheitswesens

Krankenhausärzte in den Regierungsbezirken am 31.Dezember 1969

Bezeichnung	Nord-Württemberg		Nordbaden		Südbaden		Südwestfalen- Hohenzollern		Baden- Württemberg	
	insgesamt	darunter weiblich	insgesamt	darunter weiblich	insgesamt	darunter weiblich	insgesamt	darunter weiblich	insgesamt	darunter weiblich
Leitende Ärzte	294	16	174	5	278	17	210	11	956	49
Nachgeordnete Ärzte insgesamt	1 335	342	1 159	251	967	230	810	181	4 271	1 004
darunter Oberärzte	305	63	196	20	212	19	168	19	881	121
Belegärzte	286	20	182	13	229	21	161	12	858	66
Sonstige Ärzte ¹⁾	28	12	18	5	42	7	29	4	117	28
Ärzte insgesamt	1 943	390	1 533	274	1 516	275	1 210	208	6 202	1 147
darunter Fachärzte	971	144	663	92	800	92	630	77	3 064	405

1) Z.B. Konsiliarärzte, Gastärzte, teilbeschäftigte Ärzte, hospitierende Ärzte.

Pflegepersonen und Hebammen in den Krankenhäusern am 31.Dezember 1969

Berufsgruppe	Insgesamt		Davon in Krankenhäusern								Und zwar in			
			Öffentlichen		freigemeinnützigen		privaten				Krankenhäusern für Akut - Kranke		Universitäts- Krankenhäusern	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Krankenschwestern bzw. -pfleger	1 538	12 686	1 368	9 606	126	2 264	44	816	763	11 015	225	1 723		
darunter														
in der Geisteskrankenpflege tätig	702	632	649	486	40	123	13	23	23	53	64	88		
Kinderkrankenschwestern	.	2 120	.	1 588	.	442	.	90	.	2 066	.	413		
Krankenschwesternschülerinnen bzw. -pflegeschüler	383	3 848	326	2 638	54	1 147	3	63	333	3 720	46	330		
Kinderkrankenschwesternschülerinnen	.	1 116	.	724	.	389	.	3	.	1 106	.	179		
Krankenpflegehelfer	374	1 429	313	1 145	42	220	19	64	162	1 121	38	103		
darunter														
in der Geisteskrankenpflege tätig	159	186	141	161	14	22	4	3	3	6	-	4		
Krankenpflegehelferschüler	48	493	33	334	15	158	-	1	26	464	-	33		
Krankenpflegevorschüler	3	418	3	293	-	119	-	6	3	418	3	7		
Säuglings- und Kinderpflegerinnen	.	329	.	134	.	157	.	38	.	202	.	37		
Sonstige Pflegekräfte ohne staatl. Prüfung	815	2 982	641	2 191	142	547	32	244	356	2 068	164	342		
darunter														
in der Geisteskrankenpflege tätig	285	512	202	404	66	71	17	37	5	4	2	8		
Hebammen	.	813	.	581	.	143	.	89	.	813	.	33		
darunter festangestellte	.	480	.	315	.	112	.	53	.	480	.	33		
Hebammenschülerinnen	.	150	.	150	.	-	.	-	.	150	.	77		
Wochenpflegerinnen	.	132	.	66	.	54	.	12	.	132	.	2		
Wochenpflegeschülerinnen	.	39	.	1	.	38	.	-	.	39	.	-		

II. Berufe und Einrichtungen des Gesundheitswesens

Sonstiges Personal in den Krankenhäusern am 31.Dezember 1969

Berufsgruppe	Insgesamt		Davon in ... Krankenhäusern						Und zwar in			
			Öffentlichen		freigemeinnützigen		privaten		Krankenhäuser für Akut - Kranke		Universitäts-Krankenhäusern	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Apothekenpersonal												
Apotheker	31	40	27	25	4	13	-	2	30	34	5	-
Sonstiges pharmazeut. Personal ¹⁾	11	14	11	12	-	2	-	-	11	12	2	2
darunter												
Kandidaten der Pharmazie	-	1	-	1	-	-	-	-	-	1	-	-
Pharmazeut.-techn.Assistenten	-	1	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-
Nichtpharmazeutisches Personal: Apothekerhelfer, Laboranten	64	295	59	195	5	73	-	27	57	239	36	67
Medizinisch technisches Personal												
Medizinisch techn. Assistenten	34	1 723	23	1 420	8	202	3	101	25	1 523	4	598
Medizinisch techn. Gehilfen	28	501	26	312	1	138	1	51	23	415	15	51
Ungeprüftes Personal im medizinisch technischen Dienst	93	783	88	577	3	121	2	85	80	678	57	155
Krankengymnasten, Masseure und medizinische Bademeister												
Krankengymnasten	7	639	3	426	1	131	3	82	1	496	1	140
Masseure	116	158	65	72	14	42	37	44	60	98	8	3
Masseure u. medizin. Bademeister	249	220	129	99	39	58	81	63	122	107	12	4
Medizinische Bademeister, soweit nicht vorherige Position	48	94	23	49	10	26	15	19	13	43	-	-
Sozialarbeiter, Fürsorger, Wohlfahrtspfleger und Gesundheitspfleg.	18	61	11	51	6	7	1	3	-	27	1	18
Schüler für Sozialarbeiter, Fürsorger, Wohlfahrtspfleger und Gesundheitspfleger	7	11	4	10	2	1	1	-	3	7	4	8
Beschäftigungstherapeuten	30	85	4	51	24	24	2	10	2	29	-	26
Erziehungs- und Lehrkräfte ²⁾	121	512	17	205	93	281	11	26	31	287	14	95
Desinfektoren	55	11	44	7	9	3	2	1	31	6	8	-
Sonstige medizinische Personen ³⁾	118	113	105	70	8	29	5	14	105	85	58	43
Verwaltungs- u. Wirtschaftspersonal												
Verwaltungspersonal	1 149	4 661	865	3 167	154	884	130	610	785	3 629	140	754
Wirtschaftspersonal (Handwerker, Heizer, Pfortner, Küchen-, Reinigungs-, Wäschereipersonal usw.)	4 707	20 303	3 274	13 258	842	4 534	591	2 511	2 973	15 431	499	1 947
darunter												
Diätassistenten	7	210	5	138	-	44	2	28	5	158	1	33
Diätküchenleiter	43	128	12	65	4	32	27	31	13	96	4	12

1) Zum Beispiel Dispensierschwester, Kandidaten der Pharmazie, vorgeprüfte Apothekeranwärter, Apothekerpraktikanten. - 2) z.B. Kindergärtnerinnen, Heilerziehungspfleger, Jugendleiterinnen. - 3) z.B. Krankenträger, Sektionshilfen, Tierpfleger usw.

Pflegepersonen und sonstiges Personal der Krankenhäuser am 31.Dezember 1969

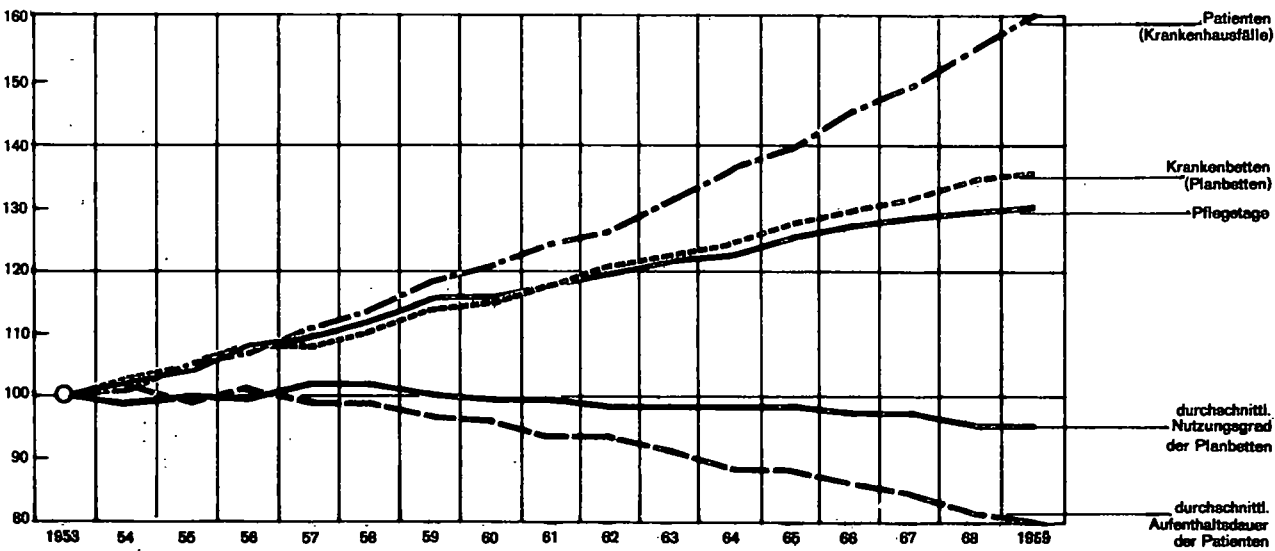
Berufsgruppe ¹⁾	Nordwürttemberg	Nordbaden	Südbaden	Südwestfalen-Rheinland	Baden-Württemberg
Krankenpfleger	648	448	406	419	1 921
Krankenschwester	6 125	4 139	3 577	2 693	16 534
Kinderkrankenschwester	1 445	803	471	517	3 236
Hebammen	326	199	222	216	963
Sonstige Pflegekräfte	2 246	1 779	1 453	1 584	7 062
Apotheker	29	22	11	9	71
Sonstiges Apothekenpersonal	111	106	111	57	385
Medizinisch technische Assistenten und Gehilfen	684	555	586	461	2 286
Sonstiges Personal im medizinisch technischen Dienst	284	259	162	237	942
Krankengymnasten, Masseure und medizinische Bademeister	362	338	483	348	1 531
Fürsorger, Gesundheitspfleger, Sozialarbeiter, Wohlfahrtspfleger	30	16	31	20	97
Erziehungs und Lehrkräfte ²⁾	266	96	218	168	748
Sonstige medizinische Hilfspersonen	57	102	34	38	231
Verwaltungskräfte ³⁾	1 784	1 355	1 494	1 177	5 810
Wirtschaftskräfte	8 419	5 063	6 307	5 221	25 010

1) Einschließlich der in Ausbildung befindlichen Personen. - 2) Einschließlich Heilerziehungspfleger, Orthoptisten, Logopäden, Audiometristen usw. - 3) Einschließlich Diätassistenten und Diätküchenleiter.

II. Berufe und Einrichtungen des Gesundheitswesens

Patienten, Betten und Pfl egetage in den Krankenhäusern Baden - Württembergs

1953 = 100



2271

In Krankenhäusern geborene Kinder

Jahr	Geborene Kinder					%
	Einzelgeburt	Zwillingsgeburt	sonstige Mehrlings- geburt	insgesamt	darunter totgeborene	
	Anzahl					
1953	.	.	.	61 171	.	
1959	88 703	2 004	15	90 722	1 598	1,8
1961	102 689	2 462	63	105 214	1 677	1,6
1966	133 474	2 916	42	136 432	1 578	1,2
1967	132 820	2 607	34	135 461	1 542	1,1
1968	131 794	2 495	21	134 310	1 402	1,0
1969	127 512	2 431	54	129 997	1 328	1,0

Geburten in den Krankenhäusern 1969

Träger	Krankenhäuser mit Entbindungen	Entbundene Frauen 1)		Pfl egetage bei den Entbindungen		Geborene Kinder insgesamt	
		insgesamt	darunter mit Komplikationen	insgesamt	darunter mit Komplikationen	lebend	tot
Öffentliche Krankenhäuser	189	85 885	19 689	801 219	232 910	85 812	938
Freigemeinnützige	47	30 869	8 271	302 016	104 136	30 863	278
Private	41	11 993	2 727	116 947	30 689	11 994	112
Krankenhäuser insgesamt	277	128 747	30 687	1 220 182	367 735	128 669	1 328

1) Ohne Fehlgeburten, aber einschl. standesamtlich meldepflichtiger Totgeburten.

II. Berufe und Einrichtungen des Gesundheitswesens

Krankentransport und Unfallrettungs- wesen

Der Unfallrettungsdienst und Krankentransport liegen vorwiegend in den Händen der freiwilligen Hilfsorganisationen (Arbeiter Samariter Bund, Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter Unfallhilfe, Malteser Hilfsdienst) und vereinzelt auch bei Krankenhäusern, Gemeinden, Zweckverbänden und gewerblichen Unternehmen. Diese unterhalten stationäre und mobile Rettungswachen, die

mit einem oder mehreren Rettungswagen oder Krankentransportwagen ausgestattet sind, daneben zahlreiche Unfallmeldestellen. Die Effektivität der Rettungswachen und Unfallmeldestellen hängt wesentlich davon ab, ob 24stündige Einsatzbereitschaft sichergestellt ist. Das Innenministerium analysiert zur Zeit die Situation im Unfallrettungsdienst und Krankentransport; es hat vor kurzem ein Landesprogramm veröffentlicht. Im einzelnen liegen die Verhältnisse wie folgt:

Rettungswachen, Krankentransportwagen und Rettungswagen 1969

Regierungsbezirks Land	Arbeiter Samariter Bund	Deutsches Rotes Kreuz	Johanniter Unfall Hilfe	Malteser Hilfs- dienst	Kommunale Selbstverwalt. Körperschaften	Betriebe	Andere Träger	Gesamtzahl
---------------------------	-------------------------------	-----------------------------	-------------------------------	------------------------------	---	----------	---------------	------------

Stationäre Rettungswachen

Nordwürttemberg	6	46	4	4	2	4	1	67
Nordbaden	1	24	1	1	2	4	3	36
Südbaden	-	66	1	2	8	4	1	82
Südwestfalen - Hohenzollern	1	59	3	1	3	1	1	69
Baden-Württemberg	8	195	9	8	15	13	6	254 ¹⁾

Krankentransportwagen

Nordwürttemberg	5	147	2	2	3	4	1	164
Nordbaden	1	79	1	1	5	5	3	95
Südbaden	-	126	-	1	22	4	2	155
Südwestfalen - Hohenzollern	1	116	3	2	3	1	1	127
Baden-Württemberg	7	468	6	6	33	14	7	541

Rettungswagen

Nordwürttemberg	2	10	2	3	-	-	-	17
Nordbaden	3	8	2	-	-	-	-	13
Südbaden	-	11	1	2	-	-	-	14
Südwestfalen - Hohenzollern	2	9	-	-	-	-	-	11
Baden-Württemberg	7	38	5	5	-	-	-	55

1) Darunter sind 217 Rettungswachen 24 Stunden einsatzbereit.

II. Berufe und Einrichtungen des Gesundheitswesens

Gemeindepflegestationen

Die Zahl der Gemeindepflegestationen ist in den letzten Jahren gesunken. Dies gilt vor allem für

die von kommunalen Trägern unterhaltenen Stationen. Hauptursache ist der Mangel an geeigneten Pflegekräften. Auch ihre Zahl hat sich laufend vermindert.

Gemeindepflegestationen

Gemeindepflegestationen			Träger									Pflegekräfte					
			kommunale			gemeinnützige			sonstige			Staatlich anerkannte Krankenpflegepersonen			Sonstige		
1964	1967	1969	1964	1967	1969	1964	1967	1969	1964	1967	1969	1964	1967	1969	1964	1967	1969
Nordwürttemberg																	
703	709	694	149	175	112	462	472	573	92	62	9	999	934	888	47	94	121
Nordbaden																	
462	426	430	16	55	16	244	360	402	202	11	12	700	618	623	42	33	41
Südbaden																	
508	538	522	121	117	124	295	339	303	92	82	95	729	761	718	44	61	56
Südwestfalen-Lippe																	
485	455	421	122	103	96	238	235	206	125	117	119	569	526	481	34	52	42
Baden-Württemberg																	
2 158	2 128	2 067	408	450	348	1 239	1 406	1 484	511	272	235	2 997	2 839	2 710	167	240	260

III. Hygiene, Seuchenverhütung und -bekämpfung

Neuerkrankungen an meldepflichtigen übertragbaren Krankheiten

Nach dem Bundes-Seuchengesetz vom 18. Juli 1961, in Kraft seit dem 1. Januar 1962, müssen Erkrankungs- und Sterbefälle an bestimmten übertragbaren Krankheiten dem für den Aufenthalt des Betroffenen zuständigen Gesundheitsamt unverzüglich gemeldet werden.

Bei der Beurteilung der Ergebnisse der Statistik ist zu berücksichtigen, daß die im folgenden veröffentlichten Erkrankungsfälle weitgehend nur als Mindestzahlen anzusehen sind.

Die Tuberkulose nimmt innerhalb der Statistik der meldepflichtigen übertragbaren Krankheiten eine Sonderstellung ein; über sie wird daher gesondert berichtet.

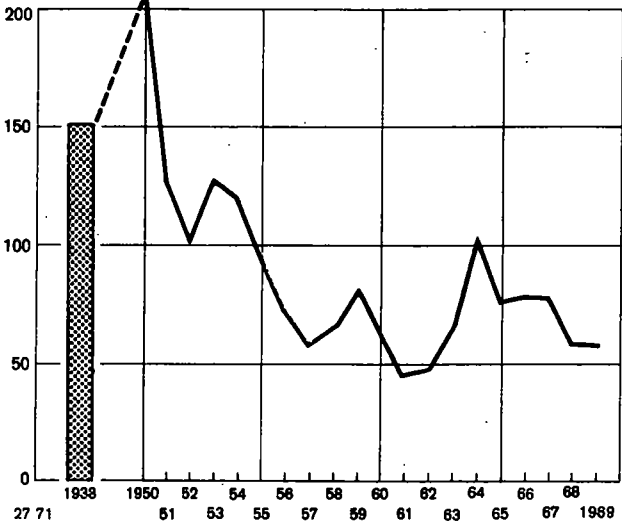
Im Jahr 1969 gingen keine Meldungen ein über Neuerkrankungen an: Cholera, Pocken, Mikrosporie, Fleckfieber, Gelbfieber, Milzbrand, Rückfallfieber, Brucellose - übrige Formen, Kindbettfieber, Leptospirose - Feldfieber, Malaria-Rückfall, Rotz, Trichinose, Pest und Tollwut.

Von den Gesundheitsämtern in Baden-Württemberg wurden im Jahr 1969¹ insgesamt 10 338 Fälle von übertragbaren Krankheiten (ohne Tuberkulose) gemeldet; das waren 117,2 Erkrankte auf 100 000 Einwohner. Etwa die Hälfte der Krankheitsfälle entfiel auf Scharlach und rund ein Drittel auf Hepatitis infectiosa, die wie seither die häufigsten meldepflichtigen Infektions-

1 In der Zeit vom 29. Dezember 1968 bis 27. Dezember 1969.

krankheiten sind. An dritter Stelle kam mit rund einem Zehntel der Erkrankten Salmonellose, eine durch bakterielle Lebensmittelverunreinigung bedingte Darmerkrankung.

Neuerkrankungen an Scharlach auf 100 000 Einwohner in Baden-Württemberg



Die Zahl aller Erkrankungen verringerte sich gegenüber 1968 um 1,9%. Besonders zu erwähnen ist dabei der Rückgang der Erkranktenzahl an übertragbarer Hirnhautentzündung auf 479, etwa ein Drittel des seitherigen Höchststandes im Jahr 1967 und 15% weniger als im Vorjahr. Ferner verkleinerte sich die Zahl der Erkrankten an Typhus (86) um ein Drittel; Ruhr (145) und Paratyphus (66) um je etwa die Hälfte. Die

Erkrankungsfälle an meldepflichtigen übertragbaren Krankheiten auf 100 000 der Bevölkerung

Krankheit	Nord-württemberg	Nordbaden	Südbaden	SüdWürtt.-Hohenzollern	Baden - Württemberg			
	1969				1968	1967	1966	
Meldepflichtige Krankheiten insgesamt	116,4	138,4	113,8	98,1	117,2	121,7	154,0	132,1
darunter								
Salmonellose	7,1	11,2	20,0	10,8	11,4	11,2	12,1	12,9
Paratyphus A und B	0,8	0,7	0,5	1,0	0,7	1,4	1,5	1,5
Bakterielle Ruhr	2,3	1,8	0,3	1,7	1,6	3,5	3,5	2,9
Typhus abdominalis	1,2	1,2	0,5	0,7	1,0	1,3	1,0	1,4
Scharlach	66,8	78,6	32,6	38,8	57,0	58,1	78,0	78,3
Meningokokken-Meningitis	1,0	1,0	1,6	1,1	1,1	1,3	1,4	1,6
Übrige Formen der infektiösen Meningitis	5,5	2,3	1,7	7,1	4,3	5,2	13,5	6,5
Hepatitis infectiosa	29,5	40,1	52,1	32,0	37,0	36,3	39,5	44,6

III. Hygiene, Seuchenverhütung und - bekämpfung

Neuerkrankungen an meldepflichtigen übertragbaren Krankheiten

Krankheit	Nord- württemberg	Nord- baden	Süd- baden	Südwestfalen Hohensollern	Baden - Württemberg			
	1969				1968	1967	1966	
Botulismus	12	-	4	8	24	18	32	14
Enteritis infectiosa								
Salmonellose	246	211	374	174	1 005	966	1 031	1 096
Übrige Formen	4	-	7	8	19	26	97	38
Übertragbare Gehirnentzündung	1	3	4	11	19	27	33	22
Kinderlähmung	1	1	-	-	2	2	1	2
Ornithose								
Psittakose	8	7	1	5	21	13	9	9
Übrige Formen	-	2	-	-	2	6	5	6
Paratyphus A und B	27	14	9	16	66	117	125	125
Ruhr								
Bakterielle Ruhr	78	34	6	27	145	305	301	244
Amöbenruhr	1	1	1	-	3	3	6	2
Typhus abdominalis	43	22	9	12	86	111	86	119
Tularämie	-	2	-	-	2	-	-	-
Milzbrand	-	-	-	-	-	2	-	1
Mikrosporidie	-	-	-	-	-	1	4	3
Aussatz	1	1	1	1	4	2	-	2
Diphtherie	1	-	1	1	3	1	4	6
Scharlach	2 303	1 487	609	625	5 024	5 033	6 664	6 662
Brucellose								
Bang'sche Krankheit	2	2	-	-	4	10	12	20
Maltafieber	1	-	-	2	3	-	-	-
Übrige Formen	-	-	-	-	-	-	1	-
Übertragbare Hirnhautentzündung								
Meningokokken-Meningitis	36	19	29	17	101	116	116	140
Übrige Formen	188	44	32	114	378	448	1 150	552
Hepatitis infectiosa	1 017	759	972	516	3 264	3 141	3 373	3 798
Kindbettfieber	-	-	-	-	-	3	2	-
Leptospirose								
Weill'sche Krankheit	3	-	-	-	3	4	5	2
Feldfieber	-	-	-	-	-	2	-	1
Canicola fieber	1	1	1	2	5	-	-	-
Übrige Formen	-	-	-	1	1	-	1	-
Malaria								
Ersterkrankung	2	2	1	4	9	8	6	2
Rückfall	-	-	-	-	-	-	3	1
Trachom	1	-	-	-	1	1	3	4
Wundstarrkrampf	3	1	9	2	15	33	28	20
Trichinose	-	-	-	-	-	-	1	1
Q-Fieber	12	-	38	24	74	68	22	3
Toxoplasmose	23	6	15	11	55	68	46	41
Insgesamt	4 015	2 619	2 123	1 581	10 338	10 535	13 167	12 936

III. Hygiene, Seuchenverhütung und -bekämpfung

Neuerkrankungen an meldepflichtigen übertragbaren Krankheiten nach Geschlecht und Altersgruppen 1969.

Krankheit	Geschlecht	Erkrankte im Alter von ... bis unter ... Jahren								
		0 - 1	1 - 5	5 - 15	15 - 25	25 - 45	45 - 65	65 und darüber	unbekannt	insgesamt
Botulismus	m	-	-	3	3	5	-	1	2	14
	w	-	-	1	2	4	2	1	-	10
Enteritis infectiosa	m	15	89	109	68	168	53	20	-	522
Salmonellose	w	18	82	96	65	124	65	32	1	483
Übrige Formen	m	1	-	2	3	3	-	-	-	9
	w	1	-	2	2	2	1	2	-	10
Übertragbare Gehirnentzündung	m	1	3	1	3	1	1	-	-	10
	w	-	2	3	2	1	1	-	-	9
Kinderlähmung	m	-	-	-	-	1	-	-	-	1
	w	-	-	1	-	-	-	-	-	1
Ornithose	m	-	-	1	-	6	3	-	-	10
Psittacose	w	-	-	-	2	5	4	-	-	11
Übrige Formen	m	-	-	-	-	-	1	1	-	2
	w	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Paratyphus A und B	m	3	2	7	6	8	3	2	-	31
	w	2	4	12	3	10	3	1	-	35
Ruhr	m	4	20	16	11	11	1	-	-	63
Bakterielle Ruhr	w	-	21	18	16	13	9	4	1	82
Amöbenruhr	m	-	1	-	-	1	-	-	-	2
	w	-	-	-	-	1	-	-	-	1
Typhus abdominalis	m	1	4	7	18	12	2	3	-	47
	w	-	2	11	12	10	3	1	-	39
Tularämie	m	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	w	-	-	-	-	1	1	-	-	2
Aussatz	m	-	-	-	2	2	-	-	-	4
	w	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Diphtherie	m	-	-	-	-	1	1	-	-	2
	w	-	-	-	-	1	-	-	-	1
Scharlach	m	54	1 027	1 275	95	24	1	-	16	2 492
	w	55	949	1 388	106	19	3	2	10	2 532
Brucellose	m	-	-	1	-	1	-	-	-	2
Bang'sche Krankheit	w	-	-	-	1	-	1	-	-	2
Maltafieber	m	-	-	-	1	1	1	-	-	3
	w	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Übertragbare Hirnhautentzündung	m	13	22	11	3	5	-	-	-	54
Meningokokken-Meningitis	w	11	17	9	2	4	3	1	-	47
Übrige Formen	m	18	56	114	14	26	9	4	-	241
	w	7	38	46	14	23	6	3	-	137
Hepatitis infectiosa	m	8	81	462	236	431	254	89	4	1 565
	w	6	97	432	253	416	355	137	3	1 699
Leptospirose	m	-	-	-	1	-	1	-	-	2
Weill'sche Krankheit	w	-	-	-	-	-	1	-	-	1
Canicola fieber	m	-	-	-	-	1	2	-	-	3
	w	-	-	-	-	-	2	-	-	2
Übrige Formen	m	-	-	-	-	-	1	-	-	1
	w	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Malaria	m	-	-	1	1	2	3	-	-	7
Ersterkrankung	w	-	-	-	-	2	-	-	-	2
Trachom	m	-	-	-	1	-	-	-	-	1
	w	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wundstarrkrampf	m	-	-	2	-	3	2	3	-	10
	w	-	-	1	1	-	3	-	-	5
Trichinose	m	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	w	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Q-Fieber	m	-	-	-	3	26	23	2	2	56
	w	-	-	2	4	1	8	3	-	18
Toxoplasmose	m	1	2	1	5	4	1	-	-	14
	w	4	6	3	7	20	1	-	-	41
Insgesamt	m	119	1 307	2 013	474	743	363	125	24	5 168
	w	104	1 218	2 025	492	657	472	187	15	5 170
	zus.	223	2 525	4 038	966	1 400	835	312	39	10 338

III. Hygiene, Seuchenverhütung und -bekämpfung

Zahl der Scharlachkranken nahm nur geringfügig ab. An Kinderlähmung wurden zwei Erkrankungsfälle registriert; 1963 waren es noch 170. Hierin zeigte sich der Erfolg der Impfung. Diphtherieerkrankungen wurden in drei Fällen gemeldet gegenüber einem im Vorjahr. Etwas angestiegen ist noch die Zahl der an Salmonellose und Hepatitis infectiosa Erkrankten.

Gliedert man die Kranken nach dem Alter auf, so zeigt sich, daß Kinder bis zu 15 Jahren häufig an Scharlach erkranken; ebenso war der Anteil der an übertragbaren Hirnhautentzündungen erkrankten Kinder verhältnismäßig hoch. Bei den Hepatitisfällen lag der Schwerpunkt bei der Altersgruppe 15 bis unter 45 Jahren. Von den übertragbaren Darmerkrankungen waren die 15- bis 45jährigen ebenfalls stärker betroffen.

Die Erkranktenzahl (110) der Zusatzwoche vom 28. Dezember 1969 bis 3. Januar 1970 ist in den vorliegenden Ergebnissen nicht enthalten.

Tuberkulose

Am Jahresende 1969 standen nach den Meldungen der Tuberkulosefürsorgestellen des Landes 238 320 Personen in laufender Fürsorge, Überwachung oder Beobachtung. Damit wurde jeder 37. Einwohner des Landes von den Fürsorgestellen betreut; vor 16 Jahren war es noch jeder 24. Bewohner.

Am 31. Dezember 1969 waren 24 615 Personen an einer aktiven Tuberkulose erkrankt, das waren 4,1% weniger als im Vorjahr. Dabei ging die Zahl der an ansteckungsfähiger Tuberkulose der Atmungsorgane (mit Bakteriennachweis) Erkrankten um 7,0% zurück, während sich die Zahl der an nicht ansteckungsfähiger Tuberkulose der Atmungsorgane Erkrankten nur um 2,8% erniedrigte. Der Bestand der an aktiver Tuberkulose anderer Organe Erkrankten verringerte sich um 5,0%.

Wie schon in den vergangenen Jahren ist weit aus der größte Teil der Erfassten - etwa zwei Drittel - an einer nicht ansteckungsfähigen Tuberkulose der Atmungsorgane, etwa ein Fünftel an ansteckungsfähiger Tuberkulose der Atmungsorgane und 15% an einer Tuberkulose sonstiger Organe erkrankt.

Erstmals in diesem Jahr wurde die Zahl der Personen erfragt, die schon länger als zwei Jahre an einer ansteckungsfähigen Tuberkulose der Atmungsorgane litten, dies waren 1655 Personen, etwa ein knappes Drittel des Bestandes dieser Diagnosegruppe.

Auf 100 000 Einwohner berechnet, ergab sich am Jahresende 1969 eine Krankenbestandsziffer von 276,3 gegenüber 542,7 zehn Jahre zuvor. Seit 1959 hat sich damit die Erkrankungsziffer beachtlich reduziert, ein Zeichen für den Erfolg

der Tuberkulosebekämpfung. Der Rückgang war jedoch bei den einzelnen Tuberkuloseformen verschieden, bei der Tuberkulose sonstiger Organe war er etwas stärker als bei der Tuberkulose der Atmungsorgane.

Gliedert man die Erkrankten nach Alter und Geschlecht, so zeigt sich die stärkere Anfälligkeit der Männer für die Tuberkulose der Atmungsorgane. Besonders hoch sind die Bestandsziffern bei den Männern im Alter von 55 bis unter 65 Jahren. Bei den Frauen ergaben sich verhältnismäßig hohe Werte in den Altersgruppen 15 bis unter 45 Jahren. Bei der Tuberkulose anderer Organe ließen sich hingegen nur geringe Unterschiede zwischen den Geschlechtern und deren Altersgruppen verbuchen.

Unter den Tuberkulosekranken waren 1628 Ausländer (ohne Staatenlose) gemeldet, 6,6% aller Erkrankten. Ihre Zahl steigerte sich im Vergleich mit dem Vorjahr um 12,5%. Von den Ausländern war der größte Teil italienischer Nationalität, es folgten die Türken, die Jugoslawen, Griechen und Spanier. Ein Fünftel der Ausländer war an ansteckungsfähiger Tuberkulose der Atmungsorgane erkrankt, 60,4% an nicht ansteckungsfähiger Tuberkulose der Atmungsorgane und 19,5% litten an einer aktiven Tuberkulose anderer Organe.

Ende 1969 gab es in Baden-Württemberg 725 Gemeinden, in denen keine Tuberkulosekranke vorhanden waren; insgesamt waren dies 21,5% aller Gemeinden des Landes. Allerdings handelte es sich hierbei um kleinere und mittlere Gemeinden, und zwar bis zur Größenklasse "unter 3000 Einwohner". Bei der Gliederung nach Gemeindegrößenklassen dürfen beim augenblicklichen niederen Stand der Tuberkuloseerkrankungen Zufälligkeiten nicht ausgeschlossen werden. Dies gilt besonders für die kleinen Gemeinden, in denen die Bestandsziffer teils über teils unter dem Landesdurchschnitt liegt.

Im Jahr 1969 wurden 8416 Zugänge von an aktiver Tuberkulose Erkrankten erfaßt, das waren 4,9% weniger als im Vorjahr. Zu den Zugängen zählen seit 1967 die erstmals bekanntgewordenen Tuberkulösen, die Wiedererkrankten und die Zuzüge aus Kreisen außerhalb des Landes, jedoch nicht die Zuzüge aus Kreisen Baden-Württembergs. Zwei Drittel der Erfassten litten an einer nicht ansteckungsfähigen Tuberkulose der Atmungsorgane, ein Fünftel an ansteckungsfähiger Tuberkulose der Atmungsorgane (mit Bakteriennachweis), 14,1% an Tuberkulose anderer Organe; 12,0% waren Ausländer.

Ein Viertel der unter den Zugängen Erfassten waren Wiedererkrankte, unter diesen waren 1795 Personen, die infolge inaktiver Tuberkulose der Atmungsorgane und anderer Organe in Überwachung standen.

III. Hygiene, Seuchenverhütung und -bekämpfung

Wie zu erwarten war, zeigt sich bei der Altersgliederung der Zugänge ein ähnliches Bild wie bei der entsprechenden Bestandsgliederung.

Unter den Zugängen waren 6266 Neuzugänge, das waren 71,1 auf 100 000 der Bevölkerung, vor zehn Jahren waren es etwa doppelt soviel (137,6). Zu den Neuzugängen werden seit 1966 die erstmals bekanntgewordenen Tuberkulösen und die aus anderen Gebieten zugezogenen erkrankten Personen gerechnet. Unter den erstmals bekanntgewordenen Tuberkulösen der Atmungsorgane befanden sich 862 Personen, deren Erkrankung anlässlich einer Röntgenreihenuntersuchung

entdeckt wurde; das waren 17,0% dieser Gruppe. Hierin zeigt sich die Notwendigkeit der Röntgenreihenuntersuchungen. Zu bemerken ist noch, daß seit 1967 als offene Tuberkulose der Atmungsorgane nur die bakteriologisch bestätigten Fälle gezählt werden.

Im Rahmen der Sozialhilfe wurden in Baden-Württemberg 8,9 Mill. DM aufgewendet, das waren 0,8 Mill. DM (- 8,3%) weniger als im Vorjahr. Dabei verkleinerten sich die Ausgaben für die in Anstalten untergebrachten Tuberkulösen um 0,3 Mill. DM auf 6,1 Mill. DM.

Von den Tuberkulosefürsorgestellten erfaßte Personen

Jahr ¹⁾	Aktive Tuberkulöse		Inaktive Tuberkulöse		Beobachtungsfälle		Zusammen	
	Anzahl	Auf 100 000 der Bevölkerung	Anzahl	Auf 100 000 der Bevölkerung	Anzahl	Auf 100 000 der Bevölkerung	Anzahl	Auf 100 000 der Bevölkerung
1953	63 595	926,6	207 610	3 025,0	20 337	296,3	291 542	4 247,9
1959	41 035	542,7	205 740	2 721,2	12 410	164,1	259 185	3 428,1
1961	36 729	468,6	206 264	2 631,4	11 225	143,2	254 218	3 243,1
1966	29 962	351,1	211 777	2 481,5	11 080	129,8	252 819	2 962,5
1967	25 709	300,1	205 983	2 404,8	11 426	133,4	243 118	2 838,4
1968	25 667	294,6	206 722	2 372,3	11 871	136,2	244 260	2 803,1
1969	24 615	276,3	202 541	2 273,3	11 164	125,3	238 320	2 674,8

1) Jeweils am 31. Dezember.

Entwicklung des Bestandes der an aktiver Tuberkulose Erkrankten ^{*)}

Diagnosegruppe	1953	1959	1961	1966	1967	1968	1969
Grundzahlen							
Aktive Tuberkulose der Atmungsorgane	54 937	34 897	30 968	25 296	21 798	21 672	20 818
Aktive Tuberkulose anderer Organe	8 658	6 138	5 761	4 666	3 911	3 995	3 797
Aktive Tuberkulose Alle Formen	63 595	41 035	36 729	29 962	25 709	25 667	24 615
Auf 100 000 der Bevölkerung							
Aktive Tuberkulose der Atmungsorgane	800,5	461,6	395,1	296,4	254,5	248,7	233,7
Aktive Tuberkulose anderer Organe	126,2	81,2	73,5	54,7	45,7	44,9	42,6
Aktive Tuberkulose Alle Formen	926,6	542,7	468,6	351,1	300,1	294,6	276,3

*) Jeweils am 31. Dezember.

III. Hygiene, Seuchenverhütung und -bekämpfung

Bestand der an aktiver Tuberkulose Erkrankten

Tuberkulosegruppe	Regierungsbezirk Land Jahr 1)	Anzahl			Auf 100 000 der Bevölkerung
		männlich	weiblich	insgesamt	
Tuberkulose der Atmungsorgane Ansteckungsfähig mit Bakteriennachweis (Ia)	Nordwürttemberg	1 614	442	2 056	59,0
	Nordbaden	891	285	1 176	61,6
	Südbaden	935	296	1 231	65,3
	SüdWürtt.-Hohenzollern	698	200	898	55,2
	Baden -Württemberg 1969	4 138	1 223	5 361	60,2
	1968	4 477	1 286	5 763	66,1
	1967	4 658	1 282	5 940	69,3
	1966	5 240	1 550	6 790	79,6
	Baden-Württemberg 1966	597	259	856	10,0
Ansteckungsfähig ohne Bakteriennachweis (Ib)	Nordwürttemberg	3 309	1 809	5 118	146,8
	Nordbaden	2 096	1 127	3 223	168,8
	Südbaden	2 643	1 621	4 264	226,2
	SüdWürtt.-Hohenzollern	1 803	1 049	2 852	175,2
	Baden-Württemberg 1969	9 851	5 606	15 457	173,5
	1968	10 133	5 776	15 909	182,6
	1967	10 103	5 755	15 858	185,1
	1966	10 923	6 727	17 650	206,8
Nicht ansteckungsfähig (Ic)	Nordwürttemberg	722	850	1 572	45,1
	Nordbaden	277	322	599	31,4
	Südbaden	443	446	889	47,2
	SüdWürtt.-Hohenzollern	333	404	737	45,3
	Baden-Württemberg 1969	1 775	2 022	3 797	42,6
	1968	1 834	2 161	3 995	45,8
	1967	1 820	2 091	3 911	45,7
	1966	2 162	2 504	4 666	54,7
Tuberkulose anderer Organe (Id)	Nordwürttemberg	5 645	3 101	8 746	250,8
	Nordbaden	3 264	1 734	4 998	261,8
	Südbaden	4 021	2 363	6 384	338,6
	SüdWürtt.-Hohenzollern	2 834	1 653	4 487	275,7
	Baden-Württemberg 1969	15 764	8 851	24 615	276,3
	1968	16 444	9 223	25 667	294,6
	1967	16 581	9 128	25 709	300,1
	1966	18 922	11 040	29 962	351,1
Aktive Tuberkulose Alle Formen	Nordwürttemberg				
	Nordbaden				
	Südbaden				
	SüdWürtt.-Hohenzollern				

1) Jeweils am 31. Dezember.

III. Hygiene, Seuchenverhütung und -bekämpfung

Bestand der an aktiver Tuberkulose Erkrankten nach zwei Altersgruppen und Geschlecht

Regierungsbezirk Land Jahr 1)	Aktive Tuberkulose									
	der Atmungsorgane						anderer Organe		alle Formen	
	ansteckungs- fähig (I a)	auf 100 000 der Bevölke- rung 2)	ansteckungs- fähig (I b)	auf 100 000 der Bevölke- rung 2)	nicht ansteckungs- fähig (I c)	auf 100 000 der Bevölke- rung 2)	insgesamt (I d)	auf 100 000 der Bevölke- rung 2)	insgesamt	auf 100 000 der Bevölke- rung 2)

Unter 15 Jahren alt (männlich und weiblich)

Nordwürttemberg		41	5,0	.	.	645	77,9	54	6,5	740	89,4
Nordbaden		15	3,4	.	.	446	102,5	26	6,0	487	111,9
Südbaden		19	3,9	.	.	659	136,0	45	9,3	723	149,2
Südwestfalen-Hohenzollern		33	7,8	.	.	536	126,3	37	8,7	606	142,8
Baden-Württemberg	1969	108	5,0	.	.	2 286	105,2	162	7,5	2 556	117,7
	1968	118	5,5	.	.	2 457	114,9	172	8,0	2 747	128,5
	1967	73	3,5	.	.	2 487	118,7	173	8,3	2 733	130,5
	1966	88	4,3	5	0,2	2 972	144,5	279	13,6	3 344	162,6

15 Jahre und älter (männlich)

Nordwürttemberg		1 597	124,9	.	.	2 952	230,9	692	54,1	5 241	409,9
Nordbaden		885	127,8	.	.	1 872	270,3	263	38,0	3 020	436,2
Südbaden		928	142,5	.	.	2 286	350,9	419	64,3	3 633	557,7
Südwestfalen-Hohenzollern		686	122,0	.	.	1 526	271,5	312	55,5	2 524	449,0
Baden-Württemberg	1969	4 096	128,6	.	.	8 636	271,2	1 686	52,9	14 418	452,8
	1968	4 425	143,5	.	.	8 815	285,8	1 740	56,4	14 980	485,6
	1967	4 622	153,0	.	.	8 730	289,1	1 725	57,1	15 077	499,2
	1966	5 200	171,2	595	19,6	9 345	307,6	2 018	66,4	17 158	564,8

15 Jahre und älter (weiblich)

Nordwürttemberg		418	30,3	.	.	1 521	110,1	826	59,8	2 765	200,2
Nordbaden		276	35,3	.	.	905	115,8	310	39,7	1 491	190,7
Südbaden		284	37,9	.	.	1 319	176,0	425	56,7	2 028	270,7
Südwestfalen-Hohenzollern		179	27,9	.	.	790	123,2	388	60,5	1 357	211,7
Baden-Württemberg	1969	1 157	32,6	.	.	4 535	127,6	1 949	54,9	7 641	215,0
	1968	1 220	34,9	.	.	4 637	132,8	2 083	59,7	7 940	227,4
	1967	1 245	36,1	.	.	4 641	134,5	2 013	58,3	7 899	228,9
	1966	1 502	43,7	256	7,4	5 333	155,1	2 369	68,9	9 460	275,1

1) Jeweils am 31. Dezember. - 2) Der jeweiligen Altersgruppe.

III. Hygiene, Seuchenverhütung und -bekämpfung

Bestand der an aktiver Tuberkulose Erkrankten nach Alter und Geschlecht am 31.Dezember 1969

Altersgruppe von bis unter ... Jahren	Aktive Tuberkulose															
	Grundsahlen								Verhältniszahlen auf 100 000 der jeweiligen Altersgruppe							
	Tuberkulose der Atmungsorgane				Tuberkulose anderer Organe (Id)		alle Formen		Tuberkulose der Atmungsorgane				Tuberkulose anderer Organe (Id)		alle Formen	
	ansteckungsfähig (I a)		nicht ansteckungs- fähig (I c)		männl.	weibl.	männl.	weibl.	ansteckungsfähig (I a)		nicht ansteckungs- fähig (I c)		männl.	weibl.	männl.	weibl.
	männl.	weibl.	männl.	weibl.					männl.	weibl.	männl.	weibl.				
unter. 1	-	-	2	5	-	-	2	5	-	-	2,8	7,4	-	-	2,8	7,4
1 - 5	7	16	217	221	13	16	237	253	2,2	5,4	69,3	74,0	4,2	5,4	75,7	84,7
5 - 10	23	19	614	524	34	28	671	571	5,9	5,1	156,3	140,1	8,7	7,5	170,8	152,7
10 - 15	12	31	382	321	42	29	436	381	3,6	9,7	113,8	100,3	12,5	9,1	129,9	119,1
15 - 20	81	82	374	383	52	58	507	523	26,4	27,7	122,0	129,2	17,0	19,6	165,4	176,4
20 - 25	181	100	636	494	100	104	917	698	61,4	35,7	215,7	176,4	33,9	37,1	311,0	249,2
25 - 30	227	93	638	501	135	179	1 000	763	60,0	24,7	168,6	149,3	35,7	53,3	264,2	227,3
30 - 35	345	89	728	422	155	205	1 228	716	86,4	25,5	182,3	120,9	38,8	58,7	307,4	205,2
35 - 40	378	93	698	368	190	191	1 266	652	119,2	33,8	220,0	133,9	59,9	69,5	399,1	237,2
40 - 45	374	85	731	341	221	212	1 326	638	131,4	29,7	256,7	119,3	77,6	74,2	465,7	223,3
45 - 50	361	84	743	360	197	198	1 301	642	156,2	26,9	321,4	115,4	85,2	63,5	562,8	205,8
50 - 55	291	64	472	216	107	140	870	420	204,8	32,3	332,2	108,9	75,3	70,6	612,3	211,8
55 - 60	489	95	953	307	143	176	1 585	578	222,1	31,3	432,8	101,1	64,9	58,0	719,9	190,4
60 - 65	510	77	1 001	325	156	160	1 667	562	240,9	26,9	472,7	113,6	73,7	55,9	787,3	196,5
65 - 70	459	87	814	284	106	127	1 379	498	261,0	36,6	462,9	119,3	60,3	53,4	784,1	209,3
70 und älter	400	218	848	534	124	199	1 372	951	180,0	55,4	381,6	135,7	55,8	50,6	617,5	241,6
Insgesamt	4 138	1 223	9 851	5 606	1 775	2 022	15 764	8 851	96,3	26,5	229,3	121,5	41,3	43,8	366,9	191,9

An aktiver Tuberkulose Erkrankte nach Gemeindegrößenklassen am 31.Dezember 1969

Gemeindegrößenklasse (von ... bis unter ... Einwohner)	An aktiver Tuberkulose Erkrankte 1)						Von den Erkrankten waren				Insgesamt auf 100 000 der Bevöl- kerung
	insgesamt	männlich	weiblich	darunter mit Diagnose			Kinder unter 15 Jahren		Ausländer		
				I a	I c	I d	männlich	weiblich	männlich	weiblich	
unter 200	69	46	23	12	49	8	4	3	-	-	267,4
200 - 500	765	517	248	144	493	128	42	40	6	2	278,1
500 - 1 000	1 794	1 186	608	376	1 132	286	108	94	27	13	293,6
1 000 - 2 000	2 951	1 874	1 077	613	1 856	482	179	184	61	37	279,3
2 000 - 3 000	2 176	1 373	803	454	1 388	334	126	115	61	50	312,9
3 000 - 5 000	2 682	1 738	944	556	1 726	400	163	150	126	55	277,8
5 000 - 10 000	3 238	2 066	1 172	659	2 114	465	183	178	145	82	276,7
10 000 - 20 000	2 289	1 425	864	450	1 468	371	120	97	142	71	246,5
20 000 - 50 000	2 772	1 760	1 012	621	1 678	473	145	147	162	69	282,1
50 000 - 100 000	1 872	1 181	691	441	1 165	266	130	88	155	77	269,6
100 000 - 200 000	515	292	223	85	369	61	26	18	22	7	178,9
200 000 - 500 000	1 646	1 056	590	372	1 042	232	62	57	84	39	279,9
500 000 und mehr	1 810	1 219	591	563	959	288	58	38	174	62	288,0

1) Außer Personen ohne festen Wohnsitz.

III. Hygiene, Seuchenverhütung und -bekämpfung

An aktiver Tuberkulose erkrankte Ausländer am 31.Dezember 1969

Staatsangehörigkeit	Tuberkulose der Atmungsorgane		Tuberkulose anderer Organe (I d)	Alle Formen
	ansteckungsfähig (I a)	nicht ansteckungsfähig (I c)		
Frankreich	8	9	-	17
Griechenland	32	126	40	198
Italien	72	279	82	433
Jugoslawien	74	184	54	312
Österreich	3	7	3	13
Polen	14	21	1	36
Schweiz	1	3	1	5
Spanien	19	82	44	145
Türkei	67	203	72	342
Sonstige europäische Staaten	30	45	7	82
Sonstige außereuropäische Staaten	7	25	13	45
Insgesamt	327	984	317	1 628
Außerdem Staatenlos	27	46	4	77
Ohne Angaben	9	18	5	32

Entwicklung der Zugänge der an aktiver Tuberkulose Erkrankten

Diagnosegruppe	1966		1967		1968		1969	
	Anzahl	auf 100 000 der Bevölkerung	Anzahl	auf 100 000 der Bevölkerung	Anzahl	auf 100 000 der Bevölkerung	Anzahl	auf 100 000 der Bevölkerung
Aktive Tuberkulose der Atmungsorgane	9 598	112,8	8 499	99,4	7 506	86,7	7 230	82,0
Aktive Tuberkulose anderer Organe	1 692	19,9	1 638	19,2	1 299	15,0	1 186	13,5
Aktive Tuberkulose Alle Formen	11 290	132,7	10 137	118,6	8 805	101,7	8 416	95,4

Entwicklung der Neuzugänge der an aktiver Tuberkulose Erkrankten

Diagnosegruppe	1953	1959	1961	1966	1967	1968	1969
Grundzahlen							
Aktive Tuberkulose der Atmungsorgane	12 999	8 570	7 630	6 827	6 154	5 433	5 298
Aktive Tuberkulose anderer Organe	2 064	1 749	1 681	1 360	1 338	1 016	968
Aktive Tuberkulose Alle Formen	15 063	10 319	9 311	8 187	7 492	6 449	6 266
Auf 100 000 der Bevölkerung							
Aktive Tuberkulose der Atmungsorgane	191,9	114,2	98,4	80,2	72,0	62,8	60,1
Aktive Tuberkulose anderer Organe	30,5	23,3	21,7	16,0	15,7	11,7	11,0
Aktive Tuberkulose Alle Formen	222,4	137,6	120,1	96,2	87,6	74,5	71,1

III. Hygiene, Seuchenverhütung und -bekämpfung

Zugänge der an aktiver Tuberkulose Erkrankten nach zwei Altersgruppen und Geschlecht 1969

Art des Zugangs	Aktive Tuberkulose							
	der Atmungsorgane				anderer Organe		alle Formen	
	ansteckungsfähig mit Bakterien-nachweis (I a)	auf 100 000 der Bevölkerung 3)	nicht ansteckungsfähig (I c)	auf 100 000 der Bevölkerung 3)	insgesamt (I d)	auf 100 000 der Bevölkerung 3)	insgesamt (I d)	auf 100 000 der Bevölkerung 3)
Unter 15 Jahren alt (männlich und weiblich)								
Erstmals bekanntgewordene Tuberkulose I)	12	0,6	1 060	49,2	72	3,3	1 144	53,0
Wiedererkrankte	1	0,0	86	4,0	3	0,1	90	4,2
darunter Übergänge aus IIa und II b 2)	1	0,0	83	3,8	3	0,1	87	4,0
Zuzüge aus anderen Ländern	-	-	12	0,6	-	-	12	0,6
Insgesamt	13	0,6	1 158	53,7	75	3,5	1 246	57,8
15 Jahre und älter (männlich)								
Erstmals bekanntgewordene Tuberkulose I)	865	27,6	1 763	56,2	365	11,6	2 993	95,3
Wiedererkrankte	358	11,4	877	27,9	107	3,4	1 342	42,7
darunter Übergänge aus IIa und II b 2)	283	9,0	762	24,3	80	2,5	1 125	35,8
Zuzüge aus anderen Ländern	38	1,2	115	3,7	10	0,3	163	5,2
Insgesamt	1 261	40,2	2 755	87,8	482	15,4	4 498	143,3
15 Jahre und älter (weiblich)								
Erstmals bekanntgewordene Tuberkulose I)	284	8,1	1 089	30,9	511	14,5	1 884	53,5
Wiedererkrankte	114	3,2	496	14,1	108	3,1	718	20,4
darunter Übergänge aus IIa und II b 2)	91	2,6	423	12,0	69	2,0	583	16,6
Zuzüge aus anderen Ländern	11	0,3	49	1,4	10	0,3	70	2,0
Insgesamt	409	11,6	1 634	46,4	629	17,9	2 672	75,9

1) Einschließlich der Übergänge aus den Gruppen IIc (Exponierte), IId (unentschiedene Diagnosen), III (Beobachtungsfälle mit nicht tuberkulösen Erkrankungen) und V (Morbus Boeck). - 2) IIa: Inaktive Überwachungsbedürftige Tuberkulose der Atmungsorgane, IIb: Inaktive Tuberkulose anderer Organe. - 3) Der jeweiligen Altersgruppe.

Zugänge der an aktiver Tuberkulose Erkrankten nach Alter und Geschlecht 1969

Altersgruppe von bis unter Jahren	Aktive Tuberkulose															
	Grundzahlen								Verhältniszahlen auf 100 000 der jeweiligen Altersgruppe							
	Tuberkulose der Atmungsorgane				Tuberkulose anderer Organe				Tuberkulose der Atmungsorgane				Tuberkulose anderer Organe			
	ansteckungsfähig (I a)		nicht ansteckungsfähig (I c)		insgesamt (I d)		alle Formen		ansteckungsfähig (I a)		nicht ansteckungsfähig (I c)		insgesamt (I d)		alle Formen	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
unter 1	-	-	2	5	-	-	2	5	-	-	2,8	7,2	-	-	2,8	7,2
1 - 5	-	1	145	138	6	11	151	150	-	0,3	45,8	45,9	1,9	3,7	47,7	49,9
5 - 10	2	2	291	258	13	14	306	274	0,5	0,5	75,1	70,0	3,4	3,8	79,0	74,4
10 - 15	3	5	176	143	20	11	199	159	0,9	1,6	53,5	45,7	6,1	3,5	60,5	50,8
15 - 20	36	44	195	200	15	34	246	278	11,9	15,1	64,3	68,5	4,9	11,6	81,1	95,2
20 - 25	91	49	288	209	35	47	414	305	31,8	17,9	100,7	76,4	12,2	17,2	144,8	111,4
25 - 30	106	37	243	182	48	66	397	285	27,9	10,9	63,9	53,5	12,6	19,4	104,4	83,8
30 - 35	131	39	282	146	58	67	471	252	34,1	11,5	73,3	43,2	15,1	19,8	122,5	74,5
35 - 40	138	15	260	144	52	57	450	216	44,6	5,5	84,0	53,2	16,8	21,0	145,4	79,7
40 - 45	109	26	247	126	57	63	413	215	39,7	9,1	90,0	44,1	20,8	22,0	150,5	75,2
45 - 50	83	23	221	139	52	59	356	221	36,5	7,5	97,2	45,1	22,9	19,1	156,6	71,6
50 - 55	82	20	166	79	28	47	276	146	56,3	9,8	114,0	38,8	19,2	23,1	189,6	71,8
55 - 60	127	22	254	101	36	46	417	169	57,0	7,2	113,9	33,2	16,1	15,1	187,0	55,6
60 - 65	118	22	242	96	39	40	399	158	55,6	7,8	114,1	33,9	18,4	14,1	188,2	55,9
65 - 70	103	31	165	82	22	34	290	147	59,2	13,2	94,8	34,9	12,6	14,5	166,6	62,5
70 und älter	137	81	192	130	40	69	369	280	62,5	20,9	87,6	33,6	18,3	17,8	168,4	72,3
Insgesamt	1 266	417	3 369	2 178	521	665	5 156	3 260	29,8	9,1	79,4	47,6	12,3	14,5	121,5	71,3

III. Hygiene, Seuchenverhütung und -bekämpfung

Zugänge der an aktiver Tuberkulose Erkrankten 1969

Tuberkulosegruppe	Art des Zugangs Land/Regierungsbezirke	Anzahl			auf 100 000 der Bevölkerung
		männlich	weiblich	insgesamt	
Tuberkulose der Atmungs- organe Ansteckungsfähig (Ia)	Erstmals bekannt gewordene Tuberkulose 1)	870	291	1 161	13,2
	dar.durch Röntgenreihenuntersuchung	91	31	122	1,4
	Wiedererkrankte	358	115	473	5,4
	dar.Übergänge aus IIa und IIb 2)	283	92	375	4,3
	Zuzüge aus anderen Ländern	38	11	49	0,6
	Insgesamt	1 266	417	1 683	19,1
	Nordwürttemberg	501	156	657	19,1
	Nordbaden	303	102	405	21,4
	Südbaden	239	92	331	17,7
	Südwestfalen-Lippe	223	67	290	18,0
Nicht ansteckungsfähig (Ic)	Erstmals bekannt gewordene Tuberkulose 1)	2 326	1 586	3 912	44,4
	dar.durch Röntgenreihenuntersuchung	482	258	740	8,4
	Wiedererkrankte	923	536	1 459	16,5
	dar.Übergänge aus IIa und IIb 2)	807	461	1 268	14,4
	Zuzüge aus anderen Ländern	120	56	176	2,0
	Insgesamt	3 369	2 178	5 547	62,9
	Nordwürttemberg	1 054	618	1 672	48,5
	Nordbaden	931	583	1 514	80,0
	Südbaden	824	557	1 381	74,0
	Südwestfalen-Lippe	560	420	980	60,8
Tuberkulose anderer Organe (Id)	Erstmals bekannt gewordene Tuberkulose 1)	401	547	948	10,8
	Wiedererkrankte	110	108	218	2,5
	dar.Übergänge aus IIa und IIb 2)	83	69	152	1,7
	Zuzüge aus anderen Ländern	10	10	20	0,2
	Insgesamt	521	665	1 186	13,5
	Nordwürttemberg	200	262	462	13,4
	Nordbaden	82	138	220	11,6
	Südbaden	137	126	263	14,1
	Südwestfalen-Lippe	102	139	241	15,0
Aktive Tuberkulose Alle Formen	Erstmals bekannt gewordene Tuberkulose 1)	3 597	2 424	6 021	68,3
	dar.durch Röntgenreihenuntersuchung Ia und Ic Fälle	573	289	862	9,8
	Wiedererkrankte	1 391	759	2 150	24,4
	dar.Übergänge aus IIa und IIb 2)	1 173	622	1 795	20,4
	Zuzüge aus anderen Ländern	168	77	245	2,8
	Insgesamt	5 156	3 260	8 416	95,4
	Nordwürttemberg	1 755	1 036	2 791	80,9
	Nordbaden	1 316	823	2 139	113,1
	Südbaden	1 200	775	1 975	105,9
	Südwestfalen-Lippe	885	626	1 511	93,7

1) Einschließlich der Übergänge aus den Gruppen IIc (Exponierte), IIId (unentschiedene Diagnosen), III (Beobachtungsfälle mit nicht tuberkulösen Erkrankungen) und V (Morbus Boeck).- 2) IIa: inaktive Überwachungsbedürftige Tuberkulose der Atmungsorgane, IIb: inaktive Tuberkulose anderer Organe.

III. Hygiene, Seuchenverhütung und -bekämpfung

Ansteckungsfähige Tuberkulose

Unterbringung am 1. Oktober 1969		Wohnungsfürsorge 1969	
zu Hause in ausreichender Isolierung	2 119	Personen	
zu Hause in nicht ausreichender Isolierung	175	ohne eigenes Bett	40
in Krankenhäusern, Heilstätten und anderen Anstalten	2 463	ohne eigenes Zimmer	1 622
		in überfüllten Wohnungen	196
		Anträge der Fürsorgestelle auf Verbesserung der Wohnverhältnisse	207

Bestand der an inaktiver Tuberkulose Erkrankten und der sonstigen in Überwachung stehenden Personen am 31. Dezember 1969

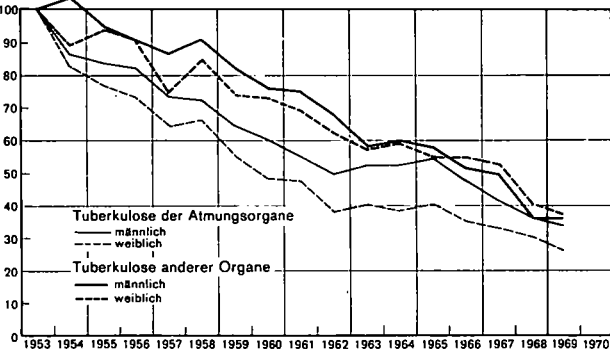
Diagnose	Nordwürttemberg	Nordbaden	Südbaden	Südwestfalen-Lippe	Baden-Württemberg
Inaktive überwachungsbedürftige Tuberkulose der Atmungsorgane (IIa)	46 094	40 728	17 671	19 404	123 897
Inaktive Tuberkulose anderer Organe (IIb)	3 179	2 554	1 263	1 716	8 712
Exponierte und exponiert gewesene Personen (IIc)	21 966	27 926	10 913	7 980	68 785
Unentschiedene Diagnosen (IId)	373	185	500	89	1 147
Insgesamt	71 612	71 393	30 347	29 189	202 541

Todesfälle an Tuberkulose 1969 nach Meldungen der Fürsorgestellen

Erkrankung	Atmungsorgane	Hirnhaut	andere Organe	Zusammen
Vorher bekannt	371	3	18	392
Erst aus Anlaß des Todes bekannt	51	5	1	57
Insgesamt	422	8	19	449

Neuzugänge der an aktiver Tuberkulose Erkrankten in Baden-Württemberg auf 100 000 der Bevölkerung

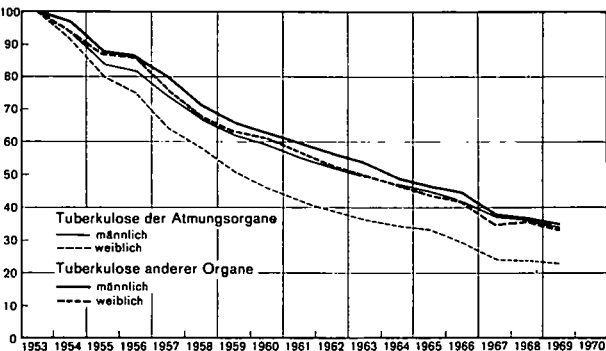
Erkrankungsziffer 1953 = 100



18 71

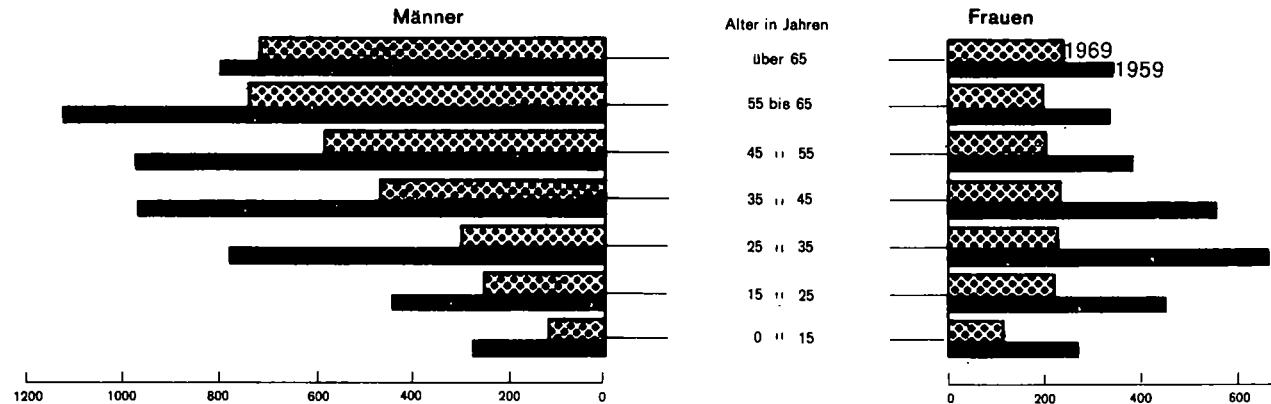
Bestand der an aktiver Tuberkulose Erkrankten in Baden-Württemberg auf 100 000 der Bevölkerung

Krankenstandsziffer 1953 = 100



17 71

An aktiver Tuberkulose Erkrankte nach Geschlecht und Alter 1959 und 1969 auf 100 000 der jeweiligen Personengruppen



3870

III. Hygiene, Seuchenverhütung und -bekämpfung

Röntgenreihenuntersuchungen

Nach dem Gesetz über Röntgenreihenuntersuchungen und Tuberkulinproben vom 19. Oktober 1953 (Ges. Bl. Seite 157) sind alle in Baden-Württemberg wohnhaften oder beschäftigten Personen verpflichtet, sich einer Röntgenreihenuntersuchung auf Tuberkulose zu unterziehen. Hierdurch sollen bisher unbekannte Lungentuberkulosen entdeckt werden. Daneben können sonstige Lungenkrankheiten, wie Lungentumore und bestimmte Herz- und Kreislaufkrankheiten festgestellt werden.

Kinder bis zum 14. Lebensjahr sind gegenwärtig von der Teilnahme an der Röntgenreihenuntersuchung befreit. Bei Schulkindern werden statt dessen Tuberkulinproben vorgenommen.

Über die Beteiligung und die wichtigsten Ergebnisse der bisher im Land erfolgten drei Durchgänge der Röntgenreihenuntersuchung unterrichten die folgenden Tabellen. Die Zusammenstellung zeigt, daß der Anteil der bisher unbekannten Fälle aktiver Tuberkulose von Durchgang zu Durchgang zurückgeht.

Schirmbildaufnahmen

Jahr	Anzahl ¹⁾
1960	1 238 739
1961	1 116 523
1962	890 401
1963	1 031 900
1964	1 163 755
1965	1 247 767
1966	1 216 645
1967	1 136 616
1968	1 239 368
1969	1 173 631

1) Ausgewertete Aufnahmen.

Ergebnisse von drei Durchgängen der Röntgenreihenuntersuchung in den Regierungsbezirken

Durchgang	Untersuchte	Neu entdeckte Befunde					
		ansteckungsfähige Tbc		sonstige aktive Tbc		inaktive Tbc	
		Zahl	°/oo 1)	Zahl	°/oo 1)	Zahl	°/oo 1)
Nordwürttemberg							
1.	2 019 290	910	0,5	4 608	2,3	15 647	7,8
2.	2 210 700	770	0,4	2 813	1,3	10 511	4,8
3.	1 719 607	485	0,28	1 603	0,9	7 742	4,5
Nordbaden							
1.	1 239 128	499	0,4	1 654	1,3	6 830	5,5
2.	1 168 882	216	0,2	1 285	1,1	4 736	4,1
3.	1 022 829	156	0,15	883	0,9	5 071	5,0
Südbaden							
1.	1 213 113	497	0,4	1 447	1,2	4 850	4,0
2.	1 152 383	356	0,3	1 045	0,9	4 174	3,6
3.	1 165 027	392	0,34	1 004	0,9	2 720	2,3
Südwestfalen-Lippe							
1.	1 065 599	648	0,6	2 116	2,0	11 897	11,2
2.	976 517	253	0,3	653	0,7	2 264	2,7
3.	1 030 265	147	0,14	651	0,6	5 897	5,7

1) Bezogen auf die Untersuchten.

III. Hygiene, Seuchenverhütung und -bekämpfung

Impfungen

Die Infektionskrankheiten stellen zwar heute nicht mehr die große Gefahr dar wie vor einigen Jahrzehnten, aber ihre laufende Beobachtung ist unerlässlich. Daß diese Krankheiten so gemildert und einige sogar fast ausgerottet sind, ist den Forschungen der Bakteriologie zu danken. Robert Kochs Arbeiten bildeten die Grundlage für eine wirksame Immunisierung gegen Infektionskrankheiten, nämlich die Impfung. Auch die bessere Versorgung durch Ärzte, Krankenhäuser und Pflegepersonen und der Fortschritt auf dem Gebiet der Hygiene trugen zum Rückgang der Krankheiten bei. In diesem Zusammenhang ist auch der steigende Volkswohlstand zu erwähnen, der die Anfälligkeit gegen Infektionskrankheiten, zum Beispiel gegen Tuberkulose, herabsetzte. Entscheidend sind auch die gesetzlichen Bestimmungen, die eine Anzeigepflicht für bestimmte Infektionskrankheiten vorsehen, so daß entsprechende Maßnahmen ergriffen werden können. Hierzu gehören auch die Impfungen. Hatten beispielsweise im letzten Jahrhundert Pockenepidemien noch verheerende Folgen, so ist ihre Gefahr seit Erlass des Impfgesetzes vom 8. Juli 1874 weitgehend gebannt. Diese Impfung ist seither die einzige Pflichtimpfung in Deutschland geblieben und bewirkte ein rasches Zurückgehen der Erkranktenzahlen. Infolge des Reiseverkehrs, insbesondere der Flugdienste, ist heute aber immer wieder mit einer Einschleppung der Pocken zu rechnen. Auch gegen andere Infektionskrankheiten haben sich rechtzeitig vorgenommene Impfungen bewährt; so werden in Baden-Württemberg freiwillige öffentliche Impfungen gegen Diphtherie in Verbindung mit Wundstarrkrampf sowie gegen Kinderlähmung durch-

geführt. Gegen weitere nach dem Bundes-Seuchengesetz vom 1. Juli 1961 meldepflichtigen Krankheiten ist ebenfalls eine Impfung möglich, so gegen Keuchhusten, Tuberkulose (BCG-Impfung), Masern, Tetanus, Tollwut, Typhus und Paratyphus. Ferner ist eine passive Immunisierung durch Gammaglobulin zur Vorbeugung gegen infektiöse Leberentzündung (Hepatitis infectiosa) angebracht. Im internationalen Reiseverkehr werden, je nach dem Reiseziel, Impfungen gegen verschiedene Krankheiten verlangt; hier sind außer Pocken vornehmlich Cholera, Gelbfieber und Pest zu nennen.

Leider ist es nicht möglich, an Hand von Erkranktenzahlen den Rückgang der meisten Infektionskrankheiten über einen großen Zeitraum im einzelnen aufzuzeigen, da früher bedeutend weniger Krankheiten meldepflichtig waren als nach dem Bundes-Seuchengesetz. Eine Aussage läßt lediglich die Entwicklung der Zahl der Gestorbenen zu. An infektiösen und parasitären Krankheiten starben 1969 insgesamt 1287 Personen (14,6 auf 100 000 der Bevölkerung), davon über die Hälfte an Tuberkulose, im Jahr 1958 waren es noch 1478 (20,1) Gestorbene, im Jahr 1900 sogar 14 203 (347,6).

Pockenschutzimpfung

Die Impfung ist durch das Impfgesetz vom 8.4. 1874 (RGBl. S. 31) vorgeschrieben. Impfpflichtig werden Kinder in dem auf das Geburtsjahr folgende Kalenderjahr (Erstimpfung) und im 12. Lebensjahr (Wiederholungsimpfung).

Pockenerstimpfung

Impfjahr	Impfpflichtige	Geimpfte	Beteiligung %	mit Erfolg Geimpfte		
				insgesamt	% der Geimpften	% der Impfpflichtigen
1967	196 543	140 086	71,3	134 279	95,8	68,3
1968	190 113	132 134	69,5	128 026	96,9	67,3
1969	185 945	122 148	65,7	117 183	95,9	63,0

Pockenwiederimpfung

1967	134 235	113 013	84,2	108 770	96,2	81,0
1968	138 527	116 891	84,4	112 442	96,2	81,2
1969	143 842	120 872	84,0	117 329	97,0	81,6

III. Hygiene, Seuchenverhütung und - bekämpfung

Die Zahl der jährlich Impfpflichtigen übersteigt die Zahl der Kinder eines Geburtsjahrgangs. Kinder, die noch nicht geimpft worden sind, werden nämlich im nächsten und übernächsten Jahr nochmals in die Liste der Impfpflichtigen aufgenommen, also mehrmals gezählt.

Der seit dem Jahre 1966 einsetzende Rückgang der Beteiligung an der Erstimpfung setzte sich in den letzten Jahren verstärkt fort. Bei der Wiederholungsimpfung, die fast ausschließlich in den Schulen erfolgt, ist die Impfbeteiligung dagegen im wesentlichen unverändert.

Schluckimpfung gegen Kinderlähmung

Von 1954 bis 1961 erkrankten in Baden-Württemberg 4451 Menschen an Kinderlähmung; 273 Erkrankungen verliefen tödlich. Allein im Jahre 1961 kam es zu 903 Erkrankungen, 47 davon waren tödlich.

In dieser ernsten Situation konnte im Jahre 1962 in Baden-Württemberg ebenso wie in den übrigen Bundesländern zu einer freiwilligen öffentlichen Schutzimpfung aufgerufen werden. Ein Schluckimpfstoff stand damals für den häufigsten Erregertyp I, im Jahre 1963 auch für Typ III und seit 1964 für alle drei Erregertypen zur Verfügung.

Die Impfung gegen Typ I und III wurde allen in Baden-Württemberg wohnhaften Personen im Alter von drei Monaten bis zu 40 Jahren empfohlen, insbesondere aber den Jugendlichen. Später wurde die Impfung der Nachgeborenen und der Jugendlichen bis zum 21. Lebensjahr empfohlen, die noch nicht vollständig gegen Kinderlähmung geimpft waren.

Nach diesen Impfungen gingen in Baden-Württemberg die Erkrankungsfälle im Jahre 1964 auf 21, die Todesfälle auf zwei zurück. Von da an sind nur noch vereinzelter Erkrankungsfälle aufgetreten; und zwar acht Fälle 1965; 1966, 1968 und 1969 je zwei Fälle sowie 1967 ein Fall.

Bei den Impfkationen ab dem Jahre 1964 mit trivalentem Impfstoff mußte zweimal im Abstand von mindestens sechs Wochen geimpft werden.

Beteiligung an der Schluckimpfung gegen Kinderlähmung

Impfjahr	Erregertyp	Geimpfte
1962	I	4 077 640
1963	III	2 956 254
1964 bis 1969/70	I, II, III	2 186 485

Gegen Kinderlähmung (Typ I, II und III) Geimpfte nach Geburtsjahrgängen

Geburtsjahrgang	Geimpfte	
	Zahl	% 1)
1969	27 740	-
1968	69 383	47,6
1967	92 829	60,7
1966	106 857	68,0
1965	120 066	76,9
1964	135 262	84,8
1963	132 701	84,2
1962	122 394	80,1
1961	118 222	77,9
1960	132 506	91,1
1959	119 448	84,5
1958	109 881	81,9
1957	105 960	80,7
1956	99 162	77,5
1955	91 887	75,9
1954	85 502	71,2
1953	76 193	65,0
1952	47 292	39,6
1951	33 988	28,2
1950	25 066	19,9
1949	15 867	12,6
1948	15 206	8,3
1947)		
1946)	308 043	5,2
1945)		
Insgesamt	2 186 485	24,7

1) Bezogen auf die Wohnbevölkerung Stand 31. Dezember 1969.

Schutzimpfung gegen Diphtherie, Wundstarrkrampf und Keuchhusten

Das Gesetz über die Impfung gegen Diphtherie vom 25. Januar 1954 (Ges. Bl. Seite 5) sieht Diphtherieschutzimpfungen im 2. Lebensjahr und Wiederholungsimpfungen in Abständen von drei Jahren vor. Die Impfung ist freiwillig. Seit 1962 wird in den öffentlichen Impfterminen der staatlichen Gesundheitsämter eine Mehrfachimpfung gegen Diphtherie und Wundstarrkrampf bei der Erstimpfung und seit Mitte 1965 auch bei den Wiederholungsimpfungen angeboten. Das Gesundheitsamt der Stadt Stuttgart impft außerdem gegen Keuchhusten.

III. Hygiene, Seuchenverhütung und -bekämpfung

Schutzimpfung gegen Diphtherie, Wundstarrkrampf und Keuchhusten *)

Impfung	Nordwürttemberg	Nordbaden	Südbaden	SüdWürtt.-Hohenz.	Baden-Württemberg			
	1969				1968	1967	1966	
Diphtherie								
Erstimpfung	1 605	151	148	140	2 044	2 117	1 799	2 884
vollständig	1 430	60	121	117	1 728	1 853	1 485	2 488
nicht vollständig	175	91	27	23	316	264	314	396
Wiederholungsimpfung	4 308	254	323	446	5 331	10 313	22 730	23 128
Diphtherie-Wundstarrkrampf								
Erstimpfung	28 391	15 273	13 632	14 103	71 399	82 376	90 063	100 491
vollständig	21 302	9 220	11 166	9 673	51 361	66 200	73 350	84 706
nicht vollständig	7 089	6 053	2 466	4 430	20 038	16 176	16 713	15 785
Wiederholungsimpfung	70 593	13 565	15 456	18 735	118 349	112 796	95 169	79 115
Diphtherie-Wundstarrkrampf-Keuchhusten								
Erstimpfung	9 296	413	498	1 914	12 121	13 409	14 367	12 762
vollständig	7 699	381	475	1 604	10 159	11 675	11 297	9 343
nicht vollständig	1 597	32	23	310	1 962	1 734	3 070	3 419
Wiederholungsimpfung	255	182	160	117	714	880	2 641	512

*) Die von privaten Ärzten durchgeführten Impfungen sind, soweit sie den Gesundheitsämtern bekannt wurden, in den Zahlen enthalten.

Dauerausscheider von Krankheits- erregern

Nach § 3 Absatz 4 des Bundes-Seuchengesetzes sind die Ausscheider von Erregern meldepflichtig.

Am 31. Dezember 1969 wurden insgesamt 721 Ausscheider gemeldet; 3,1% weniger als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Erreger von Typhus abdominalis schieden 49,9% der erfaßten Personen aus, 29,5% Erreger von Paratyphus

A und B und 19,1% von Salmonellen. Auffallend ist die stärkere Beteiligung des weiblichen Geschlechtes. Unter den Dauerausscheidern waren 579 Frauen (80,3%), dabei war ihr Anteil bei Typhus abdominalis mit 86,7% am höchsten; bei Paratyphus stellte er sich auf 78,4% und bei Salmonellen auf 65,9%. Gliedert man die gesamte Zahl der weiblichen Dauerausscheider nach den Krankheitserregern auf, so zeigt sich, daß etwa die Hälfte (53,9%) auf Typhus abdominalis, ein Viertel (28,8%) auf Paratyphus A und B und 15,7% auf Salmonellen entfiel.

Dauerausscheider von Krankheitserregern

Regierungsbezirk Land Jahr 1)	Typhus abdomi- nalis	Paratyphus A und B	Enteritis infectiosa		Ruhr	Insgesamt
			Salmonellose	übrige Formen		
Nordwürttemberg	130	93	22	-	1	246
Nordbaden	119	38	38	-	5	200
Südbaden	65	45	56	-	4	170
Südwestfalen- Hohenzollern	46	37	22	-	-	105
Baden-Württemberg						
1969	360	213	138	-	10	721
1968	369	234	127	2	12	744
1967	388	246	151	4	12	801
1966	409	265	102	4	7	787

1) Jeweils am 31. Dezember.

III. Hygiene, Seuchenverhütung und -bekämpfung

Infektionsquellenermittlung

Bei weitaus dem größten Teil der Erkrankten konnte die Infektionsquelle nicht ermittelt werden. Lediglich bei Enteritis infectiosa konnte bei

etwa der Hälfte der Fälle die Infektion durch Erkrankte und durch Lebensmittel nachgewiesen werden. Oftmals wurden dabei Auslandsaufenthalte, Hochzeits- und Kantinenessen als Infektionsquelle angegeben.

Erkrankungen Infektionsquellen	Nordwürttemberg	Nordbaden	Südbaden	Südwestfalen- Hohenzollern	Baden-Württemberg			
	1969				1968	1967	1966	
Erkrankte an Typhus abdominalis insgesamt	45	22	8	10	85	118	86	119
Infektionsquelle:								
Ausscheider	4	2	-	-	6	14	9	6
Erkrankte	-	1	-	3	4	6	-	2
Wasser	-	-	-	-	-	-	-	1
Lebensmittel	1	-	3	-	4	1	1	1
Sonstige	4	3	1	-	8	8	11	7
nicht ermittelt	36	16	4	7	63	89	65	102
Erkrankte an Paratyphus A und B insgesamt	25	18	13	16	72	119	125	125
Infektionsquelle:								
Ausscheider	1	2	-	-	3	8	5	7
Erkrankte	-	-	-	-	-	10	13	2
Wasser	-	-	-	-	-	1	1	2
Lebensmittel	-	-	-	1	1	3	6	1
Sonstige	2	1	-	3	6	1	3	2
nicht ermittelt	22	15	13	12	62	96	97	111
Erkrankte an Enteritis infectiosa insgesamt	247	210	377	182	1 016	989	1 128	1 134
Infektionsquelle:								
Ausscheider	-	-	-	2	2	10	25	23
Erkrankte	22	9	8	6	45	79	184	73
Wasser	-	-	-	-	-	4	3	16
Lebensmittel	2	15	222	42	281	36	73	291
Sonstige	9	8	8	62	87	29	205	66
nicht ermittelt	214	178	139	70	601	831	638	665
Erkrankte an Ruhr insges.	77	38	6	26	147	307	307	246
Infektionsquelle:								
Ausscheider	-	-	-	-	-	1	2	2
Erkrankte	18	16	-	3	37	7	46	27
Wasser	-	-	-	-	-	14	1	2
Lebensmittel	1	-	-	-	1	3	1	-
Sonstige	9	1	-	7	17	16	50	17
nicht ermittelt	49	21	6	16	92	266	207	198

III. Hygiene, Seuchenverhütung und -bekämpfung

Tuberkulinproben

Im Jahr 1969 wurden bei rund 310 000 Kindern perkutane Tuberkulinproben durchgeführt; 70,3% der untersuchten Kinder waren Schüler und Schü-

lerinnen. Unter der Spalte "Sonstige Kinder" werden Kinder zusammengefaßt, die einen Kindergarten besuchen oder in Erholung kommen. Die Quote der Kinder, die eine positive Reaktion zeigten, lag in den letzten Jahren bei 4%.

Perkutane Tuberkulinproben

Regierungsbezirk Land Jahr	Untersuchte Kinder			davon					
	insgesamt	darunter positiv		Schüler			Sonstige Kinder		
		Anzahl	%	insgesamt	darunter positiv		insgesamt	darunter positiv	
					Anzahl	%		Anzahl	%
Nordwürttemberg	131 277	6 062	4,6	87 776	4 056	4,6	43 501	2 006	4,6
Nordbaden	59 592	2 586	4,3	41 801	2 013	4,8	17 791	573	3,2
Südbaden	47 859	2 144	4,5	40 809	1 607	3,9	7 050	537	7,6
Südwestfalen-Lippe	70 815	3 286	4,6	51 967	2 686	5,2	18 848	600	3,2
Baden-Württemberg 1969	309 543	14 078	4,5	222 353	10 362	4,7	87 190	3 716	4,3
1968	296 299	12 200	4,1	215 627	8 972	4,2	80 672	3 228	4,0
1967	299 497	13 182	4,4	210 417	9 409	4,5	89 080	3 773	4,2
1966	239 137	9 255	3,9	184 774	7 290	3,9	54 363	1 965	3,6

Verkehr mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen

Im Rahmen der Überwachung des Verkehrs mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen nach dem Lebensmittelgesetz werden jährlich pro

1000 Einwohner fünf Lebensmittelproben und pro 2000 Einwohner eine Probe von Bedarfsgegenständen durch die Chemischen Untersuchungsanstalten chemisch untersucht. Die folgende Übersicht zeigt jeweils die Zahl der in den Jahren 1967 bis 1969 von Chemischen Untersuchungsanstalten im Lande Baden-Württemberg untersuchten, beanstandeten und bemängelten Proben.

Untersuchte Proben

Jahr	Untersuchte Proben	beanstandete Proben ¹⁾		bemängelte Proben	
	Anzahl	%		Anzahl	%
1967	126 945	4 360	3,4	3 472	2,7
1968	128 409	4 473	3,5	4 555	3,5
1969	131 607	4 534	3,4	5 807	4,4

1) Bei beanstandeten Proben wird Strafanzeige erstattet. - 2) In % der untersuchten Proben.

III. Hygiene, Seuchenverhütung und -bekämpfung

Unter Beobachtung stehende Geschlechtskranke

Die tatsächliche Zahl der Geschlechtskranken ist im Augenblick noch nicht bekannt, da das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 23. Juli 1953 (BGBl. I S. 700) eine generelle Meldepflicht nicht enthielt. Um Kenntnis über die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten in der Bevölkerung zu bekommen, hat die Bundesregierung am 25. August 1969 ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten (BGBl. I S. 1351) beschlossen, wonach in § 11 a eine Meldepflicht eingeführt wird. Eine Statistik der Erkrankungen an ansteckungsfähigen Geschlechtskrankheiten wurde bundeseinheitlich am 1. Juli 1970 aufgenommen.

Bei den hier vorliegenden Zahlen handelt es sich um die unter Beobachtung der Gesundheitsämter stehenden Geschlechtskranken. Am Jahresende 1969 waren es insgesamt 5035 Personen, nämlich 1108 Männer und 3927 Frauen. Bei knapp der Hälfte der Beobachteten, und zwar bei 2374 Personen, war ein positiver Befund zu verzeich-

nen. Gegenüber dem Vorjahr ging die Zahl dieser Kranken um 7,3% zurück. An Syphilis waren 52,0% erkrankt, 47,9% an Tripper.

Zahl der unter Beobachtung stehenden Geschlechtskranken

Regierungsbezirk Land 1) Jahr	Syphilis	Tripper	Übrige	Insgesamt
Nordwürttemberg	771	410	-	1 181
Nordbaden	350	697	-	1 047
Südbaden	79	16	4	99
Südwestfalen Hohenzollern	34	13	-	47
Baden-Württemberg 1969	1 234	1 136	4	2 374
1968	1 368	1 187	5	2 560
1967	1 346	1 244	14	2 604
1966	1 496	1 415	7	2 918

1) Jeweils am 31. Dezember.

IV. Sozialhygiene

Hebammenwesen

Am Jahresende 1969 wurden 1261 Hebammen von den Gesundheitsämtern gemeldet, das waren 6,1% weniger als im Vorjahr. Damit setzte sich die seit Jahren beobachtete rückläufige Tendenz der Zahl der Hebammen fort. So hat sich allein im Verlauf der letzten fünf Jahre der Hebammenbestand, der 1964 insgesamt 1549 betrug, um etwa ein Fünftel verringert. Die Entwicklung verlief jedoch bei den beiden Berufsgruppen, den freiberufstätigen Hebammen und den Anstaltshebammen nicht gleichermaßen. Der beachtlichen Abnahme der Zahl der freiberufstätigen Hebammen (- 31,6%) stand eine Zunahme der Anstaltshebammen um 19,3% gegenüber. Dadurch steigerte sich der Anteil der Anstaltshebammen an der gesamten Zahl der Hebammen von 25,4% im Jahr 1964 auf 37,2% im Jahr 1969. Hier macht sich die steigende Beliebtheit der Anstaltsentbindungen geltend. Nach der Standesamtsstatistik kamen 1969 über neun Zehntel der Geborenen in Krankenhäusern und Entbindungsheimen zur Welt, 1964 waren es etwa drei Viertel. Außer den Anstaltshebammen üben indessen in den Krankenhäusern auch freiberufstätige Hebammen ihren Beruf aus. Nach der Krankenhausstatistik arbeiteten Ende 1969 in den Krankenhäusern 333 Hebammen als Beleghebammen, das waren 42,1% der freiberufstätigen Hebammen.

Gut die Hälfte der freiberufstätigen Hebammen (57,4%) war 50 Jahre und älter. Der Anteil dieser Altersgruppe ist gegenüber den Vorjahren nahezu gleich geblieben. Hingegen ist die Quote der unter 40 Jahre alten Hebammen, die 1964 noch 20,3% ausmachte, auf 14,7% zurückgegangen.

Untersucht man die Beanspruchung der freiberufstätigen Hebammen, so ist es zweckmäßig, für die Zahl der Geburten Gruppen zu bilden. Danach entfiel auf die drei Gruppen bis zu 40 Geburten etwa die Hälfte aller Hebammen. Unter diesen war die Zahl der Hebammen, die nur bei zehn Geburten beizustehen hatten, recht hoch. Bei diesen drei Gruppen dürfte es sich in der Hauptsache um Hebammen handeln, die neben ihrer freiberuflichen Tätigkeit als Beleghebammen in einem Krankenhaus ihren Dienst ausübten. Auf die Gruppen über 100 Entbindungen kam etwa ein Viertel der Hebammen.

Im Jahr 1969 wurden nach den Meldungen der Gesundheitsämter 110 Hebammen nachgeprüft, 44 Hebammen besuchten Wiederholungslehrgänge. Von den Gesundheitsämtern wurden 12 Fortbildungslehrgänge abgehalten, an denen 18 Hebammen teilnahmen. Auf Vereinsbasis fanden unter Beteiligung der Gesundheitsämter 66 Hebammenversammlungen statt.

Zahl der Hebammen

Regierungsbezirk Land Jahr 1)	Hebammen					
	freiberufstätig		in Anstalten angestellt		Insgesamt	
	Zahl	%	Zahl	%		
Nordwürttemberg	224	54,2	189	45,8	413	
Nordbaden	144	54,8	119	45,2	263	
Südbaden	219	65,8	114	34,2	333	
Südwestfalen- Hohenzollern	204	81,3	47	18,7	251	
Baden-Württemberg 1969	791	62,8	469	37,2	1 260	
1968	896	66,8	445	33,2	1 341	
1967	963	68,8	436	31,2	1 399	
1966	1 029	70,5	430	29,5	1 459	

1) Jeweils am 31. Dezember.

Alter der freiberufstätigen Hebammen

Regierungsbezirk Land Jahr 1)	Hebammen im Alter von ... bis unter ... Jahren						
	unter 30	30 - 40	40 - 50	50 - 60	60 - 70	über 70	Insgesamt
Nordwürttemberg	5	24	68	65	57	5	224
Nordbaden	3	13	37	46	38	7	144
Südbaden	1	23	69	73	50	3	219
Südwestfalen- Hohenzollern	13	34	47	68	41	1	204
Baden-Württemberg 1969	22	94	221	252	186	16	791
%	2,8	11,9	27,9	31,9	23,5	2,0	100
1968	26	114	242	280	216	18	896
%	2,9	12,7	27,0	31,3	24,1	2,0	100
1967	33	147	249	284	227	23	963
%	3,4	15,3	25,8	29,5	23,6	2,4	100
1966	33	144	265	299	268	20	1 029
%	3,2	14,0	25,8	29,1	26,0	1,9	100

1) Jeweils am 31. Dezember.

IV. Sozialhygiene

Entbindungen durch freiberufstätige Hebammen

Anzahl der Entbindungen	Anzahl der freiberufstätigen Hebammen							
	Nord- württemberg	Nordbaden	Südbaden	SüdWürtt.- Hohenz.	Baden - Württemberg			
	1969				1968	1967	1966	
bis 10	29	45	62	48	184	158	146	153
11 " 20	23	24	31	22	100	125	121	122
21 " 40	42	23	46	23	134	158	182	208
41 " 60	21	12	16	14	63	112	142	136
61 " 80	20	8	19	17	64	74	81	110
81 " 100	15	12	15	10	52	55	63	65
101 " 150	26	8	16	27	77	91	90	100
151 " 250	37	9	12	34	92	96	102	100
251 und mehr	11	3	2	9	25	27	36	35
Insgesamt	224	144	219	204	791	896	963	1 029

Mütterberatung

Säuglinge

Bezeichnung	Nord- württemberg	Nordbaden	Südbaden	SüdWürtt.- Hohenz.	Baden - Württemberg			
	1969				1968	1967	1966	
Zahl der vorgestellten Säuglinge	52 668	24 641	21 534	21 353	120 196	126 966	140 965	158 499
davon								
in der Mütterberatungsstunde	38 213	22 010	19 787	20 302	100 312	105 791	117 294	132 996
bei Hausbesuchen	14 455	2 631	1 747	1 051	19 884	21 175	23 671	25 503
Hausärztliche Beratung wurde empfohlen wegen								
schwerer Pflegeschäden	135	132	241	239	747	795	756	835
Mißbildung u. Körperbehinderung	524	213	641	204	1 582	1 725	1 805	1 882
sonstiger gesundheitlicher Störungen	3 248	1 764	1 361	1 403	7 776	8 293	7 105	7 391
Zusammen	3 907	2 109	2 243	1 846	10 105	10 813	9 666	10 108
Anteil in % ¹⁾	7,4	8,6	10,4	8,6	8,4	8,5	6,9	6,4

1). In % der vorgestellten Säuglinge.

Kleinkinder

Ärztlich untersuchte Kleinkinder	11 380	2 193	6 683	2 265	22 521	28 094	25 299	22 420
Hausärztliche Beratung wurde empfohlen wegen								
schwerer Pflegeschäden	46	6	20	21	93	211	58	60
Mißbildung u. Körperbehinderung	86	5	115	88	294	269	208	219
sonstiger gesundheitlicher Störungen	1 185	72	597	294	2 148	4 658	2 311	1 383
Zusammen	1 317	83	732	403	2 535	5 138	2 577	1 662
Anteil in % ¹⁾	11,6	3,8	11,0	17,8	11,3	18,3	10,2	7,4

1) In % der untersuchten Kleinkinder.

IV. Sozialhygiene

Schüleruntersuchungen

Schulanfänger an Volksschulen

Regierungsbezirk Land Jahr	Berichtende Kreise	Ge- schlecht	Schüler insgesamt	Schulärztlich untersucht		Allgemeinzustand			Untersuchte mit Veränderungen				Sonderturnen notwendig		
				Zahl	%	gut	mittel	schlecht	ohne		mit				
									Krankheitswert						
									Zahl	% 1)	Zahl	% 1)	Zahl	% 1)	
Nordwürttemberg	22	m w zus.	29 797 28 125 57 922	28 674 27 003 55 677	96,2 96,0 96,1	44,7 47,5 46,0	47,4 45,5 46,5	7,9 7,0 7,5	12 275 11 090 23 365	42,8 41,1 42,0	5 879 4 823 10 702	20,5 17,9 19,2	2 072 1 785 3 857	7,2 6,6 6,9	
Nordbaden	13	m w zus.	17 298 16 611 33 909	16 016 15 577 31 593	92,6 93,8 93,2	34,4 39,0 36,7	56,4 53,7 55,1	9,2 7,3 8,2	6 236 5 460 11 696	38,9 35,1 37,0	3 929 3 640 7 569	24,5 23,4 24,0	1 397 1 383 2 780	8,7 8,9 8,8	
Südbaden	20	m w zus.	22 454 21 285 43 739	15 504 14 724 30 228	69,0 69,2 69,1	44,7 47,9 46,3	47,7 45,2 46,5	7,6 6,9 7,2	6 920 6 102 13 022	44,6 41,4 43,1	2 800 2 309 5 109	18,1 15,7 16,9	1 473 1 317 2 790	9,5 8,9 9,2	
Südwestfalen- Hohenzollern	17	m w zus.	15 794 15 317 31 111	15 085 14 515 29 600	95,5 94,8 95,1	46,8 50,2 48,5	49,3 45,6 47,5	3,9 4,2 4,0	7 031 6 447 13 478	46,6 44,4 45,5	3 343 2 591 5 934	22,2 17,9 20,0	989 794 1 783	6,6 5,5 6,0	
Baden-Württemberg 1969	72	m w zus.	85 343 81 338 166 681	75 279 71 819 147 098	88,2 88,3 88,3	42,9 46,3 44,6	49,8 47,2 48,5	7,3 6,5 6,9	32 462 29 099 61 561	43,1 40,5 41,9	15 951 13 363 29 314	21,2 18,6 19,9	5 931 5 279 11 210	7,9 7,4 7,6	
		1968	m w zus.	72 707 69 061 141 768	67 785 64 497 132 282	93,2 93,4 93,3	37,9 41,6 39,7	54,1 51,4 52,8	8,0 7,0 7,5	29 037 26 980 56 017	42,8 41,8 42,3	14 406 11 705 26 111	21,3 18,1 19,7	6 131 5 482 11 613	9,0 8,5 8,8
			1967	m w zus.	69 381 66 075 135 456	63 247 60 348 123 595	91,2 91,3 91,2	39,9 43,8 41,8	53,3 50,0 51,7	6,8 6,2 6,5	27 953 26 263 54 216	44,2 43,5 43,9	12 903 10 515 23 418	20,4 17,4 18,9	5 670 5 324 10 994
	1966			m w zus.	76 932 73 156 150 088	68 441 65 247 133 688	89,0 89,2 89,1	36,6 41,2 38,8	55,3 52,0 53,7	8,1 6,8 7,5	30 211 27 967 58 178	44,1 42,9 43,5	12 783 10 531 23 314	18,7 16,1 17,4	5 816 5 426 11 242

Schüler aller Schulen (außer Sonderschulen) im Alter von 9 bis 11 Jahren

Nordwürttemberg	22	m	18 582	17 739	95,5	48,3	45,7	6,0	7 110	40,1	3 566	20,1	1 379	7,8
		w	17 919	17 136	95,6	51,7	42,4	5,9	6 979	40,7	3 125	18,2	1 363	8,0
		zus.	36 501	34 875	95,5	50,0	44,1	5,9	14 089	40,4	6 691	19,2	2 742	7,9
Nordbaden	12	m	10 258	9 274	90,4	44,6	47,5	7,9	3 234	34,9	2 185	23,6	967	10,4
		w	10 079	9 130	90,6	50,6	42,8	6,6	3 404	37,3	1 938	21,2	988	10,8
		zus.	20 337	18 404	90,5	47,6	45,1	7,3	6 638	36,1	4 123	22,4	1 955	10,6
Südbaden	15	m	9 743	7 950	81,6	47,2	46,0	6,8	3 627	45,6	1 792	22,5	940	11,8
		w	9 358	7 694	82,2	49,8	42,9	7,3	3 432	44,6	1 670	21,7	934	12,1
		zus.	19 101	15 644	81,9	48,5	44,4	7,1	7 059	45,1	3 462	22,1	1 874	12,0
Südwestfalen- Hohenzollern	17	m	12 178	11 525	94,6	49,0	47,1	3,9	5 080	44,1	2 311	20,1	832	7,2
		w	11 636	11 104	95,4	53,2	42,8	4,0	4 904	44,2	2 057	18,5	658	5,9
		zus.	23 814	22 629	95,0	51,1	45,0	3,9	9 984	44,1	4 368	19,3	1 490	6,6
Baden-Württemberg 1969	66	m	50 761	46 488	91,6	47,5	46,5	6,0	19 051	41,0	9 854	21,2	4 118	8,9
		w	48 992	45 064	92,0	51,5	42,7	5,8	18 719	41,5	8 790	19,5	3 943	8,7
		zus.	99 753	91 552	91,8	49,5	44,6	5,9	37 770	41,3	18 644	20,4	8 061	8,8
	1968	m	56 813	49 320	86,8	43,2	48,9	7,9	21 741	44,1	10 124	20,5	4 863	9,9
		w	54 756	47 636	87,0	46,6	46,4	7,0	20 844	43,8	8 831	18,5	4 614	9,7
		zus.	111 569	96 956	86,9	44,8	47,7	7,5	42 585	43,9	18 955	19,5	9 477	9,8
	1967	m	59 185	52 549	88,8	44,6	47,8	7,6	21 729	41,3	11 076	21,1	5 091	9,7
		w	57 333	51 170	89,3	48,7	44,4	6,9	21 190	41,4	9 989	19,5	4 752	9,3
		zus.	116 518	103 719	89,0	46,6	46,1	7,3	42 919	41,4	21 065	20,3	9 843	9,5
	1966	m	44 063	39 218	89,0	43,5	49,2	7,3	16 098	41,0	8 278	21,1	3 206	8,2
		w	42 850	38 387	89,6	48,0	45,8	6,2	15 905	41,4	7 731	20,1	2 917	7,6
		zus.	86 913	77 605	89,3	45,7	47,5	6,8	32 003	41,2	16 009	20,6	6 123	7,9

1) In % der Untersuchten

IV. Sozialhygiene

Volksschulen - Schulabgänger

Regierungsbezirk Land Jahr	Be- rich- tende Kreise	Ge- schlecht	Schüler insgesamt	Schulärztlich untersucht		Allgemeinzustand			Untersuchte mit Veränderungen				Sonderturnen notwendig	
				Zahl	%	gut	mittel	schlecht	ohne		mit			
									Krankheitswert					
									Zahl	% 1)	Zahl	% 1)	Zahl	% 1)
Nordwürttemberg	13	m	5 107	4 940	96,7	50,2	43,5	6,3	1 811	36,7	925	18,7	206	4,2
		w	4 967	4 811	96,9	54,5	41,1	4,4	1 815	37,7	1 001	20,8	206	4,3
		zus.	10 074	9 751	96,8	52,3	42,3	5,4	3 626	37,2	1 926	19,8	412	4,3
Nordbaden	10	m	4 156	3 540	85,2	48,6	46,1	5,3	1 289	36,4	939	26,5	157	4,4
		w	4 272	3 517	82,3	52,9	42,9	4,2	1 264	35,9	1 001	28,5	154	4,4
		zus.	8 428	7 057	83,7	50,8	44,5	4,7	2 553	36,2	1 940	27,5	311	4,4
Südbaden	9	m	3 524	3 332	94,6	54,3	40,4	5,3	1 994	41,8	766	23,0	263	7,9
		w	3 376	3 195	94,6	54,2	41,4	4,4	1 284	40,2	810	25,4	240	7,5
		zus.	6 900	6 527	94,6	54,2	40,9	4,9	2 678	41,0	1 576	24,1	503	7,7
Südwestfalen- Hohenzollern	17	m	6 237	5 967	95,7	54,6	42,4	3,0	2 657	44,5	969	16,2	192	3,2
		w	6 467	6 181	95,6	58,3	39,3	2,4	2 736	44,3	1 043	16,9	151	2,4
		zus.	12 704	12 148	95,6	56,5	40,8	2,7	5 393	44,4	2 012	16,6	343	2,8
Baden- Württemberg	1969	m	19 024	17 779	93,5	52,1	43,1	4,8	7 151	40,2	3 599	20,2	818	4,6
		w	19 082	17 704	92,8	55,5	40,9	3,6	7 099	40,1	3 855	21,8	751	4,2
		zus.	38 106	35 483	93,1	53,8	42,0	4,2	14 250	40,2	7 454	21,0	1 569	4,4
	1968	m	21 078	19 332	91,7	48,9	44,6	6,5	7 659	39,6	3 870	20,0	822	4,3
		w	21 250	19 596	92,2	52,1	42,6	5,3	7 604	38,8	4 065	20,7	833	4,3
		zus.	42 328	38 928	92,0	50,5	43,6	5,9	15 263	39,2	7 935	20,4	1 655	4,3
	1967	m	16 299	14 645	89,9	49,4	43,4	7,2	6 006	41,0	2 640	18,0	782	5,3
		w	16 207	14 727	90,9	52,8	41,3	5,9	6 003	40,8	2 932	19,9	765	5,2
		zus.	32 506	29 372	90,4	51,1	42,3	6,6	12 009	40,9	5 572	19,0	1 547	5,3
	1966	m	12 964	10 964	84,6	47,7	46,9	5,4	4 036	36,8	2 532	21,3	453	4,1
		w	13 323	11 245	84,4	54,6	42,2	3,2	4 150	36,9	2 578	22,9	380	3,4
		zus.	26 287	22 209	84,5	51,2	44,5	4,3	8 186	36,9	4 910	22,1	833	3,8

Sonderschulen

Nordwürttemberg	18	m	2 564	2 424	94,5	37,9	46,3	15,8	877	36,2	766	31,6	138	5,7
		w	1 957	1 874	95,8	43,8	41,0	15,2	658	35,1	619	33,0	130	6,9
		zus.	4 521	4 298	95,1	40,5	44,0	15,5	1 535	35,7	1 385	32,2	268	6,2
Nordbaden	9	m	2 533	1 178	46,5	40,3	46,4	13,3	403	34,2	316	26,8	98	8,3
		w	1 869	953	51,0	45,6	39,1	15,3	314	32,9	262	27,5	95	10,0
		zus.	4 402	2 131	48,4	42,7	43,1	14,2	717	33,6	578	27,1	193	9,1
Südbaden	11	m	1 913	1 439	75,2	40,1	52,0	7,9	425	29,5	568	39,5	151	10,5
		w	1 218	886	72,7	43,2	48,7	8,1	298	33,6	396	44,7	111	12,5
		zus.	3 131	2 325	74,3	41,3	50,7	8,0	723	31,1	964	41,5	262	11,3
Südwestfalen- Hohenzollern	13	m	812	783	96,4	29,3	61,8	8,9	342	43,7	227	29,0	64	8,2
		w	539	516	95,7	32,9	59,9	7,2	229	44,4	154	29,8	50	9,7
		zus.	1 351	1 299	96,2	30,7	61,1	8,2	571	44,0	381	29,3	114	8,8
Baden- Württemberg	1969	m	7 822	5 824	74,5	37,8	49,8	12,4	2 047	35,1	1 877	32,2	451	7,7
		w	5 583	4 229	75,7	42,8	44,5	12,7	1 499	35,4	1 431	33,8	386	9,1
		zus.	13 405	10 053	75,0	39,9	47,5	12,6	3 546	35,3	3 308	32,9	837	8,3
	1968	m	4 804	3 990	83,1	35,5	50,6	13,9	1 506	37,7	1 174	29,4	327	8,2
		w	3 498	2 933	83,8	40,5	47,8	11,7	1 045	35,6	931	31,7	227	7,7
		zus.	8 302	6 923	83,4	37,6	49,4	13,0	2 551	36,8	2 105	30,4	554	8,0
	1967	m	4 318	3 487	80,8	29,9	53,8	16,3	1 334	38,3	1 075	30,8	203	5,8
		w	3 066	2 561	83,5	37,7	49,0	13,3	935	36,5	795	31,0	153	6,0
		zus.	7 384	6 048	81,9	33,2	51,8	15,0	2 269	37,5	1 870	30,9	356	5,9
	1966	m	3 877	2 715	70,0	26,9	56,0	17,1	1 160	42,7	608	22,4	169	6,2
		w	2 918	1 799	61,7	31,7	52,6	15,7	746	41,5	474	26,3	96	5,3
		zus.	6 795	4 514	66,4	28,8	54,7	16,5	1 906	42,2	1 082	24,0	265	5,9

1) In % der Untersuchten

IV. Sozialhygiene

Jugendzahnpflege an Volksschulen

Regierungsbezirk Land Jahr	Berichtende Kreise	Vorhandene Schüler	Jugendzahnärztlich untersucht		
			Zahl	%	
Nordwürttemberg	19	249 876	217 600	87,1	
Nordbaden	13	180 706	158 248	87,6	
Südbaden	18	177 304	145 093	81,8	
Südwestfalen-Hohenzollern	17	158 015	120 478	76,2	
Baden-Württemberg	1969	67	765 901	641 419	83,7
	1968	69	778 347	670 585	86,2
	1967	67	753 928	652 973	86,6
	1966	69	726 344	627 322	86,4

Zahl der dem Gesundheitsamt bekannten Körperbehinderten

Regierungsbezirk Land Jahr 1)	Männlich	Weiblich	Insgesamt 2)
Nordwürttemberg	9 324	9 195	18 519
Nordbaden	3 458	3 506	6 964
Südbaden	4 423	4 703	9 126
Südwestfalen-Hohenzollern	2 657	2 487	5 144
Baden-Württemberg 1969	19 862	19 891	39 753
1968	19 173	19 061	38 234
1967	18 534	18 539	37 073
1966	17 501	17 605	35 106

1) Jeweils am 31. Dezember. - 2) Körperbehinderte gemäß Bundessozialhilfegesetz.

V. Kosten des Gesundheitswesens

Kosten der Gesundheit

Die Kosten der Gesundheit lassen sich nicht exakt berechnen, da die Vielzahl der Abgrenzungsmöglichkeiten und die damit verbundenen Zuordnungs- und Bewertungsprobleme ein eindeutiges und für alle Zwecke brauchbares Ergebnis ausschließen. Für den folgenden Versuch einer globalen Schätzung, für den zum Teil wenigstens gut fundiertes Ausgangsmaterial vorlag, wird unter Gesundheit der zum Erhalt der Arbeitsfähigkeit erforderliche Zustand verstanden. Die Kosten wurden bei ihren letzten Trägern erfaßt, dazu zählten alle direkten Kosten und Ausgaben des Einzelnen, der gesellschaftlichen Gruppe, der Wirtschaft und des Staates, die für alle spezifisch medizinischen Maßnahmen zur Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit anfallen. Wegen ihrer ökonomisch sehr bedeutsamen Größenordnung wurden auch die Kosten einbezogen, die durch den krankheitsbedingten Ausfall von Arbeitsleistung und durch Frühinvalidität entstanden sind.

Nach den vorerst nur als Versuch einer globalen Schätzung von Größenordnungen zu wertenden Ergebnissen ergab sich für Baden-Württemberg für das Jahr 1969 ein Gesamtaufwand von rund 8 Mrd. DM, der für Gesundheit und Krankheitsfolgen aufgebracht wurde. Davon entfielen auf Vorbeugung und Betreuung 700 Mill. DM. Hierin sind inbegriffen der staatliche Gesundheitsdienst, vorbeugende Maßnahmen der Sozial- und Jugendhilfe sowie der Kriegsopferfürsorge, Kuren und andere Gesundheitsmaßnahmen der Versicherungsträger zur Verhinderung

von Erwerbs- oder Berufsunfähigkeit, Gesundheitsfürsorge und Mutterschaftshilfe der gesetzlichen Krankenkassen sowie niedrig angesetzte Schätzwerte für Ausgaben von privaten Haushalten und Arbeitgebern im Rahmen der Vorsorge.

Noch nicht enthalten in dieser Position sind Maßnahmen für den Umweltschutz, Sanierung von Wohngebieten, die Anlage und Pflege von Grünflächen und Erholungsgebieten und anderes. Die meisten Kosten entstanden für ambulante ärztliche Behandlung, für Krankenhausbehandlung und für Arzneimittel. An diesem Aufwand war der Staat mit rund 660 Mill. DM beteiligt, wobei es sich im wesentlichen um Zuschüsse für Krankenhäuser handelte. Mehr als die Hälfte der Behandlungskosten, nämlich rund 2,4 Mrd. DM, wurden über die gesetzlichen Krankenkassen abgerechnet. Trotzdem wurden von den privaten Haushalten für Behandlung usw. immer noch über 800 Mill. DM direkt ausgegeben, wobei allerdings berücksichtigt werden muß, daß ein Teil davon durch private Krankenkassen und Beihilfen wieder erstattet wird.

Bei der Schätzung der Kosten für Krankheitsfolgen ist für die Arbeitgeber der durchschnittliche Anteil der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall an der gesamten Lohn- und Gehaltssumme zu Grunde gelegt.

Bei den Ausgaben für Ausbildung und Forschung für medizinische Zwecke ist eine genaue Abgrenzung und Zuordnung nicht möglich; so sind insbesondere hier die gesamten Kosten für Hochschulkliniken mit enthalten.

Kosten der Gesundheit 1969 (Mill. DM) *)

Funktion	Kosten insgesamt	Nach Trägern						
		Staat	Übrige Sozial- versicherungs- träger	Gesetzliche Krankenkassen	Arbeitgeber (auch Staat usw.)	Private Haushalte	Organisationen ohne Erwerbs- charakter	Private Kranken- kassen
Vorbeugung und Betreuung	700	160	280	210	30	20		
darunter								
Maßnahmen zur Verhinderung von Erwerbs- oder Berufsunfähigkeit	320		270		30	20		
Mutterschaftshilfe	160			160				
Behandlung	4 170	660	80	2 410		820	200	
Ambulant (Dienstleistungen)	1 420	10	40	1 050		320		
in Anstalten	1 710	630	30	730		120	200	
mit Arzneien, Heil- und Hilfsmitteln	1 040	20	10	630		380		
Krankheitsfolgen	2 760	150	1 200	630	760			20
Akute Krankheiten 2)	1 660	150	100	630	760			20
Frühinvalidität	1 100		1 100					
Ausbildung und Forschung	390	350				30	10	
Ausbildung für Mediziner und Pharmazeuten	360	330				30		
Ausbildung sonstigen medizinischen Personals	20	10					10	
Forschung	10	10						
Insgesamt	8 020	1 320	1 560	3 250	790	870	210	20

*) Schätzung. - 2) Krankenhilfe, Krankentagegeld, Lohnfortzahlung.

V. Kosten des Gesundheitswesens

Einnahmen und Ausgaben des Staates für Einrichtungen des Gesundheitswesens¹⁾ nach den Staatshaushaltsplänen 1969 bis 1971 im Bereich der Innenverwaltung

Einnahmen Ausgaben	Jahr	Krankenhäuser und Heilstätten	Anstalten für Nerven- und Geisteskrankte	Sonstige Einrichtungen des Gesundheitswesens
		1000 DM		
Einnahmen				
Verwaltungseinnahmen	1969	6 968,6	63 442,8	3 652,8
	1970	6 995,3	73 781,0	4 542,8
	1971	7 654,9	79 690,5	6 170,0
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	1969	443,3	3 590,0	269,0
	1970	464,3	3 981,0	271,0
	1971	469,9	4 460,1	271,0
Erlöse aus der Veräußerung von Gegenständen	1969	-	-	-
	1970	3,0	3,0	-
	1971	1,6	1,3	-
Zuweisungen von Gemeinden (Gv)	1969	-	-	48,0
	1970	-	-	56,0
	1971	-	-	-
von Zweckverbänden	1969	-	-	45,0
	1970	-	-	53,0
	1971	-	-	62,0
Zusammen	1969	7 411,9	67 032,8	4 014,8
	1970	7 462,6	77 765,0	4 922,8
	1971	8 126,4	84 151,9	6 503,0
Ausgaben				
Personalausgaben	1969	5 839,7	43 320,3	32 357,3
	1970	6 410,9	48 627,8	34 972,9
	1971	8 557,9	61 852,7	39 987,9
Sächliche Verwaltungsausgaben	1969	2 708,7	21 917,4	7 256,0
	1970	3 016,9	24 629,0	7 528,0
	1971	3 432,7	27 033,7	8 233,2
Zuweisungen an Länder	1969	-	-	-
	1970	-	-	-
	1971	-	-	105,0
an Gemeinden (Gv)	1969	27 611,0	300,0	1 103,2
	1970	33 815,0	400,0	3 132,0
	1971	27 832,0	600,0	3 132,0
an Zweckverbände	1969	9 550,0	-	-
	1970	11 655,0	100,0	-
	1971	9 897,0	100,0	-
Zuschüsse und Erstattungen an andere Bereiche	1969	19 889,0	650,0	2 829,0
	1970	27 240,0	900,0	3 373,6
	1971	22 771,0	2 600,0	6 279,1
Schuldendiensthilfen	1969	900,0	-	-
	1970	2 200,0	100,0	-
	1971	3 000,0	100,0	-
Bauausgaben	1969	3 000,0	21 185,0	3 085,0
	1970	3 410,0	18 150,0	1 600,0
	1971	3 500,0	38 450,0	2 100,0
Erwerb beweglicher Sachen	1969	644,8	1 656,1	791,0
	1970	1 709,0	4 334,2	1 203,8
	1971	481,3	6 174,5	2 123,0
Zusammen	1969	70 143,2	89 028,8	47 421,5
	1970	89 456,8	97 241,0	51 810,3
	1971	79 471,9	136 910,9	61 960,2

1) Gliederung und Bezeichnung nach dem ab 1970 im Rahmen der neuen Haushaltsystematik eingeführten Funktionenplan.

V. Kosten des Gesundheitswesens

Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden (Gv) für die Einrichtungen des Gesundheitswesens in den Rechnungsjahren 1966 bis 1969

1000 DM

Einnahmen Ausgaben	Gesundheitspflege											
	Gesundheitsdienst ¹⁾				Krankenhäuser ²⁾				Sonstige Einrichtungen ¹⁾ des Gesundheitswesens			
	1966	1967	1968	1969	1966	1967	1968	1969	1966	1967	1968	1969
Einnahmen												
Gebühren, Entgelte	2 715	2 838	3 137	3 508	413 208	479 124	526 682	577 062	1 680	1 756	1 878	2 100
Mieten	11	14	12	13	4 199	4 768	5 178	6 339	12	28	26	20
Zinsen	50	61	11	813	7 071	7 303	7 996	9 121	11	13	-	-
Übrige Einnahmen ³⁾	291	150	191	209	65 792	65 720	75 170	80 648	1 417	2 758	3 285	3 288
Schuldenaufnahmen ⁴⁾	-	-	-	-	54 593	56 169	46 336	42 672	-	-	-	1 000
Zuweisungen												
vom Land (Bund)	956	1 132	1 133	1 105	26 156	40 228	20 644	27 175	15	51	737	39
von Gemeinden (Gv)	34	345	317	273	9 049	6 373	6 219	9 879	35	24	27	28
von Zweckverbänden	77	81	79	78	120	2	530	343	113	90	89	94
Zusammen	4 134	4 621	4 880	5 999	580 188	659 687	688 755	753 239	3 283	4 720	6 042	6 568
Ausgaben												
Personalausgaben	6 919	7 159	7 570	8 474	300 398	335 468	363 636	424 727	3 504	3 753	3 984	4 645
Unterhaltung und Instand- setzung von unbeweglichem Vermögen	105	77	114	202	9 821	9 982	10 281	12 235	43	49	73	111
Übrige Ausgaben ⁵⁾	4 463	5 147	5 040	5 016	204 229	220 403	246 533	278 227	1 510	2 807	3 667	4 590
Neu- und Wiederaufbau	25	20	11	76	149 558	135 990	131 254	139 081	867	529	891	302
Neuanschaffungen	214	78	97	172	27 000	24 994	23 280	24 022	75	227	383	208
Grunderwerb	3	-	-	-	5 473	5 235	5 370	4 761	-	-	-	-
Schuldendienst	4	20	-	-	31 286	39 036	42 722	44 477	99	130	209	179
Zuweisungen												
an Land (Bund)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
an Gemeinden (Gv)	237	302	297	209	7 948	11 343	7 296	9 217	23	10	10	9
an Zweckverbände	2 009	2 086	2 161	2 038	12 260	12 173	11 581	14 383	2 255	2 536	2 043	1 609
Zusammen	13 979	14 889	15 290	16 187	747 973	794 624	841 953	951 130	8 376	10 041	11 260	11 653

1) Nur Gemeinden (Gv) über 10 000 Einwohner. - 2) Ohne Gemeinden unter 3000 Einwohner. - 3) Einschließlich Darlehensrückflüsse, Entnahmen aus Rücklagen und Erlöse aus Vermögensveränderungen. - 4) Einschließlich Innere Darlehen. - 5) Einschließlich Zuführungen an Rücklagen, Gewährung von Darlehen.

Sozialhilfe

Die Statistik der Sozialhilfe erfaßt außer den Einnahmen und Ausgaben der Sozialhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) vom 30. Juni 1961 in der Fassung vom 18. September 1969 auch noch sonstige Leistungen der Träger der Sozialhilfe; sie werden gesondert nachgewiesen.

Die Sozialämter der Stadt- und Landkreise, als örtliche Träger dieser Leistungen, sind ebenso wie die überörtlichen Träger, das heißt die Landeswohlfahrtsverbände, verpflichtet, jährlich einen statistischen Bericht über ihre Ausgaben und Einnahmen vorzulegen. Diese aus den Sach-

büchern gemachten Angaben dienen gleichzeitig als Grundlage für die jährliche Abrechnung. Der Hilfskatalog unterscheidet Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfen in besonderen Lebenslagen, die jeweils in und außerhalb von Anstalten gewährt werden können. Die Aufgabe der Sozialhilfe besteht darin, den Bedürftigen die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht. Art, Form und Maß richten sich nach der Besonderheit des Einzelfalles. Von den Hilfen in besonderen Lebenslagen interessieren in diesem Zusammenhang die nachstehend genannten Aufwendungen für die Gesundheit.

V. Kosten des Gesundheitswesens

Vorbeugende Gesundheitshilfe wird Personen gewährt, bei denen nach ärztlichem Urteil eine Erkrankung oder sonstiger Gesundheitsschaden eintreten droht. Zur Früherkennung von Krankheiten können auch Vorsorgeuntersuchungen gewährt werden. Seit 1966 waren die Kosten dieser Maßnahmen von rund 5 Mill. DM auf rund 5,6 Mill. DM (1969) um etwa 12% gestiegen.

Krankenhilfe umfaßt ärztliche und zahnärztliche Behandlung, die Versorgung mit Arzneimitteln, Verbandmitteln und Zahnersatz sowie Krankenhausbehandlung, außerdem alle sonstigen zur Genesung, zur Besserung oder zur Linderung der Krankheitsfolgen erforderlichen Leistungen. Hierbei hat der Kranke freie Arztwahl unter den Ärzten, die sich zur Behandlung im Rahmen der Krankenhilfe zu den Mindestsätzen der amtlichen Gebührenordnung oder zu den nach § 368 n Abs. 1 Satz 4 der RVO vereinbarten Bedingungen bereit erklären. An Leistungen dieser Art sind 1966 rund 12,1 Mill. DM Aufwand angefallen. Vermehrte Inanspruchnahme und steigende Kosten führten dazu, daß die vergleichbaren Ausgaben des Jahres 1969 in Höhe von 17,4 Mill. DM um 44% höher lagen.

Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen umschließt ärztliche Betreuung und Hilfe, Hebammenhilfe, Versorgung mit Arznei-, Verband- und Heilmitteln, einen Pauschbetrag für die im Zusammenhang mit der Entbindung entstehenden Aufwendungen, die Pflege in einer Anstalt oder in einem Heim sowie häusliche Wartung und Pflege, ferner Mutterschaftsgeld.

Daß sich der Aufwand insgesamt nur geringfügig erhöhte - 1969 lag er um etwa 7% über dem Ausgabenbetrag von 1966 - dürfte vor allem auch in der relativ kleinen Zahl von Leistungsfällen begründet sein.

Maßnahmen der Eingliederungshilfe für Behinderte werden Körperbehinderten oder von einer Körperbehinderung bedrohten Personen gewährt. Hierbei handelt es sich vor allem um ambulante oder stationäre Behandlung, Versorgung mit Körperersatzstücken, Hilfe für Berufs- und Fortbildung, außerdem auch um nachgehende Hilfe zur Sicherung der Wirksamkeit der ärztlichen Maßnahmen und zur Sicherung der Eingliederung des Behinderten in das Arbeitsleben.

Diese Hilfeart zählt zu den Sozialleistungen, die sich kostenmäßig in den genannten Jahren relativ am stärksten erhöht haben. Dies ist umso mehr auffälliger als sich der Kreis der Hilfeempfänger verkleinerte. So ist die Aufwandssteigerung von 1966 (16,6 Mill. DM) bis 1969 (25,4 Mill. DM) um mehr als die Hälfte auf eine den individuellen Gegebenheiten angepaßte intensivere Leistung, aber vor allem auf die Erhöhung der Pflege- und Unterbringungskosten von Behinderten in Anstalten zurückzuführen.

Die Zahl der Anstaltsfälle nahm im Laufe der genannten Jahre langsam zu, während sich die Zahl der Empfänger von Eingliederungshilfe außerhalb von Anstalten geringfügig minderte.

Blindenhilfe wird Blinden, die das sechste Lebensjahr vollendet haben, zum Ausgleich der durch die Blindheit bedingten Mehraufwendungen gewährt, soweit diese Personen keine gleichartigen Leistungen nach anderen Rechtsvorschriften erhalten. Ein Blinder, der sich weigert eine ihm zumutbare Arbeit zu leisten oder sich zu einem angemessenen Beruf oder zu einer sonstigen angemessenen Tätigkeit auszubilden, fortbilden oder umschulen zu lassen, hat keinen Anspruch auf Blindengeld. Keine Blindenhilfe erhalten Blinde, die das sechste Lebensjahr noch nicht vollendet haben und solche, die Anstalts- und Heimhilfe, die unter Berücksichtigung ihrer Blindheit erforderlich ist, in vollem Umfang erhalten. Der Aufwand hat sich seit 1966 von 13,1 Mill. DM auf 13,7 Mill. DM im Jahr 1969 nur in geringem Maße um rund 4% erhöht, wobei der Kreis der Empfänger dieser Leistungen sich ebenfalls um wenige Personen vergrößerte.

Hilfe zur Pflege ist Personen zu gewähren, die infolge Krankheit oder Behinderung so hilflos sind, daß sie nicht ohne Wartung und Pflege bleiben können. Dem Pflegebedürftigen sollen auch die Hilfsmittel zur Verfügung gestellt werden, die zur Erleichterung seiner Beschwerden wirksam beitragen.

Hierbei ist es unerheblich, ob die Behinderung angeboren oder erworben ist oder etwa auf Altersgebrechlichkeit beruht. Sie kann körperlicher, geistiger oder seelischer Art sein. Die Hilfe zur Pflege umfaßt alle Fälle einer Pflegebedürftigkeit, also die vorübergehenden Fälle gleichermaßen wie die Dauerfälle, die leichten wie die schweren Fälle, ebenso die Fälle, in denen die Hilflosigkeit Anstalts- oder Heimpflege erfordert, wie auch die, in denen häusliche Wartung und Pflege ausreichen.

Pflegebedürftigen, die das dritte Lebensjahr vollendet haben und derart hilflos sind, daß sie in erheblichem Umfang der dauernden Wartung und Pflege bedürfen, ist - wenn diese Hilfeleistungen durch nahestehende Personen oder im Wege der Nachbarschaftshilfe übernommen werden - ein Pflegegeld zu gewähren. Gleichartige Leistungen nach anderen Rechtsvorschriften schließen jedoch die Hilfe zur Pflege aus. Notfalls ist die Hilfe auch durch Übernahme angemessener Kosten für eine geeignete Pflegekraft oder, wenn dies möglich ist, durch Beauftragung einer Pflegekraft zu gewähren.

Die schon im Jahr 1966 bemerkenswerten hohen Aufwendungen für diese Hilfeart in Höhe von 101,1 Mill. DM sind in den folgenden Jahren weiter beachtlich angestiegen. 1969 mußten insgesamt 133,7 Mill. DM, also rund ein Drittel mehr

V. Kosten des Gesundheitswesens

als 1966 für Hilfe zur Pflege aufgewendet werden. Der Höhe des Aufwands nach steht diese Leistungsart unter den möglichen Hilfen in besonderen Lebenslagen an erster Stelle.

Tuberkulosehilfe hat die Aufgabe die Heilung Tuberkulosekranker zu fördern und zu sichern sowie die Umgebung der Kranken gegen die Übertragung der Tuberkulose zu schützen. So wird nicht nur Heilbehandlung gewährt, sondern auch Hilfe zur Eingliederung in das Arbeitsleben, Hilfe zum Lebensunterhalt, außerdem Sonderleistungen und Maßnahmen der vorbeugenden Hilfe. Je nach den Erfordernissen des Einzelfalles umfaßt die Heilbehandlung stationäre Behandlung einschließlich der Dauerbehandlung, stationäre Beobachtung, auch zur Klärung diagnostischer Fragen, ambulante Behandlung einschließlich der hierzu erforderlichen Kontrolluntersuchungen, Versorgung mit Arznei-, Heil- und Verbandsmitteln, Behandlung in Kur- und Badeorten, häusliche Wartung und Pflege, Versorgung mit Körperersatzstücken sowie mit orthopädischen und anderen Hilfsmitteln im Zusammenhang mit den übrigen Maßnahmen der Heilbehandlung, ferner nachgehende Hilfe zur Sicherung der Wirksamkeit ärztlicher Maßnahmen.

Während im Jahr 1966 noch rund 5 Mill. DM für Tuberkulosehilfe verausgabt worden sind, hat sich entsprechend dem Rückgang der Zahl von Erkrankungsfällen auch der Aufwand laufend verringert. 1969 lagen die Kosten der Tuberkulosehilfe in Höhe von knapp 2,8 Mill. DM um 45% unter dem vergleichbaren Betrag von 1966. Diese Aufwandssummen sind zu etwa 99% durch Maßnahmen der Heilbehandlung und nur zu rund 1% durch vorbeugende Hilfe verursacht worden. Letztgenannte Hilfen haben sich in relativ stärkerem Maße verringert (- 77%) als die Kosten der Heilbehandlung (- 44%), ein Zeichen dafür, daß die Tuberkuloseerkrankung, die noch vor wenigen Jahren zu den gefürchtetsten Krankheiten zählte, für die Gesamtheit der Bevölkerung an schwerwiegender Bedeutung verloren hat. Der Bestand an Empfängern von Tuberkulosehilfe verringerte sich dementsprechend in den genannten Jahren auch von 10 725 auf 7183.

Lastenausgleich - Krankenversorgung

Gemäß § 276 des Lastenausgleichgesetzes (LAG) erhalten Empfänger von Unterhaltshilfe und ihre Angehörigen als zusätzliche Leistung im Falle der Krankheit ambulante ärztliche und zahnärztliche Behandlung einschließlich Zahnersatz, Arzneien, Verband-, Heil- und Hilfsmittel sowie Krankenhausbehandlung nach Art, Form und Maß der Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz. Die Krankenversorgung obliegt den Trä-

gern der Sozialhilfe, die auch die Kosten der Krankenversorgung tragen; davon erstattet der Ausgleichsfonds 25%.

Soweit der Empfänger von Unterhaltshilfe mit Angehörigen freiwillig bei einer gesetzlichen Krankenkasse, bei einer Ersatzkasse oder bei einem Unternehmen der privaten Krankenversicherung gegen Krankheit versichert ist, kann er beantragen, daß anstelle der Krankenversorgung zur Fortsetzung der Versicherung Beiträge und Prämienzuschläge bis zu einer Höhe von 30. - DM monatlich je versicherte Person erstattet werden.

An Kosten für Krankenversorgung gemäß LAG erwachsen den Trägern der Sozialhilfe jährlich rund 16 Mill. DM, ein Betrag, der seit 1966 nahezu unverändert hoch geblieben ist.

Geschlechtskrankenfürsorge - Krankenversorgung

Die gesetzliche Basis, um Geschlechtskrankheiten wirksam entgegenzutreten, ist das am 23. Juli 1953 erlassene Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Gemäß § 2 dieses Gesetzes werden Maßnahmen zur Verhütung, Feststellung, Erkennung und Heilung der Erkrankung getroffen sowie vorbeugende und nachgehende Gesundheitsfürsorge gewährt.

Die Durchführung dieser Aufgabe obliegt den Gesundheitsämtern, die mit den Fürsorgeverbänden, den Jugendämtern, den Versicherungsämtern und der Freien Wohlfahrtspflege zusammenarbeiten.

Die Kosten der Untersuchung und Heilung werden gemäß §§ 182 bis 184 RVO von den Trägern der Krankenversicherung getragen, sofern die erkrankte Person Pflicht- oder freiwilliges Mitglied einer RVO-Kasse ist, ferner von dem zuständigen Rentenversicherungsträger, wenn die Inanspruchnahme einer Krankenkasse durch eine versicherte Person die Untersuchung oder Heilbehandlung erschweren würde. Falls die betroffene Person die Kosten der Untersuchung oder Behandlung nicht selbst tragen kann, wird diese mit öffentlichen Mitteln bestritten.

Die im Rahmen der Jahresstatistik der Sozialhilfe unter weiteren Leistungen der Träger der Sozialhilfe nachgewiesenen Leistungen der Geschlechtskrankenfürsorge stellten sich im Jahr 1966 auf rund 280 000 DM, in der Folge sanken die Leistungen stetig; 1969 wurden insgesamt nur noch rund 154 000 DM aufgewendet, also um rund 45% weniger als im Jahr 1966.

V. Kosten des Gesundheitswesens

Öffentliche Jugendhilfe

Der Statistik der öffentlichen Jugendhilfe liegt das Gesetz für Jugendwohlfahrt vom 11. August 1961 zugrunde. Alle Jugendämter sind gesetzlich verpflichtet, dem Statistischen Landesamt als aufbereitender Stelle jährlich eine tiefgegliederte Meldung zu erstatten über diverse Maßnahmen der Jugendhilfe, die Zahl der Minderjährigen in freiwilliger Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung, den Aufwand aus öffentlichen Mitteln für die Jugendhilfe sowie über Zuschüsse an die Träger der freien Jugendhilfe und über die Einrichtung der Jugendhilfe.

Aufgabe der öffentlichen Jugendhilfe ist es, die in der Familie des Kindes begonnene Erziehung zu unterstützen und zu ergänzen. Den Jugendämtern als den ausführenden Organen obliegt es, die für die Wohlfahrt der Jugend erforderlichen Maßnahmen zu treffen, die entsprechenden Einrichtungen und Veranstaltungen anzuregen, zu fördern oder zu schaffen. Im Rahmen dieser Veröffentlichung interessieren insbesondere die Hilfen für Mutter und Kind vor und nach der Geburt, die Pflege und Erziehung im Rahmen der Gesundheitshilfe von Säuglingen, Kleinkindern und von Kindern im schulpflichtigen Alter (außerhalb der Schule) und die allgemeine Kinder- und Jugenderholung (Erholungspflege).

Im Laufe der Jahre 1966 bis 1969 haben sich die Aufwendungen der Hilfen für Mutter und Kind vor und nach der Geburt von rund 511 000 DM auf 1,1 Mill. DM mehr als verdoppelt (+ 117%). Die im Rahmen der Gesundheitshilfe, Säuglingen, Kleinkindern und Jugendlichen gewährte erzieherische Betreuung ist derart erweitert worden, daß die diesbezüglichen Kosten innerhalb von vier Jahren um mehr als das Neunfache angestiegen sind; 1969 wurden für diese Maßnahmen rund 10,2 Mill. DM aufgewendet. Demgegenüber erfuhr der Aufwand für Erholungspflege (Wandern, Fahrten und Lager) nur eine geringe Erhöhung um etwa 15% auf insgesamt 7,8 Mill. DM im Jahr 1969.

Kriegsopferfürsorge - Erholungsfürsorge

Die Kriegsopferfürsorge hat sich der Kriegsbeschädigten und deren Familienangehörigen in allen Lebenslagen anzunehmen und ihnen behilflich zu sein, die Folgen der erlittenen Schädigung oder des Verlustes des Ernährers nach Möglichkeit zu überwinden oder zu mildern, befürsorgt werden nicht nur die Familienmitglieder von Beschädigten, deren Ernährer diese gewesen sind, sondern auch die Personen, die ohne die Schädigung voraussichtlich Familienmitglie-

der geworden wären, soweit sie ihren Bedarf nicht aus eigenem Einkommen oder Vermögen decken können (§ 25 BVG).

Die Leistungen im Rahmen der Kriegsopferfürsorge erfolgen als persönliche Hilfe, als Geld- oder Sachleistungen.

Erholungsfürsorge ist Beschädigten und Hinterbliebenen zu gewähren, wenn das Gesundheitsamt bestätigt, daß die Erholungsfürsorge zur Erhaltung der Gesundheit oder Arbeitsfähigkeit notwendig, die beabsichtigte Art der Erholung zweckmäßig und, soweit es sich um Beschädigte handelt, die Erholungsbedürftigkeit durch die anerkannten Schädigungsfolgen bedingt ist (§ 27a Abs. 2 BVG).

In den vergangenen Jahren erhöhten sich die Kosten für Erholungsfürsorge immer mehr; sie erreichten 1969 rund 5 Mill. DM, was gegenüber 1966 eine Aufwandssteigerung um rund 56% bedeutet. Dieser Anstieg ist sowohl eine Folge verstärkter Inanspruchnahme, zum Teil durch zunehmendes Alter der Beschädigten verursacht, als auch Ausdruck der allgemeinen Kostensteigerung, die sich auch auf dem Gebiet der Erholungsfürsorge niederschlägt.

Rentenversicherung der Arbeiter - Heilverfahren

Mit dem im Jahr 1957 erlassenen Arbeiterrentenversicherungs - Neuregelungsgesetz wurden die Maßnahmen zur Erhaltung, Besserung und Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit zu Regelleistungen erklärt. Diese Tatsache brachte nicht nur den Versicherten, sondern auch den Versicherungsträgern Nutzen, da hierdurch vermutlich erhebliche Aufwendungen für vorzeitige Rentenzahlungen erspart werden. Die als Heilverfahren bezeichneten Leistungen werden nicht nur für die Versicherten, sondern auch für Familienangehörige als Kannleistungen im Rahmen des § 1305 Abs. 1 RVO gewährt. Rentnern, die eine Berufs- oder Erwerbsunfähigkeitsrente beziehen, können diese Leistungen ebenfalls gewährt werden.

Die Hauptlast der Heilverfahren liegt naturgemäß bei den stationären Fällen, das heißt wenn der zu Behandelnde in ein Krankenhaus, Sanatorium oder Kurheim eingeliefert wird. Die Heilbehandlungen bei Versicherten wurden überwiegend wegen allgemeiner Erkrankungen durchgeführt, wogegen bei Behandlungen von Familienangehörigen Tuberkulosefälle im Vordergrund standen. Maßnahmen wegen allgemeiner Erkrankungen von nichtversicherten Familienangehö-

V. Kosten des Gesundheitswesens

Aufwendungen für die Gesundheit *)

Zweckbestimmung	1966	1967	1968	1969
	in 1000 DM			
Sozialhilfe				
Vorbeugende Gesundheitshilfe	4 987	4 866	5 034	5 561
Krankenhilfe	12 071	14 959	16 601	17 371
Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen	308	351	316	331
Eingliederungshilfe für Behinderte	16 602	19 278	20 774	25 426
Blindenhilfe	13 147	13 539	13 549	13 692
Hilfe zur Pflege	101 094	113 960	123 372	133 749
Tuberkulosehilfe				
Heilbehandlung	4 906	4 073	3 180	2 750
Vorbeugende Hilfe	87	45	22	20
Lastenausgleich				
Krankenversorgung	15 571	16 477	16 283	16 245
Geschlechtskrankenfürsorge				
Krankenversorgung	280	242	157	154
Öffentliche Jugendhilfe				
Hilfen für Mutter und Kind vor und nach der Geburt	511	566	623	1 108
Erzieherische Betreuung von Säuglingen, Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Gesundheitshilfe	1 007	1 136	8 625	10 195
Erholungspflege	6 799	6 654	9 222	7 809
Kriegsopferfürsorge				
Erholungsfürsorge	3 264	3 540	4 315	5 089
Rentenversicherung der Arbeiter				
Heilverfahren	175 973	182 737	171 976	190 326

*) Im Rahmen der Sozialhilfe, des Lastenausgleichs, der Geschlechtskrankenfürsorge, der öffentlichen Jugendhilfe, der Kriegsopferfürsorge sowie der Rentenversicherung der Arbeiter.

rigen wurden nur zum Teil gewährt, was wohl im Charakter dieser Leistung als "Kannleistung" begründet ist.

Im Laufe der letzten vier Jahre erhöhten sich die Aufwendungen von 175,9 Mill. DM auf 190,3 Mill. DM um rund 8%.

Kosten der Heilbehandlung im Rahmen der Kriegsopferversorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz und Nebengesetzen

Der Anspruch auf Heil- und Krankenbehandlung als Teil des umfassenden Anspruchs auf Versorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) vom 20. Dezember 1950 hat in den letzten Jahren an Gewicht gewonnen. Mit der Einführung neuer Leistungen, wie zum Beispiel des Zuschusses zum Zahnersatz und der orthopädischen Versorgung für Krankenbehandlungsberechtigte, ferner

der Möglichkeit, statt der Sachleistungen in gewissen Fällen selbst einen entsprechenden Kostenzuschuß zu wählen, ist der Leistungsrahmen der Heil- und Krankenbehandlung wesentlich verbessert worden.

Im Jahr 1969 wurden im Bereich des Landesversorgungsamtes Baden-Württemberg rund 89 Mill. DM für Heil- und Krankenbehandlung ausgegeben, was etwa 10% des gesamten Versorgungsaufwands ausmacht; gegenüber dem Vorjahr hat sich somit eine Kostensteigerung von 1,5% ergeben, die Ausgabenhöhe des Jahres 1967 ist jedoch um 11% unterschritten. Dieser so bemerkenswert große Aufwand ist im wesentlichen wohl darauf zurückzuführen, daß 1967 auf Grund der Verordnung zu § 19 BVG einmalige Nachzahlungen an die Krankenkassen für die Jahre seit 1964 geleistet worden sind.

In den unterschiedlichen Aufwandssummen kommen nicht nur die Leistungsverbesserungen nach den Neuordnungsgesetzen, sondern auch die allgemeine Steigerung der Kosten der ärztlichen, zahnärztlichen und Krankenhausbehandlung der

V. Kosten des Gesundheitswesens

letzten Jahre zum Ausdruck. Nicht zuletzt spiegeln sie auch die mit zunehmendem Alter der Versorgungsberechtigten größere Krankheitsanfälligkeit und die Zunahme der Leistungsanträge selbst wider.

Zu den Nebengesetzen zählen das Soldatenversorgungsgesetz (SVG vom 26. Juli 1957), das Häftlingshilfegesetz (HHG vom 6. August 1955), das Gesetz über den zivilen Ersatzdienst (Ers. DiG vom 13. Januar 1960) sowie das Unterhaltsbeihilfengesetz (UBG vom 13. Juni 1950). Gemessen an der Höhe des Aufwands für Heilbehandlung stellten sich 1969 die Leistungen nach den vorgenannten Nebengesetzen insgesamt mit rund 1,2 Mill. DM nur auf etwa 1,4% aller Zuwendungen nach dem BVG. Hierbei beliefen sich die Ausgaben nach dem Soldatenversorgungsgesetz mit rund 1 Mill. DM auf rund 81% der Leistungen auf Grund der vorgenannten Nebengesetze. Im Vergleich zu 1966 (448 000 DM) ist aber eine Leistungssteigerung um 125% zu verzeichnen. Nicht ganz so groß bemaß sich der Vergleich der Leistungen nach dem Häftlingshilfegesetz, die sich von 126 000 DM im Jahr 1966 auf 224 000 DM im Jahr 1969 um rund 78% erhöht hatten. Weitaus geringer waren sowohl die Aufwendungen auf Grund des Ersatzdienstgesetzes und des Unterhaltsbeihilfegesetzes. In

die Leistungen einbezogen sind gesundheitliche Schädigungen von Dienstpflichtigen, die durch eine Dienstverrichtung, durch einen während der Ausübung des Dienstes erlittenen Unfall oder durch die dem Dienst eigentümlichen Verhältnisse herbeigeführt worden sind. In gleicher Weise können Hinterbliebene von Beschädigten auf Antrag Ansprüche geltend machen. Häftlingshilfe wird gewährt an deutsche Staatsangehörige und deutsche Volkszugehörige, wenn sie nach der Besetzung ihres Aufenthaltsortes oder nach dem 8. Mai 1945 in der sowjetischen Besatzungszone oder im sowjetisch besetzten Sektor von Berlin oder den im Bundesvertriebenengesetz (BVFG) genannten Gebieten aus politischen und nach freiheitlich demokratischer Auffassung von ihnen nicht zu vertretenden Gründen in Gewahrsam genommen waren und ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt am 10. August 1955 im Geltungsbereich dieses Gesetzes hatten.

Nach dem Unterhaltsbeihilfegesetz sind leistungsberechtigt Ehefrauen und die sonstigen unterhaltsberechtigten Angehörigen eines Kriegsgefangenen, der sich noch nach dem 31. März 1950 in Kriegsgefangenschaft befindet. Dieser Personenkreis hat nach geltendem Recht als Kriegshinterbliebene Anspruch auf Versorgung.

Kosten der Heilbehandlung im Rahmen der Kriegsopferversorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) und Nebengesetzen

Zweckbestimmung	1966	1967	1968	1969
	in 1000 DM			
Leistungen nach den BVG (ohne Nebengesetze) insgesamt	70 203	98 946	86 736	88 024
davon				
Ersatz an Krankenkassen	34 426	60 981	48 500	46 602
Stationäre Heilbehandlungskosten	22 467	22 819	22 588	24 237
Orthopädische Versorgung	11 653	12 633	12 309	11 508
Versehrtensport	432	412	487	493
Ersatz für Heilbehandlung in Sonderfällen	735	802	895	2 674
Aufwendung für Zahnersatz	490	1 299	1 957	2 510
Leistungen nach dem BVG auf Grund des Soldatenversorgungsgesetzes	448	841	782	1 006
Leistungen nach dem BVG auf Grund des Häftlingshilfegesetzes	126	246	179	224
Leistungen nach dem BVG auf Grund des Gesetzes über den zivilen Ersatzdienst	9	9	25	0
Unterhaltsbeihilfen nach dem Unterhaltsbeihilfegesetz für Angehörige von Kriegsgefangenen	3	4	10	5

Quelle: Jahresbericht des Landesversorgungsausschusses Baden-Württemberg.

V. Kosten des Gesundheitswesens

Krankenversicherung

Die Statistik der gesetzlichen Krankenversicherung basiert auf den monatlich und jährlich eingereichten Meldungen der RVO-Kassen. Auskunftspflichtige Berichtsstellen sind die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung; in Baden-Württemberg waren es am 1. Oktober 1970 88 Orts-, 194 Betriebs- und 33 Innungskrankenkassen. Art und Umfang der Berichtspflicht ist durch die "Verwaltungsvorschriften über das Rechnungswesen bei den Trägern der sozialen Krankenversicherung" vom 31. August 1956 festgelegt.

Am Stichtag waren in Baden-Württemberg rund 3,4 Mill. Personen gesetzlich versichert, davon 2,2 Mill. als Pflichtversicherte, 0,3 Mill. als freiwillige Versicherte und 0,9 Mill. als Rentenbezieher oder -bewerber. Rund 2,8 Mill. Mitglieder betreuten die Ortskrankenkassen, dagegen waren nur 0,4 Mill. Mitglieder einer Betriebskrankenkasse während die Zahl der Versicherungsnehmer bei den Innungskrankenkassen sogar nur rund 0,2 Mill. betragen hatte. Das anteilige Verhältnis der Männer an diesen Bestandszahlen belief sich bei den Ortskrankenkassen auf 57,6%, bei den Betriebskrankenkassen auf 63,9% und bei den Innungskrankenkassen auf 81,1%. Unter den Pflichtmitgliedern aller Kassenarten stellen diejenigen mit Entgeltfortzahlungsanspruch für mindestens sechs Wochen den weitestgrößten Anteil, im Durchschnitt waren es 98,5%.

Für den 1. Oktober 1970 errechnete sich im Durchschnitt aller RVO-Kassen für die Pflicht-

mitglieder mit Entgeltfortzahlungsanspruch für mindestens sechs Wochen ein durchschnittlicher Beitragssatz von 8,1%, dagegen lag der durchschnittliche Beitragssatz für Pflichtmitglieder ohne Entgeltfortzahlungsanspruch bei 10,4%. 2,2 Mill. Pflichtversicherte entrichteten ihre Beiträge nach dem allgemeinen und nur 0,04 Mill. Versicherungsnehmer nach dem erhöhten Beitragssatz.

Die Beitragseinnahmen insgesamt bezifferten sich im Jahr 1969 auf rund 2,5 Mrd. DM wovon die Pflichtmitglieder rund 2,3 Mrd. DM, somit 95,9% dieser Einnahmen, aufbrachten. Den Gesamteinnahmen standen rund 2,6 Mrd. DM Ausgaben gegenüber, wovon etwa 2,5 Mrd. DM (96,6%) durch individuelle Leistungen verursacht worden sind. Über die hauptsächlichsten Leistungsarten gibt im einzelnen nachstehende Tabelle Aufschluß. Insgesamt gesehen hat sich der Leistungsaufwand von rund 2 Mrd. DM im Jahr 1966 bis 1969 um rund 583 Mill. DM oder um rund 30% erhöht. Eine besonders auffällige Leistungssteigerung war hierbei zu verzeichnen bei den Kosten der Behandlung durch Ärzte (rund 26%) und Zahnärzte (rund 15%) sowie vor allem bei den Ausgaben für Arznei- und Heilmittel aus Apotheken (rund 61%). Der Aufwand für Maßnahmen der Vorbeugung und Verhütung stieg im gleichen Zeitraum um rund 33%, der der Wochenhilfe sogar um 36%. Die wirtschaftliche Lage der Krankenkassen insgesamt verschlechterte sich bis 1969 derart, daß rund 0,9 Mill. DM mehr ausgegeben wurden als an Einnahmen erzielt werden konnten.

Leistungsausgaben der Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen

Leistungsart	Ausgaben in 1000 DM				Veränderung in % gegenüber 1966			Ausgaben je Mitglied in DM			
	1966	1967	1968	1969	1967	1968	1969	1966	1967	1968	1969
Behandlung durch Ärzte	418 823	430 811	474 731	529 692	+ 2,9	+ 13,3	+ 26,5	132	139	151	161
Behandlung durch Zahnärzte	129 675	129 628	142 393	149 754	- 0,0	+ 9,8	+ 15,5	41	42	45	46
Behandlung durch sonstige Heilpersonen	110	135	163	143	+ 22,7	+ 48,2	+ 30,0	0	0	0	0
Arzneien, Heil- und Hilfsmittel aus Apotheken	251 986	286 608	343 449	405 938	+ 13,7	+ 36,3	+ 61,1	80	93	109	124
Arzneien, Heil- und Hilfsmittel von anderen Stellen	45 109	49 379	54 260	62 144	+ 9,5	+ 20,3	+ 37,8	14	16	17	19
Zahnersatz	47 125	52 841	55 113	61 071	+ 12,1	+ 17,0	+ 29,6	15	17	17	18
Krankenhilfe und -behandlung in Anstalten	377 639	429 374	495 173	557 977	+ 13,7	+ 31,1	+ 47,8	119	139	157	170
Krankenhilfe, Barleistungen	521 322	457 104	512 638	556 698	- 12,3	+ 1,7	+ 6,8	164	143	163	170
Krankenhilfe, sonstige Aufwendungen	13 266	14 520	16 540	18 553	+ 9,5	+ 24,7	+ 39,9	4	5	5	6
Vertrauensärztlicher und -zahnärztlicher Dienst	12 537	12 590	13 180	14 297	+ 0,4	+ 5,1	+ 14,0	4	4	4	4
Fürsorge für Genesende	3 311	3 133	3 348	3 114	- 5,4	+ 1,1	- 5,9	1	1	1	1
Maßnahmen der Vorbeugung und Verhütung	12 748	12 695	14 569	16 922	- 0,4	+ 14,3	+ 32,7	4	4	5	5
Wochenhilfe	86 040	90 599	107 334	117 005	+ 5,3	+ 24,7	+ 36,0	27	29	34	36
Sterbegeld	28 857	32 996	37 327	39 049	+ 14,3	+ 29,4	+ 35,3	9	11	12	12
Insgesamt	1 948 548	2 002 413	2 270 218	2 532 357	+ 2,8	+ 16,5	+ 30,0	614	648	720	772